

Zwischen Politik und Fachlichkeit
Historiker und Archivare im Wissenschaftssystem der DDR

Dissertation
zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie
an der
Philosophischen Fakultät
der
Technischen Universität Dresden

vorgelegt von

Bianca Gleiniger

geb. am 09.09.1987 in Rochlitz

Betreuer: Prof. Dr. Josef Matzerath, Institut für Geschichte der Technischen
Universität Dresden

Gutachter: 1.) Prof. Dr. Josef Matzerath, Institut für Geschichte der
Technischen Universität Dresden
2.) PD Dr. Mike Schmeitzner, Hannah-Arendt-Institut für
Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität
Dresden

Termin der Verteidigung: 14.06.2016

Inhalt

Einleitung	1
I. Forschungsstand	7
II. Methodisches Vorgehen	13
III. Abriss über die Wissenschaftspolitik der DDR	18
IV. Beziehungsstrukturen zwischen Historikern und Archivaren der DDR	36
4.1. Generationsmodell und biografischer Überblick	36
4.1.1. Einteilung der Berufsgruppen der Historiker und Archivare nach dem Ordnungsmodell der Generation	36
4.1.2. Biografien der Vertreter der ersten Generation – Alfred Meusel, Hellmut Kretzschmar, Heinrich Otto Meisner	39
4.1.3. Biografien der Vertreter der zweiten Generation – Leo Stern, Jürgen Kuczynski, Willy Flach	47
4.1.4. Biografien der Vertreter der dritten Generation – Fritz Klein, Horst Bartel, Karlheinz Blaschke, Friedrich Beck	56
4.2. Institutionelle Einbindung beider Berufsgruppen in die Gesellschaftsordnung der DDR	64
4.2.1. Bildungseinrichtungen und hochschulpolitische Regularien in der Geschichtswissenschaft	64
4.2.2. Bildungseinrichtungen und verwaltungspolitische Regularien im Archivwesen	75
4.3. Beziehungsstrukturen innerhalb und zwischen beiden Berufsgruppen	91
4.3.1. Universitäts- und Hochschulbereich	92
a) Auseinandersetzungen zwischen Hochschulmitarbeitern und dem Hochschulapparat der SED während der Ausschreitungen im Juni 1953.....	94
b) Auseinandersetzungen zwischen Hochschulmitarbeitern und dem Hochschulapparat der SED während der Debatten nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956.....	106
c) Auseinandersetzungen zwischen Hochschulmitarbeitern und dem Hochschulapparat der SED nach dem Bau der Berliner Mauer 1961.....	116

4.3.2. Redaktionskollegien wissenschaftlicher Fachblätter	130
a) <i>Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG)</i>	132
b) <i>Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG)</i>	151
c) <i>Archivmitteilungen (AM)</i>	161
4.3.3. Kongresse und Tagungen	178
a) <i>Historikertage des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD) und der Historikergesellschaft der DDR</i>	179
b) <i>Archivtage des Verbandes deutscher Archivarinnen und Archivare (VdA) und die archivischen Arbeitstagungen in der DDR</i>	194
V. Resümee	210
Anhang	
Abkürzungsverzeichnis	219
Verzeichnis ungedruckter Quellen	221
Verzeichnis der zitierten Literatur	224

Einleitung

Wird sich mit dem Verhältnis von Wissenschaft und Politik auseinandergesetzt, kommt es zu einer Konfrontation mit dem negativ geprägten Begriff des „Missbrauchs“ der Wissenschaften, was suggeriert, dass sich die Wissenschaften den Vorgaben der Politik unfreiwillig fügen müssten.¹ In den politischen Systemen des fortschreitenden 20. Jahrhunderts nahmen die beiden Bereiche jedoch eine symbiotische Stellung zueinander ein. Die Wissenschaft wurde von ökonomischen und apparativen Faktoren abhängig, die Politik war ihrerseits auf wissenschaftliche Leistungen angewiesen.²

Diese Wechselbeziehungen waren auch im zentralistischen Herrschaftssystem der DDR vorhanden, wodurch sich vielseitige institutionelle und politische Steuerungen ergaben. Im Fall DDR handelte es sich um eine spezielle Form der Abhängigkeit von Politik und Wissenschaft, in der die politische Komponente dominierte.³ Durch das Abhängigkeitsverhältnis war die Parteispitze der SED jedoch darum bemüht, wenn auch nur aus propagandistischen Gründen, die Ideologie-nützlichen Wissenschaftszweige zu fördern. Diesem Fortschrittsgedanken lagen Forschungsleistungen, aber auch Einschränkungen der wissenschaftlichen Selbstständigkeit zugrunde, wodurch die Politisierung der Wissenschaft beschleunigt wurde.⁴

In den Anfangsjahren der DDR diente die Politik als Orientierungspunkt für die Wissenschaft und zeichnete sich durch ihr Vorantreiben der Zentralisierung und Kaderpolitisierung aus.⁵ Ein verbindliches wissenschaftspolitisches Konzept bestand weder für die Hochschulen noch für die Forschungsinstitute der Akademien. Die Organisation des Wissenschaftsbereichs war bis 1952 vorrangig durch die Forschungseliten der Vorkriegszeit geprägt. Somit orientierten sich die Wissenschaftsdisziplinen hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Methoden und Gesetzmäßigkeiten vorerst an den Gegebenheiten der Nachkriegsjahre.⁶

¹ Vgl. Ash, Mitchell: Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander. In: v. Bruch, Rüdiger (Hrsg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts. Stuttgart: Steiner 2002. S. 32.

² Vgl. Malycha, Andreas: Wissenschaft und Politik in der DDR 1945 bis 1990. Ansätze zu einer Gesamtsicht. In: Deutschland Archiv, Jg. 38 (2005) H.4. S. 650.

³ Vgl. ebd.

⁴ Vgl. ebd. S. 650f.

⁵ Vgl. Malycha, Andreas: „Produktivkraft Wissenschaft“. Eine dokumentierte Geschichte des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR 1945–1990. In: Burrichter, Clemens; Diesener, Gerald (Hrsg.): Auf dem Weg zur „Produktivkraft Wissenschaft“. Beiträge zur DDR-Wissenschaftsgeschichte. Leipzig: Akademie-Verlag 2002. Bd. 1. S. 49.

⁶ Vgl. ebd.

Diese Situation änderte sich im Verlauf der 1950er Jahre. Von nun an versuchten die Wissenschaftsfunktionäre der SED, selbst in akademische Belange einzugreifen und den Marxismus-Leninismus als grundlegende Wissenschaftstheorie durchzusetzen.⁷ Mit der Auflösung der fünf Länder und dem „Konzept des sozialistischen Aufbaus“ wurde die Voraussetzung geschaffen, das Wissenschaftssystem der DDR zentralstaatlich steuern zu können. Zudem erfolgten kaderpolitische Veränderungen, um die technische Modernisierung und Hochschulexpansion voranzutreiben.⁸ In der Geschichtswissenschaft fand der Marxismus-Leninismus für Propagandazwecke und für die Einführung einer sozialistischen Wissenschaftsdefinition seine Anwendung.⁹ Nichtmarxistische Intellektuelle und ihre gesellschaftskritischen Lehrmeinungen wurden fortan eingeschränkt oder aus dem Wissenschaftsbereich entfernt. Während der Rekonstruktionsphase nach dem Zweiten Weltkrieg und der Jahre des Aufbaus des Sozialismus in der DDR waren die verschiedenen Wissenschaftszweige und ihre Fachvertreter¹⁰ von der SED und den ihr zugeordneten Behörden abhängig.¹¹ In ihrer Wissenschaftspolitik schwankte die Parteispitze bis zum Mauerbau 1961 zwischen der Kooperation mit nichtmarxistischen Wissenschaftlern auf der einen und der Durchsetzung des ideologischen Alleinvertretungsanspruchs des Marxismus-Leninismus auf der anderen Seite.¹² Derartige Mechanismen fanden auch im Archivwesen der DDR ihre Anwendung. Bestimmten in der Gründungsphase der DDR die Verwaltungsstrukturen der Vorkriegszeit die Archivlandschaft, ergaben sich im Verlauf der 1950er Jahre, ähnlich wie in der Geschichtswissenschaft, vielfältige sozialistische Umgestaltungen. Dazu zählten die organisierte Politisierung durch eine parteinahe Personalpolitik oder das verzweigte Überwachungssystem. Diese Anweisungen trugen dazu bei, dass die Geschichtswissenschaft, wie auch das Archivwesen, zu einem „funktionierenden Teil des Staatsapparates der DDR“ ausgebaut wurde, so der ehemalige Archivar des Zentralen Staatsarchivs der DDR, Hermann Schreyer.¹³

⁷ Vgl. Malycha, Andreas: Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR 1945–1961. In: Malycha, Andreas: Geplante Wissenschaft. Eine Quellenedition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte 1945–1961. Leipzig: Akadem. Verlagsanstalt 2003. S. 41.

⁸ Vgl. Malycha, Andreas: Wissenschaft und Politik in der DDR 1945 bis 1990. S. 653.

⁹ Vgl. Förtsch, Eckart: Wissenschafts- und Technologiepolitik in der DDR. In: Hoffmann, Dieter; Macrakis, Kristie (Hrsg.): Naturwissenschaft und Technik in der DDR. Berlin: Oldenbourg Akademie Verlag 1998. S. 21.

¹⁰ Die Studie nutzt für berufsbezogene Bezeichnungen aus Gründen des Leseverständnisses die männliche Form, wenn es sich nicht eindeutig um weibliche Bezugspersonen handelt. Die weibliche Form ist eingeschlossen, wenn es sich in der Mehrzahl um männliche und weibliche Bezugspersonen handelt.

¹¹ Vgl. Malycha, Andreas: Wissenschaft und Politik in der DDR 1945 bis 1990. S. 653f.

¹² Vgl. ebd.

¹³ Schreyer, Hermann: Das staatliche Archivwesen der DDR. Ein Überblick. Düsseldorf: Droste 2008. S. 277.

Diese Umstände verdeutlichen, dass die Historiker und Archivare in ihrem Berufsalltag durch das politische System der DDR ideologisch beeinflusst sein mussten. Inwieweit sich daraus für beide Berufsgruppen Konflikte ergaben – sei es in Etablierung der marxistisch-leninistischen Theorien oder im Umgang mit den Systemanpassungen – soll als untergeordneter Themenaspekt im vierten Kapitel dieser Arbeit behandelt werden. Diese Indikatoren erfordern einen Blick auf die wissenschafts- und verwaltungspolitischen Normen der DDR (Kapitel III), um die Strategien und Handlungen der ausgewählten Akteure dieser Studie nachvollziehen zu können. Denn wie der Soziologe Ernst Richert 1952 in seiner Abhandlung über die Praxis der totalitären Lenkung erörtert, liegt „das wirkliche Gerüst der politischen Aktionen, das Funktionieren des politischen Integrationsgefüges [...] nicht in der gesetzten Verfassung, sondern in der verborgenen Tätigkeit von im Staat und Parteiapparat wirksamen Eliten.“¹⁴

Die Arbeit soll einen Vergleich des Berufsalltags der DDR-Historiker mit dem der Berufsgruppe der DDR-Archivare darbieten. Dazu richtet sie ihren Blick auf zehn Fachvertreter. Um diese Repräsentanten biografisch in das Wissenschaftssystem der DDR einordnen zu können, wird ein Abriss der Lebensverläufe, unter Einteilung in drei Generationskategorien, vorangestellt (Kapitel 4.1.1. bis 4.1.4.). Als Fachvertreter wurden die fünf Historiker Fritz Klein (1924–2011), Horst Bartel (1928–1984), Alfred Meusel (1896–1960), Jürgen Kuczynski (1904–1997) und Leo Stern (1901–1982) sowie die fünf Archivare Friedrich Beck (1927), Karlheinz Blaschke (1927), Heinrich Otto Meisner (1890–1976), Willy Flach (1903–1958) und Hellmut Kretschmar (1893–1965) ausgewählt. Diese Personen verbindet ein hoher gesellschaftlicher Stellenwert innerhalb ihrer Zunft, sie waren an den meisten zentralen Forschungsprojekten der DDR-Geschichtswissenschaft bzw. Archivwissenschaft beteiligt und besaßen eine Vielzahl von gemeinsamen Arbeitsbereichen (vgl. Kapitel II).

Ein Vergleich mit der beruflichen Situation der Archivare und Historiker in der Bundesrepublik Deutschland wird übergangen, da der zeitliche Rahmen der Arbeit einen weiteren derart komplexen Forschungsgegenstand nicht zulässt. Dennoch werden einige Berührungspunkte¹⁵ mit beiden Berufsgruppen der Bundesrepublik

¹⁴ Richert, Ernst: Aus der Praxis totalitärer Lenkung. Die politische Entwicklung im Kreis Schmalkalden 1945–1949. In: Institut für politische Bildung (Hrsg.): Faktoren der Machtbildung. Wissenschaftliche Studien zur Politik. Berlin: Duncker & Humblot 1952. Bd. 2. S. 165.

¹⁵ Exemplarisch dafür sind die Historiker- und Archivtage nach dem Zweiten Weltkrieg, die bis in die 1950er Jahre gesamtdeutsch angelegt und durch den bundesdeutschen VHD bzw. den VdA organisiert wurden (Kapitel 4.3.3.).

aufgegriffen, um das ideologisch motivierte Konkurrenzdenken der DDR auf der beruflichen Ebene zu verdeutlichen.

Für die Arbeit werden zwei Fragestellungen leitend sein: Wie waren beide Berufsgruppen institutionell im politischen System der DDR verankert (Kapitel 4.2.) und inwieweit bestanden Beziehungsverflechtungen innerhalb und zwischen beiden Berufsgruppen (Kapitel 4.3.)? Der zeitliche Rahmen der Studie umfasst drei Phasen: die des Aufbaus des sozialistischen Staates (1949–1955), die der Konsolidierung des neuen Systems (1955–1961) und die stabilisierende Reformphase (1961–1971). Diese zeitlichen Abschnitte beinhalten gesellschaftliche und politische Umbrüche der DDR, welche die beiden Fachdisziplinen prägten. Die, von Michael F. Scholz so bezeichneten, Zeiträume des „realexistierenden Sozialismus“ (1971–1989) und des „Niedergangs“ (1971–1989) werden im Zusammenhang mit einigen Entwicklungen des Verhältnisses von Historikern und Archivaren angeführt, aber nicht fokussiert.¹⁶ Die verwaltungsmäßigen wie personellen Strukturen waren zu diesen Zeitpunkten gefestigt, wodurch nur wenige neue Rückschlüsse innerhalb der beruflichen Beziehungsverflechtungen auftraten.

Zur Beantwortung der beiden Forschungsfragen unterteilt sich die Arbeit in fünf Kapitel, wobei als Erstes der Forschungsstand und darauf folgend die Forschungsmethoden erläutert werden. Das dritte Kapitel befasst sich mit einem Überblick zu den Strukturen der Wissenschaftspolitik der SED. Diese Ausführungen bilden die Basis für alle folgenden Erläuterungen der Arbeit.

Das umfangreiche vierte Kapitel wird sich mit dem Spannungsfeld der Politik und Wissenschaft im Berufsalltag ausgewählter Archivare und Historiker der DDR beschäftigen. Um das Leseverständnis und die Vergleichbarkeit beider Disziplinen zu gewährleisten, wird zunächst die geschichtswissenschaftliche und danach die archivwissenschaftliche Perspektive erläutert, um anschließend ein Fazit benennen zu können. Die Zwischenergebnisse werden im Verlauf der Arbeit aufgegriffen und in Verhältnis gesetzt.

Die erste Forschungsfrage (4.2.) widmet sich der Problematik, inwieweit die Berufsgruppen der Archivare und Historiker institutionell wie auch hinsichtlich des Ansehens ihres Berufsstandes im politischen System der DDR verankert waren. Inwiefern eine Privilegierung der einen Berufsgruppe gegenüber der anderen bestand und ob sich berufsgruppenspezifische Unterschiede ausmachen lassen, ist

¹⁶ Scholz, Michael F.: Die DDR 1949–1990. (= Gebhardt Handbuch der Deutschen Geschichte, Bd. 22) Stuttgart: Klett-Cotta 2009. Abs. 7.

richtungsweisend. Zudem wird erörtert, in welchem Umfang die fachliche Organisation erfolgen konnte. Um die Politisierung beider Zünfte nachzuvollziehen, werden die Bildung und der Ausbau der zentralen Einrichtungen des jeweiligen Fachbereichs (4.2.1. und 4.2.2.) sowie die fachspezifischen Veränderungen in der Wissenschaftspolitik der SED erörtert.

Die zweite Forschungsfrage (4.3.) vergleicht die Beziehungsverflechtungen beider Berufsgruppen für den Zeitraum von Mitte der 1950er Jahre, als die Einrichtung vieler wissenschaftlicher Institutionen als abgeschlossen galt, bis zur Friedlichen Revolution 1989 miteinander.

Enge Verbindungen zwischen den beiden Berufsfeldern existierten seit dem 19. Jahrhundert und waren von der „Suche nach der historischen Wahrheit“ geprägt, wie es der Leiter des Stadtarchivs Duisburg, Andreas Pilger, auf einer Podiumsdiskussion über die „Archive und die historische Forschung“ 2011 erwähnte.¹⁷ In sozialistischen Gesellschaften wie der DDR existierten berufliche Beziehungen in einer Vielzahl von informellen Netzwerken, welche die alltägliche Funktionsfähigkeit des realen Sozialismus erhielten.¹⁸ Die Besonderheit gegenüber beruflichen Beziehungsgeflechten in der Bundesrepublik Deutschland ist, dass die Akteure der DDR auf bestehende Mängel in ihrem Arbeitsumfeld eingehen und sie unter ideologischen Spannungen beheben mussten. Obwohl diese personellen Eigeninitiativen dem Ansinnen des Politbüros widersprachen, standen sie den ideologischen Ambitionen der SED nicht ablehnend gegenüber. Stattdessen formierten sich durch die systembedingten Mängel personelle Netzwerke, die als Subsysteme in der Gesellschaftsordnung der DDR standhalten konnten.¹⁹

Dass ein Informationsaustausch zwischen den Vertretern beider Gesellschaftswissenschaften der DDR auf verschiedenen kommunikativen Ebenen vorzufinden ist, wird vorausgesetzt, da sich viele Biografien von Historikern mit denen der Archivare überschneiden. Es blieben vermutlich berufliche Kontakte aus der Vorkriegszeit, Freundschaften, die während der Ausbildungszeit geknüpft wurden, oder Verbindungen, die in Kriegsgefangenschaft entstanden sind, in der DDR bestehen und wurden gepflegt.

Um diese Arten des Informationsaustauschs voneinander zu unterscheiden, werden für diese Forschungsfrage drei Kategorien analysiert: Die erste Unterteilung

¹⁷ Pilger, Andreas: Die Archive und die historische Forschung. Eine Podiumsdiskussion zwischen Archivaren und Historikern. In: *Archivar*, Jg. 64 (2011) H.4. S. 371.

¹⁸ Vgl. Schuhmann, Annette: Netzwerke lokaler Eliten in der DDR 1970–1989. In: *Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien*, Jg. 36/37 (2006) S. 53.

¹⁹ Vgl. ebd.

beschäftigt sich mit den Beziehungen im Hochschulbereich (4.3.1.). Darin werden die Auseinandersetzungen zwischen Hochschulmitarbeitern und dem Hochschulapparat der DDR in den Krisenjahren 1953, 1956 und 1961 (a–c) behandelt. Die zweite Kategorie wendet sich den beruflichen Verbindungen in den Redaktionskollegien wissenschaftlicher Fachblätter zu (4.3.2.). Dafür wurden die Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (a), die Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (b) und die Archivmitteilungen (c) ausgewählt. Die letzte Kategorie beinhaltet die Bekanntschaften auf Kongressen und Tagungen (4.3.3.), die durch die Historikertage des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD) und der Historikergesellschaft der DDR (a) vertreten sind. Als Pendant werden die Archivtage des Verbandes deutscher Archivarinnen und Archivare (VdA) und die archivischen Arbeitstagungen in der DDR (b) fokussiert. Einen eigenständigen Archivverband hat es in der DDR erst 1989, und nur für wenige Monate, gegeben.

Durch diese Einteilung erhofft sich die Autorin Rückschlüsse, ob in einem der beiden Berufszweige ein stärkerer oder schwächerer sozialer Austausch vorhanden war und ob engere Kontakte zwischen den Berufsgruppen bestanden. Anhand der gewonnenen Informationen kann bestenfalls der Berufsalltag der beiden Fachbereiche rekonstruiert und die Funktionsweisen politischer Steuerungsinstrumente am einzelnen Individuum aufgezeigt werden. Im Anschluss an die beiden Forschungsfragen erfolgt ein Resümee (Kapitel V), in dem eine Gegenüberstellung der Ergebnisse aus den Einzelanalysen vorgenommen wird.

I. Forschungsstand

Um die Beziehungsverflechtungen von Historikern und Archivaren im Wissenschaftssystem der DDR erörtern zu können, muss die Bedeutung dieses Problemfeldes in der historischen Forschung umrissen werden.

Der Forschungskomplex der DDR erweist sich, mitsamt ihrer Historiografie und ihren gesellschaftlichen Konstrukten, für die heutige Fachwissenschaft als ertragreiches Thema, obwohl sie in den 1990er Jahren, durch den Vereinigungs- und Umgestaltungsprozess, zum „Großobjekt“ historischer Analysen avancierte, so Jarausch, Middell und Sabrow in ihrem Aufsatz „Störfall DDR-Geschichtswissenschaft“.²⁰ Geschichtswissenschaftliche Kontroversen nahmen in der DDR eine herausragende Stellung ein, da die fachlichen Inhalte und die Forschungsmethoden nach den Vorgaben der Parteiführung ausgerichtet waren. Die Historikerschaft der DDR musste nicht nur die Parteidiktatur der SED legitimieren, sondern auch einen ideologiekonformen Geschichtsdiskurs entwerfen.²¹ Das umfangreiche Forschungsfeld zur Geschichte des SED-Staates kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass weite Teilgebiete durch die Forschungsintensität nach 1990 abgeschlossen sind und nur noch „im eigenen Saft schmore[n]“, so Jürgen Kocka.²² Ulrich Mähler und Manfred Wilke betiteln die DDR-Forschung wiederum als „Auslaufmodell“, und Konrad Jarausch prophezeit ihr, als „Provinz der Zeitgeschichte“ in der Bedeutungslosigkeit zu verkommen.²³

Tatsächlich konnte die Historiografie der DDR, so Günther Heydemann, von einer anfangs selektiven Forschung zu einem Forschungsbereich gelangen, der in seiner Intensität nur durch die NS-Studien übertroffen wird.²⁴ Die wissenschaftlichen Debatten nach der deutschen Wiedervereinigung waren zunächst durch Selbstzeugnisse bestimmt. Als Beispiele für diese Arbeit sollen der 1997 erschienene

²⁰ Jarausch, Konrad; Middell, Matthias; Sabrow, Martin: Störfall DDR-Geschichtswissenschaft. Problemfelder einer kritischen Historisierung. In: Iggers, Georg; Jarausch, Konrad; Middell, Matthias; Sabrow, Martin (Hrsg.): Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem. (= HZ, Beiheft N. F., Bd. 27). München: Oldenbourg 1998 S. 41.

²¹ Vgl. Neuhäuser-Wespy, Ulrich: Die SED und die Historie. Die Etablierung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren. Bonn: Bouvier 1996. S. 9.

²² Kocka, Jürgen: Der Blick über den Tellerrand fehlt. DDR-Forschung – weitgehend isoliert und zumeist um sich selbst kreisend. In: Frankfurter Rundschau, vom 22.08.2003. S. 7.

²³ Mähler, Ulrich; Wilke, Manfred: Die DDR-Forschung – ein Auslaufmodell? Die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur seit 1989. In: Deutschland Archiv, Jg.37 (2004) H.3. S. 465–474. Und Jarausch, Konrad: Die Zukunft der ostdeutschen Vergangenheit – Was wird aus der DDR-Geschichte? In: Hüttmann, Jens; Mähler, Ulrich; Pasternack, Peer (Hrsg.): DDR-Geschichte vermitteln. Ansätze und Erfahrungen im Unterricht, Hochschullehre und politischer Bildung. Berlin: Metropol 2004. S. 82.

²⁴ Vgl. Heydemann, Günther: Zwischen Diskussion und Konfrontation. Der Neubeginn deutscher Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945–1950. In: Cobet, Christoph (Hrsg.): Handbuch der Geistesgeschichte in Deutschland nach Hitler 1945–1950. Frankfurt a. M.: Cobet 1986. Reihe Geschichte. Beiheft 1. S. 12.

Sammelband „Historiker in der DDR“²⁵ von Karl Heinrich Pohl, die von Joachim Petzold im Jahr 2000 veröffentlichte Selbstreflexion „Parteinahme wofür?“²⁶ und die im selben Jahr herausgebrachte Autobiografie „Drinnen und Draußen“²⁷ von Fritz Klein genügen. Obwohl sich diese Stellungnahmen hinsichtlich der Vergangenheitsbewältigung voneinander unterscheiden, gleichen sie sich in der Aussage, dass das politische System der DDR die Historiografie als Legitimationsstütze missbrauchte. Zudem entwickelte sich in den ersten Jahren der deutschen Wiedervereinigung ein „Historikerstreit“²⁸, der sich den Fragen widmete, inwiefern die ehemaligen Historiker der DDR politisch belastet waren, ihre akademischen Leistungen ideologisch angepasst wurden oder in welcher Form sie im wiedervereinten Deutschland eingesetzt werden sollten. Durch den freien Zugang zu Archivmaterial rücken seit Mitte der 1990er Jahre zusätzlich Detailstudien²⁹ in den Vordergrund, die sich mit einer Vielzahl von inneren Entwicklungen befassten.

Unter diesen Aspekten stellt sich die Frage, warum noch Studien zur DDR-Problematik erscheinen. Durch die Fülle an bereits bestehenden Publikationen sind Zweifel an der wissenschaftlichen Relevanz und dem gesellschaftlichen Nutzen einer weiteren Abhandlung zum DDR-Regime begründet. Legitimiert werden diese Versuche, wenn nicht nur die DDR-Historiografie untersucht, sondern auch ein Zusammenhang mit den sozialen Beziehungskonstrukten erörtert wird. Dafür müssen bekannte Erkenntnisse durch neu erschlossenes oder unveröffentlichtes Archivmaterial einer wiederholten Bewertung und Anpassung unterzogen werden. Das gilt besonders für die DDR-spezifischen Teilbereiche, die nicht ausreichend erforscht sind. Dazu zählen, so Hermann Wentker, die informellen Netzwerkstrukturen verschiedener Funktionärsgruppen, der Gender-Aspekt oder der Mangel an sozialgeschichtlichen Studien für einzelne Bevölkerungsschichten und Berufsgruppen.³⁰ Letztem Themenkomplex widmet sich diese Arbeit für die Zünfte der Historiker und Archivare.

²⁵ Pohl, Karl Heinrich (Hrsg.): Historiker in der DDR. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1997.

²⁶ Petzold, Joachim: Parteinahme wofür? DDR-Historiker im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft. Potsdam: vbb 2000.

²⁷ Klein, Fritz: Drinnen und Draußen. Ein Historiker in der DDR. Erinnerungen. Frankfurt a. M.: S. Fischer 2000.

²⁸ Exemplarisch die Aufsätze im Sammelband: Eckert, Rainer (Hrsg.): Krise-Umbruch-Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90. Stuttgart: Klett 1992.

²⁹ Exemplarisch: Kowalczyk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. Berlin: Links 2003.; Mertens, Lothar; Voigt, Dieter (Hrsg.): Opfer und Täter im SED-Staat. Berlin: Duncker & Humblot 1998.

³⁰ Vgl. Wentker, Hermann: Forschungsperspektiven und -desiderate der DDR Geschichte. In: Hechler, Daniel; Hüttmann, Jens; Mähler, Ulrich; Pasternack, Peer (Hrsg.): Promovieren zur deutsch-deutschen Zeitgeschichte. Handbuch. Berlin: Metropol 2009. S. 27f.

Obwohl die Archivpolitik in der DDR fachlich wie personell von dem Archivwesen der Bundesrepublik Deutschland abgegrenzt war und die Archivare durch die marxistisch-leninistischen Ideale beeinflusst wurden, fand eine Aufarbeitung der Archivgeschichte der DDR kaum statt. Durch den Mangel an Veröffentlichungen zum Archivwesen der DDR und ihren Handlungsträgern ist es von Bedeutung, so der Archivar Norbert Reimann, die „direkten Wechselbeziehungen zwischen politischer Herrschaftsausübung [...] und archivischer Arbeit“ darzustellen.³¹

In dieser Studie sollen nicht nur die „Wechselbeziehungen“ erörtert, sondern auch die Beziehungsstrukturen zwischen zwei ähnlich arbeitenden Berufsgruppen fokussiert werden. Denn in staatssozialistischen Gesellschaften waren informelle Netzwerke zwar vorhanden, der Wirkungskreis von personellen Strukturzusammenhängen spielte jedoch kaum eine Rolle.³² Hinsichtlich der bisher relevanten Forschungsschwerpunkte zur DDR-Historiografie fällt auf, dass oft nur die Ursachen und Wirkungen oder die Ineffizienz des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems der DDR analysiert wurden. Bestätigt wird dieser Eindruck durch die aktuelle Veröffentlichungsliste (Stand 2014) der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Sie enthält einen Überblick über die DDR-Forschungsbereiche der letzten 16 Jahre, die von der Bundesstiftung gefördert oder herausgegeben wurden. Begünstigt waren Studien zum Krisenjahr 1953, zur Politik und Struktur von SED-Organen, zu einzelbiografischen Betrachtungen oder zu innerdeutschen Fragen. Berufsgruppenspezifische Analysen bildeten innerhalb der Auflistung die Minderheit und wurden lediglich durch Bettina Blums 2012 erschienene Abhandlung zu „Polizistinnen im geteilten Deutschland“, der im gleichen Jahr herausgegebenen Studie über „Komponisten in Frankreich und der DDR“ von Dorothea Trebesius, Jürgen Wilkes „Journalisten und Journalismus in der DDR“ von 2007 oder der 2005 veröffentlichten Arbeit von Franz-Peter Schimunek und Peter Zedler über „Lehrerinnenbiografien aus der DDR“ repräsentiert.

Für die Berufsgruppen der Historiker und Archivare existieren bisher keine vergleichenden Studien. Allerdings wurden die Zunft der Historiker und ihr Fachbereich für den Zeitraum des Bestehens der DDR eingehend erforscht. Die relevanteste Veröffentlichung für diese Arbeit ist die 2010 erschienene Publikation „Legitimation

³¹ Reimann, Norbert: Archive und Herrschaft. Zur Wahl des Veranstaltungsortes und des Rahmenthemas für den 72. Deutschen Archivtag 2001 in Cottbus. In: Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv (Hrsg.): Archive und Herrschaft. Referate des 72. Deutschen Archivtags 2001 in Cottbus (= Der Archivar, Beiheft 7). Siegburg: Schmitt 2002. S. 4.

³² Vgl. Schuhmann, Annette: Netzwerke. S. 53.

eines neuen Staates“³³ von Ilko-Sascha Kowalczuk. Seine Studie beschäftigt sich mit unveröffentlichten Archivalien, mittels derer er die ideologische Umformung der Geschichtswissenschaft charakterisiert und die Handlungsweisen der Historiker sowie ihre kollegialen Kontakte überblickt. Durch diese Fülle an Informationen dient die Abhandlung als unverzichtbare Sekundärquelle. Gleiches gilt für Martin Sabrows Monografie „Diktat des Konsenses“³⁴, die sich im Zeitraum von 1956 bis 1969 der Wissenschaftspolitik der SED zuwendet, am Beispiel der Arbeitsweise des Instituts für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften zu Berlin (AdW).

Anders verhält es sich mit den Publikationen zu den Archivaren der DDR. Zwar liegt mit Herrmann Schreyers 2008 veröffentlichter Monografie „Das staatliche Archivwesen der DDR“³⁵ ein Überblickswerk für die Zeit von 1945 bis 1990 vor, das die fachliche Instrumentalisierung des staatlichen Archivwesens aufzeigt, ein umfassender personeller Einblick wie bei Kowalczuk bleibt jedoch aus. Ähnlich detaillierte Darstellungen, die jedoch nur bis Anfang der 1970er Jahre reichen, enthält die 1972 erschienene Monografie „Deutsche Archive in West und Ost“³⁶ von Friedrich Kahlenberg, die einer Aktualisierung bedarf. Als weitere Sekundärquellen dienen die Veröffentlichungen der Archivschule Marburg und des Verbandes deutscher Archivarinnen und Archivare. Besonders der Sammelband „Neue Strukturen – bewährte Methoden? Was bleibt vom Archivwesen der DDR“³⁷ und die Beibände zu den deutschen Archivtagen in Cottbus (2001) und Darmstadt (1996), „Archive und Herrschaft“³⁸ sowie „50 Jahre Verein deutscher Archivare“³⁹, waren von Interesse.

Da die Fülle der Beziehungsstrukturen beider Berufsgruppen in einer Studie nicht umfassend abgebildet werden kann, beschränkt sich die Verfasserin auf die Einbindung der Akteure in das Wissenschaftssystem der DDR. Die Begrifflichkeit des „Wissenschaftssystems“ muss hierbei weiter gefasst werden, da die Archivare einen begrenzteren wissenschaftlichen Handlungsradius innehaben. Laut den „Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems“, die 2013 durch den Wissenschaftsrat

³³ Kowalczuk, Ilko-Sascha: Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Berlin: Links 1997.

³⁴ Sabrow, Martin: Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949–1969. München: Oldenbourg 2001.

³⁵ Schreyer, Hermann: Das staatliche Archivwesen der DDR. Ein Überblick. Düsseldorf: Droste 2008.

³⁶ Kahlenberg, Friedrich: Deutsche Archive in West und Ost. Zur Entwicklung des Staatlichen Archivwesens seit 1945. Düsseldorf: Droste 1972.

³⁷ Becker, Irmgard; Hirsch, Volker; Wenz-Haubfleisch, Annegret (Hrsg.): Neue Strukturen – bewährte Methoden? Was bleibt vom Archivwesen der DDR. Beiträge zum 15. Archivwissenschaftlichen Kolloquium der Archivschule Marburg 2011.

³⁸ Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv (Hrsg.): Archive und Herrschaft. Referate des 72. Deutschen Archivtags 2001 in Cottbus (= Der Archivar, Beiband 7). Siegburg: Schmitt 2002.

³⁹ Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv (Hrsg.): 50 Jahre Verein deutscher Archivare. Bilanz und Perspektiven des Archivwesens in Deutschland. Referate des 67. Deutschen Archivtags 1996 in Darmstadt (= Der Archivar, Beiband 2). Siegburg: Schmitt 1997.

erarbeitet wurden, definieren nicht nur die klassischen Kernbereiche der Forschungs- und Bildungspolitik diesen Komplex. Ebenso kann er durch einen Transferbereich bestimmt sein, der die „Vermittlung und Übertragung wissenschaftlicher Erkenntnisse aus allen Wissenschaftsbereichen in Gesellschaft, Kultur, Wirtschaft und Politik“ über die beiden vorigen Wissenschaftszweige hinaus fördert.⁴⁰ Es werden in dieser Studie unter der Begrifflichkeit des „Wissenschaftssystems“ die Arbeitsfelder an den Hochschulen und sonstigen Forschungseinrichtungen der DDR erfasst, sowie die zur weiteren Wissensvermittlung und -übertragung genutzten Tätigkeitsbereiche innerhalb von Fachzeitschriften oder der Teilnahme an Kongressen.

Hinsichtlich der Gesamtzahl an DDR-spezifischen Publikationen ist der Themenkomplex der Wissenschaftspolitik der DDR erheblich. Die Vielzahl der Veröffentlichungen zu diesem Literaturfeld lässt sich, nach dem Modell⁴¹ von Peer Pasternack, in den Bereich der Hochschulpolitik unterteilen, den Betrachtungen zu einzelnen Hochschulen, den statistischen Dokumentationen oder den Problemen der Hochschulentwicklung. Zudem existieren zahlreiche Studien zu den einzelnen wissenschaftlichen Fachdisziplinen. Für diese Arbeit relevant ist Ilko-Sascha Kowalczyks 2003 erschienene Dissertation „Geist im Dienste der Macht“⁴², die sich mit der Hochschulpolitik der DDR und ihren Akteuren beschäftigt.

Neben den angeführten Selbstzeugnissen von Fritz Klein und Joachim Petzold wurden weitere Abhandlungen genutzt. Dazu zählt Mario Keßlers Monografie „Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik“⁴³, die 2001 erschien und die Remigranten, die als Gründerväter der DDR-Geschichtswissenschaft gelten, im Spannungsfeld zwischen parteipolitischen Vorgaben und ihrer wissenschaftlichen Arbeit darstellt. Die Studie enthält biografische Informationen zu Jürgen Kuczynski, Alfred Meusel und Leo Stern, die zu den ausgewählten Historikern dieser Arbeit zählen. Ebenso sind die autobiografischen Werke und Aufsätze von Jürgen Kuczynski, Eduard Winter und Karlheinz Blaschke von Interesse.

Durch die Miteinbeziehung dieser personellen Darlegungen soll die von Alf Lüdtker gewonnene Erkenntnis zum Berufsalltag in der DDR, dessen soziale Strukturen von der Diktatur der SED durchdrungen waren, ergänzt und am Berufsalltag der Histori-

⁴⁰ Wissenschaftsrat (Hrsg.): Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems. Köln: Wissenschaftsrat 2013. S. 25f.

⁴¹ Vgl. Pasternack, Peer: Wissenschaft und Politik in der DDR. Rekonstruktion und Literaturbericht. Hrsg. vom Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF), Wittenberg 2010 (= HoF-Arbeitsbericht 4/10). S. 27–45.

⁴² Kowalczyk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. Berlin: Links 2003.

⁴³ Keßler, Mario: Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR. Köln: Böhlau 2001.

ker und Archivare nachweisbar gemacht werden.⁴⁴ Bestenfalls lässt sich aufzeigen, wie der Einzelne oder das berufliche Kollektiv mit den politischen Gegebenheiten des DDR-Regimes umzugehen vermochte. Für die beiden Zünfte wird vermutet, dass sowohl Strategien herangezogen wurden, mit denen die Herrschaftsansprüche unterlaufen werden konnten, als auch Interpretationsspielräume im politisch geforderten Handeln genutzt wurden, um die politische Durchdringung des Berufsalltags zu minimieren. Der „Rückzug ins Private“ und die Vorstellung der DDR als „Nischengesellschaft“, wie es Günter Gaus darstellt, werden auch für diese Arbeit angenommen.⁴⁵ Allerdings impliziert die negativ belastete Begrifflichkeit der „Nischengesellschaft“, nach Gaus, nicht die Distanzierung gegenüber allem Politischen. Vielmehr wendete sie sich gegen die Parteipropaganda der SED, wonach die DDR ausschließlich von politisch engagierten Bürgern bewohnt würde, und gegen die Behauptung der Bundesrepublik Deutschland, dass die DDR nur ein Ort voller „Schergen und Opfer“ wäre.⁴⁶ Jenem gauschen Deutungsmuster soll diese Arbeit folgen.

⁴⁴ Vgl. Lüdtkke, Alf: Helden der Arbeit - Mühen beim Arbeiten. In: Kälble, Hartmut; Kocka, Jürgen; Zwahr, Hartmut (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart: Klett-Cotta 1994. S. 188ff.

⁴⁵ Gaus widmet der „Nischengesellschaft“ ein ganzes Kapitel seines Werkes: Gaus, Günter: Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung. Hamburg: Hoffmann & Campe 1983. S. 156–233. Hier S. 157.

⁴⁶ Ebd. S. 158f.

II. Methodisches Vorgehen

Zu den Forschungsobjekten der Geschichtswissenschaft zählen auch die sozialen Beziehungen und ihre Konflikte, unter Betrachtung der historischen Entwicklungen. Im Mittelpunkt dieser Darstellungen stehen die Verhaltensweisen einer Person sowie deren Handlungsspielraum in den politischen, ökonomischen oder sozialen Umständen der jeweiligen Zeit.⁴⁷ Über geschichtswissenschaftliche Forschungsansätze, wie Prosopografien oder Kollektivbiografien, können einige der personellen Handlungsstrukturen übermittelt und die Erkenntnis gewonnen werden, dass Beziehungsgeflechte sich auf vielfältigen Kommunikationsebenen vollziehen.⁴⁸

Um derartige Beziehungskomplexe im Bereich der Geschichts- bzw. Archivwissenschaft zu analysieren, nutzt diese Arbeit die qualitative Forschungstradition, die thesengenerierend vorgeht und unterschiedliche Arten von Datenmaterial verwendet.⁴⁹ Die Datengrundlage der Studie basiert auf Primärdaten, die aus unveröffentlichtem Archivmaterial oder persönlichen Auskünften an die Verfasserin generiert werden mussten, sowie aus Sekundärdaten, die aus bestehenden Datenquellen bezogen wurden (vgl. Forschungsstand). Eine solche Kombination qualitativer Ansätze wird als Triangulation, in diesem Fall als Datentriangulation, bezeichnet.⁵⁰ Der Grund für diese Methodenwahl lag in der Verfügbarkeit und im Umfang des Datenmaterials für diesen Untersuchungsgegenstand.

Allerdings birgt die Triangulationsstrategie die Gefahr, dass durch die ungleichen Möglichkeiten des Datengewinns unterschiedliche Ergebnisse entstehen können und jede Erhebungsform das Forschungsobjekt anders beeinflusst. Demgegenüber kann ein Problemfeld durch mehrere Forschungsansätze in seiner Gesamtheit besser erfasst werden. Vor dem Hintergrund dieser Überlegung wird die Triangulation in der Arbeit eingesetzt, um verschiedene Facetten des Problemfeldes zu erfassen und es zu einem vollständigeren Bild zu ergänzen.⁵¹

Als Primärdaten dienen folgende Dokumente: Aus dem Bundesarchiv wurden Teile des „Bestandes SED“ eingesehen. Der Bestand enthält Informationen zur Zusammenarbeit zwischen staatlichen und wissenschaftlichen Einrichtungen, der Umgestal-

⁴⁷ Vgl. Düring, Marten; v. Keyserlingk, Linda: Netzwerkanalyse in den Geschichtswissenschaften. Historische Netzwerkanalyse als Methode für die Erforschung von historischen Prozessen. In: Jordan, Stefan; Schützeichel, Rainer (Hrsg.): Prozesse, Formen, Dynamiken, Erklärungen. Wiesbaden: Springer 2015. S. 337.

⁴⁸ Vgl. ebd.

⁴⁹ Vgl. Echterhoff, Gerald; Hussy, Walter; Schreier, Margrit (Hrsg.): Forschungsmethoden in Psychologie und Sozialwissenschaften für Bachelor. Berlin: Springer 2013. S. 285.

⁵⁰ Vgl. ebd. S. 286.

⁵¹ Vgl. ebd. S. 289.

tung des Hoch- und Fachschulwesens, der Durchführung von Hochschulreformen oder der Entwicklung von Universitäten. Die Bestände „Staatliche Archivverwaltung der DDR“ und „Ministerium des Innern der DDR“ lieferten Hinweise zur weiteren Organisationsstruktur des Wissenschaftssystems der DDR.

Zu den Primärdatenerhebungen sind zudem die Personennachlässe von Alfred Meusel, Jürgen Kuczynski, Leo Stern, Horst Bartel und Heinrich Otto Meisner anzuführen, die sich im Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (ABBAW) befinden. Der Nachlass von Fritz Klein wird seit 2012 ebenfalls in dieser Einrichtung verwahrt, liegt jedoch gegenwärtig in einem unerschlossenen Zustand vor und ist erst ab Februar 2016 für die Forschung benutzbar. Biografische Informationen überliefern seine Memoiren „Drinne und Draußen“ sowie die Personalunterlagen aus seiner Akte beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), die für diese Arbeit als Materialgrundlage dienen. Auch das Aktenmaterial des BStU zu Kuczynski, Stern, Flach, Bartel, Pahlitzsch und Kobuch wurde für personenbezogene Angaben benutzt.

Die Unterlagen der Nachlässe boten vor allem Auskünfte zu persönlichen Angelegenheiten, wie privater Korrespondenz, Tagebüchern oder biografischem Material, und beruflichen Belangen, wie den Austausch zu Fachfragen, Lehr- und Forschungsthemen oder zu institutionellen Strukturen. Dadurch, dass das Archivgut in der Mehrzahl aus Protokollen und Berichten, persönlichen Korrespondenzen oder Lehr- und Forschungsunterlagen bestand, ließen sich Rückschlüsse auf die Arbeitsweisen der zentralen wissenschaftlichen Institutionen der DDR ziehen. Durch diese Quellenkritik konnte eine Vorstellung der Interessen, Konflikte und Arbeitsweisen der wissenschaftlichen Akteure entstehen. Allerdings wurden derartige Unterlagen aus der Sicht von DDR-Eliten und für den internen Gebrauch angefertigt und nicht mit dem Ziel verfasst, die Wissenschafts- und Verwaltungspolitik der DDR abzubilden.

Neben diesem Quellenmaterial wurde der Personennachlass von Hellmut Kretschmar einbezogen, der sich im Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden befindet. Der Bestand ist aufgrund der biografischen Angaben und beruflichen Aktivitäten Kretschmars sowie seiner Tagebücher von Bedeutung, die den Zeitraum von 1913 bis 1956 umfassen. Ebenso wurden die personenbezogenen Unterlagen des Nachlasses von Willy Flach im Hauptstaatsarchiv Weimar eingesehen. Von den beiden noch lebenden Archivaren Friedrich Beck und Karlheinz Blaschke konnte Letzterer persönlich zu einigen archivischen Problemstellungen dieser Arbeit Auskunft geben.

Friedrich Beck ist aus gesundheitlichen Gründen dazu nicht mehr in der Lage. Informationen zur Mitarbeit in den relevanten Redaktionskollegien lieferten der ehemalige Direktor des Staatsarchivs Rudolstadt, Peter Langhof, sowie der Historiker Adolf Laube.

Wie einleitend erwähnt, erfolgte die Auswahl der zehn Personen unter den Aspekten, dass sie an den zentralen Forschungsprojekten der DDR-Geschichtswissenschaft bzw. Archivwissenschaft beteiligt waren und eine Vielzahl an gemeinsamen Arbeitsbereichen besaßen. Zudem richtet sich die Arbeit an Historikern aus, die ihre Ausbildung in der Zeitspanne der Vorkriegszeit bis Mitte der 1950er Jahre erhielten und ihr Arbeitsgebiet auf die „klassischen“ Einsatzgebiete für Historiker, in Museen, Verlagen, Universitäten oder anderen Forschungsinstituten, beschränkten. Ausgeschlossen wurden die Einsatzmöglichkeiten als Geschichtslehrer an allgemeinbildenden Schulen oder in Archiven. Für die Berufsgruppe der Archivare gilt die heute übliche Berufsauffassung. Die Repräsentanten der Studie verbindet auch ihr wissenschaftliches Renommee innerhalb ihrer Zunft, weswegen eine Vielzahl von gemeinsamen Kommunikationspartnern vermutet wird. Die Gelehrten der ersten beiden Generationen konnten sich wegweisend an der Einführung und Durchsetzung der marxistisch-leninistischen Historiografie bzw. Archivwissenschaft beteiligen, wodurch sie wichtige Leitungsfunktionen in ihrem Berufszweig einnahmen und eine Vorbildfunktion für den wissenschaftlichen Nachwuchs besaßen.

Im Fortgang der Studie und im personellen Vergleich haben sich bei den zehn Akteuren jedoch Unterschiede in der politischen Gesinnung und der Einstellung zum Gesellschaftssystem der DDR herausgestellt. Die gewählten Historiker verkörperten mehr oder weniger gesellschaftskritische SED-Mitglieder, wohingegen die Archivare nichtmarxistische Gelehrte waren, die sich zumeist den herrschenden Verhältnissen der DDR angepasst hatten. Dennoch wurde an der Stichprobe der gewählten Historiker und Archivare festgehalten.

Das nichtmarxistische Lehrpersonal der 1950er Jahre, wie Heinrich Sproemberg, Günter Mühlpfordt, Arthur Suhle, Albrecht Timm, Hans-Joachim Diesner, Eugen Meyer oder Friedrich Schneider, war Ende des Jahrzehnts entweder republikflüchtig, emeritiert, zwangspensioniert oder mit Berufsverbot belegt worden. Zudem waren sie in Fachbereichen vertreten, die für die DDR-Geschichtswissenschaft weniger relevant waren. Dazu zählten die Historischen Hilfswissenschaften, das Mittelalter oder die Alte Geschichte. Zu den marxistischen Archivaren, wie Werner Pahlitzsch, Manfred Kobuch, Reinhard Kluge oder Alfred Opitz, fehlen hinreichende biografische

Informationen.⁵² Aus diesen Gründen wurde von einer Änderung der Stichprobe abgesehen.

Die Qualität der Sozialbeziehungen kann aus den personenbezogenen Unterlagen der Nachlässe, der Autobiografien oder der Sekundärliteratur nicht abschließend generiert werden. Nachweisbar ist, dass persönliche Verbindungen untereinander bestanden, die in einigen Fällen von den ausgewählten Akteuren als freundschaftlich beschrieben wurden. Ob diese Aussagen wahrheitsgemäß sind, lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Acht der zehn Personen sind bereits verstorben, wodurch Verweise über ihr Beziehungsverhältnis zu Kollegen von ihnen selbst nicht mehr relativiert werden können.

Um die Vergleichbarkeit der zehn Repräsentanten zu erleichtern, werden sie in einen Generationszusammenhang gebracht. Dadurch sollen Abweichungen bei den Zugängen zu Berufsfeldern und den Einzelbiografien herausgestellt und Einflüsse von historischen Gegebenheiten auf die individuellen Lebensverläufe definiert werden. Als Orientierung stützt sich die Arbeit auf die Grundsätze der soziologischen Generationsforschung von Helmut Schelsky sowie auf das Generationsmodell⁵³ des 20. Jahrhunderts von Aleida Assmann.

Von grundlegender Bedeutung ist es, den Unterschied zwischen den beiden Berufsgruppen der Historiker und Archivare vorab zu erläutern. Seit dem 19. Jahrhundert besteht eine Verbindung zwischen historischer und archivischer Arbeit, die nicht allein auf die ähnlichen Studiengänge und das geschichtliche Interesse beider Zünfte zurückgeht.⁵⁴ Die Historiker und Archivare verbinden auch ihre spezifischen Geschichtskennntnisse und ihre Forschungsmethoden miteinander. Durch diese Qualitäten kann ein Verständnis von historischen Entwicklungen und Zusammenhängen erfolgen und Quellenmaterial, das beide Berufsgruppen für ihre Recherchen benutzen, tradiert werden. Es ist ein Vorurteil, anzunehmen, dass die Archivare nur sammeln und bewahren, die Historiker nur publizieren und lehren. Die Aufbereitung von Archivmaterial bedeutet nicht den Verzicht auf Geschichtsschreibung. Viele Archivare haben ein umfangreiches wissenschaftliches Oeuvre, auch wenn sie durch ihre Arbeitsbelastung in den Archiven weniger Zeit zum Publizieren und Edieren aufwen-

⁵² Bis auf Opitz existieren keine Nachlässe als Quellengrundlage. Opitz floh 1959 in die Bundesrepublik Deutschland. In: Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, 10707 Hauptstaatsarchiv Dresden, Nr. 6074. Von Kobuch und Pahlitzsch bestehen die Akten zu Ihrer IM-Tätigkeit beim BStU: BStU, MfS, BV Dresden AGMS 4661/90 Bd.1; BStU, MfS, BV Dresden AIM 799/79 Bd.1; BStU, MfS, BV Dresden AIM 4765/90 Bd.1.

⁵³ Vgl. Assmann, Aleida: Verkörperte Geschichte. Zur Dynamik der Generation. In: Assmann, Aleida: Geschichte im Gedächtnis. Von der individuellen Erfahrung zur öffentlichen Inszenierung. München: Beck 2014. S. 60–64.

⁵⁴ Vgl. Eckert, Astrit: Archivar. In: Kwaschik, Anne; Wimmer, Mario (Hrsg.): Von der Arbeit des Historikers. Ein Wörterbuch zu Theorie und Praxis der Geschichtswissenschaft. Bielefeld: transcript 2010. S. 23.

den. Generell sind aufgrund ihres geschichtswissenschaftlichen Studiums alle Archivare auch Historiker, wohingegen nicht alle Historiker als Archivare tätig werden.⁵⁵ Korrekterweise muss vom Historiker und vom symbiotischen Historikerarchivar gesprochen werden. Davon wird in dieser Arbeit Abstand genommen, um das Leseverständnis nicht zu gefährden. Zudem wurde in der DDR zwischen Archivaren und Historikern unterschieden, auch wenn viele Archivare dieser Zeit, wie beispielsweise Karlheinz Blaschke oder Friedrich Beck, bis heute das Selbstverständnis eines Historikerarchivars innehaben.

In der Historikerzunft und im Politbüro herrschte eine andere Auffassung des archivischen Berufsstandes. Das Archivwesen und ihre Fachvertreter lagen hinter dem Museums- und Bibliothekswesen zurück, was ihr gesellschaftliches Ansehen in der DDR reduzierte.⁵⁶ Selbst die Vergabe von Berufstiteln wie Archivrat oder Oberarchivar wurden erst 1986 eingeführt.⁵⁷ Zudem war die Anzahl der Publikationsorgane, in denen die Archivare ihre Forschungsergebnisse unterbreiten konnten, begrenzt. Aus diesen Gründen werden die Berufsbezeichnungen Archivar und Historiker in dieser Arbeit getrennt voneinander betrachtet, wohl wissend, dass sich das Berufsfeld der Archivare nicht nur auf die Bestandspflege ihrer Archive beschränkte.

Zuletzt muss darauf verwiesen werden, dass der Terminus des „bürgerlichen“ Wissenschaftlers oder Wissenschaftsbereichs, wie er als zentrale Abgrenzungsvokabel im Sprachgebrauch der DDR üblich war, nur innerhalb der Zitationsformen verwendet wird.⁵⁸ Die Bezeichnung „bürgerlich“ besaß in der DDR einen politischen statt soziokulturellen Charakter. Es war nicht wichtig, ob eine Person der Sozialformation des Bürgertums entstammte, sondern nur, ob sie „fortschrittlich“, im Sinne des Marxismus-Leninismus, oder eben „bürgerlich“ eingestellt war.⁵⁹ Aus marxistisch-leninistischer Sicht symbolisierte die Begrifflichkeit eine sprachliche Negativbezeichnung, wodurch die Parteispitze die nichtmarxistische Wissenschaft und ihre Vertreter diffamierte und sie aus dem Wissenschaftsbereich zu vertreiben versuchte.⁶⁰

⁵⁵ Vgl. Eckert, Astrit: Archivar. S. 22.

⁵⁶ Vgl. Wahl, Volker: Das archivische Berufsbild in der DDR und die Auswirkungen der Wende. In: Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv (Hrsg.): 50 Jahre Verein deutscher Archivare. Bilanz und Perspektiven des Archivwesens in Deutschland. Referate des 67. Deutschen Archivtags 1996 in Darmstadt (= Der Archivar, Beiheft 2). Siegburg: Franz Schmitt 1997. S. 78.

⁵⁷ Vgl. ebd.

⁵⁸ Vgl. die Ausführungen von Tobias Kaiser zum Begriff des „bürgerlichen Historikers“. In: Kaiser, Tobias: Karl Griewank (1900–1953) – ein deutscher Historiker im „Zeitalter der Extreme“. Stuttgart: Franz Steiner 2007. S. 198–201.

⁵⁹ Vgl. ebd. S. 200.

⁶⁰ Vgl. Kaiser, Tobias: Karl Griewank. S. 200.

III. Abriss über die Wissenschaftspolitik der DDR

In der DDR waren die Bereiche der staatlichen Verwaltung und der Wissenschaft nicht voneinander zu trennen, da die Parteiführung weitreichende Kontrollmaßnahmen zur zentralen Steuerung aller gesellschaftlichen Ebenen zu etablieren versuchte. Eine Begrenzung der Durchgriffs- und Gestaltungsmacht der SED oder eine Autonomie einzelner Gesellschaftsressorts, wie der Wirtschaft oder Wissenschaft, waren nicht gegeben.⁶¹ Der Begriff „Verwaltung“, wie er heute verwendet wird, fand im Sprachgebrauch der DDR keine Anwendung. Stattdessen wurden Synonyme wie Staatsapparat oder staatliche Leitung verwendet.⁶² Zur Verständlichkeit des Kapitels beziehen sich die Erläuterungen, wenn sie den Begriff Verwaltung aufgreifen, auf diese Synonyme des DDR-Sprachgebrauchs.

In den folgenden Ausführungen sollen die Steuerungs- und Kontrollmechanismen aufgezeigt werden, mittels derer bis 1989 die zentrale Organisation im Wissenschaftsbereich und dessen Kaderverhältnisse gelenkt wurden. Diese Kenntnisse sind für den Verlauf der Arbeit relevant, da sie die marxistisch-leninistischen Besonderheiten im Aufbau des Sozialismus darstellten und die Rahmenbedingungen für die Geschichts- und Archivwissenschaft bildeten.

Zur chronologischen Darstellung orientiert sich das Kapitel an dem Periodisierungsmodell⁶³ von Michael F. Scholz und ist in fünf Abschnitte angelegt. Anders als bei Scholz, dessen erster Abschnitt 1949 mit der Gründung der DDR beginnt, umfasst der erste Zeitraum des Periodisierungsversuches dieser Arbeit die Jahre von 1945 bis 1949. Diese Abwandlung ist nötig, da auf wissenschaftspolitischer Ebene die ersten Nachkriegsjahre und die Einflussnahme der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) in der SBZ für die weitere Entwicklung dieses Bereiches von Bedeutung waren. Im Einklang mit Scholz schließt daran die zweite Phase von 1949 bis 1955, die von der Gründung der DDR über den Beginn des Aufbaus des Sozialismus bis zur Manifestation der staatlichen Teilung durch den Abschluss von separaten militärischen Bündnissen reicht.

Es folgt die dritte Zäsur von 1955 bis 1961, die den fortschreitenden Aufbau des sozialistischen Staates mit seinen Neugründungen der Wissenschafts- und Verwal-

⁶¹ Vgl. Kocka, Jürgen: Wissenschaft und Politik in der DDR. In: Kocka, Jürgen; Mayntz, Renate (Hrsg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch. Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Wissenschaften und Wiedervereinigung. Berlin: Akademie Verlag 1998. S. 435.

⁶² Vgl. Schröter, Eckhard: Verwaltungskultur in Ost und West. Werte, Einstellungen und Rollenverständnisse von Ost- und West-Berliner Verwaltungsführungskräften. Dissertation an der Freien Universität Berlin 1995. S. 82f.

⁶³ Vgl. Scholz, Michael F.: Die DDR 1949–1990. Abs. 7.

tungsapparate beinhaltet und im Bau der innerdeutschen Grenze gipfelt. Der vierte Einschnitt, von 1961 bis 1971, zeigt den weiteren Bildungsprozess der sozialistischen Verwaltung und reicht bis zur Ablösung der Ulbricht-Ära. Im Wissenschaftsbereich kommt es während dieser Jahre zu weitreichenden Reformen, wodurch 1969 ein neues, auf den Sozialismus gestütztes, Wissenschaftssystem eingeführt wurde.⁶⁴ Schließlich folgt der fünfte Abschnitt von 1971 bis 1989, der die Zeit des verstärkten „Klassenkampfes“ und den Ausbau der Sicherungsmaßnahmen behandelt. Zudem befasst sich diese Zäsur mit der politischen Instabilität und der Friedlichen Revolution.

1945–1949

Mit dem Kriegsende 1945 zerbrach der zentrale Staatsapparat des Deutschen Reiches und es folgte die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen.⁶⁵ Da sich die Annahme der Alliierten, nach der Kapitulation Deutschlands eine intakte Regierung und Verwaltung vorzufinden, zerschlug, orientierten sich die Besatzungsmächte darauf, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen Deutschlands wiederherzustellen. Zur Realisierung dieses Vorhabens wurde im Juni 1945 die SMAD gebildet, um „antifaschistisch-demokratische Verwaltungsorgane“ zu begründen.⁶⁶ Laut der Potsdamer Konferenz wurden zunächst Kreis- und Gemeindeverwaltungen und im Anschluss die Provinzial- und Landesverwaltungen für die Länder Sachsen, Brandenburg, Thüringen, Mecklenburg und Sachsen-Anhalt errichtet.⁶⁷ Dadurch waren die Grenzen der späteren DDR festgelegt.

Für den Wiederaufbau des Hochschulbereichs nach sowjetischem Muster benötigten die sowjetischen Okkupanten, neben ihren eigenen Gefolgsleuten, loyale Kader aus deutschen Kommunisten.⁶⁸ Durch den Mangel an kommunistischem Fachpersonal musste die SMAD jedoch im Wissenschaftsbereich wie im staatlichen Verwaltungsapparat mit Personen zusammenarbeiten, die keine KPD-Mitglieder waren. Demge-

⁶⁴ Vgl. Malycha, Andreas: Wissenschaft und Politik in der DDR 1945 bis 1990. S. 651.

⁶⁵ Vgl. Schulze, Gerhard: Entwicklung der Verwaltungsstrukturen in der DDR. In: König, Klaus: Verwaltungsstrukturen der DDR. Baden-Baden: Nomos 1991. S. 46f.

⁶⁶ Ebd. S. 47.

⁶⁷ Vgl. Alliierten Sekretariat Berlin (Hrsg.): Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin vom 02. August 1945, III A3 (IV), und A9 (I und III). Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr.1, 1946. S. 15.

⁶⁸ Vgl. Richert, Ernst: Sozialistische Universität. Die Hochschulpolitik der SED. Berlin: Colloquium 1967. S. 14.

mäß bedurfte es für den Wiederaufbau der Mitwirkung von Sympathisanten der USPD, der SAP oder der SPD.⁶⁹

Daneben wurden Moskauer Remigranten, wie der spätere Präsident der Volksbildungs- und Wirtschaftsverwaltung, Paul Wandel, oder der spätere Sekretär des Zentralkomitees (ZK) für Propaganda und Wissenschaft, Fred Oelßner, zur Neustrukturierung des Wissenschaftsbereichs eingesetzt.⁷⁰ Gleiches galt für die Mitglieder des späteren Politbüros, Anton Ackermann und Kurt Hager.⁷¹ Statt einer akademischen Ausbildung, die ebenjene nur unzureichend erhielten, verhalf ihnen ihre KPD-Vergangenheit zu den Leitungsfunktionen im Wissenschaftsbereich der DDR.⁷² Das Dreigespann aus Hager, Ackermann und Oelßner konnte dadurch im Arbeitsbereich „Universitäten und Hochschulen“ beim ZK der SED tätig werden. Unter diesen Funktionären wurde der Wissenschaftsbereich in den nächsten Jahren umfassend erneuert.

Dazu bedurfte es dreier Handlungsträger: der SMAD, der Politbürokratie der SED, die 1946 aus einer Zwangsvereinigung der SPD und KPD entstanden war, und der zentralen Vollzugsorgane.⁷³ Für das Hochschulwesen war die Abteilung Volksbildung der SMAD verantwortlich, die als Pendant der späteren Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung im Juni 1945 gegründet wurde. Ihr Auftrag war die Anleitung und Kontrolle der deutschen Volksbildungseinrichtungen, noch bevor die Potsdamer Konferenz die Aufgaben des deutschen Bildungswesens formuliert hatte.⁷⁴ Die Abteilung Volksbildung übernahm die ersten bildungspolitischen Ziele der SMAD, zu der die Zentralisierung des Hochschulwesens, die Überprüfung der Lehrinhalte oder die ideologische Umerziehung der deutschen Studenten- und Dozentenschaft zählten.⁷⁵

Im Juli 1945 erfolgte mittels des SMAD-Befehls Nr. 17 die Errichtung von Zentralverwaltungen.⁷⁶ Für den Wissenschaftsbereich war die Deutsche Zentralverwaltung für

⁶⁹ Vgl. Richert, Ernst: Sozialistische Universität. S. 14.

⁷⁰ Vgl. Amos, Heike: Fred Oelßner. In: NDB, Berlin: Duncker & Humblot 1999. Bd. 19. S. 444f.; Biografie Paul Wandel. In: Herbst, Andreas; Weber, Hermann: Deutsche Kommunisten. Biografisches Handbuch 1918 bis 1945. Berlin: Dietz 2008. S. 992f.

⁷¹ Vgl. Biografie von Anton Ackermann. In: Herbst, Andreas; Weber, Hermann: Deutsche Kommunisten. S. 58f.; Barth, Bernd-Rainer; Müller-Enbergs, Helmut: Kurt Hager. In: Hoffmann, Dieter; Müller-Enbergs, Helmut; Wielgohs, Jan (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Berlin: Links 2010. Bd.1. S. 472.

⁷² Vgl. Amos, Heike: Fred Oelßner. S.444; Biografie Anton Ackermann. In: Herbst, Andreas; Weber, Hermann: Deutsche Kommunisten. S.59.; Barth, Bernd-Rainer; Müller-Enbergs, Helmut: Kurt Hager. S. 472.

⁷³ Vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste. S. 76.

⁷⁴ Vgl. Möller, Horst; Tschubarjan, Alexander (Hrsg.): SMAD-Handbuch: Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945–1949. München: Oldenbourg 2009. S. 455.

⁷⁵ Vgl. ebd.

⁷⁶ Vgl. SMAD-Befehl Nr. 17 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland

Volksbildung (DVV) die wichtigste. Sie überwachte die Bereiche der Volksbildung und Presse, des Rundfunks und der Literatur sowie des Schul- und Hochschulwesens.⁷⁷ Bis zur Gründung der DDR wurden der DVV vielfältige Institutionen von überregionaler Bedeutung unterstellt, wie beispielsweise die AdW oder der Verlag Volk und Wissen. Nach der Etablierung des neuen sozialistischen Staates wurde die DVV in das Ministerium für Volksbildung eingegliedert und in drei Hauptabteilungen („Unterricht und Erziehung“, „Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen“, „Kunst und Literatur“) unterteilt.⁷⁸

Die Mehrheit der Beschäftigten der DVV bestand bereits 1946 aus Mitgliedern der SED (52 %).⁷⁹ Der Durchsetzung der wissenschaftspolitischen Linie der Parteispitze stand somit nichts entgegen. Dennoch übernahmen die deutschen Zentralverwaltungen nur eine beratende Tätigkeit gegenüber der SMAD und hatten keine Befugnisse, Gesetze oder Verordnungen zu erlassen.⁸⁰ Diese Funktion übernahmen die „Demokratischen Gemeindeverfassungen für die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands“, die 1947 in „Demokratische Gemeindeordnung“ umbenannt wurden.⁸¹ Mit ihnen wurden für die gesamte SBZ verbindliche Gesetze verabschiedet. Die Forderungen des Potsdamer Abkommens zur Boden-, Schul- und Justizreform im Gebiet der SBZ konnten nun umgesetzt werden.⁸²

Im Zuge dieser Neuordnungen kam es im Hochschulbereich zu Veränderungen, deren Auftakt die Wiederöffnungen der deutschen Hochschulen und Universitäten in der SBZ bildeten.⁸³ Die wichtigsten überregionalen Institutionen waren die Universitäten Rostock, Leipzig, Greifswald, Halle-Wittenberg, Jena, Berlin sowie die Bergakademie Freiberg und die Technische Hochschule in Dresden.⁸⁴ Wie stark die Zerstörungsgrade dieser Einrichtungen ausfielen, hing damit zusammen, inwieweit die Stadt, in der sie standen, von Kriegsschäden betroffen war. Die Universitäten in Greifswald und Halle sowie die Bergakademie Freiberg blieben nach Kriegsende ar-

betreffend die Einsetzung von deutschen Zentralverwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone, vom 27.07.1945. In: Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der DDR (Hrsg.): Um ein antifaschistisch demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945–1949. Berlin: Staatsverlag der DDR 1968. S. 100ff.

⁷⁷ Vgl. Broszat, Martin; Weber, Hermann (Hrsg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. München: Oldenbourg 1993. S. 229.

⁷⁸ Vgl. ebd. S. 229f.

⁷⁹ Vgl. ebd. S. 231.

⁸⁰ Vgl. Roggemann, Herwig: Die DDR-Verfassungen. Einführung in das Verfassungsrecht der DDR. Grundlagen und neuere Entwicklungen. (= Quellen zur Rechtsvergleichung aus dem Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin. Bd. 7.) Berlin: Berlin Verlag 1989. S. 37.

⁸¹ Vgl. Steinhoff, Karl: Die demokratischen Verfassungsgesetze nebst Wahlordnungen. Berlin: Heymann 1947. S. 5.

⁸² Vgl. Schulze, Gerhard: Verwaltungsstrukturen. S. 48.

⁸³ Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste. S. 102f.

⁸⁴ Vgl. ebd. S. 103.

beitsfähig, trotz Einbußen an baulicher Substanz, Geräten und Personal.⁸⁵ Demgegenüber wurde die Technische Hochschule Dresden, wie Dresden selbst, über Nacht fast vollständig zerstört. Gleiches galt für die Universität in Leipzig, die 65 Prozent ihrer Bausubstanz verlor. Die Hochschulen in Berlin und Jena waren ebenfalls durch Bombenangriffe gezeichnet.⁸⁶

Der Wiederaufbau der wissenschaftlichen Institutionen sollte nach sowjetischen Zielsetzungen erfolgen.⁸⁷ Der deutschen Hochschultradition, wie sie vor dem Zweiten Weltkrieg existierte, stand nun die sowjetische Bildungsauffassung gegenüber, wonach die Hochschulausbildung als weiterführende, spezialisierte Schulausbildung angesehen wurde.⁸⁸ Die Universitäten und Hochschulen wurden in erster Linie zu Einrichtungen der ideologischen Schulung der Nachwuchskader umfunktioniert.⁸⁹

Nach der Wiedereröffnung der Universitäten und Hochschulen konnte der Lehrbetrieb jedoch nur für wenige Fakultäten durchgeführt werden. Die Universitäten hatten bis zu 80 Prozent ihres Lehrpersonals durch Kriegseinflüsse oder Entnazifizierungsmaßnahmen verloren, wodurch ein regelmäßiger Vorlesungsbetrieb nicht möglich war.⁹⁰ Zudem stützte sich das wissenschaftspolitische Vorgehen der SMAD auf die Reformierung des Hochschulzugangs. Dadurch wurden über 800 Hochschulmitarbeiter durch ideologische Säuberungsaktionen vom Hochschulbetrieb ausgeschlossen.⁹¹ Erschwert wurde der Hochschulalltag überdies durch die Abwanderung von Wissenschaftlern in die Bundesrepublik Deutschland. Dieser Bedrohung versuchten die Wissenschaftsfunktionäre der SED mithilfe von Vergünstigungen für Akademiker entgegenzuwirken, die von Einzelverträgen über Kredite für den Bau von Eigenheimen, zusätzlichen Heizmaterialien, Steuer- und Reisevergünstigungen bis zu übertragbaren Pensionsansprüchen reichen konnten.⁹² Unter diesen Umständen wurden die Hochschulen zu „Hochburgen der SED“ umgewandelt, so Kowalczyk.⁹³ Zudem konnten in der SBZ bereits 1946 wissenschaftliche Ausbildungsstätten eröffnet werden, die ideologisch auf den Marxismus-Leninismus

⁸⁵ Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste. S. 102f.

⁸⁶ Vgl. ebd. S. 103f.

⁸⁷ Ausführlich zur Wiedereröffnung der Universitäten bei ebd. S. 106–121.

⁸⁸ Vgl. Richert, Ernst: Sozialistische Universität. S. 10.

⁸⁹ Vgl. Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, vom 14.01.1958. In: BAArch, DY 30, IV 2/ 2, 576 Bl. 184.

⁹⁰ Vgl. Naimark, Norman: Die Russen in Deutschland. Die Sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949. Berlin: Propyläen 1997. S. 554.

⁹¹ Vgl. Dietrich, Gerd: Politik und Kultur in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) 1945–1949. Mit einem Dokumentenanhang. Bern: Lang 1993. S. 43.

⁹² Vgl. die Hochschulbestimmungen von 1951 und 1952 zur Altersversorgung der Hochschullehrer (Nr. 21a) und zur Vergütung (Nr. 20h, 20f, 20a). In: Staatssekretariat für Hochschulwesen (Hrsg.): Hochschulbestimmungen. Konvolut von 50 Ausgaben. Berlin: Deutscher Zentralverlag 1950.

⁹³ Kowalczyk, Ilko-Sascha: Legitimation. S. 92.

ausgerichtet waren. Dazu zählten beispielsweise die Vorstudienanstalten, die Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten oder die Parteihochschule „Karl Marx“ (PHS) beim ZK der SED.

Die Vorstudienanstalten, die 1946 in allen Ländern der SBZ errichtet wurden, sollten die von der SMAD geforderte Quote von 50 Prozent an Arbeiter- und Bauernkindern unter den Studierenden ermöglichen und ihnen eine Zugangsberechtigung zum Hochschulstudium verschaffen.⁹⁴ Innerhalb von zehn Monaten bis zwei Jahren konnten somit die Personen, die während des NS-Regimes politisch oder sozial benachteiligt waren, eine „Extraneer-Reifeprüfung“ ablegen.⁹⁵ Ende 1947 wurden diese Vorsemester, die den örtlichen Volkshochschulen unterstellt waren, in die Strukturen der Universitäten der SBZ eingegliedert, ohne einen Fakultätscharakter zu besitzen. Diesen erhielten sie 1949 durch die Umbenennung in „Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten“ (ABF).⁹⁶ Die Einrichtungen existierten bis 1962/63⁹⁷ und unterstützten mittels studentischen Zulassungsbestimmungen, der Einsetzung von loyalem Lehrpersonal oder der marxistisch-leninistischen Lehrplangestaltung den Versuch, das traditionelle Bildungsmodell der Vorkriegszeit zu durchbrechen.⁹⁸ Der Stellenwert der ABF im wissenschaftspolitischen System der SBZ und späteren DDR wird dadurch deutlich, dass ihre Gründung bereits in der ersten Verfassung der DDR gefordert wurde.⁹⁹ Generell verkörperten die ABF mit ihren ca. 35.000 Absolventen ein damals konkurrenzloses „bildungspolitisches Großexperiment“, so Ingrid Miethe.¹⁰⁰

Ebenfalls 1946 erfolgte die Gründung der PHS, die bis zu ihrer Abwicklung 1990 als höchste Bildungsstätte für Funktionäre der SED galt.¹⁰¹ Die Hochschule war nach der Gründung der DDR dem ZK der SED unterstellt und dem Kultur- und Bildungsfunktionär Kurt Hager zugeordnet.¹⁰² Dessen Einflussbereich erstreckte sich über die Bereiche der Wissenschaften, Kultur, Volksbildung und Gesundheitspolitik sowie die Aufsicht über das Institut für Marxismus-Leninismus (IML), die PHS und die

⁹⁴ Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: Legitimation. S. 98.

⁹⁵ Vgl. Richert, Ernst: Sozialistische Universität. S. 61.

⁹⁶ Vgl. ebd.

⁹⁷ Nur die ABF in Halle und Freiberg bestanden nach 1963 weiter. (Vgl. Miethe, Ingrid: Bildung und soziale Ungleichheit. Habil. an der Philosophischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 2007. S. 436f.).

⁹⁸ Vgl. Richert, Ernst: Sozialistische Universität. S. 62.

⁹⁹ Art. 38 der Verfassung der DDR 1949: „Allen Bürgern ist durch Vorstudienanstalten der Besuch der Hochschule zu ermöglichen.“ In: GBI-DDR 1949, Nr. 1. S. 5.

¹⁰⁰ Vgl. Miethe, Ingrid: Die Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten als Forschungsgegenstand der Bildungs- und Hochschulgeschichte der DDR. In: die hochschule, Jg.1 (2006) S. 173.

¹⁰¹ Vgl. Zimmermann, Hartmut: DDR-Handbuch. Hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Köln: Wissenschaft und Politik 1985. Bd. 2. S. 966.

¹⁰² Vgl. ebd. S. 1542.

Akademie für Gesellschaftswissenschaften (AfG).¹⁰³ Statt einem geeigneten Bildungsstand oder wissenschaftlichen Schlüsselqualifikationen mussten die Studienbewerber der PHS eine Parteimitgliedschaft und Erfahrungen in leitenden Positionen des Staatsapparates nachweisen.¹⁰⁴ Auch die PHS-Mitarbeiter waren häufig nicht akademisch geschult, bekamen aber wissenschaftliche Grade und Titel verliehen.¹⁰⁵ Jene Handhabung traf beispielsweise auf die Lehrstuhlinhaber Alfred Lemnitz oder Viktor Stern und die Rektorin der PHS, Hanna Wolf, zu, die den Professorentitel erhielten.¹⁰⁶

Im Dezember 1946 erfolgte die Gründung von „Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten“ (Gewifa) an den Universitäten Jena, Rostock und Leipzig, wodurch die Ausbildung von qualifizierten Kadern vorangetrieben werden sollte.¹⁰⁷ Die zentralen Lehrpläne sowie die personelle Besetzung der Dozenten dieser Fakultäten wurden durch die DVV vorgegeben. Ihre ideologische Überwachung erfolgte durch die SMAD und die Kulturreferate der SED.¹⁰⁸ An den Gewifas wurden je nach Universität Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Außenpolitik, Publizistik sowie Dialektischer und Historischer Materialismus (DiaMat und HistoMat) unterrichtet.¹⁰⁹ Selbst die Hochschulen, die mangels geeigneten Fachpersonals nicht von diesen Neueinrichtungen betroffen waren, kamen um eine politische Einflussnahme nicht umhin, da andere Fakultäten die Funktionen der Gewifas übernehmen mussten.¹¹⁰ An der HU Berlin diente beispielsweise die Fakultät für Wirtschaftswissenschaften in den ersten Nachkriegsjahren zusätzlich als Gewifa. Wirtschaftswissenschaftler wie Eva Altmann, Robert Naumann und Jürgen Kuczynski vermittelten zu ihren Lehrinhalten somit auch die Grundlagen des Marxismus-Leninismus.¹¹¹

Mit der Hochschulreform von 1951 mussten an allen Hochschulen der DDR Institute im Sinne der Gewifas geschaffen werden, um das für alle Studiengänge obligatorisch gewordene gesellschaftswissenschaftliche Grundlagenstudium zu gewährleisten.¹¹²

¹⁰³ Vgl. Mertens, Lothar: Rote Denkfabrik? Die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Münster: Lit-Verlag 2004. S. 31.

¹⁰⁴ Vgl. Zimmermann, Hartmut: DDR-Handbuch. Bd. 2. S. 966.

¹⁰⁵ Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste. S. 137.

¹⁰⁶ Vgl. ebd.

¹⁰⁷ Vgl. Befehl Nr. 333 der SMAD vom 02.12.1946. In: Handel, Gottfried; Köhler, Roland (Hrsg.): Dokumente der SMAD zum Hoch- und Fachschulwesen. S. 56f.

¹⁰⁸ Vgl. Fischer, Alexander; Heydemann, Günther (Hrsg.): Geschichtswissenschaft in der DDR. Historische Entwicklung, Theoriediskussion und Geschichtsdidaktik. Berlin: Duncker & Humblot 1988. Bd. 1. S. 56.

¹⁰⁹ Vgl. Wustmann, Markus: Die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät in Leipzig 1947–1951. In: v. Hehl, Ulrich (Hrsg.): Sachsens Landesuniversität in Monarchie, Republik und Diktatur. Beiträge zur Geschichte der Universität Leipzig vom Kaiserreich bis zur Auflösung des Landes Sachsen 1952. Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt 2005. S. 293.

¹¹⁰ Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: Legitimation. S. 101.

¹¹¹ Vgl. ebd.

¹¹² Vgl. ebd. S. 100.

Mit der Einführung des Grundlagenstudiums wurde zudem das Lehrpersonal bevorzugt, das seine Grundkenntnisse des Marxismus-Leninismus als Studierende der Gewifas erhalten hatten.¹¹³ Dadurch waren diese Einrichtungen nicht nur die Vorläufer der nach 1951 entstandenen gesellschaftswissenschaftlichen Institute, sondern bildeten deren Vorbedingung.¹¹⁴

Die Umstrukturierungsversuche, wie die Neueröffnungen der Universitäten und Hochschulen nach 1945, die Förderung des Arbeiter-und-Bauern-Studiums oder die Säuberung der Studenten- und Dozentschaft, waren Maßnahmen der ersten Hochschulreform und ermöglichten die Neuorganisation des Hochschulwesens. Überdies führte diese Hochschulpolitik dazu, dass die traditionellen Universitäten der Vorkriegszeit durch die neuen parteiloyalen Institutionen in ihrer Kompetenz und Autonomie beschränkt wurden.¹¹⁵ Allerdings kann zu diesem Zeitpunkt noch nicht von einem zentralistischen Wissenschaftssystem gesprochen werden. Die Eigenständigkeit der Universitäten und sonstigen wissenschaftlichen Einrichtungen war noch möglich, wodurch das ideologische Wissenschaftskonzept der SBZ und frühen DDR unverbindlich blieb.¹¹⁶

Mit der Gründung der DDR, die sich am 07. Oktober 1949 mittels der Provisorischen Volkskammer ihre Verfassung gab und taggleich eine Provisorische Regierung und Länderkammer bildete, konnten die wichtigsten Verwaltungsorgane durch gesetzliche Anordnungen ausgebaut werden.¹¹⁷ Sämtliche Verwaltungsaufgaben, die zuvor der SMAD zukamen, wurden an die neue Regierung übergeben.¹¹⁸ Obwohl Volksvertretungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen der DDR vorhanden waren, bestand keine Möglichkeit zur Mitgestaltung der politischen Konstrukte. Den Volksvertretungen und Blockparteien oblagen lediglich Scheinfunktionen, wodurch die Parteispitze den gesamten Staatsapparat kontrollieren konnte.¹¹⁹

Zusammenfassend lässt sich der Zeitraum von 1945–1949 als Zäsur ansehen, in der die Souveränität Deutschlands bei den Besatzungsmächten lag und in der sich das politische und gesellschaftliche System der späteren DDR entwickeln konnte. In der

¹¹³ Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: Legitimation. S. 101f.

¹¹⁴ Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste. S. 169.

¹¹⁵ Vgl. Anweiler, Oskar (Hrsg.): Bildungspolitik. S. 14f.

¹¹⁶ Vgl. Tandler, Agnes Charlotte: Geplante Zukunft. Wissenschaftler und Wissenschaftspolitik in der DDR 1955–1971. (= Freiburger Forschungshefte. Reihe D: Geschichte. Nr. 209). Freiburg: Universitätsverlag 2000. S. 345.

¹¹⁷ Vgl. Schulze, Gerhard: Verwaltungsstrukturen. S. 48.

¹¹⁸ Vgl. Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949–1990. München: Econ-Ullstein-List-Verlag 2000. S. 48f.

¹¹⁹ Vgl. Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990. München: Oldenbourg 2012. S. 30.

Zeit der SBZ erfolgte die Ausarbeitung der späteren Verfassung für die DDR und die Vorbereitung der später gebildeten Institutionen und Organisationen.¹²⁰

1949–1955

Das Zentrum der verwaltungspolitischen Arbeit bestand nach der Gründung der DDR darin, die Zentralisierung des Staats- und Verwaltungswesens zu erreichen sowie die Kaderpolitik voranzutreiben.¹²¹ Zur Verwirklichung ihrer Kaderziele stützte sich die Parteispitze auf die Nomenklatur, die auserwählte Kadermitarbeiter in geeignete Positionen der Partei- und Staatsführung einsetzte.¹²² Der Ausbau des Nomenklatursystems wurde so lange fortgeführt, bis alle staatlichen Führungspositionen von SED-Mitgliedern besetzt waren. Entziehen konnte sich der Taktik lediglich die Kirche.¹²³ Durch diese personalpolitische Maßnahme existierte in der DDR keine soziale Ausgewogenheit, da jeder Bewerberkreis durch die Kaderpolitik gelenkt wurde. Die Besetzung von Funktionen im Staatsapparat erfolgte unabhängig von der Qualifikationsstufe im allgemeinen Bildungssystem. In der Auswahl der Kandidaten spielte einzig die politische Zuverlässigkeit eine Rolle.¹²⁴

Zur Zentralisierung des Führungsapparats wurde der „Demokratische Zentralismus“ eingeführt, der die Gleichschaltung des Staates durch eine zentrale Leitung, die Verbindlichkeit der Beschlüsse und die Einhaltung der Partei- und Staatsdisziplin garantierte.¹²⁵ Mittels dieser Steuerungsmechanismen wurde auf dem III. Parteitag der SED 1950 der Parteivorstand in ein ZK umgewandelt.¹²⁶ Auf der II. Parteikonferenz 1952 erfolgte zudem die Auflösung der fünf Länderstrukturen zugunsten von 14 Bezirken.¹²⁷ Die Beschlüsse dieser Parteikonferenz förderten somit die Zentralisierungsversuche der SED und sicherten deren Führungsrolle. Eine verfassungsmäßige Festschreibung ebendessen fand jedoch erst in der Verfassung von 1968 statt.¹²⁸

¹²⁰ Vgl. Broszat, Martin; Weber, Hermann: SBZ-Handbuch. S. 1.

¹²¹ Vgl. Schulze, Gerhard: Verwaltungsstrukturen. S. 57f.

¹²² Vgl. Schroeder, Klaus: SED-Staat. S. 409.

¹²³ Vgl. ebd.

¹²⁴ Vgl. Glaeßner, Gert-Joachim: Herrschaft durch Kader. Leitung der Gesellschaft und Kaderpolitik in der DDR am Beispiel des Staatsapparates. Opladen: Westdeutscher Verlag 1977. S. 257.

¹²⁵ Vgl. Schwarzenbach, Rudolf: Die Kaderpolitik der SED in der Staatsverwaltung. Ein Beitrag zur Entwicklung des Verhältnisses von Partei und Staat in der DDR (1945–1975). Köln: Wissenschaft und Politik 1976. S. 33.

¹²⁶ Vgl. Ludz, Peter: DDR-Handbuch. Köln: Wissenschaft und Politik 1979. S. 1203ff.

¹²⁷ Vgl. Hauschild, Christoph: Die örtliche Verwaltung im Staats- und Verwaltungssystem der DDR. Auf dem Wege in den gesamtdeutschen Bundesstaat: Eine vergleichende Untersuchung. Baden-Baden: Nomos 1991. S. 39.

¹²⁸ Vgl. ebd. S. 58.

Mit diesem Selbstverständnis wurde der Gründungsboom der ersten Nachkriegsjahre bis 1953 fortgeführt, wodurch im Wissenschaftsbereich weitere neue Hochschultypen entstanden, die unter dem Einfluss der SED arbeiteten. Dadurch wurde die Zahl der Hochschuleinrichtungen 1954 auf 46 gesteigert, im Vergleich zu den sechs traditionellen Universitäten, die nach Kriegsende existierten.¹²⁹ Beteiligt an den Umwandlungen der DDR-Universitäten nach sowjetischem Vorbild war der Beschluss des ZK über „die nächsten Aufgaben in den Universitäten und Hochschulen“ vom Januar 1951.¹³⁰ Das Dekret führte das Zehn-Monate-Studienjahr, das obligatorische Praktikum, den Russischunterricht oder die Zwischenprüfungen zur Selektion von schwächeren Studenten ein.¹³¹ Zudem forderte die Verordnung, unabhängig vom Studiengang, die Absolvierung eines gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums.¹³² Die Propagierung einer „marxistischen Wissenschaft“ erfolgte im Juni 1951 auf einer „theoretischen Konferenz“ der SED. Auf dieser Konferenz wurde hinterfragt, inwieweit die Wissenschaften die ideologischen und wirtschaftlichen Strategien der Parteispitze unterstützen müssen und ob der DiaMat die Grundlagen aller Wissenschaften bestimmt.¹³³ Dementsprechend versuchten die Wissenschaftsfunktionäre der SED von nun an auch ideologisch auf die Lehrinhalte einzuwirken. Daneben wurde die Hauptabteilung Hochschulen zu einem eigenen Staatssekretariat für Hochschulwesen umgeformt, das seit 1967 als Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen bestand.¹³⁴ Dem Staatssekretariat wurde die Realisierung einer weiteren Hochschulreform anvertraut und die Direktiven für die Perspektivplanung im Hoch- und Fachschulbereich zugeteilt. Ihr unterlagen sämtliche Grundsatzentscheidungen zu Investitionen, Personalauswahl oder zur universitären Ausbildung.¹³⁵ Zudem waren ihr alle Universitäten und Hochschulen unterstellt, die der wissenschaftlich-technischen Ausbildung dienten. Ausgenommen waren die Pädagogische Hochschule Potsdam, die Deutsche Akademie für Staats- und Rechts-

¹²⁹ Vgl. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955. Jg. 1. Berlin: Deutscher Zentralverlag 1956. S. 65.

¹³⁰ Vgl. Die nächsten Aufgaben in den Universitäten und Hochschulen (Entschließung des ZK der SED vom 19.01.1951). In: Baske, Siegfried, Engelbert, Martha (Hrsg.): Dokumente zur Bildungspolitik in der Sowjetischen Besatzungszone. Hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Berlin: Hildebrandt & Stephan 1966. S. 72.

¹³¹ Vgl. ebd. S. 74.

¹³² Vgl. ebd. S. 73.

¹³³ Vgl. Sozialistische Einheitspartei Deutschlands: Die Bedeutung der Arbeiten des Genossen Stalin über den Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft für die Entwicklung der Wissenschaften. Protokoll der theoretischen Konferenz der Abteilung Propaganda beim ZK der SED vom 23. bis 24.06.1951 im Hause der Presse zu Berlin. Berlin: Dietz 1952. S. 50f.

¹³⁴ Vgl. Herbst, Andreas; Ranke, Winfried; Winkler, Jürgen (Hrsg.): So funktionierte die DDR. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt 1994. Bd. 2. S. 673ff.

¹³⁵ Vgl. Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, vom 14.01.1958. In: BArch, DY 30, IV 2/ 2, 576 Bl. 84ff.

wissenschaft Potsdam, die Hochschule für Landwirtschaftliche Produktions-Genossenschaften Meißen sowie einige Institute dieser Fachbereiche.¹³⁶

Auch bildeten die Wissenschaftsfunktionäre Abteilungen, die direkten Einfluss auf die Hochschulen ausüben konnten. Dazu zählte die Abteilung „Wissenschaft und Hochschulen“ unter Leitung von Kurt Hager, die ab 1957 unter der Bezeichnung „Abteilung Wissenschaften“ lief. Sie galt als „die eigentliche Entscheidungsinstanz“ hinsichtlich aller Hochschul- und Wissenschaftsfragen in der DDR, so Kowalczuk.¹³⁷

Im Zuge der Durchsetzung der zweiten Hochschulreform von 1951/52 verstärkten sich die Debatten um Ausbildungskapazitäten und den Ausbau der Hochschullandschaft. Zur weiteren Qualifizierung und Intensivierung des Studiums, der Lehre und Forschung war die Neugründung von weiteren Spezialhochschulen und die Bildung von ideologienahen Schwerpunktinstituten vorgesehen.¹³⁸ Viele der entworfenen Hochschulkonzepte konnten jedoch nicht realisiert werden, da Studienpläne nicht fertiggestellt oder Personalentscheidungen verzögert wurden.¹³⁹

Kennzeichnend für die Phase von 1949 bis 1955 blieben dennoch die Zentralisierungsversuche. Im Hochschulsektor zeigten sich diese Einflüsse in der Zurückdrängung des Bildungsföderalismus durch die Schaffung neuer, ideologisch gelenkter Wissenschaftsinstitutionen.¹⁴⁰ Hinzu kamen Eingriffe in die Personalstruktur, die zur Abwanderung vieler Wissenschaftler in die Bundesrepublik Deutschland führten. Die Wissenschaftsbereiche wurden nunmehr als unmittelbare „Produktivkräfte“ angesehen.¹⁴¹

Innen- wie außenpolitisch war die DDR bis 1955 von der UdSSR abhängig. Ohne ihre Unterstützung wäre die DDR in ihren ersten Jahren nicht handlungsfähig gewesen, da bis Mitte der 1950er Jahre kein funktionierender Staats- und Verwaltungsapparat bestand. Zudem agierte die SED-Spitze in den ersten Jahren nach der Staatsgründung in ihrem politischen Auftreten unsicher, wodurch sie auf die Anleitung durch die UdSSR angewiesen war.¹⁴²

¹³⁶ Vgl. Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, vom 14.01.1958. In: BArch, DY 30, IV 2/ 2, 576 Bl. 87.

¹³⁷ Kowalczuk, Ilko-Sascha: Legitimation. S. 87.

¹³⁸ Vgl. Verordnung über die Neuorganisation des Hochschulwesens vom 22.02.1951. In: GBl.-DDR I. 1951 Nr. 23. S. 123.

¹³⁹ Vgl. ebd. S. 130.

¹⁴⁰ Vgl. Malycha, Andreas: Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR 1945–1961. S. 24.

¹⁴¹ Vgl. Malycha, Andreas: Wissenschaft und Politik in der DDR 1945 bis 1990. S. 653.

¹⁴² Vgl. Wentker, Hermann: Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989. München: Oldenbourg 2007. S. 22 und S. 27.

Mit der Propagierung des „Aufbaus des Sozialismus“ wurden die wissenschaftspolitischen Veränderungen beschleunigt. Zugleich erfolgte eine Verhärtung des politischen Kurses. Nach dem V. Parteitag 1958 sollte die Indienstnahme der Wissenschaften angeleitet und mit dem „sozialistischen Bewusstsein“ verknüpft werden.¹⁴³ In der Hochschulpolitik wurde Mitte der 1950er Jahre in die Forschungsförderung investiert.¹⁴⁴ Dadurch wurde 1957 der Forschungsrat gegründet, der die Überwachung und Anleitung der zentralen Arbeitskreise übernahm, die 1954 für wichtige Fachgebiete der angewandten Forschung aufgebaut wurden.¹⁴⁵ Die Arbeitskreise unterstützten die Wissenschaftsfunktionäre bei der Planung von Forschungsarbeiten und -investitionen oder bei technischen Entwicklungen.¹⁴⁶ Das Gremium des Forschungsrats unterstand formal dem Ministerrat, war verwaltungsorganisatorisch aber dem Zentralen Amt für Forschung und Technik angebunden.¹⁴⁷ Als parteiloyales und praxisorientiertes Forschungsgremium stand es neben der 1946 gegründeten Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (später AdW). Die Akademie erwies sich allerdings als einflussreichere Institution, da sich der Forschungsrat erst im Verlauf der 1960er Jahre vollständig entwickeln konnte.¹⁴⁸

Die Hochschulpolitik konzentrierte sich zudem weiterhin auf die Zentralisierung. Mittels repressiver Kampagnen erfolgten Ausschreitungen gegenüber dem nichtmarxistischen Lehrpersonal, um die Herausbildung einer loyalen akademischen Elite zu gewährleisten.¹⁴⁹ Erfolg hatte diese Methode erst nach dem Bau der innerdeutschen Grenze, als dem nonkonformen Fachpersonal die Abwanderung in die Bundesrepublik Deutschland verwehrt wurde und sich die Wissenschaftler mit den herrschenden Verhältnissen der DDR arrangieren mussten.¹⁵⁰ Der Umgang mit den

¹⁴³ Vgl. Heydemann, Günther: Geschichtswissenschaft im geteilten Deutschland. Entwicklungsgeschichte, Organisationsstruktur, Funktionen, Theorie- und Methodenprobleme in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR. Frankfurt a. M.: Lang 1980. S. 162.

¹⁴⁴ Vgl. Anweiler, Oskar (Hrsg.): Bildungspolitik. S. 20f.

¹⁴⁵ Vgl. Verordnung über zentrale Arbeitskreise für Forschung und Technik und Erste Durchführungsbestimmung vom 24.06.1954. In: GBl.-DDR I. 1954. Nr. 58. S. 577ff.

¹⁴⁶ Vgl. Zweite Durchführungsbestimmung zur Verordnung über zentrale Arbeitskreise für Forschung und Technik vom 05.12.1957. In: GBl.-DDR I. 1957. Nr. 81. S. 677f.

¹⁴⁷ Vgl. § 4 Abs. 7 des Statuts des Ministeriums für Wissenschaft und Technik im Beschluss des Ministerrats vom 30.10.1975. In: GBl.-DDR I. 1975. Nr. 44. S. 725 und Beschluss des Ministerrats über Maßnahmen zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der DDR vom 21.07.1955. In: GBl.-DDR I. 1955. Nr. 63. S. 521ff.

¹⁴⁸ Vgl. Walther, Peter: Bildung und Wissenschaft. In: Judt, Matthias (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse. Berlin: Links 1998. S. 226f.

¹⁴⁹ Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste. S. 557.

¹⁵⁰ Vgl. ebd. S. 560.

Systemkritikern im Wissenschaftsbereich zeigt die unbeständige Politik der 1950er Jahre, die zwischen Privilegierung und Diskriminierung schwankte.¹⁵¹

Zur weiteren Umgestaltung der Wissenschaftslandschaft trugen die 03. Hochschulkonferenz von 1958 und die ihr vorausgegangene 34. Tagung des ZK der SED vom November 1957 bei.¹⁵² Der weiter vorangetriebene Aufbau des Sozialismus im Sinne des Marxismus-Leninismus stand nunmehr im Zeichen des „sozialistischen Patriotismus“, so Albrecht Timm.¹⁵³ Die Gegenwartsaufgaben orientieren sich an der Überlegung „Dient es dem Fortschritt oder hemmt es ihn?“ – wobei mit „Fortschritt“ die Durchsetzung des Sozialismus gemeint war.¹⁵⁴ Als Hauptaufgabe galt die Herausbildung einer „neuen Intelligenz, die fest mit der Arbeiterklasse [...] und der Sache des Sozialismus verbunden ist“.¹⁵⁵ Dazu mussten, nach den Ansichten der Wissenschaftsfunktionäre, der DiaMat und HistoMat als theoretische Grundlagen der Gesellschaftswissenschaften gefestigt, die Auseinandersetzungen mit revisionistischen Auffassungen vertieft und die ökonomischen Probleme behoben werden.¹⁵⁶ Zudem sollten die Spezialhochschulen stärker als sozialistische Bildungsstätten wahrgenommen, die Gemeinschaftsarbeit zwischen Wissenschaftlern und Technikern verstärkt, die Vertragsforschung weiterentwickelt und eine Steigerung der Produktivität der wissenschaftlichen Forschungsleistungen erzielt werden.¹⁵⁷

Um diese Vorhaben umzusetzen, wurde der politische Kurs der SED in den Folgejahren 1960/61 härter. Nach dem Tod des ersten Präsidenten Wilhelm Pieck im September 1960 wurde der Staatsrat der DDR gebildet, der an die Stelle des Präsidentenamtes trat und eine Einschränkung des Ministerrates herbeiführte.¹⁵⁸ Wie zuvor der Ministerrat verfügte der Staatsrat über die Kompetenzen der ökonomischen Gestaltung der DDR und über sämtliche Gesetzmäßigkeiten zur Rechtspflege, zu Hochschulreformen, zur Rentenpolitik oder Sozialfürsorge.¹⁵⁹ Um die Republikflucht einzuschränken, wurde im August 1961 unter Walter Ulbrichts poli-

¹⁵¹ Vgl. Malycha, Andreas: Wissenschaft und Politik. S. 653.

¹⁵² Vgl. Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, vom 14.01.1958. In: BArch, DY 30, IV 2/ 2, 576 Bl. 161.

¹⁵³ Vgl. Timm, Albrecht: Das Fach Geschichte in Forschung und Lehre in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands seit 1945. Bonn: Bundesverlag 1965. S. 47.

¹⁵⁴ Vgl. ebd. S. 46f.

¹⁵⁵ Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, vom 14.01.1958. In: BArch, DY 30, IV 2/ 2, 576 Bl. 161.

¹⁵⁶ Vgl. ebd. Bl. 170f.

¹⁵⁷ Vgl. ebd. Bl. 175f.

¹⁵⁸ Vgl. Gesetz über die Bildung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, vom 12.09.1960. In: GBl.-DDR I. 1960. Nr. 53. S. 505f.

¹⁵⁹ Vgl. Schulze, Gerhard: Verwaltungsstrukturen. S. 53.

tischer Verantwortung der Mauerbau in der sowjetischen Führung angenommen.¹⁶⁰ Da zu diesem Zeitpunkt ein Großteil der Leitungsfunktionen des Staatsapparates mit parteiloyalen Kadern besetzt war, konnte der planmäßige Aufbau des Sozialismus, der von 1952 bis 1960/61 erfolgen sollte, als verwirklicht angesehen werden. Der seit 1961 einsetzende Generationswechsel trug zu dieser Situation bei. Der Staatsapparat konnte sich nun auf parteiloyale Nachwuchskader stützen, statt auf nichtmarxistische Gelehrte der Vorkriegszeit zurückgreifen zu müssen.¹⁶¹ Durch diesen Elitenwechsel konnten Privilegien, wie der erleichterte Hochschulzugang für Arbeiterkinder, zurückgenommen werden. Dadurch wurde der Wissenschaftsbereich bis in die 1980er Jahre durch Stagnation und Kontinuität geprägt.¹⁶² Für die Phase von 1955 bis 1961 bleibt festzuhalten, dass der fortschreitende Ausbau des Sozialismus weiter umgesetzt werden konnte.¹⁶³ Die Parteipolitik zielte auf eine Stabilisierung der DDR ab, die durch Modernisierung und Rationalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft erreicht werden sollte. Stattdessen führte sie zum übersteigerten Systemdenken der Parteispitze.¹⁶⁴ Im Bereich der Wissenschaftspolitik erfolgten Verzögerungen der geplanten Umstrukturierungsversuche, die durch unzweckmäßige Regularien des Lehr- und Forschungsbetriebs oder materielle Mängel begünstigt wurden.¹⁶⁵ Mit dem Bau der innerdeutschen Grenze wurde die Abwanderung des akademischen Fachpersonals eingeschränkt und die wissenschaftspolitischen Steuerungsinstrumente effektiver eingesetzt, wodurch die Kaderlenkung seine volle Wirkung entfalten konnte.¹⁶⁶

1961–1971

Durch die Beschränkung der Abwanderung von qualifizierten Wissenschaftlern in die Bundesrepublik Deutschland konnte sich die DDR während der 1960er Jahre zu einer Industriemacht und einer „relativ selbstständige[n] Gesellschaftsformation“ entwickeln, so Heydemann.¹⁶⁷

¹⁶⁰ Vgl. Weber, Hermann: Die DDR. S. 58.

¹⁶¹ Vgl. Tandler, Agnes Charlotte: Geplante Zukunft. S. 346.

¹⁶² Vgl. Anweiler, Oskar (Hrsg.): Bildungspolitik. S. 23f.

¹⁶³ Vgl. Schulze, Gerhard: Verwaltungsstrukturen. S. 51.

¹⁶⁴ Vgl. Neuhäuser-Wespy, Ulrich: Die SED und die Historie. S. 21.

¹⁶⁵ Vgl. Malycha, Andreas: Wissenschaft und Politik in der DDR 1945 bis 1990. S. 654.

¹⁶⁶ Vgl. ebd.

¹⁶⁷ Vgl. Heydemann, Günther: Die Innenpolitik der DDR. München: Oldenbourg 2003. S. 25.

Am 6. April 1968 trat eine neue „sozialistische“ Verfassung¹⁶⁸ in Kraft, die das Führungsprinzip der SED manifestierte. Darin erhielt die Volkskammer die oberste staatliche Gewalt, die in der Realität vom Politbüro übernommen wurde.¹⁶⁹ Im Unterschied zur Verfassung von 1949, die gesamtdeutsch orientiert war, ließ der neue Erlass keinen Zweifel an der Zwei-Staaten-Theorie. Bereits der erste Artikel belegte, dass die DDR als „sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern [...] unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistische[n] Partei“ agierte.¹⁷⁰

In der Hochschulpolitik wurde mit dem „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“ vom Februar 1965 eine neue Umstrukturierungsmaßnahme getroffen, die bis 1989 bestehen blieb. Durch diese Bekanntmachung erfolgte die Zentralisierung von der Krippen- und Vorschulerziehung über die Hochschulbildung bis zur Weiterbildung der Werktätigen.¹⁷¹ Mit ebenjenem Erlass versuchten die Wissenschaftsfunktionäre die Erhöhung des Bildungsniveaus und die sozialistische Erneuerung des Bildungssystems zu erreichen, um Nachwuchspersonal früh in der Verwaltung oder Wirtschaft beschäftigen zu können.¹⁷² Als Erziehungsziel galt die „allseitige und umfassende Verwirklichung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems“, das entgegen der Erziehung zum selbstständigen Denken und Handeln stand.¹⁷³

Durch das Bildungsgesetz von 1965 wurden die ersten Maßnahmen der dritten Hochschulreform eingeleitet. Jene Reform beinhaltete zudem die „Prinzipien zur weiteren Entwicklung von Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“¹⁷⁴ von 1966/67 und bildete ihren Höhepunkt in dem 1969 erlassenen Staatsratsbeschluss über „die Weiterführung der 3. Hochschulreform und die Entwicklung des Hochschulwesens bis 1975“.¹⁷⁵ Durch ebenjene Dekrete konnten wissenschaftliche Fachsektionen eingerichtet werden, die auf Grundlagenforschung und Methodenausbildung spezialisiert waren.¹⁷⁶ Darüber hinaus wurden eine Regel-

¹⁶⁸ Vgl. Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 06.04.1968 (in der Fassung vom 07.10.1974). In: GBl.-DDR I. 1974. Nr.47. S. 432.

¹⁶⁹ Vgl. Heydemann, Günther: Innenpolitik. S. 25.

¹⁷⁰ Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 06.04.1968. S. 105.

¹⁷¹ Vgl. Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem vom 25.02.1965. In: GBl.-DDR I. 1965. Nr. 6. S. 83.

¹⁷² Vgl. Borowsky, Peter: Die DDR in den sechziger Jahren. In: Informationen zur politischen Bildung, H. 258 (1988) S. 29.

¹⁷³ § 78 (1) des Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem vom 25.02.1965. In: GBl.-DDR I. 1965. Nr. 6. S. 83.

¹⁷⁴ Abgedruckt in: Physikalische Blätter, Jg. 22. (1966) H. 4. S. 178–182.

¹⁷⁵ Vgl. Beschluss des Staatsrats über die Weiterführung der 03. Hochschulreform und die Entwicklung des Hochschulwesens bis 1975 vom 03.04.1969. In: GBl.-DDR I. 1969. Nr. 3. S. 5ff.

¹⁷⁶ Vgl. Prinzipien zur weiteren Entwicklung von Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR. In: Physikalische Blätter, Jg. 22 (1966) H. 4. S. 181f.

studienzeit eingeführt, neue Studienpläne etabliert und die Studiengänge in ein Grundstudium, Fachstudium, Spezialstudium und Forschungsstudium unterteilt.¹⁷⁷

Trotz dieser Veränderungen konnte eine vollständige Zentralisierung des Hochschulbereichs nicht erreicht werden. Den Forderungen der 3. Hochschulreform nach Zentralisierung aller wissenschaftlichen Einrichtungen, der Gleichschaltung des Fachpersonals oder dem Führungsanspruch der SED wurde nicht vollständig entsprochen. Den Abschluss fand die Hochschulreform durch die Reformierung der AdW, die zu einem „Forschungskombinat“ umfunktioniert wurde und die Komplexe der Lehre und Ausbildung den Universitäten überließ.¹⁷⁸

Für diese Phase bleibt festzustellen, dass sich die Entwicklung der DDR durch ein Eigenbewusstsein ihrer Bevölkerung auszeichnete. Aus diesem Selbstverständnis avancierten ein neues ökonomisches System, eine Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, eine neue Verfassung sowie Reformen in der Hochschulpolitik. Trotz dieser Erfolge war es der DDR-Führung nicht gelungen, an den Lebensstandard der Bundesrepublik Deutschland anzuknüpfen.¹⁷⁹ Die Mehrheit der Bevölkerung hatte sich in den 1960er Jahren mit dem politischen System der DDR arrangiert, wodurch oppositionelle Systemkritiker nur noch eine Randgruppe bildeten. Diesen Zustand der allgemeinen Konsolidierung versuchte die Parteispitze beizubehalten, was ihr aufgrund ihres gesellschaftlichen Kontroll- und Sicherheitsbedürfnisses nicht gelang.¹⁸⁰ Im Bereich der Wissenschaftspolitik hatten sich die Prämissen verschoben: Fachdisziplinen mit anwendungsbezogener Forschung, die in den frühen 1960er Jahren Vorrang vor der Grundlagenforschung hatten, gelangten aufgrund eines überarbeiteten Staatsplans zur Grundlagen- und Vertragsforschung ins Hintertreffen.¹⁸¹

Der Wissenschaftsbereich passte sich den politischen Bedürfnissen an und entwickelte sich zur „Produktivkraft Wissenschaft“, so Malycha.¹⁸² Im Ergebnis der 3. Hochschulreform konnten die Universitäten dem Staatsapparat unterstellt werden, wodurch sie alle Ansprüche auf wissenschaftliche Autonomie und universitäre Selbstverwaltung verloren.¹⁸³ Die Parteispitze hielt an ihren Steuerungsversuchen

¹⁷⁷ Vgl. Prinzipien zur weiteren Entwicklung von Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR. In: *Physikalische Blätter*, Jg. 22 (1966) H. 4. S. 179.

¹⁷⁸ Vgl. Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): *Eine über 300-jährige Geschichte. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften vormals Preußische Akademie der Wissenschaften*. Berlin 2012. S. 80.

¹⁷⁹ Vgl. Weber, Hermann: *Die DDR*. S. 51 und S. 79.

¹⁸⁰ Vgl. Heydemann, Günther: *Innenpolitik*. S. 22.

¹⁸¹ Vgl. Malycha, Andreas: *Wissenschaft und Politik*. S. 658.

¹⁸² Vgl. ebd. S. 654f.

¹⁸³ Vgl. ebd. S. 656.

des Wissenschaftsbereiches fest, woraus, so Malycha, eine „Handlungsüberlastung der Politik“ resultierte, die bis zur Friedlichen Revolution 1989 anhielt.¹⁸⁴ Mit der Entmachtung Ulbrichts 1971 wich die Wissenschafts- und Innovationseuphorie der 1950er und 1960er Jahre schließlich einem deutlich sachlicheren Verhältnis zur Forschung.¹⁸⁵

1971–1989

Mit der Ablösung Ulbrichts 1971 und der Einsetzung seines Nachfolgers Erich Honecker vollzog sich in der DDR ein Macht- und Generationswechsel, der auch zu Änderungen der bisherigen Wissenschaftspolitik führte.

Wie in den Jahren zuvor wurde zunächst die ideologische Erziehung vorangetrieben. Das bedeutete eine frühe Arbeitsbeschäftigung und einen „ideologisch gefestigten Klassenstandpunkt“ der Nachwuchskader.¹⁸⁶ Unter Honecker wurde die internationale Vernetzung und Anerkennung der DDR-Forschung intensiviert, was durch internationale Tagungen oder den Einsatz von Reisekadern im nichtsozialistischen Ausland erreicht werden sollte.¹⁸⁷ Die Forschungsbereiche der DDR orientierten sich nicht mehr ausschließlich am sowjetischen Wissenschaftsmodell, sondern versuchten durch den internationalen Austausch auf „Weltniveau“ aufzusteigen.¹⁸⁸ Dieses Ziel konnte nicht erreicht werden, da von Seiten der Parteispitze weiterhin eine Abgrenzungspolitik gegenüber allen nichtsozialistischen Einflüssen betrieben wurde. Zudem behinderte die geschwächte wirtschaftliche Lage der DDR die Wissenschaftspolitik, indem beispielsweise Investitionen für Forschungsprojekte oder Forschungstechnik zurückgenommen wurden.¹⁸⁹

Weitere Erschwernisse im Wissenschaftsbereich der 1970er und 1980er Jahre waren die Privilegierung und Sanktionierung von Forschungsfeldern, die Verwertungskriterien für wissenschaftliche Forschung, die staatlich gelenkte Personal- oder Publikationspolitik sowie die Organisation der Ausbildung und Rekrutierung des wissenschaftlichen Nachwuchses.¹⁹⁰

¹⁸⁴ Vgl. Malycha, Andreas: Wissenschaft und Politik. S. 656.

¹⁸⁵ Vgl. Pasternack, Peer: Wissenschaft und Politik. Eine Kontrastbetrachtung im Vergleich zur Bundesrepublik. In: Deutschland Archiv, Jg. 3 (2008) S. 513.

¹⁸⁶ Vgl. Heydemann, Günther: Innenpolitik. S. 29f.

¹⁸⁷ Vgl. Malycha, Andreas: Wissenschaft und Politik. S. 657.

¹⁸⁸ Vgl. ebd.

¹⁸⁹ Vgl. ebd.

¹⁹⁰ Vgl. ebd. S. 658.

Das Mitte der 1980er Jahre erstarrte politische System der DDR gewann 1985 mit dem neuen Parteivorsitzenden der KPdSU, Michail Gorbatschow, und dessen Reformprogramm der „Glasnost“ und „Perestroika“ neuen Auftrieb.¹⁹¹ Die Parteispitze distanzierte sich von dieser Reformpolitik, aus Angst vor einem Verlust der eigenen Machtposition.¹⁹² Die Abkehr vom sowjetischen Reformwillen und das Festhalten an der Eigenständigkeit ihres Staates bedeutete die Abgrenzung von der UdSSR und führte zum Bruch mit den reformbereiten sozialistischen Staaten Polen und Ungarn.¹⁹³ Das Politbüro der SED war durch die Reformverweigerung von nun an auf sich allein gestellt, was mit dem Nichteingreifen des sowjetischen Militärs während der Friedlichen Revolution von 1989/90 demonstriert wurde.¹⁹⁴

Obwohl die staatliche Verwaltung den inneren und äußeren Veränderungen in der DDR angepasst wurde, kann keine Rechtsstaatlichkeit oder Demokratie nachgewiesen werden. Bei jeglichen verwaltungsmäßigen Umgestaltungen ging es darum, den Staatsapparat funktionsfähig zu erhalten.¹⁹⁵ Die staatliche Verwaltung war durch die Zentralisierung sowie durch die Beschränkung der Selbstständigkeit und Eigenverantwortung aller Gesellschaftsstrukturen gegenüber der Parteispitze definiert.¹⁹⁶ Trotz dieses Machtpotenzials konnte der Staatsapparat seine propagierten Ziele nicht verwirklichen. Als die von der UdSSR angeleitete Perestroika zu ignorieren versucht wurde, war der demokratische Umbruch der DDR 1989 unumgänglich.¹⁹⁷ Mit der Republikflucht im Spätsommer 1989 war das Ende der DDR bestimmt, so Heydemann, da ein Staat, dem die eigenen Menschen davonliefen, keinerlei Existenzgrundlage mehr besaß.¹⁹⁸

¹⁹¹ Vgl. Heydemann, Günther: Innenpolitik. S. 35.

¹⁹² Vgl. ebd. S. 36.

¹⁹³ Vgl. ebd. und derselbe: Entwicklung der DDR bis Ende der achtziger Jahre. In: Informationen zur politischen Bildung, H. 270 (2001). S. 33.

¹⁹⁴ Vgl. Heydemann, Günther: Entwicklung. S. 33.

¹⁹⁵ Vgl. Schulze, Gerhard: Verwaltungsstrukturen. S. 55.

¹⁹⁶ Vgl. ebd. S. 65.

¹⁹⁷ Vgl. ebd.

¹⁹⁸ Vgl. Heydemann, Günther: Entwicklung. S. 33.

IV. Beziehungsstrukturen zwischen Historikern und Archivaren der DDR

4.1. Generationsmodell und biografischer Überblick

Obwohl das Deutungskonzept der „Generation“ nicht einheitlich definiert werden kann und die Abgrenzung der Altersgruppen variiert, bedarf es für diese Arbeit eines solchen Zusammenhangs. Dadurch kann eine Vergleichbarkeit der einzelnen Biografien während der gemeinsam erlebten historischen Ereignisse erleichtert und eine Generationserfahrung definiert werden. Zudem dient die Unterteilung dazu, Abweichungen bei den Zugängen der drei Untersuchungskomplexe (4.3.1. bis 4.3.3.) herausstellen zu können. Die Unterteilung in politische Generationsstrukturen erweist sich dafür als idealtypisch.¹⁹⁹

4.1.1. Einteilung der Berufsgruppen nach dem Ordnungsmodell der Generation

Mittels der Untersuchung gesellschaftlicher Organisationen aus generationeller Perspektive können die Erlebnisse der Menschen von ihrer Kindheit bis zum späten Erwachsenenalter mit den gesellschaftlichen Entwicklungen in Bezug gesetzt werden, die ihnen die jeweilige Phase bot.²⁰⁰ Unter diesem Aspekt erfasst der Ausdruck der „Generation“ Erfahrungsräume, deren Vertreter sich durch ähnliche politische, soziale oder kulturelle Erlebnisse auszeichnen.²⁰¹

Die Problematik um die Kategorie der „Generation“, mit ihren verschiedenen Sinngebungen und Altersgruppen, versuchte der Soziologe Helmut Fogt zu lösen, indem er ein Modell der „politischen Generation“ des 20. Jahrhunderts entwarf. Es erfasst die Personen einer Altersgruppe, die, aufgrund gleicher Schlüsselereignisse, zu einer übereinstimmenden Anschauung der Leitideen und Werte der politischen Ordnung gelangten, in der sie aufwuchsen.²⁰² Politische Generationen bilden sich somit um historische Ereignisse, die Auswirkungen auf die Lebensweisen ihrer Mitglieder haben. Für das 20. Jahrhundert lassen sich sieben Stufen erkennen: die

¹⁹⁹ Vgl. Herbert, Ulrich: Drei politische Generationen im 20. Jahrhundert. In: Reulecke, Jürgen: Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert. München: Oldenbourg 2003. S. 114.

²⁰⁰ Vgl. Griebel, Rainer: Generation und Konsumgesellschaft. In: Haupt, Heinz-Gerhard; Torp, Claudius (Hrsg.): Die Konsumgesellschaft in Deutschland 1890-1990: Ein Handbuch. Frankfurt a. M.: Campus 2009. S.190.

²⁰¹ Vgl. ebd. S.191.

²⁰² Vgl. Fogt, Helmut: Politische Generation. Empirische Bedeutung und theoretische Modell. Opladen: Westdeutscher Verlag 1982. S. 21.

Erste-Weltkrieg-Generation²⁰³, die Zweite-Weltkrieg-Generation²⁰⁴, die 1945er (auch Flakhelfer- oder „skeptische Generation“), die Zwischengeneration der Kriegskinder, die 1968er Generation, die Zwischengeneration der 1978er sowie die Generation der 1985er.²⁰⁵ Die für diese Arbeit relevanten Unterteilungen sind die Erste-Weltkrieg-Generation, die Zweite-Weltkrieg-Generation sowie die 1945er-Generation.

Die Angehörigen der Generation des Ersten Weltkriegs wurden zwischen 1880 und 1895 geboren und verbrachten ihre Kindheit im Deutschen Kaiserreich. Diese Jahrgänge wuchsen mit Jugendbewegungen auf und den Werten der Einheit, Wahrheit und Volksgemeinschaft.²⁰⁶ Das Schlüsselereignis dieser Altersgruppe war 1918 die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg.²⁰⁷ Die Kriegserfahrungen haben bei vielen Personen dieser Geburtsjahre dazu geführt, eine autoritäre Einstellung beizubehalten und eine positive Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus gefördert, mit dem Wunsch, das „gefallene Reich“ neu zu begründen.²⁰⁸

Die Generation des Zweiten Weltkrieges ist ebenso im Kaiserreich geboren und wurde durch die Weimarer Republik sozialisiert. Sie umfasst die Geburtengänge von 1900 bis 1920. In ihrer Jugend erlebte diese Altersklasse den Verfall von sozialen Normen sowie die Politisierung und Militarisierung durch die NSDAP.²⁰⁹ Ihre Vertreter haben den Ersten Weltkrieg, bis auf Ausnahmen, nur im Kindesalter miterlebt, im Zweiten Weltkrieg waren sie von Beginn an aktiv beteiligt.²¹⁰ Die wichtigste Begrenzung zwischen den Jahrgängen dieser Kohorte markiert der Geburtsjahrgang 1902. Bis einschließlich diesem Jahr wurden die Männer zum Kriegsdienst eingezogen.²¹¹ Aus dieser Kohorte entwickelten sich vermehrt nationalsozialistische Aktivisten oder sozialdemokratische und kommunistische Kader.²¹² Angehörige dieser Generation stiegen in hohe politische Funktionen der beiden deutschen Diktaturen auf, als „Generation des Unbedingten“ im Nationalsozialismus und als „Generation der misstrauischen Patriarchen“ in der DDR.²¹³

²⁰³ Auch als „14er Generation“, „Generation der Frontkämpfer“ und „Generation der Jugendbewegung“ bezeichnet (Vgl. Herbert, Ulrich: Drei politische Generationen. S. 97).

²⁰⁴ Auch „33er Generation“, „Kriegsjugendgeneration“, „Jahrhundertgeneration“ oder „Generation der politischen Jugend“ genannt (Vgl. Herbert, Ulrich: Drei politische Generationen. S. 97).

²⁰⁵ Vgl. Assmann, Aleida: Verkörperte Geschichte. S. 60–64.

²⁰⁶ Vgl. ebd. S. 60.

²⁰⁷ Vgl. Gries, Rainer: Generation. S. 199.

²⁰⁸ Vgl. Assmann, Aleida: Verkörperte Geschichte. S. 60.

²⁰⁹ Vgl. ebd.

²¹⁰ Vgl. ebd.

²¹¹ Vgl. Gries, Rainer: Generation. S. 199.

²¹² Vgl. ebd. S. 200.

²¹³ Vgl. ebd.

Die Mitglieder der 1945er-Generation, welche die Jahrgänge von 1926 bis 1929 umfasst, wurden in der Weimarer Republik geboren und verbrachten ihre Kindheit in Organisationen wie der „Hitlerjugend“, im „Bund Deutscher Mädel“, als Flakhelfer oder in der Wehrmacht.²¹⁴ Das prägendste Erlebnis dieser Jahrgänge stellte die deutsche Niederlage im Zweiten Weltkrieg dar. Jene Alterskohorte lässt sich zudem in „moralische“, „skeptische“, „nationale“ und „politische“ Sektionen untergliedern.²¹⁵ Die „moralischen“ Repräsentanten machten ihr ethisches Wertesystem und Handeln von den negativen Kriegseindrücken abhängig und beeinflussten bewusst die Erinnerungskultur. Das Gegenstück bildeten die „skeptischen“ Mitglieder, die sich moralischen Forderungen verschlossen.²¹⁶ Die „politischen“ und „nationalen“ Anhänger fanden ihre Lebensvorstellungen in verschiedenen Parteizugehörigkeiten verwirklicht. Die „Politischen“ traten zumeist dem Kommunismus bei, die „Nationalen“ wurden Wähler der national-demokratischen Parteien.²¹⁷ Die Mitglieder dieser Generation hatten sich in den 1950er Jahren bewusst für ein Leben in der DDR entschieden. Die DDR war für sie eine persönliche Chance und wurde, durch die frühkindliche Sozialisation im Nationalsozialismus, als der bessere Teil ihrer Biografie angesehen.²¹⁸ Für ihre Loyalität und aktive Teilhabe an der Errichtung der neuen sozialistischen Gesellschaftsform wurde diese Generation durch einen schnellen Bildungsaufstieg und privaten Wohlstand entlohnt.²¹⁹

Als Repräsentanten der ersten Alterskategorie werden der Historiker Alfred Meusel (1896–1960) und die Archivare Heinrich Otto Meisner (1890–1976) sowie Hellmut Kretzschmar (1893–1965) angeführt. Für die zweite Generation wurden der Archivar Willy Flach (1903–1958) sowie die Historiker Leo Stern (1901–1982) und Jürgen Kuczynski (1904–1997) als Vertreter herangezogen. Als Vertreter der dritten Alterskategorie wurden die Historiker Fritz Klein (1924–2011) und Horst Bartel (1928–1984) ausgewählt, denen auf der archivarischen Seite Karlheinz Blaschke (1927) und Friedrich Beck (1927) gegenüberstehen.

²¹⁴ Vgl. Assmann, Aleida: Verkörperte Geschichte. S. 61.

²¹⁵ Vgl. ebd.

²¹⁶ Vgl. Herbert, Ulrich: Drei politische Generationen. S. 104.

²¹⁷ Vgl. Assmann, Aleida: Verkörperte Geschichte. S. 61f.

²¹⁸ Vgl. Gries, Rainer: Generation. S. 201.

²¹⁹ Vgl. ebd. S. 201f.

4.1.2. *Biografien der Vertreter der ersten Generation (Erste-Weltkrieg-Generation)*

Die Jahrgänge dieser Generation wuchsen in den Wirren von zwei Weltkriegen auf, erlebten die Inflation, die Nachkriegszeit, die Weltwirtschaftskrise und den Untergang des NS-Regimes, um den Aufbau des Sozialismus mitzugestalten. Diese Spannweite der politischen Erlebnisse verbindet die Biografien von Alfred Meusel (1896–1960), Hellmut Kretzschmar (1893–1965) und Heinrich Otto Meisner (1890–1976).

Alle drei Gelehrten entstammten von Geburt an dem Bildungsbürgertum: Meisner wurde 1890 in Berlin als Sohn des Abteilungsdirektors der Königlich Preußischen Staatsbibliothek geboren, Kretzschmar 1893 als Sohn eines Amtsgerichtssekretärs in Stolpen und Meusel kam 1896 in Kiel als Nachkomme eines Studienrates zur Welt.²²⁰ Auch der Besuch einer Volksschule und das Ablegen des Abiturs eint die drei. Meisner und Kretzschmar begannen danach ein Studium, um den Beruf des Archivars zu ergreifen. Meisner konnte als Einziger dieser drei vor Ausbruch des Krieges seine wissenschaftliche Ausbildung abschließen. Er promovierte an der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin (ab 1949 HU Berlin) bei Otto Hintze zum Thema „Die Lehre vom monarchischen Prinzip im Zeitalter der Restauration und des Deutschen Bundes“ und legte die Staatsprüfung für den Archivdienst ab. Im August 1913 trat er eine Stelle als Archivvolontär am Staatsarchiv Stettin an.²²¹

Im Gegensatz dazu meldete sich Meusel nach der Reifeprüfung als Freiwilliger zum Kriegseinsatz.²²² Er wurde 1914 einberufen und an die Ostfront versetzt, wo ihm durch seine Kameraden erstmals Zweifel am deutschen Verteidigungskrieg kamen.²²³ Von nun an distanzierte er sich vom Kaiserreich und befasste sich mit der deutschen Arbeiterbewegungsgeschichte. Als er 1915, nach der Absolvierung eines Offizierskurses und der Beförderung zum Leutnant, an die Westfront kam, zerstreute sich dieser Einfluss.²²⁴ Zwei Monate nach dem Ausbruch der russischen Oktoberrevolution 1917 wurde er an der Aisne verschüttet und 1918 als

²²⁰ Vgl. Leesch, Wolfgang: Heinrich Otto Meisner. In: DA, Jg. 30 (1977) H. 4. Sp. 469.; Lebenslauf Alfred Meusel, vom 12.06.1951. In: ABBAW, Nachlass Alfred Meusel, Nr. 1.; Lebenslauf Hellmut Kretzschmar. In: Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, 12718 Nachlass Hellmut Kretzschmar, Nr. 5.

²²¹ Vgl. Leesch, Wolfgang: Heinrich Otto Meisner. Sp. 470.

²²² Vgl. zu Meisner und Kretzschmar: Ebd.; Alfred Meusel: Kriegsfreiwilliger im Jahre 1914. In: ABBAW, Nachlass Alfred Meusel, Nr. 3.

²²³ Vgl. Lebenslauf Alfred Meusel, vom 12.06.1951. In: ABBAW, Nachlass Alfred Meusel, Nr. 1.

²²⁴ Vgl. Schwabe, Klaus: Alfred Meusel 1896-1960. In: Habetha, Klaus (Hrsg.): Wissenschaft zwischen technischer und gesellschaftlicher Herausforderung. Die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen 1970 bis 1995. Aachen: Einhard-Verlag 1995. S. 232.

Kriegsgeschädigter aus dem Heeresdienst entlassen.²²⁵ Auch Kretzschmar und Meisner waren vom Ausbruch des Ersten Weltkrieges betroffen. Meisner wurde von 1914 bis 1918 zum Kriegsdienst verpflichtet.²²⁶ Hellmut Kretzschmar wurde 1916, vor seinem Studienabschluss an den Universitäten in Freiburg i. B. und in Leipzig, zum Militärdienst als Landsturmmann bei einer Fliegertruppe eingezogen.²²⁷

Im Gegensatz zu Meisner konnten Meusel und Kretzschmar ihre wissenschaftliche Ausbildung erst nach dem Ende des Ersten Weltkrieges 1918 voranbringen. Kretzschmar promovierte 1919 unter dem von seinem Gutachter Rudolf Kötzschke angeregten Thema „Die Beziehungen zwischen Brandenburg und den wettinischen Landen 1464–1486“ und legte 1920 das Staatsexamen für das höhere Lehramt an der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin ab.²²⁸ Meusel begann nach Kriegsende ein gesellschaftswissenschaftliches Studium an der Universität in Kiel, wo er 1918 die Matrosenmeuterei und die anschließende Novemberrevolution erlebte. Beide Ereignisse brachten ihn der Arbeiterbewegung näher, wodurch er im November 1918 der USPD beitrug und Vorsitzender des Allgemeinen Studentenausschusses der Kieler Universität wurde. Er verlor dieses Amt kurz darauf, da er die Bildung einer „Studentenwehr“ gegen die konterrevolutionären Truppen forderte.²²⁹ Im Jahr 1922 promovierte er bei Bernhard Harms mit „Untersuchungen über das Erkenntnisobjekt bei Marx“.²³⁰

Nach dem Studium verliefen die Biografien in verschiedenen Richtungen weiter: Während sich Meisner und Kretzschmar im archivischen Bereich profilierten, begann Meusel eine Karriere als Universitätsprofessor.

Heinrich Otto Meisner nahm nach Kriegsende seine Aktivität im Geheimes Staatsarchiv (GStA) wieder auf, bekam 1921 den Titel des Staatsarchivars verliehen und betätigte sich nebenamtlich als Dozent am Preußischen Institut für Archivwissenschaft (IfA), das 1930 gegründet wurde.²³¹ Hellmut Kretzschmar trat Anfang der 1920er Jahre ebenfalls in den Dienst des GStA, wo er eine Ausbildung als Archivvolontär absolvierte, die er 1922 mit der Staatsprüfung zum Archivassessor abschloss. Danach wechselte er als Archivassistent an das Staatsarchiv Magdeburg,

²²⁵ Vgl. Lebenslauf Alfred Meusel, vom 12.06.1951. In: ABBAW, Nachlass Alfred Meusel, Nr. 1.

²²⁶ Vgl. Zum Geleit. In: Staatliche Archivverwaltung im Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten (Hrsg.): Archivar und Historiker. Studien zur Archiv- und Geschichtswissenschaft. Zum 65. Geburtstag von Heinrich Otto Meisner. Berlin: Rütten & Löning 1956. S. 7f.

²²⁷ Vgl. Personalfragebogen Hellmut Kretzschmar, vom 26.11.1947. In: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Archiv des Liberalismus, LDPD 5784/1.

²²⁸ Vgl. Schieckel, Harald: Nekrolog Hellmut Kretzschmar. In: HZ, Jg. 207 (1968) S. 262.

²²⁹ Vgl. Schwabe, Klaus: Alfred Meusel. S. 232.

²³⁰ Vgl. Keßler, Mario; Siegfried, Detlef: Alfred Meusel im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. In: JBzG, Jg. 9 (2010) H. 3. S. 67.

²³¹ Vgl. Leesch, Wolfgang: Heinrich Otto Meisner. Sp. 470.

wo er 1928 zum Staatsarchivrat ernannt wurde.²³² Alfred Meusel wirkte nach Studienende 1922 als wissenschaftlicher Assistent an der RWTH Aachen und schrieb an seiner Habilitationsschrift „Zur Soziologie der Abtrünnigen“, die er 1923 fertigstellte.²³³ Wenig später, 1926, wurde er zum außerordentlichen und 1930 zum ordentlichen Professor für Volkswirtschaftslehre und Soziologie an die RWTH Aachen berufen, was ihn zu einem der jüngsten Ordinarien in der Weimarer Republik machte.²³⁴ Ende des Jahres 1931 konnte er als Dekan der dortigen Fakultät für allgemeine Wissenschaften tätig werden.²³⁵

Auch Meisner und Kretzschmar veränderten sich beruflich. Von 1925 bis 1927 amtierte Meisner als Leiter des Brandenburgisch-Preußischen Hausarchivs in Berlin-Charlottenburg, bevor er an sein heimatliches Staatsarchiv zurückkehrte.²³⁶ Ein Jahr später, 1928, wurde ihm als erstem deutschen Archivar ein Studienaufenthalt nach Moskau und Leningrad gestattet, wo er Recherchen über das sowjetische Archivwesen betreiben sollte.²³⁷ Wie der Leiter der Staatlichen Archivverwaltung (StAV) Karl Schirdewan in seiner Autobiografie ausführt, konnte Meisner durch seine positive Berichterstattung über das sowjetische Archivwesen eine wichtige Rolle im Archivwesen der späteren DDR einnehmen und die Gunst der Wissenschaftsfunktionäre der SED erlangen, obwohl er kein marxistisch-leninistischer Archivar war.²³⁸

Zur selben Zeit erreichte Kretzschmar mit der Berufung an das Staatsarchiv Dresden seine letzte Wirkungsstätte. Hier wurde er 1936 zum Oberstaatsarchivrat und 1937 zum Archivdirektor befördert. Dieses Amt führte er bis zu seinem Tod 1965 fort.²³⁹ Weniger Erfolg hatte Alfred Meusel in den 1930er Jahren, da 1933 an der RWTH Aachen die nationalsozialistischen Verfolgungen von politischen Dissidenten begannen.²⁴⁰ Durch seine politische Gesinnung musste Meusel 1933 den Staatsdienst verlassen, ohne Anspruch auf Wartegeld, Ruhegeld oder die Weiterführung seiner Amtsbezeichnung.²⁴¹ Diese Handhabe ging auf das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom April 1933 zurück, wonach

²³² Vgl. Schieckel, Harald: Nekrolog Hellmut Kretzschmar. S. 262.

²³³ Vgl. Keßler, Mario; Siegfried, Detlef: Alfred Meusel. S. 69.

²³⁴ Vgl. ebd. S. 72.

²³⁵ Vgl. Schwabe, Klaus: Alfred Meusel. S. 233.

²³⁶ Vgl. Lötze, Helmut: Zum 65. Geburtstag von Heinrich Otto Meisner. In: ZfG, Jg. 3 (1955) H. 2. S. 303.

²³⁷ Vgl. Heinrich Otto Meisner 85 Jahre. In: ZfG, Jg. 23 (1975) H. 5. S. 572.

²³⁸ Vgl. Schirdewan, Karl: Ein Jahrhundert Leben. Erinnerungen und Visionen. Berlin: edition ost 1998. S. 274f.

²³⁹ Vgl. Schlechte, Horst: Hellmut Kretzschmar. In: AM, Jg. 16 (1966) H. 2. S. 71.

²⁴⁰ Vgl. Lebenslauf Alfred Meusel, vom 12.06.1951. In: ABBAW, Nachlass Alfred Meusel, Nr. 1.

²⁴¹ Vgl. Schwabe, Klaus: Alfred Meusel. S. 232.

„Beamte, die der kommunistischen Partei angehört [...] oder sich sonst im kommunistischen Sinne betätigt haben [...], aus dem Dienst zu entlassen“ wären.²⁴² Ende April 1933 wurde Meusel beurlaubt und zweimal, vom 27.04. bis 31.05. und vom 29.06. bis 12.09.1933, von der Gestapo inhaftiert.²⁴³ Im Jahr 1938 wurden ihm die Doktorwürde und die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt. Meusel war der einzige Aachener Hochschullehrer, der vom NS-Regime nicht aus rassistischen, sondern aus politischen Gründen verfolgt wurde.²⁴⁴ Im Frühjahr 1934 emigrierte er nach Großbritannien, wo er mit einem Stipendium der Society for the Protection of Sciences and Learning, einer Interessenvertretung deutscher Emigranten, auskommen musste. Erst 1937/38 erhielt er eine Anstellung als Mitarbeiter am Refugee Survey, der die Situation deutscher Flüchtlinge dokumentierte.²⁴⁵ Während der Zeit im Exil engagierte er sich im Freien Deutschen Kulturbund, bei der Herausgabe der kommunistischen Zeitschrift Inside Nazi Germany sowie an der Freien Deutschen Hochschule.²⁴⁶

Wie Hellmut Kretzschmar verblieb auch Heinrich Otto Meisner nach seiner Rückkehr aus der UdSSR in Deutschland und übernahm von 1935 bis 1945 das Amt als Oberarchivrat im Reichsarchiv in Potsdam, dessen Kriegszerstörung er erlebte. Zuvor war er 1937 der NSDAP beigetreten.²⁴⁷ Eine spätere politische Mitgliedschaft lässt sich für Meisner nicht nachweisen, weder für die SED noch für eine Blockpartei der DDR, wodurch angenommen werden kann, dass er parteilos blieb. Seit 1942 lehrte er als Dozent an der Universität in Berlin. Erst nach Ende des Zweiten Weltkrieges konnte er wieder bei der Archivverwaltung in Potsdam tätig werden, bis er 1948 eine Anstellung als Justitiar des brandenburgischen Landtages annahm.²⁴⁸ Demgegenüber war Kretzschmar, trotz seines Karriereaufstieges, während der Zeit des Nationalsozialismus mit beruflichen Hindernissen belastet. Wie Meisner war er 1938 in die NSDAP eingetreten.²⁴⁹ Nur so konnte er 1942 als Honorarprofessor für neuere Landesgeschichte und ab 1949 für historische Hilfswissenschaften an der Universität Leipzig beschäftigt werden.²⁵⁰ Seine Parteimitgliedschaft bereitete ihm in

²⁴² Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, vom 07.04.1933. In: Reichsgesetzblatt, Teil 1, Nr. 34 (1933) S. 175ff.

²⁴³ Vgl. Schwabe, Klaus: Alfred Meusel. S. 232.

²⁴⁴ Vgl. ebd.

²⁴⁵ Vgl. Keßler, Mario: Exilerfahrung. S. 62.

²⁴⁶ Vgl. ebd. S. 66f.

²⁴⁷ Vgl. Heinrich Otto Meisner. In: Vierhaus, Rudolf (Hrsg.): Deutsche Biografische Enzyklopädie. München: Saur 2006. Bd. 6. S. 863.

²⁴⁸ Vgl. Leesch, Wolfgang: Heinrich Otto Meisner. Sp. 472.

²⁴⁹ Vgl. Personalfragebogen Hellmut Kretzschmar, vom 26.11.1947. In: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Archiv des Liberalismus, LDPD 5784/1.

²⁵⁰ Vgl. Schlechte, Horst: Hellmut Kretzschmar. S. 72.

den Nachkriegsjahren allerdings berufliche Probleme. Obwohl er während des Zweiten Weltkriegs politisch Verfolgte mit Unterkunft und Verpflegung unterstützte und ihm eine nominelle Mitgliedschaft in der NSDAP bescheinigt wurde, musste er seinen Dienst im Hauptstaatsarchiv Dresden nach 1945 zunächst aufgeben.²⁵¹ Allerdings wurde ihm im Kündigungsschreiben mitgeteilt, dass ihm die SMAD eine einstweilige Weiterbeschäftigung zur Führung der Amtsgeschäfte gewährt.²⁵² Im Februar 1946 konnte sich Kretzschmar rehabilitieren. Die Wiedereinsetzung in den Staatsdienst erfolgte zum 1. Juli 1946.²⁵³

Auch für Alfred Meusel war das Jahr 1946 von Bedeutung, da er nach Deutschland zurückkehren und eine Anstellung als ordentlicher Professor für Neue Geschichte an der HU Berlin aufnehmen konnte.²⁵⁴ Seine Vorlesungen reichten von der Reformation und dem Bauernkrieg über die Französische Revolution, Bismarck, den Ersten Weltkrieg bis zur Weimarer Republik. Während seiner Zeit im Exil hatte er sich von der Soziologie abgewandt und sein Forschungsfeld in die Geschichtswissenschaft verlegt.²⁵⁵ Politisch war er nach der Auflösung der USPD 1922 in die SPD eingetreten, die er 1925 verließ, um sich der KPD anzunähern. Der Beitritt in diese Partei erfolgte 1937 und wurde 1946 durch die Mitgliedschaft in der SED ersetzt.²⁵⁶

Heinrich Otto Meisner blieb in der Nachkriegszeit als Justitiar des brandenburgischen Landtags tätig und kehrte erst nach der Gründung der DDR in sein Berufsfeld zurück. Ab 1950 lehrte er als Dozent am IfA in Potsdam, bevor er 1953 eine Professur für Historische Hilfswissenschaften an der HU Berlin aufnahm.²⁵⁷ Nach seiner Emeritierung 1961 engagierte er sich nebenamtlich, wie beispielsweise in der AdW, und widmete sich seiner Publikationstätigkeit auf den Gebieten der Urkunden- und Aktenlehre, der Quellenedition sowie der Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte.²⁵⁸ Aus seiner nahezu 50-jährigen Lehrtätigkeit geht als nachhaltigste Leistung die Begründung der neuzeitlichen Aktenlehre als

²⁵¹ Vgl. Personalfragebogen Hellmut Kretzschmar, vom 26.11.1947. In: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Archiv des Liberalismus, LDPD 5784/1 und Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, 10707 Hauptstaatsarchiv Dresden, Nr. 56. Bl. 133–134 und Bl. 136.

²⁵² Vgl. Beschluss zur Wiedereinsetzung Kretzschmars in den Staatsdienst, Februar 1946. In: Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, 10707 Hauptstaatsarchiv Dresden, Nr. 56. Bl. 138.

²⁵³ Vgl. ebd.

²⁵⁴ Vgl. Lebenslauf Alfred Meusel, vom 12.06.1951. In: ABBAW, Nachlass Alfred Meusel, Nr. 1.

²⁵⁵ Vgl. Steger, Astrid: Alfred Meusel. In: NDB, Berlin: Duncker & Humblot 1994. Bd. 17. S. 274.

²⁵⁶ Vgl. Keßler, Mario: Exilerfahrung. S. 52, S. 56 und S. 60.

²⁵⁷ Vgl. Lötze, Helmut: Zum 65. Geburtstag von Heinrich Otto Meisner. S. 303.

²⁵⁸ Vgl. Bibliografie von Meisner 1913–1955. In: Staatliche Archivverwaltung im Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten (Hrsg.): Archivar und Historiker. S. 9–12.

selbstständige Historische Hilfswissenschaft hervor.²⁵⁹ Wie Meisner gegenüber seinen Kollegen berichtete, waren für ihn die 1950er Jahre am glücklichsten, da er sich der Ausbildung des archivischen Nachwuchses und den daraus entstandenen Freundschaften mit der jungen Archivargeneration widmen konnte. Zudem beteiligte er sich an den deutschen und internationalen Archivkongressen, wo er den kollegialen Austausch pflegen konnte.²⁶⁰ Mit der Ideologisierung des Archivwesens der DDR in Theorie und Praxis zog sich Meisner aus dem Berufsalltag zurück. Sein Interesse an den Fortschritten der Archiv- und Geschichtswissenschaft blieb jedoch bis zu seinem Tod im Oktober 1976 erhalten.²⁶¹ Durch sein Renommee in der DDR und bei seinen Kollegen aus der Bundesrepublik Deutschland gilt Meisner als „Integrationsfigur eines gesamtdeutschen Archivwesen[s]“ und als „grand old man“, wie Wolfgang Leesch ihn bezeichnete.²⁶²

Ein ähnliches wissenschaftliches Lebenswerk und Renommee konnte sich Hellmut Kretzschmar während seiner 30 Berufsjahre erarbeiten. Dazu zählen die Sicherung von wertvollem Archiv- und Kulturgut im Staatsarchiv Dresden und in den sächsischen Stadtarchiven sowie archivorganisatorische Maßnahmen, wie die Einrichtung der Landesarchive Bautzen, Leipzig oder Glauchau.²⁶³ Zudem hinterließ Kretzschmar ein Oeuvre aus Aufsätzen, Monografien oder Beiträgen in Fachzeitschriften.²⁶⁴ Dieses Wirken trug dazu bei, ihn in zahlreiche Gremien und Kommissionen zu berufen.²⁶⁵ Mit der Gründung des IfA in Potsdam 1950 konnte auch Kretzschmar die Ausbildung des archivarischen Nachwuchses unterstützen. Darüber hinaus wirkte er 1954 mit vollem Lehrauftrag an der Universität Leipzig und organisierte Schulungslehrgänge am Staatsarchiv Dresden.²⁶⁶ Jene archivischen Schulungen hielt er als Parteimitglied der LDP, das er seit 1946 war, auch an der Parteischule der LDP in Radebeul, um die Ausbildung von Stadt-, Kreis-, Betriebs- oder Verwaltungsarchivaren voranzutreiben.²⁶⁷ Bis zu seiner Emeritierung 1961 und seinem Tod im Dezember 1965 war Kretzschmar, wie es Walter Markov in seinem Nachruf formulierte, „als hervorragender Archivwissenschaftler, als Verfasser

²⁵⁹ Vgl. Leesch, Wolfgang: Heinrich Otto Meisner. Sp. 471.

²⁶⁰ Vgl. ebd. Sp. 473.

²⁶¹ Vgl. ebd.

²⁶² Ebd.

²⁶³ Vgl. Groß, Reiner: Hellmut Kretzschmar. In: Heitzer, Heinz; Noack, Karl-Heinz; Schmidt, Walter (Hrsg.): Wegbereiter der Geschichtswissenschaft. Berlin: Dietz 1989. S. 129f.

²⁶⁴ Vgl. Kobuch, Manfred: Bibliografie Hellmut Kretzschmar. Überarbeitete und ergänzte Fassung. In: Groß, Rainer; Kretzschmar, Hellmut (Hrsg.): Vom Anteil Sachsens an der neueren deutschen Geschichte. Stuttgart: Steiner 1999. S. 531–574.

²⁶⁵ Vgl. Groß, Reiner: Hellmut Kretzschmar. S. 132.

²⁶⁶ Vgl. Schieckel, Harald: Nekrolog Hellmut Kretzschmar. S. 262.

²⁶⁷ Vgl. Aktennotiz. In: Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, 12718 Nachlass Hellmut Kretzschmar. Nr. 106.

beachtlicher historischer Werke, als Herausgeber, akademischer Lehrer und Anreger“ tätig, der „ebenso als ein allem Neuen aufgeschlossener Mensch von hohem Feingefühl und ausgeglichener Heiterkeit in unserer Erinnerung bleiben [wird]“.²⁶⁸

Mehr als die beiden Archivare konnte sich Alfred Meusel in der Nachwuchsausbildung profilieren. Bereits 1951 wurde er Direktor des Instituts für deutsche Geschichte an der HU Berlin und in derselben Funktion am Institut für Geschichte des deutschen Volkes tätig.²⁶⁹ Ein Jahr darauf, 1952, erhielt er das Amt des Direktors des neu gegründeten Museums für Deutsche Geschichte und gehörte ab 1953 zu den Mitbegründern der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG).²⁷⁰ Während der Jahre seiner Tätigkeiten an der Universität, am Museum und in der ZfG prägte Meusel Generationen junger Historiker der DDR und erschloss sich ein Netzwerk an Geisteswissenschaftlern, Parteifunktionären und Publizisten. Für eigene Forschungen und Veröffentlichungen fand er bei der Fülle an politisch-organisatorischen Verpflichtungen kaum Zeit. Seine Publikationen²⁷¹ basierten häufig nicht auf einer eigenen Forschung, sondern waren essayartig verfasst.²⁷² Das Einzige, was Meusel in seinen Werken berücksichtigte, war die marxistisch-leninistische Perspektive.²⁷³ Dennoch galt er bis in die späten 1950er Jahre als einer der wissenschaftspolitisch einflussreichsten Historiker der DDR. Er stand loyal zur Parteipolitik der SED, kritisierte jedoch bis zu seinem Tod 1960 die Ungerechtigkeiten des sozialistischen Systems im Wissenschaftsbereich und setzte sich für den Erhalt einer gesamtdeutschen Wissenschaftsorganisation ein.²⁷⁴

Fazit

Die drei Gelehrten Meusel, Kretzschmar und Meisner verbinden ihre soziale Herkunft aus dem Bildungsbürgertum des 19. Jahrhunderts und eine universitäre Ausbildung im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich, die alle drei mit der Promotion, Meusel sogar mit der Habilitation, abschlossen. Zudem waren sie während des Ersten

²⁶⁸ Markov, Walter: Nachruf Hellmut Kretzschmar. In: Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. Jahrbuch 1963–1965. Berlin: Akademie-Verlag 1967. S. 349f.

²⁶⁹ Vgl. Steger, Astrid: Alfred Meusel. S. 274.

²⁷⁰ Vgl. ebd.

²⁷¹ Eine Bibliografie seiner Publikationen existiert nicht. Einige seiner Sonderdrucke, vor allem die, die im Exil entstanden sind, befinden sich in seinem Nachlass im Akademiearchiv (ABBAW).

²⁷² Vgl. die Rezensionen zu Meusels Monografie „Thomas Müntzer und seine Zeit“: Franz, Günther: Rezension. In: HZ, Jg. 177 (1954) S. 545 und Steinmetz, Max: Rezension. In: ZfG, Jg. 1 (1953) S. 968ff.

²⁷³ Vgl. Schwabe, Klaus: Alfred Meusel. S. 236.

²⁷⁴ Vgl. Keßler, Mario; Siegfried, Detlef: Alfred Meusel. S. 79f.

Weltkrieges im Kriegsdienst tätig. Meusel und Kretzschmar beendeten ihr Studium in der Weimarer Republik und fanden ihren Berufseinstieg im Archivdienst. Beide waren durch ihre parallele Beschäftigung am GStA miteinander bekannt. Zur Zeit des Nationalsozialismus traten Kretzschmar und Meisner in die NSDAP ein, während Meusel ins Exil flüchtete. Dort trat er 1937 der KPD bei und engagierte sich illegal gegen das NS-Regime. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland und der Gründung der DDR trat er 1946 der SED bei. Historische Forschungsleistungen konnte er in der DDR nicht mehr erbringen, so Keßler, da er durch seine Parteinahme für den Marxismus-Leninismus zu stark in die Wissenschaftspolitik der SED involviert war.²⁷⁵

Auch die beiden Archivare konnten sich in ihren Fachbereichen wissenschaftlich etablieren. Kretzschmar trat nach der Gründung der DDR in die Blockpartei der LDP ein und stieg als eine der „markantesten Gestalten“ in der deutschen Archivgeschichte auf, so Horst Schlechte.²⁷⁶ Seine Lebensaufgabe widmete er der Archivorganisation und Archivpflege, wobei er die Bedeutung und den Umfang der Überlieferungsmasse des sächsischen Staatswesens bewahrte.²⁷⁷ In seinem publizierten Lebenswerk findet sich die sächsische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte oder die Geschichte der Diplomatie, die durch ihre zwischenstaatlichen Verflechtungen über Sachsen hinausreicht.²⁷⁸ Wie sich sein Schüler Karlheinz Blaschke erinnert, führte Kretzschmar ein Leben, „das dem Verstorbenen in dankbar empfundener Weise alle beruflichen und wissenschaftlichen Ziele erfüllt hat.“²⁷⁹ Auch Heinrich Otto Meisner galt als führender Archivwissenschaftler der DDR und als Begründer der neuzeitlichen Aktenlehre. Besondere Aufmerksamkeit widmete er der Erarbeitung einer einheitlichen Archivterminologie, aus der eine archivische Berufssprache hervorging.²⁸⁰ Damit hinterließ er dem Archivwesen der DDR und, nach der Friedlichen Revolution 1989, auch dem gesamtdeutschen Archivwesen der Bundesrepublik Deutschland ein bleibendes Andenken.

²⁷⁵ Vgl. Keßler, Mario: Exilerfahrung. S. 89.

²⁷⁶ Schlechte, Horst: Hellmut Kretzschmar. S. 71.

²⁷⁷ Vgl. Blaschke, Karlheinz: Hellmut Kretzschmar zum Gedächtnis. In: Groß, Rainer; Kobuch, Manfred (Hrsg.): Hellmut Kretzschmar. Vom Anteil Sachsens an der neueren deutschen Geschichte. Stuttgart: Steiner 1999. S. 19.

²⁷⁸ Vgl. ebd. S. 18.

²⁷⁹ Ebd. S. 24.

²⁸⁰ Vgl. Leesch, Wolfgang: Heinrich Otto Meisner. Sp. 472.

4.1.3. *Biografien der Vertreter der zweiten Generation (Zweite Weltkrieg-Generation)*

Die Sozialisation der Vertreter dieser Altersgruppe vollzog sich im Zeitraum der Weimarer Republik, wo sie die politische und wirtschaftliche Instabilität nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg erfuhren. Am Zweiten Weltkrieg waren sie aktiv beteiligt. Für diese Alterskohorte wurden die Historiker Leo Stern (1901–1982) und Jürgen Kuczynski (1904–1997) sowie der Archivar Willy Flach (1903–1958) ausgewählt.

Leo Stern, der 1901 unter den Namen Jonas Leib Stern als eines von zwölf Kindern eines jüdischen Kleinbauern geboren wurde, und Willy Flach, der 1903 als Sohn eines Malers zur Welt kam, entstammen ihrer Herkunft nach der kleinbürgerlichen Sozialformation. Jürgen Kuczynski, der 1904 als Sohn eines jüdischen Statistikers und Wirtschaftswissenschaftlers geboren wurde, entstammt dem Bildungsbürgertum. Stern und Flach gingen auf örtliche Volksschulen, Kuczynski erhielt häuslichen Privatunterricht, bevor er das Gymnasium besuchte.²⁸¹ Nach Beenden der Volksschule musste Stern durch den frühen Tod seines Vaters die Mittel für seinen Unterhalt selbst verdienen, um sich den Besuch der Oberschule zu ermöglichen. Im Jahr 1916 siedelte seine Familie nach Salzburg, wo Stern seine Reifeprüfung ablegte.²⁸² Willy Flach wechselte nach dem Besuch der Volksschule 1917 an ein Lehrerseminar, wo er 1923 die Befähigung als Volksschullehrer erwarb und an einer Hilfsschule in Greiz tätig wurde. Um die Berechtigung für ein Universitätsstudium zu erhalten, unterzog er sich 1926 der Ergänzungsprüfung in Mathematik und Latein und trat aus dem Volksschuldienst aus.²⁸³

Nach dem Erhalt der Hochschulreife begannen alle drei ein gesellschaftswissenschaftliches Studium: Leo Stern schrieb sich 1921 in Wien für die Fächer Rechtswissenschaften, Nationalökonomie und Geschichte ein.²⁸⁴ Er promovierte 1925 bei Carl Grünberg zum Thema „Die sozialökonomischen und politischen Grundlagen des Merkantilismus“.²⁸⁵ Jürgen Kuczynski studierte von 1922 bis 1924 in Erlangen, Berlin und Heidelberg Philosophie, Statistik und Politökonomie.

²⁸¹ Vgl. Jürgen Kuczynski 85 Jahre. In: ZfG, Jg. 37 (1989) H. 9. S. 839.; Lebenslauf Leo Stern. In: ABBAW, Nachlass Leo Stern. Nr. 1.; Lebenslauf Willy Flach, vom 26.09.1952. In: Hauptstaatsarchiv Weimar, Nachlass Willy Flach. Nr. 281. Bl. 9.

²⁸² Vgl. Lebenslauf Leo Stern. In: Ebd. Nr. 1.

²⁸³ Vgl. Lebenslauf Willy Flach, vom 26.09.1952. In: Hauptstaatsarchiv Weimar, Nachlass Willy Flach. Nr. 281. Bl. 9. Und Zeugnis über die Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen. In: Ebd. Nr. 36127. Bl. 19.

²⁸⁴ Vgl. Lebenslauf Leo Stern. In: ABBAW, Nachlass Leo Stern. Nr. 1.

²⁸⁵ Vgl. ebd.; dazu seine Bibliografien: Müller, Walter: Verzeichnis der Schriften von Leo Stern. In: Meier, Helmut: Leo Stern (1901–1982). Antifaschist, Historiker, Hochschullehrer und Wissenschaftspolitiker. Berlin: trafo 2002. S.165-187; Bartmuß, Hans-Joachim; Hans Hübner [u. a.] (Hrsg.): Die Volksmassen. Gestalter der Geschichte. Festgabe für Leo Stern zu seinem 60. Geburtstag. Berlin: Rütten & Löning 1962. S. 559–572.

Er promovierte 1925 bei Paul Hensel zum Thema „Der ökonomische Wert“ und begann parallel die Arbeit an seinem Erstling „Zurück zu Marx“.²⁸⁶ Willy Flach studierte seit 1926 Geschichte, Germanistik und Religion an den Universitäten in Jena, München und Wien. Bei seinem Förderer, dem Mediävist Hans Hirsch, legte er 1930 seine Dissertation „Die Urkunden der Vögte von Weida, Gera und Plauen bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts“ vor.²⁸⁷

Nach der universitären Ausbildung verliefen die Lebensläufe in unterschiedlicher Weise: Kuczynski unternahm nach seinem Examen eine Bildungsreise nach Paris, Prag und Wien. Nach seiner Rückkehr trat er 1925 sein Volontariat bei dem Bankunternehmen Bett, Simon & Co. an, „einer Bank, mit besonders guten Beziehungen zur Sozialdemokratie“.²⁸⁸ Parallel wurde er Redakteur und Publizist für die Zeitschrift seines Vaters, Finanzpolitische Korrespondenz, und die Monatszeitschrift Die Menschenrechte.²⁸⁹ Um sich beruflich weiterzuentwickeln, absolvierte Kuczynski 1926 ein postgraduales Studium als Forschungsstudent an der Brookings School in Washington. Zudem leitete er von 1927 bis 1928 die Wirtschaftsabteilung der American Federation of Labor, wo er statistische Angaben über die Ausbeutung der amerikanischen Arbeiter sammelte und, erstmals in den USA, eine Arbeitslosenstatistik vorlegte.²⁹⁰ Nach seiner Rückkehr nach Deutschland 1929 nahm er seine alten Arbeitsfelder wieder auf und wirkte als Wirtschaftsredakteur für Die Menschenrechte, den Roten Aufbau oder Die Weltbühne.²⁹¹

Leo Stern strebte nach seiner Promotion eine Laufbahn als Hochschullehrer an und nahm von 1925 bis 1932 eine Tätigkeit als wissenschaftlicher Assistent bei Max Adler auf. Parallel dazu unterstützte er Adler bis 1934 als Dozent an der Wiener Arbeiterhochschule und wurde publizistisch für die Zeitschriften Der Kampf, Die Weltbühne oder die Internationale Rundschau tätig.²⁹² Die Anfertigung einer Habilitationsschrift blieb ihm in Österreich, aufgrund seiner jüdischen Abstammung, zu jener Zeit verwehrt. Er konnte diese Qualifizierung allerdings 1940 mithilfe der sowjetischen Regierung nachholen und sich in Moskau habilitieren.²⁹³

²⁸⁶ Vgl. Jürgen Kuczynski 85 Jahre. S. 839.

²⁸⁷ Vgl. Zeugnis über die Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen. In: Hauptstaatsarchiv Weimar, Nachlass Willy Flach. Nr. 36127. Bl. 19.

²⁸⁸ Vgl. Kuczynski, Jürgen: Probleme der Autobiografie. Berlin: Aufbau 1983. S. 101.

²⁸⁹ Vgl. Kuczynski, Jürgen: Memoiren. Die Erziehung des J. K. zum Kommunisten und Wissenschaftler. Berlin: Aufbau 1973. S. 99.

²⁹⁰ Vgl. ebd. S. 115 und S. 127. sowie Jürgen Kuczynski 85 Jahre. S. 839.

²⁹¹ Vgl. Kuczynski, Jürgen: Memoiren. S. 195.

²⁹² Vgl. Keßler, Mario: Vom Gefechtsstand in den Hörsaal: Leo Sterns Lebensweg bis zu seiner Berufung nach Halle. In: Meier, Helmut: Leo Stern (1901–1982). S. 54.

²⁹³ Vgl. Lebenslauf Leo Stern. In: ABBAW, Nachlass Leo Stern, Nr. 1.

Willy Flach sah seine beruflichen Aussichten im Archivdienst, wodurch er nach seiner Promotion 1931 als Hilfsarbeiter im Staatsarchiv Weimar tätig wurde. Hier konnte er seine Ausbildung als Archivreferendar aufnehmen und 1932, mit Auszeichnung, beenden.²⁹⁴ Nach dieser Leistung wurde er als Archivassessor in den thüringischen Staatsdienst eingestellt und dem Staatsarchiv Weimar zugewiesen. Im Jahr 1933 erfolgte seine Berufung zum Staatsarchivrat, die Willy Flach, laut seines Direktors Armin Tille, als Vorbereitung zur späteren Übernahme des Direktorenpostens im Staatsarchiv Weimar dienen sollte.²⁹⁵

Weniger beruflich erfolgreich waren Kuczynski und Stern, die, nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler, aufgrund ihrer jüdischen Abstammung ins Exil flüchten mussten: Kuczynski emigrierte 1936 nach England und fand als Statistiker des US-amerikanischen Geheimdienstes Office of Strategic Services ein neues Aufgabenfeld.²⁹⁶ Neben seiner Arbeit für die US-Regierung wurde er als Leiter einer politischen Gruppe deutscher Kommunisten tätig und wirkte als Redakteur und Mitbegründer des Freien Deutschen Kulturbundes. Seit 1930 war Kuczynski Mitglied der KPD und betrieb im Exil die illegale Arbeit gegen das NS-Regime.²⁹⁷ Auch Leo Stern engagierte sich gegen die nationalsozialistische Propaganda und war 1921 der SPÖ und 1933 der KPÖ beigetreten. Als SPÖ-Anhänger nahm er 1927 an der Wiener Julirevolte und 1934, als Mitglied der KPÖ, am Österreichischen Bürgerkrieg teil. Im Zuge dieser Ereignisse wurde er von der Polizei festgenommen und von Februar bis Juli 1934 inhaftiert.²⁹⁸ Nach seiner Entlassung fand er eine Anstellung in der Agitationsabteilung der KPÖ und, nach dem Verbot der Partei, im Österreichischen Haus-, Hof- und Staatsarchiv.²⁹⁹

Doch wie Kuczynski musste Stern 1935 ins Exil flüchten und emigrierte auf Beschluss der KPÖ-Leitung in die Tschechoslowakei und 1936 in die UdSSR. In Moskau arbeitete er als Lektor an der Internationalen Lenin-Schule und als Mitarbeiter der Presseabteilung der Komintern.³⁰⁰ Nach einer militärischen Grundausbildung wurde er zu den Internationalen Brigaden nach Spanien abgeordnet, in deren Reihen er bis 1938 kämpfte. Nach Moskau zurückgekehrt, wirkte Stern bis Ende 1939 beim Verlag für Internationale Literatur als Redakteur und

²⁹⁴ Vgl. Informationen zur Einstellung als Archivreferendar und Hilfsarbeiter. In: Hauptstaatsarchiv Weimar, Nachlass Willy Flach. Nr. 36127. Bl. 37.

²⁹⁵ Vgl. Lebenslauf Willy Flach, vom 26.09.1952. In: Hauptstaatsarchiv Weimar, Nachlass Willy Flach. Nr. 281. Bl. 9. Und Informationen zur Anstellung als Direktor. In: Ebd. Bl. 43.

²⁹⁶ Vgl. Kuczynski, Jürgen: Ein linientreuer Dissident. Berlin: Aufbau 1994. S. 18.

²⁹⁷ Vgl. ebd. S. 101 und S. 112.

²⁹⁸ Vgl. Keßler, Mario: Gefechtsstand. S. 55 und S. 57.

²⁹⁹ Vgl. ebd. S. 57.

³⁰⁰ Vgl. ebd. S. 58.

konnte 1940 eine Professur für Neuere Geschichte an der Universität Moskau und dem Moskauer Pädagogischen Institut erhalten, an denen er bis 1941 wirkte.³⁰¹ Seine Tätigkeit an der Universität Moskau wird von einigen der ihn überwachenden Informanten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und Moskauer Professoren seit Mitte der 1950er Jahre angezweifelt.³⁰² Wie zwei MfS-Informanten erwähnen, verstand sich Stern als „Vertreter und Stimme Moskaus“ und als der DDR-Historiker, der die sowjetischen Genossen und Verhältnisse am besten kenne, wobei er sich auf seine Emigration in die UdSSR und seine dort angefertigte Habilitation berief.³⁰³ Gegenüber sowjetischen Gastprofessoren in der DDR verhielt sich Stern jedoch auffällig: Er ignorierte sie, nahm nicht an deren Vorlesungen teil und ließ auch seine Mitarbeiter nicht daran teilnehmen, lud aber bewusst die kritischsten bundesdeutschen Historiker zum Streitgespräch der Vorlesungen ein.³⁰⁴

Nach Beginn des deutschen Überfalls auf die UdSSR meldete sich Stern freiwillig zur Roten Armee und kam 1942 nach Stalingrad, wo er bis zur Kapitulation der deutschen Truppen verblieb. Er erhielt in dieser Zeit die Tapferkeitsmedaille und konnte zum Oberstleutnant befördert werden.³⁰⁵

Anders lag die berufliche Situation für Willy Flach, der, nachdem er 1933 der NSDAP beigetreten war, 1934 zum neuen Direktor des Staatsarchivs Weimar und der Thüringischen Staatsarchive berufen wurde.³⁰⁶ Eine politisch bedingte Ernennung lässt sich nicht nachweisen. Der Beitritt zur NSDAP war, wie bei Helmut Kretzschmar und Heinrich Otto Meisner, eine bewusste aber nur nominelle Entscheidung, die Beamte im Staatsdienst treffen mussten, um politischen Repressalien zu entgehen. Zuvor war Flach nicht parteipolitisch tätig gewesen und übte auch kein politisches Amt im Staatsapparat der Nationalsozialisten aus.³⁰⁷ Er wurde, aufgrund der mangelnden personellen Besetzung im staatlichen Archivwesen und seines gesundheitlichen Zustandes von neun dafür vorgesehenen Beamten der thüringischen Archivverwaltung als Einziger nicht zum Kriegsdienst eingezogen. Stattdessen übernahm er die Organisation von thüringischen Außenarchiven, wie Altenburg, Greiz oder Rudolstadt.³⁰⁸

³⁰¹ Vgl. Lebenslauf Leo Stern. In: ABBAW Nachlass Leo Stern, Nr. 1.

³⁰² Vgl. BStU, MfS, BV, Halle AP 1989/ 67 Bd. 1. Bl. 137.

³⁰³ BStU, MfS, BV, Halle AP 1989/ 67. Bd. 3 Bl. 104f.

³⁰⁴ Vgl. ebd. Bl. 105.

³⁰⁵ Vgl. Keßler, Mario: Gefechtsstand. S. 58.

³⁰⁶ Vgl. Lebenslauf Willy Flach, vom 26.09.1952. In: Hauptstaatsarchiv Weimar, Nachlass Willy Flach. Nr. 281. Bl. 9. Und Personalfragebogen, vom 05.03.1949. In: Ebd. Bl. 1–6.

³⁰⁷ Vgl. Personalfragebogen, vom 05.03.1949. In: Ebd.

³⁰⁸ Vgl. Aktennotiz, vom 08.07.1944. In: Ebd. Nr. 36127. Bl. 210.

Trotz seiner scheinbaren Loyalität gegenüber dem nationalsozialistischen System wurde ihm „ein Außerachtlassen staatlicher Interessen gegenüber kirchlichen Bestrebungen“ durch das NS-Regime nachgesagt, wie es Wahl anführt.³⁰⁹ Da er jedoch die Neuerungen des NS-Regimes hinsichtlich der historischen Forschungsarbeit unterstützte, blieb er von politischen Nachstellungen verschont. Er konnte dadurch 1937 die Gründung der Thüringischen Historischen Kommission mitgestalten, deren Vorsitz er übernahm. Zudem war er ab 1939 Mitglied der Akademie gemeinnütziger Wissenschaften zu Erfurt und Mitherausgeber der Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichte und Altertumskunde.³¹⁰ Ab 1940 erhielt er eine Dozentur an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena, wo er zum Honorarprofessor ernannt wurde.³¹¹ Dadurch konnte er in der Ausbildung des archivischen Nachwuchses tätig werden.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges besserten sich auch die Berufsaussichten für Kuczynski und Stern: Kuczynski fungierte nach seiner Rückkehr nach Deutschland 1945 als Präsident der Zentralverwaltung für Finanzen in der SBZ und wurde 1946, nach dem Beitritt zur SED, zum ordentlichen Professor an den Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte der HU Berlin berufen.³¹² Leo Stern kehrte nach der Befreiung Österreichs 1945 nach Wien zurück. Von 1946 bis 1949 nahm er eine Gastprofessur an der Universität in Wien auf und arbeitete an einem Forschungsauftrag der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.³¹³

Nach der Gründung der DDR wurden allen drei Gelehrten weitere Karrieremöglichkeiten eröffnet: Bis 1950 war Kuczynski Präsident der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, bevor er wegen seiner jüdischen Herkunft zurücktreten musste.³¹⁴ Zudem konnte er sich bis 1953 als Leiter des Deutschen Wirtschaftsinstituts und bis 1956 als Professor am Institut für Wirtschaftsgeschichte sowie als Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an der HU Berlin profilieren.³¹⁵ Überdies war er bis 1958 Kulturbund-Abgeordneter der Volkskammer der DDR, ohne dort politisch hervorzutreten. Daneben verfasste er, fachübergreifend,

³⁰⁹ Wahl, Volker: Willy Flach (1903–1958). In: Thüringer Archivarverband (Hrsg.): Lebensbilder Thüringer Archivare. Rudolstadt 2001. S. 75.

³¹⁰ Vgl. Patze, Hans: Willy Flach zum Gedächtnis. In: JbGMOD, Jg. 8 (1959) S. 356 und S. 358.

³¹¹ Vgl. Informationen zur Anstellung als Dozent für Historische Hilfswissenschaften. In: Hauptstaatsarchiv Weimar, Nachlass Willy Flach. Nr. 281. Bl. 82.

³¹² Vgl. Kuczynski, Jürgen: Mémoires. S. 416. Und derselbe: Dissident. S. 25.

³¹³ Vgl. Keßler, Mario: Gefechtsstand. S. 60f.

³¹⁴ Vgl. ebd. S. 46f.

³¹⁵ Vgl. Kuczynski, Jürgen: Dissident. S. 25 und S. 74f.

eine Vielzahl an Publikationen³¹⁶, wie sein 40-bändiges Werk zur „Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus“, das zwischen 1960 und 1972 entstand. Trotz seiner Produktivität erlebte der „Querdenker und fröhliche Marxist“, wie er sich selbst bezeichnete, ab 1956 politische Erschütterungen im Zusammenhang mit der einsetzenden Entstalinisierung nach dem XX. Parteitag der KPdSU.³¹⁷ Nach Bekanntwerden der Verbrechen Stalins veröffentlichte Kuczynski Rezensionen und Stellungnahmen, die sich gegen die Parteipolitik der SED richteten. Diese Handlungsweise führte von 1956 bis 1959 zu einer Revisionismuskampagne gegen ihn, die durch seine Selbstkritik mit einer Verwarnung, dem Verlust des Sitzes in der Volkskammer und dem Ausschluss aus der Historikerkommission der DDR-UdSSR endete.³¹⁸ Seit den 1950er Jahren wurde Kuczynski vom MfS operativ bearbeitet. Die Überwachung seiner Person beinhaltete die Kontrolle der ein- und ausgehenden Post und der Telefongespräche in seiner Wohnung und am Institut für Wirtschaftsgeschichte. Zusätzlich erfolgten Ermittlungen zu seinem Bekanntenkreis.³¹⁹

Auch Leo Stern konnte sich in den 1950er Jahren im Wissenschaftsbereich der DDR etablieren. Er folgte 1950 einem Ruf zum Professor mit Lehrstuhl für Neuere Geschichte an der MLU Halle, den er bis zu seiner Emeritierung 1966 innehatte. Nach eigenen Angaben habe er sich in der DDR stets „als Soldat gefühlt, ich stehe, wo man mich hinstellt“. Ein „Desertieren“ lehnte er ab, obwohl er in der DDR keine „Ruhe“ fand.³²⁰ Im Jahr 1950 wurde er zum Direktor des Instituts für Deutsche Geschichte und Mitdirektor des Instituts für Allgemeine Geschichte ernannt.³²¹ Mit der Umwandlung seiner KPÖ-Mitgliedschaft in eine SED-Mitgliedschaft 1950 eröffneten sich ihm weitere berufliche Möglichkeiten. Er gründete im gleichen Jahr die Forschungsgemeinschaft „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, deren wichtigster Kooperationspartner die StAV der DDR wurde.³²² Sein Forschungs- und Publikationsschwerpunkt lag in der Erforschung des Feudalismus, der Universitätsgeschichte und Historiografie in

³¹⁶ Siehe die Bibliografien von Kuczynski 1924–1973: JWG, Sonderband (1974). S. 133–247; 1973–1978: JWG, (1979) Teil II. S. 39–85; 1978–1983: JWG, Sonderband (1984). S. 215–249; 1983–1988: JWG, (1989) Teil II. S. 107–143.

³¹⁷ Vgl. Kuczynski, Jürgen: Ein Leben in der Wissenschaft der DDR. Münster: Westfäl. Dampfboot 1994. S. 15.

³¹⁸ Ausführlich zu Kuczynskis Revisionismusdebatte: Haun, Horst: Kommunist und Revisionist. Die SED-Kampagne gegen Jürgen Kuczynski (1956-1959). Hrsg. v. Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. 1999.

³¹⁹ Vgl. BStU, MfS, AOP, 338/ 55 Bl. 183 und Bl. 213.

³²⁰ BStU, MfS, BV, Halle AP 1989/67 Bd. 1. Bl. 40.

³²¹ Vgl. Lebenslauf Leo Stern In: ABBAW, Nachlass Leo Stern, Nr. 1.

³²² Vgl. Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, vom 27.11.1951. In: BArch, DY 30, IV 2/ 2, 179 und Keßler, Mario: Exilerfahrung. S. 270.

Deutschland sowie der internationalen Arbeiterbewegungsgeschichte.³²³ Im Jahr 1951 wurde er an der Universität Halle Prorektor für das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium und vertrat ab 1953 bis 1959 den erkrankten Rektor ganz.³²⁴ Ebenfalls 1953 gründete er zusammen mit Alfred Meusel und Heinz Kamnitzer die ZfG, als zentrales Periodikum der Historiker der DDR. Wenig später, 1955, wurde er zum ordentlichen Mitglied der AdW und 1956 in deren Institut für Geschichte zum Abteilungsleiter gewählt. Politisch engagierte sich Stern ab 1954 in der Bezirksparteileitung der SED in Halle.³²⁵

Auch Willy Flach konnte sich bis zu seinem Tod 1958 beruflich profilieren, wobei ihm die sowjetische Besatzungsmacht nach Kriegsende 1945 die Lehrberechtigung an der Universität Jena entzog, aufgrund seiner Tätigkeit in der NSDAP.³²⁶ Durch Unbedenklichkeitsbescheinigungen konnte er diese Stellung Anfang der 1950er Jahre wiederaufnehmen und 1945 der LDP beitreten.³²⁷ Zu seinem beruflichen Engagement zählten die Mitgliedschaft bei der Historischen Kommission der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, der Sektion für deutsche Geschichte bei der AdW oder sein Amt als Vizepräsident der Goethe-Gesellschaft zu Weimar.³²⁸ Von 1950 bis 1958 wurde er am IfA in Potsdam und von 1953 bis 1958 als Professor an der HU Berlin tätig. In seinen letzten Lebensjahren bekleidete er ab 1953 parallel das Amt als Direktor des Goethe- und Schiller-Archivs in Weimar.³²⁹ Die Editions- und archivische Erschließungsarbeit zu Goethes amtlichen Schriften und Überlieferungen sind bis heute mit dem Namen Willy Flach verbunden und ermöglichten erst die Klassifikation und Nutzung des Goethe- und Schiller-Archivs als Literaturarchiv.³³⁰ Trotz beruflicher Anerkennung, die Flach von Historikern und Archivaren aus der Bundesrepublik Deutschland und von heimischen Kollegen erfuhr, fühlte er sich im politischen System der DDR unerwünscht. Er beklagte sich 1957 in einem Beschwerdebericht an die StAV, dass er keine Entlastung durch zusätzliches Fachpersonal erhielt, seine Forschungen durch den übermäßigen Lehrauftrag nicht abschließen konnte und eine ungenügende Besoldung und Altersversorgung erhielt, im Vergleich zu anderen akademischen Berufen.³³¹ Zudem

³²³ Vgl. Lebenslauf Leo Stern. In: ABBAW, Nachlass Leo Stern, Nr. 1.

³²⁴ Vgl. ebd.

³²⁵ Vgl. Überblick über wissenschaftliche Funktionen von Leo Stern. In: Ebd.

³²⁶ Vgl. Wahl, Volker: Willy Flach. S. 78.

³²⁷ Vgl. ebd. S. 78f.

³²⁸ Vgl. ebd. S. 83f.

³²⁹ Vgl. Schlesinger, Walter: Willy Flach. In: HZ, Jg. 186 (1958) S. 486.

³³⁰ Vgl. Verzeichnis seiner wissenschaftlichen Veröffentlichungen. In: Hauptstaatsarchiv Weimar, Nachlass Willy Flach. Nr. 281. Bl. 10–13.

³³¹ Vgl. BStU, MfS, AS 1717/67 Bd. 1 Bl. 99.

sei seine Berufung an den Lehrstuhl für Mittelalterliche Geschichte der Universität Halle trotz Zusage nicht erfolgt, er erhielt keine Teilnahmeerlaubnis am Historikertag in Ulm 1956 und sein Antrag zur Reise in die Tschechoslowakische Republik 1956 wurde so lange von der StAV verzögert, bis sie abgesagt werden musste.³³² Jene Erläuterungen richtete er auch an seinen Kollegen Hellmut Kretzschmar, mit dem Vermerk, dass es ihn am meisten schmerzte, dass nun ihre „persönlichen Bande zerschnitten sind“.³³³

Im selben Jahr nahm er, nach vorausgegangenem akademischen Ruf nach Halle und Jena, eine Anstellung an der Universität Bonn als Professor für Historische Hilfswissenschaften und Rheinische Landesgeschichte an. Bereits Anfang 1957 erhielt er die offizielle Zusage zur legalen Ausreise durch das Staatssekretariat für Hochschulwesen, um dem Ruf nach Bonn zu folgen.³³⁴ Doch im Dezember desselben Jahres wurde die Wahrnehmung der Tätigkeit und seine Abwanderung, laut den Beschlüssen der 3. Hochschulkonferenz, widerrufen. Daraufhin entschied sich Flach Anfang 1958 für die Flucht in die Bundesrepublik Deutschland.³³⁵ Der Traum von einem freien Leben und autonomen wissenschaftlichen Wirken in der Bundesrepublik Deutschland erfüllte sich für Flach jedoch nicht. Nachdem das der Familie versprochene Haus in Bonn nicht bezugsfertig war und sie in einem Behelfsquartier unterkommen musste, stellte sich auch die kollegiale Aufnahme in Bonn als schwierig dar. Wie Hans Patze erwähnt, wurde sein Mentor nur schwer heimisch in „einer Welt, für deren wissenschaftliche Grundsätze er eingetreten war, die ihm aber im Übrigen als weithin materialisiert, veräußerlicht und in ihren sittlichen Grundlagen bedenklich erschien.“³³⁶

Nach seiner Flucht entzog ihm die Regierung der DDR seine wissenschaftlichen Ämter, den Professorentitel und verurteilte ihn wegen Republikflucht zu zwei Jahren Gefängnis. Hans Patze erläutert dazu in seinem Nachruf auf Willy Flach, dass dieser „mit dem Gedanken, daß er eine strafbare Handlung begangen habe, [...] nicht fertig geworden [ist].“³³⁷ Durch die aufreibenden Umstände seiner Ausreise war er gesundheitlich so angeschlagen, dass er zwei Monate nach seiner Flucht Selbstmord beging und im März 1958 in Bonn verstarb.³³⁸

³³² Vgl. BStU, MfS, AS 1717/67 Bd. 1 Bl. 101ff.

³³³ Willy Flach an Hellmut Kretzschmar. In: Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, 12718 Nachlass Hellmut Kretzschmar, Nr. 119.

³³⁴ Vgl. BStU, MfS, AS 1717/67 Bd. 1. Bl. 100ff und Bl. 106.

³³⁵ Vgl. ebd. Bl. 94 und Bl. 105f.

³³⁶ Patze, Hans: Willy Flach zum Gedächtnis. S. 362.

³³⁷ Ebd.

³³⁸ Vgl. ebd. S. 362f.

Die beiden Historiker konnten ihren wissenschaftlichen Einfluss ab den 1960er Jahren weiter ausbauen: Leo Stern übernahm vor seiner Emeritierung 1966 von 1963 bis 1968 das Amt des Vizepräsidenten und Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft gesellschaftlich-wissenschaftlicher Institute und Einrichtungen der AdW und amtierte bis 1974 als Vorsitzender der DDR-Sektion der Historikerkommission DDR-UdSSR. Überdies wirkte er bis 1981 als Direktor der Forschungsstelle für Akademiegeschichte der AdW.³³⁹ Im Jahr 1982 starb er in Halle als einer der bedeutendsten DDR-Historiker der 1950er Jahre.

Jürgen Kuczynski konnte nach seinen Revisionismus-Vorwürfen seitens der SED von 1964 bis 1966 als Direktor des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der AdW tätig werden.³⁴⁰ Zwei Jahre später, 1968, emeritierte er, um sich intensiver seiner Publikationstätigkeit und seinen Aufgaben in diversen Vereinigungen, Vorständen und Gesellschaftsverbänden widmen zu können.³⁴¹ Dazu zählte seine Funktion als auswärtiges Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, die er seit 1976 innehatte. Nach seinem Übertritt in die PDS nach der Friedlichen Revolution 1989 wurde er 1990 Mitglied des Ältestenrates jener Partei. Kuczynski starb 1997 in Berlin als einer der prominentesten und produktivsten Wissenschaftler der DDR.³⁴²

Fazit

In den Lebensbeschreibungen von Jürgen Kuczynski, Leo Stern und Willy Flach finden sich trotz Abweichungen auch gemeinsame Verbindungen: Alle drei entstammen ihrer Herkunft nach der Mitte der Gesellschaft und absolvierten ein gesellschaftswissenschaftliches Studium, das sie mit der Promotion – Stern sogar mit der Habilitation – abschlossen. Kuczynski und Flach konnten ohne Habilitation eine Professur übernehmen.

Während des Zweiten Weltkrieges waren Stern und Kuczynski politisch in kommunistischen Bewegungen organisiert. Im Exil engagierten sie sich gegen das NS-Regime. Willy Flach arbeitete zu dieser Zeit als Direktor im Staatsarchiv Weimar und wurde Mitglied der NSDAP, ohne sich aktiv zu beteiligen. Nach Kriegsende und der Gründung der DDR traten Kuczynski und Stern der SED bei. Unter diesem

³³⁹ Vgl. Überblick über wissenschaftliche Funktionen von Leo Stern. In: ABBAW Nachlass Leo Stern, Nr. 1.

³⁴⁰ Vgl. Jürgen Kuczynski 85 Jahre. S. 839.

³⁴¹ Vgl. Biografie Jürgen Kuczynski. In: Mertens, Lothar: Lexikon der DDR-Historiker. Biografien und Bibliografien zu den Geschichtswissenschaftlern aus der DDR. München: Saur 2006. S. 370.

³⁴² Vgl. ebd.

Regime stiegen sie in hohe berufliche Positionen auf: Leo Stern war Initiator zentraler geschichtswissenschaftlicher Projekte in der Frühphase der DDR-Geschichtswissenschaft und verantwortlich für die Ausarbeitung der ersten Lehrpläne für den Geschichtsunterricht nach dem Zweiten Weltkrieg.³⁴³ Das Lebenswerk von Kuczynski stellt ein Massiv an Publikationen dar, das in der DDR von keinem Wissenschaftler übertroffen wurde.³⁴⁴ Er gilt als der prominenteste und produktivste Wissenschaftler der DDR und Nestor der DDR-Geschichtswissenschaft, der in fast allen geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereichen publizistisch tätig war. Obwohl er in der DDR Revisionismuskorrekturen und der Vermutung ausgesetzt war, er habe einen Spionageauftrag für die USA, konnte er sich als wirtschaftspolitischer Berater von Erich Honecker etablieren.³⁴⁵ Dieser Umstand ermöglichte ihm in der DDR eine gewisse „Narrenfreiheit“.

Willy Flach konnte dazu beitragen, die archivalische Überlieferung zur Kulturgeschichte Weimars zu bewahren und für die Forschung aufzubereiten. Dabei hat er das Literaturarchivwesen weiterentwickelt und in der archivpraktischen Arbeit dafür gesorgt, dass die Bestände des Goethe- und Schiller-Archivs erschlossen wurden. Er initiierte die Schriftenreihe Zeitschrift des Vereins für thüringische Geschichte und Altertumskunde und die Thüringer Archivstudien. Als jüngster thüringischer Archivdirektor, dessen beruflicher Erfolg sich auf die Archivarbeit zur thüringischen Landesgeschichte stützte, flüchtete er schließlich in die Bundesrepublik Deutschland, da er den Preis für die Aufrechterhaltung der DDR nicht länger zu zahlen bereit war.

4.1.4. Biografien der Vertreter der dritten Generation (45er-Generation)

Die Angehörigen der dritten Generation wurden in ihrer Kindheit und Jugend durch das NS-Regime sozialisiert. Durch ihr junges Alter waren die Mitglieder dieser Kohorte in der Regel nicht aktiv am Zweiten Weltkrieg beteiligt. Lediglich gegen Ende des Krieges wurden einige junge Männer als Flakhelfer oder in die Wehrmacht einberufen. Die existentiellen Erfahrungen des Überlebenskampfes in den letzten Kriegsjahren, die Rationen-Gesellschaft und der Schwarzmarkthandel der

³⁴³ Vgl. Kowalczyk, Ilko- Sascha: Leo Stern. In: Hoffmann, Dieter; Müller-Enbergs, Helmut; Wielgoths, Jan (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? S. 1275.

³⁴⁴ Vgl. Biografie Jürgen Kuczynski. In: Keßler, Mario: Exilerfahrung. S. 91.

³⁴⁵ Vgl. BStU, MfS, AOP, 338/55 Bl. 183 und Bl. 202.

Nachkriegszeit waren für diese Generation Normalität und prägten das Handeln dieser „Kriegskinder“ ein Leben lang.³⁴⁶

Zu den Vertretern dieser Altersgruppe zählen die Historiker Fritz Klein (1924–2011) und Horst Bartel (1928–1984). Ihnen gegenüber werden die Archivare Karlheinz Blaschke (1927) sowie Friedrich Beck (1927) angeführt.

Alle Genannten entstammen einer gesellschaftlich in der Mitte angelegten Sozialformation, beendeten nach dem Besuch der Volksschule das Abitur (bis auf Bartel), studierten Geschichte mit verschiedenen Fächerkombinationen, promovierten und habilitierten sich (bis auf Beck).³⁴⁷ Zudem wurden sie alle zum Kriegsdienst einberufen und gerieten in Kriegsgefangenschaft:

Karlheinz Blaschke wurde 1943/44 als Luftwaffenhelfer und zum Reichsarbeitsdienst eingezogen und geriet, nach einem kurzen Einsatz bei der Wehrmacht (Marine), 1945 in Kriegsgefangenschaft.³⁴⁸ Friedrich Beck bekam 1944 das Kriegsabitur zuerkannt, wodurch er vorzeitig zum Reichsarbeitsdienst und in die Wehrmacht überführt werden konnte. Er kam in amerikanische Kriegsgefangenschaft, die er Ende 1945 verlassen konnte.³⁴⁹ Fritz Klein wollte der Einberufung zuvorkommen und trat 1942 freiwillig als Unteroffizier in die Wehrmacht ein, wurde in Ungarn verwundet und gelangte in amerikanische Kriegsgefangenschaft.³⁵⁰ Auch Horst Bartel meldete sich freiwillig, trat 1943 in die Hitlerjugend ein und wurde im selben Jahr zum Reichsarbeitsdienst eingezogen. Kurz vor Kriegsende geriet er in amerikanische Kriegsgefangenschaft.³⁵¹

Nach Kriegsende positionierten sich die vier Gelehrten durch einen Parteibeitritt: Horst Bartel, Fritz Klein und Friedrich Beck organisierten sich in der SED.³⁵² Blaschke schloss sich 1946 der CDU an, trat, als Kritiker des politischen Systems der DDR, 1956 wieder aus und wurde erst 1990 erneut Mitglied dieser Partei.³⁵³

Zudem begannen alle vier ein gesellschaftliches Studium. An der HU Berlin studierten Fritz Klein (von 1946 bis 1952) und Horst Bartel (von 1946 bis 1949): Klein

³⁴⁶ Vgl. Herbert, Ulrich: Drei politische Generationen. S. 109.

³⁴⁷ Vgl. Friedrich Beck 60 Jahre. In: ZfG, Jg. 35 (1987) H. 7. S. 631.; Schulze, Hans: Karlheinz Blaschke zur Feier des 70. Geburtstages. In: John, Uwe; Matzerath, Josef (Hrsg.): Landesgeschichte als Herausforderung und Programm. Karlheinz Blaschke zum 70. Geburtstag. Leipzig: Verlag der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig 1997. S. 1.; Personalbogen Fritz Klein, vom 10.10.1973. In: BStU, MfS, AIM, 16234/91. Bd. 1. Bl. 37.; Lebenslauf Horst Bartel, Juni 1964. In: ABBAW, Nachlass Horst Bartel, Nr. 2.

³⁴⁸ Vgl. Schulze, Hans: Karlheinz Blaschke zur Feier des 70. Geburtstages. S. 1.

³⁴⁹ Vgl. Schuler, Johannes: Laudatio Friedrich Beck. In: Jank, Dagmar (Hrsg.): Die Nachlasserschließung in Berlin und Brandenburg. Probleme und Perspektiven. Protokoll einer Tagung am 25.06.1997 zum 70. Geburtstag von Friedrich Beck. Potsdam: vbb 1997. S. 19.

³⁵⁰ Vgl. Klein, Fritz: Drinnen und Draußen. S. 85.

³⁵¹ Vgl. Lebenslauf Horst Bartel, Juni 1964. In: ABBAW, Nachlass Horst Bartel, Nr. 2.

³⁵² Vgl. ebd.; Personalbogen Fritz Klein, vom 10.10.1973. In: BStU, MfS, AIM, 16234/91. Bd. 1. Bl. 38.; Teilnehmer des IfA-Lehrgangs 1953 mit Parteizugehörigkeit. In: BArch, DO 1, 30194.

³⁵³ Vgl. Freundliche Mitteilung von Karlheinz Blaschke, vom 24.06.2015.

wurde während seines Studiums zum Vorstand der „Kommission Studenten“ des Kulturbundes gewählt und promovierte 1952 bei Alfred Meusel zum Thema „Die diplomatischen Beziehungen Deutschlands zur UdSSR 1917–1933“.³⁵⁴ Zu seinen Dozenten zählten der Verfassungshistoriker Fritz Hartung, der Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski und der Mediävist Friedrich Baethgen.³⁵⁵ Im Jahr 1968 habilitierte er als Schüler von Walter Markov an der KMU Leipzig unter dem Thema „Der deutsche Imperialismus und die Entstehung des ersten Weltkrieges“ und wurde 1970 zum ordentlichen Professor ernannt.³⁵⁶

Auch Horst Bartel studierte an der HU Berlin, nachdem er 1946 einen Neulehrerausbildungskurs in Cottbus absolvierte.³⁵⁷ Seine Dozentenschaft bestand aus Fritz Hartung, Fritz Rörig, Alfred Meusel oder Jürgen Kuczynski. Besonderen Einfluss übten die Dozenten Hermann Duncker und Rudolf Lindau auf ihn aus, die 1956 seine Dissertation „Die richtungsweisende Hilfe von Karl Marx und Friedrich Engels für die Zeitung ‚Der Sozialdemokrat‘ im Kampf um die revolutionäre Einheit der Partei in der Periode des Sozialistengesetzes“ betreuten.³⁵⁸ Er habilitierte 1969 zum Thema „Beiträge zur Geschichte der Durchsetzung des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts“.³⁵⁹

Beck und Blaschke studierten nicht in Berlin. Beck begann 1946, mit dem Nachholen des Abiturs, ein Studium an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena, wo er 1951 das Staatsexamen für das Höhere Lehramt erhielt. Anschließend promovierte er bei Karl Griewank und Friedrich Schneider zum Thema „Die wirtschaftliche Entwicklung in der Stadt Greiz während des 19. Jahrhunderts“.³⁶⁰ Durch diese Dissertation entstand sein Wunsch, Archivar zu werden.³⁶¹ Blaschke studierte ab 1946 an der Universität in Leipzig, promovierte 1950 bei Rudolf Kötzschke zum Thema „Die fünf neuen Leipziger Universitätsdörfer“ und habilitierte sich bei Hellmut Kretzschmar 1962 mit der Schrift „Bevölkerungsgeschichte von Sachsen bis zur Industriellen Revolution“.³⁶² Beide Dozenten prägten Blaschkes wissenschaftliches Selbstverständnis und Ethos und verstärkten sein Interesse für sächsische Landesgeschichte.³⁶³

³⁵⁴ Vgl. Klein, Fritz: Drinnen und Draußen. S. 131f. und S. 157.

³⁵⁵ Vgl. ebd. S. 126f.

³⁵⁶ Vgl. ebd. S. 271.

³⁵⁷ Vgl. Lebenslauf Horst Bartel, Juni 1964. In: ABBAW, Nachlass Horst Bartel, Nr. 2.

³⁵⁸ Vgl. ebd. und Schmidt, Walter: Horst Bartel. In: Heitzer, Heinz; Noack, Karl-Heinz; Schmidt, Walter (Hrsg.): Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft. S. 8.

³⁵⁹ Vgl. Wissenschaftliche Kurzbiografie von Horst Bartel. In: ABBAW, Nachlass Horst Bartel, Nr. 3.

³⁶⁰ Vgl. Friedrich Beck 60 Jahre. S. 631.

³⁶¹ Vgl. Schuler, Johannes: Laudatio Friedrich Beck. S. 19.

³⁶² Vgl. Schulze, Hans: Karlheinz Blaschke zur Feier des 70. Geburtstages. S. 1.

³⁶³ Vgl. Aurig, Rainer, Herzog, Steffen, Lässig, Simone: Der aufrechte Gang. Lebensmaxime und wissenschaftlicher Anspruch. Karlheinz Blaschke zum 70. Geburtstag. In: Aurig, Rainer (Hrsg.): Landesgeschichte in Sachsen.

Nach der Promotion verliefen die Einzelschicksale der Archivare und Historiker weniger konform, weisen bis Ende der 1960er Jahre aber auch Gemeinsamkeiten auf: Die Archivare Blaschke und Beck absolvierten Anfang der 1950er Jahre ihre Archivarsausbildung am IfA in Potsdam unter den Dozenten Heinrich Otto Meisner, Karl Griewank, Friedrich Schneider und Willy Flach, nahmen eine Beschäftigung als Archivare in einem Landesarchiv der DDR auf und konnten sich als Dozenten profilieren.³⁶⁴ Klein und Bartel begannen ihre Karrieren im Universitätsbereich der DDR.

Karlheinz Blaschke fand nach seiner Archivausbildung 1951 eine Betätigung im Sächsischen Landeshauptarchiv Dresden, die er bis zu seiner Entlassung aus politischen Gründen 1968 fortführen konnte.³⁶⁵ Da er nach seiner Habilitation, durch Differenzen mit der Parteispitze, keine Lehrberechtigung erhielt, übernahm er 1969 eine Professur für Geschichte an der kirchlichen Hochschule in Leipzig.³⁶⁶ An jener Hochschule, die 1990 in Kirchliche Hochschule Leipzig umbenannt und staatlich anerkannt wurde, erfüllte er seinen Lehrauftrag bis zur Auflösung der Hochschule 1992.³⁶⁷ Friedrich Beck erhielt nach seiner Archivarsausbildung eine Beschäftigung als Referent am Brandenburgischen Landeshauptarchiv in Potsdam, die er bis 1956 wahrnehmen konnte. Im Juli desselben Jahres wurde er zum Direktor des Brandenburgischen Landeshauptarchivs befördert und blieb in dieser Funktion bis zum Eintritt in seinen Ruhestand 1993.³⁶⁸ Unter seiner Leitung wuchs das kleinste Staatsarchiv der DDR mit 4.000 laufenden Metern Akten zu einem der größten an, mit über 40.000 laufenden Metern Archivgut.³⁶⁹ Seit 1956 ersetzte Beck überdies Willy Flach als Dozent für Paläografie am IfA in Potsdam.³⁷⁰

Fritz Klein folgte nach Studienende 1952 seinem Dozenten Alfred Meusel an das Museum für Deutsche Geschichte als stellvertretender Abteilungsleiter.³⁷¹ Meusel sorgte auch dafür, dass Klein 1953 als Redaktionssekretär und 1956 als Chefredakteur der ZfG tätig werden konnte.³⁷² Nach dem XX. Parteitag der KPdSU

Tradition und Innovation (= Studien zur Regionalgeschichte. Bd. 10). Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte 1997. S. 9.

³⁶⁴ Vgl. Biografie Karlheinz Blaschke. In: Mertens, Lothar: Lexikon. S. 140. Und Friedrich Beck 60 Jahre. S. 631.

³⁶⁵ Vgl. Blaschke, Karlheinz: Als bürgerlicher Historiker am Rande der DDR. Erlebnisse, Beobachtungen und Überlegungen eines Nonkonformisten. Sonderdruck mit zusätzlichem Dokumentenanhang. Aus: Pohl, Karl Heinrich (Hrsg.): Historiker in der DDR. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1997. Hrsg. vom Lehrstuhl für Sächsische Geschichte an der TU Dresden (= Reden und Aufsätze zur sächsischen Geschichte H. 2). S. 48 und S. 68.

³⁶⁶ Vgl. ebd. S. 70.

³⁶⁷ Vgl. Schulze, Hans: Karlheinz Blaschke zur Feier des 70. Geburtstages. S. 3.

³⁶⁸ Vgl. Friedrich Beck 60 Jahre. S. 631.

³⁶⁹ Vgl. Schuler, Johannes: Laudatio Friedrich Beck. S. 20.

³⁷⁰ Vgl. Biografie Friedrich Beck. In: Mertens, Lothar: Lexikon. S. 120.

³⁷¹ Vgl. Personalbogen Fritz Klein, vom 10.10.1973. In: BStU, MfS, AIM, 16234/91. Bd. 1. Bl. 40.

³⁷² Vgl. Klein, Fritz: Drinnen und Draußen. S. 164.

1956 und der Entstalinisierung musste Fritz Klein diesen Posten aufgeben.³⁷³ Dem Herausbergremium der ZfG gehörte er bis zu seinem Tod 2011 an. Auch konnte er nach seiner Ablösung weiter wissenschaftlich arbeiten und wurde 1957 zum Direktor des Instituts für Allgemeine Geschichte an der AdW ernannt. An diesem Institut blieb er, in verschiedenen Positionen, 34 Jahre lang tätig.³⁷⁴

Im Zuge des Aufbaus des Sozialismus wurden auch Horst Bartel berufliche Chancen ermöglicht. Nach Studienende 1949 wirkte er als Lehrer und Internatsleiter an der Oberschule in Wandlitz (bei Berlin) und konnte, nach einem Lehrgang der Landespartei-schule der SED, zum Stadtschulrat in Potsdam ernannt werden.³⁷⁵ Im selben Jahr erhielt er eine Aspirantur am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, wo er von 1956–1960 als Dozent und Leiter der Lehrabteilung tätig wurde. In den Jahren von 1956–1959 gehörte er dem Redaktionskollegium der ZfG sowie ab 1959 bis zu seinem Tod 1984 dem Redaktionskollegium der Zeitschrift Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (BzG) an. Kurz darauf, 1960, war es ihm durch die Fürsprache Ernst Engelbergs³⁷⁶ möglich, das Amt des stellvertreten-den Direktors des Instituts für Geschichte an der AdW zu erhalten, entgegen dem Widerspruch von Jürgen Kuczynski.³⁷⁷ In dieser Funktion blieb Bartel bis zu seinem Tod. Ab 1966 war er zugleich Leiter der Abteilung „Geschichte des Deutschen Volkes 1871–1917“ und nahm 1968 eine Professur am Lehrstuhl für die Geschichte der Arbeiterbewegung beim ZK der SED auf.³⁷⁸ Ebenfalls 1968 wurde er zum Direktor des Zentralinstituts für Geschichte der AdW berufen und war seit 1967 bis 1973 Herausgeber vom Jahrbuch für Geschichte.³⁷⁹

Diesem steilen Karriereverlauf von Bartel schlossen sich ab den 1970er Jahren bis zur Friedlichen Revolution auch Klein und Beck an:

Fritz Klein nahm 1970 eine Professur an der AdW an und wurde von 1973 bis 1990 Redaktionsmitglied beim Jahrbuch für Geschichte. Bis zum Ende der 1980er Jahre fungierte er als Leiter der Wissenschaftsbereiche „Kapitalistische Hauptländer“ und „Allgemeine Geschichte“ der AdW und arbeitete im Herausgeberkollektiv am Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas.³⁸⁰ Im Jahr 1989 wurde

³⁷³ Vgl. BStU, MfS, AIM, 16234/91. Bd. 1. Bl. 73.

³⁷⁴ Vgl. Klein, Fritz: Drinnen und Draußen. S. 198f.

³⁷⁵ Vgl. Lebenslauf Horst Bartel, Juni 1964. In: ABBAW, Nachlass Horst Bartel, Nr. 2.

³⁷⁶ Engelberg war seit 1960 Direktor des Akademie-Instituts für Deutsche Geschichte und seit 1961 ordentliches Mitglied der AdW.

³⁷⁷ Vgl. Lebenslauf Horst Bartel, Juni 1964. In: ABBAW, Nachlass Horst Bartel, Nr. 2. Und Aktennotiz vom 21.10.1959. In: BArch, DY 30, IV 2/904, 398 Bl. 186.

³⁷⁸ Vgl. Wissenschaftliche Kurzbiografie. In: ABBAW, Nachlass Horst Bartel, Nr. 3.

³⁷⁹ Vgl. Horst Bartel zum Gedenken. In: ZfG, Jg. 32 (1984) H. 10. S. 900f.

³⁸⁰ Vgl. Biografie Fritz Klein. In: Mertens, Lothar: Lexikon. S. 345.

er pensioniert, blieb aber noch bis 1991 Direktor des Instituts für Allgemeine Geschichte der AdW.³⁸¹ Bis 1992 war er als Mitglied der Struktur- und Berufungskommission Geschichte an der HU Berlin gelistet.³⁸²

Nach der deutschen Wiedervereinigung wurde seine Mitarbeit als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) „Wilhelm“ des MfS bekannt, die er von 1979 bis 1989 ausübte.³⁸³ Er wurde dem MfS durch einen anderen IM bekannt, als Klein von US-Diplomaten, die in der DDR arbeiteten, zu privaten Veranstaltungen eingeladen wurde.³⁸⁴

In seiner 2000 erschienenen Autobiografie geht er auf diese Zusammenarbeit ein, verharmlost aber seine Mitarbeit, für die er vom MfS zwei Auszeichnungen erhalten hatte.³⁸⁵ Als Mitglied des Reisekaders der DDR sollte er während seiner Besuche der USA Informationen über die Einstellung und Kritik amerikanischer Wissenschaftler gegenüber der DDR ermitteln.³⁸⁶ Er rechtfertigte seine Zusammenarbeit damit, dass er keine vertraulichen Informationen von Kollegen melden, sondern „nur“ die Haltung von Bürgern der USA und die Erfahrungen mit dem amerikanischen Geheimdienst beim MfS anzeigen musste. Einen Spionage-Auftrag hatte er nach eigenen Angaben nicht.³⁸⁷ Bis 1989 informierte Klein einen Verbindungsmann monatlich über seine Gespräche mit US-Bürgern und Kollegen.³⁸⁸ Vom MfS wurde er „offiziell wie inoffiziell als konsequent eingeschätzt“, wobei ihm eine „gewisse Umsichtigkeit und Scharfsinn in der Kontaktpflege“ noch „anerzogen“ werden sollte.³⁸⁹ Zu seinem 60. und 65. Geburtstag erhielt er vom MfS die Verdienstmedaille der NVA in Bronze und Silber, denen er, so Klein, weder Wert noch Bedeutung zumaß.³⁹⁰ Der amerikanische Historiker Fritz Stern, der mit Klein in den 1970er Jahren in Kontakt kam, beschrieb ihn in seinen Erinnerungen als „umstrittene Figur“, die sich, trotz SED-Mitgliedschaft und Zusammenarbeit mit dem MfS, offen gegenüber den internationalen Kollegen und denen der Bundesrepublik Deutschland zeigte.³⁹¹ In seinen letzten Lebensjahren war Klein noch immer an Vorträgen beteiligt und publizistisch für verschiedene Medien tätig.³⁹² Er starb 2011 in Berlin.

³⁸¹ Vgl. Klein, Fritz: Drinnen und Draußen. S. 7 und S. 359.

³⁸² Vgl. Biografie Fritz Klein. In: Mertens, Lothar: Lexikon. S. 345.

³⁸³ Vgl. BStU, MfS, AIM, 16234/91 Bd. 1. Bl. 21.

³⁸⁴ Vgl. ebd.

³⁸⁵ Vgl. Klein, Fritz: Drinnen und Draußen. S. 290f.

³⁸⁶ Vgl. BStU, MfS, AIM, 16234/91 Bd. 1. Bl. 1 und Bl. 24.

³⁸⁷ Vgl. Klein, Fritz: Drinnen und Draußen. S. 288.

³⁸⁸ Vgl. BStU, MfS, AIM, 16234/91 Bd. 1. Bl. 2.

³⁸⁹ Vgl. ebd. Bl. 29f.

³⁹⁰ Vgl. Klein, Fritz: Drinnen und Draußen. S. 290f.

³⁹¹ Vgl. Stern, Fritz: Fünf Deutschland und ein Leben. Erinnerungen. München: Beck 2007. S. 428.

³⁹² Vgl. Klein, Fritz: Drinnen und Draußen. S. 359f.

Friedrich Beck folgte 1982 einem Ruf als Honorarprofessor an die HU Berlin für Historische Hilfswissenschaften. Überdies war er seit 1971 im Vorstand der Hansischen Arbeitsgemeinschaft, von 1977 bis 1990 Redaktionsmitglied beim Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus und bis 1982 Honorarprofessor für Schriftenkunde des Mittelalters und der Neuzeit an der Sektion Geschichte der HU Berlin.³⁹³ Seit 1989 betätigte er sich als Präsidiumsmitglied der Historikergesellschaft der DDR. Im Jahr 1994 wurde Beck pensioniert, wobei er noch nebenamtlich als Dozent an der Fachhochschule Potsdam wirkte.³⁹⁴ Da der Beruf des Archivars für ihn bedeutete, publizistisch tätig zu sein, erarbeitete er sich ein umfangreiches Oeuvre³⁹⁵, das von den Historischen Hilfswissenschaften bis zur Verwaltungs- und Ortsgeschichte reicht.³⁹⁶

Karlheinz Blaschke konnte sein wissenschaftliches Wirken aufgrund seiner Schwierigkeiten mit der SED erst nach der Friedlichen Revolution voll entfalten. Neben seiner Funktion am „Theologischen Seminar“ in Leipzig seit 1972 konnte er sich lediglich als Domdechant des Hochstifts Meißen verdient machen. Nach der deutschen Wiedervereinigung war er ab 1990 als Honorarprofessor an der Philipps-Universität Marburg tätig.³⁹⁷ Ein Jahr später übernahm Blaschke das Amt des Leiters des neu gebildeten Referats für Archivwesen beim Sächsischen Staatsministerium des Innern und folgte 1992, mit 65 Jahren, einem Ruf an den Lehrstuhl für Sächsische Landesgeschichte der Technischen Universität Dresden. Jenen Lehrstuhl behielt er bis zu seiner Emeritierung 1998.³⁹⁸ Überdies war und ist er Mitglied zahlreicher Gremien, Kommissionen und Vereinigungen.³⁹⁹ Ergänzen lässt sich sein wissenschaftliches Engagement durch sein Publikationsverzeichnis⁴⁰⁰, das den „Historischen Atlas von Sachsen“, eine Monografie über sächsische Siegel und Wappen, oder die „Historischen Ortsverzeichnisse von Sachsen“ hervorbrachte.

³⁹³ Vgl. Schuler, Johannes: Laudatio Friedrich Beck. S. 21.

³⁹⁴ Vgl. ebd. S. 21.

³⁹⁵ Vgl. seine Bibliografie: Seher, Florian: Bibliografie Friedrich Beck. In: Neitmann, Klaus: Friedrich Beck. Ausgewählte Aufsätze aus den Jahren 1956–2000. Potsdam: vbb 2003. S. 313–318.

³⁹⁶ Vgl. Schuler, Johannes: Laudatio Friedrich Beck. S. 20f.

³⁹⁷ Vgl. Schulze, Hans: Karlheinz Blaschke zur Feier des 70. Geburtstages. S. 3f.

³⁹⁸ Vgl. ebd. S. 4f.

³⁹⁹ Exemplarisch die Mitgliederverzeichnisse der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften: URL: www.historischekommission-muenchen.de/organisation/aktuelle-mitglieder.html#undefined (Stand 18.01.2016); der Philologisch-historischen Klasse der Commission Internationale pour l'Histoire des Ville. URL: www.historiaurbium.org/english/membri03_en.html; der Sächsischen Akademie der Wissenschaften. URL: www.saw-leipzig.de/de/mitglieder/blaschke (Stand 18.01.2016).

⁴⁰⁰ Vgl. seine Bibliografie: John, Uwe; Mazerath, Josef (Hrsg.): Landesgeschichte als Herausforderung und Programm. S. 799–833. Und ergänzend: Schirmer, Uwe; Thieme, André (Hrsg.): Beiträge zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte Sachsens. Ausgewählte Aufsätze von Karlheinz Blaschke. Leipzig: Universitätsverlag 2002. S. 601–612.

Der Parteihistoriker Horst Bartel wirkte in seinen letzten beiden Jahren als auswärtiges Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und als Vizepräsident der Historikergesellschaft der DDR. Er starb 1984 in Berlin.⁴⁰¹

Fazit

Die Untersuchung der Einzelbiografien der Mitglieder der 1945er Generation zeigt neben Unterschieden in der Lebensführung auch Gemeinsamkeiten: Alle Genannten verbindet ihre soziale Herkunft, ihre Schulbildung und ihre universitäre Ausbildung im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich. Überdies wurden sie zum Kriegsdienst eingezogen und gerieten in Kriegsgefangenschaft. Politisch engagierten sich nach Kriegsende Horst Bartel, Fritz Klein und Friedrich Beck in der SED. Karlheinz Blaschke trat der CDU bei, blieb ab 1956 parteilos und näherte sich 1990 erneut der CDU an.

Die Reichweite ihres wissenschaftlichen Einflusses war unterschiedlich ausgeprägt: Unter den Archivaren zählt Karlheinz Blaschke zu den wenigen nichtmarxistischen Wissenschaftlern, die in der DDR tätig sein konnten. Obwohl er aufgrund seiner negativen Haltung gegenüber der Parteigeschichtsschreibung der SED von 1969 bis zum Mauerfall unter kirchlichem Schutz arbeiten musste, konnte er sich nach dem Zweiten Weltkrieg als Spezialist der sächsischen Landesgeschichtsforschung profilieren.⁴⁰² Friedrich Beck erwarb sein berufliches Ansehen durch seine Forschungen zur thüringischen und brandenburgischen Landesgeschichte, den Historischen Hilfswissenschaften und seine Tätigkeit als Universitätsdozent und Lehrer der Paläografie in der archivischen Aus- und Weiterbildung.⁴⁰³

Horst Bartel gilt als einer derjenigen Historiker, die nach Kriegsende an der Etablierung der Historischen Seminare und Institute mitwirkten und die ideologische Umgestaltung der Geschichtswissenschaft nach den Vorgaben der SED mittrugen.⁴⁰⁴ Fritz Klein zählte unterdessen zu den wenigen DDR-Historikern, die als Reisekader der DDR auch in der Bundesrepublik Deutschland und im Ausland geschätzt wurden, was seine Tätigkeit als IM umso tragischer macht. Durch seine weltoffene Einstellung, die sich nicht nur auf die starre Parteigeschichtsschreibung der SED beschränkte, wurde ihm zu seinem 75. Geburtstag von der Universität Lüneburg die

⁴⁰¹ Vgl. Biografie Horst Bartel. In: Mertens, Lothar: Lexikon. S. 113f.

⁴⁰² Vgl. Schulze, Hans: Karlheinz Blaschke zur Feier des 70. Geburtstages. S. 2f.

⁴⁰³ Vgl. Friedrich Beck 60 Jahre. S. 631.

⁴⁰⁴ Vgl. Schmidt, Walter: Horst Bartel. S. 7.

Ehrendoktorwürde verliehen – eine Geste, die keinem anderen DDR-Historiker seitens einer bundesdeutschen Hochschule zuteilwurde.⁴⁰⁵ Klein profilierte sich zudem als einer der besten Kenner der Politik vor und im Ersten Weltkrieg.⁴⁰⁶

4.2. Institutionelle Einbindung beider Berufsgruppen in die Gesellschaftsordnung der DDR

Die erste Forschungsfrage widmet sich der Problematik, inwieweit die Berufsgruppen der Archivare und Historiker sowohl institutionell als auch im Hinblick auf das Ansehen ihres Berufsstandes im politischen System der DDR verankert waren. Dabei soll darauf eingegangen werden, ob sich berufsgruppenspezifische Unterschiede ausmachen lassen und in welchem Umfang eine fachliche Organisation erfolgen konnte.

Die Verfasserin geht aufgrund der mangelnden archivischen Forschungsliteratur und der umfangreichen historiografischen Publikationsbasis davon aus, dass es eine Bevorzugung der Geschichtswissenschaft während des gesamten Bestehens der DDR gegenüber anderen Gesellschaftswissenschaften gab und eine Privilegierung der Historiker gegenüber den Archivaren bestand. Vorausgesetzt, die Historiografie diente der SED-Spitze zu jeder Zeit als Legitimierung ihres politischen Handelns, kann abgeleitet werden, dass der Lehr- und Forschungsbetrieb in diesem wissenschaftlichen Bereich intensiver gefördert wurde, als in den übrigen gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen. Das bedeutet auch, dass die Historiker der DDR und ihr Fachbereich ideologisch stärker gelenkt werden mussten als andere Wissenschaftsbereiche.

4.2.1. Bildungseinrichtungen und hochschulpolitische Regularien in der Geschichtswissenschaft

Die Konstellation im Bereich der Wissenschaftslandschaft stellte sich, wie im Kapitel III erwähnt, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der SBZ nicht anders dar als in den übrigen Gebieten Deutschlands.⁴⁰⁷ Von einer schnellen Umgestaltung der Geschichtswissenschaft nach sowjetischem Vorbild konnte bis 1949 nicht gesprochen werden. Selbst die Begrifflichkeiten des HistoMat bzw. des Marxismus-

⁴⁰⁵ Vgl. Ullrich, Volker: Eine grandiose Täuschung. In: Die Zeit, vom 09.03.2000. S. 53f.

⁴⁰⁶ Vgl. Publikationsliste Fritz Klein, bis 1968. In: BStU, MfS, AIM, 16234/91. Bd. 1. Bl. 106–110.

⁴⁰⁷ Vgl. Heydemann, Günther: Geschichtswissenschaft. S. 139.

Leninismus waren Ende der 1940er bis zu Beginn der 1950er Jahre nicht festgelegt, wodurch Schwierigkeiten in der Interpretation derartiger Schriften entstanden.⁴⁰⁸ Da es an geeigneten Fachorganen fehlte, erfolgten die Ankündigungen der neuen wissenschaftlichen Linie im Sinne des Marxismus-Leninismus über gelenkte Pressemitteilungen, Vorlesungen oder auf Studentenversammlungen, wobei eine ideologische Beeinflussung des wissenschaftlichen Fachpersonals oder der Studentenschaft bis 1949 kaum nennenswert ausfiel.⁴⁰⁹

Es galt somit, ein einheitliches und parteioffizielles Basiswissen zur Theorie des Marxismus-Leninismus zu schaffen, um eine gesellschaftliche Identität zu stiften und weitere wissenschaftliche Projekte vorzubereiten.⁴¹⁰ Dadurch wurden 1950 erstmals Forschungspläne entwickelt, die alle Themen und Konzepte der einzelnen Institute der Akademien und Universitäten umfassten und mit deren Hilfe ein finanzieller Rahmen für die jeweiligen Forschungsprojekte vorgegeben werden konnte.⁴¹¹ Diese Maßnahmen begünstigten die Neugründungen bzw. Erweiterungen von Forschungseinrichtungen nach sowjetischem Vorbild der folgenden Jahre. In der Organisationsstruktur der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft sind, neben den erwähnten Universitäten, vor allem das Institut für Marxismus-Leninismus (IML) beim ZK der SED, die AfG und das Museum für Deutsche Geschichte zu nennen.

Bereits 1947 war eine Gründung des IML durch das Zentralsekretariat des Parteivorstandes der SED beschlossen worden, es nahm seine offizielle Arbeit als Abteilung des zentralen Parteiapparates allerdings erst 1949 auf.⁴¹²

Gegründet wurde die Institution 1948 als Institut für den Wissenschaftlichen Sozialismus beim ZK der SED. Ein Jahr später folgte die Umwandlung in Marx-Engels-Lenin-Institut, und 1953 wurde es, zu Ehren Stalins, mit dem Zusatz Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut (MELS-Institut) ergänzt.⁴¹³ Erst 1956, nachdem auf dem XX. Parteitag der KPdSU mit den Verbrechen Stalins abgerechnet wurde, erhielt die Einrichtung die Bezeichnung IML, die es bis zu seiner Auflösung 1990 beibehalten konnte.⁴¹⁴ Geleitet wurde die Einrichtung von Anton Ackermann und dem

⁴⁰⁸ Vgl. Timm, Albrecht: Das Fach Geschichte. S. 10.

⁴⁰⁹ Vgl. ebd.

⁴¹⁰ Vgl. Malycha, Andreas: Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR 1945–1961. S. 19.

⁴¹¹ Vgl. ebd.

⁴¹² Vgl. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.): Vierzig Jahre Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED 1949–1989. Berlin: Dietz 1989. S. 7.

⁴¹³ Vgl. ebd. S. 78f und S. 83.

⁴¹⁴ Vgl. ebd. S. 87.

kommissarischen Leiter Ludwig Einicke.⁴¹⁵ Das IML zählte als „Gral der reinen Lehre“, so Sabrow, zu den zentralen Forschungseinrichtungen der DDR und hatte die Aufgabe, die Indoktrinierung der Geisteswissenschaften voranzutreiben.⁴¹⁶ Das meinte die Pflege und Herausgabe der „Klassiker“ des Marxismus-Leninismus, die Kaderausbildung, die Übernahme der Propagandaarbeit zur Verbreitung des ideologisierten Geschichtsbildes und die Aufarbeitung der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung.⁴¹⁷ Zudem koordinierte es die Editionstätigkeit der wissenschaftlichen Institutionen auf den genannten Gebieten und organisierte Arbeitstagungen in Zusammenarbeit mit der AfG oder den Universitäten. Aus dieser Zusammenarbeit gingen der Rat für Geschichtswissenschaft und der Wissenschaftliche Rat für Marx-Engels-Forschung hervor. Beide hatten ihren Sitz im IML.⁴¹⁸

Entsprechend seinen Aufgabenbereichen war das Institut in sechs Abteilungen untergliedert: in die Marx-Engels-Abteilung, in Abteilungen für die Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, die Lenin-Abteilung, die Abteilung zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung und die Abteilung Wissenschaftlicher Kommunismus.⁴¹⁹ Zudem existierten eine Arbeitsgruppe Information/Dokumentation und eine Bibliothek. Angegliedert waren dem IML das Zentrale Parteiarchiv, mitsamt der Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in der DDR, und die Redaktion der, vom IML herausgegebenen, BzG (Kapitel 4.3.2.).⁴²⁰ Zu den herausgegebenen Publikationen zählten beispielsweise die 13 Bände der Schriften Stalins, die über 40 Bände zur Marx-Engels-Forschung oder die achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“.⁴²¹ Durch diese Bandbreite an hagiografischen Schriften konnte das IML das marxistisch-leninistische Geschichtsbild entwerfen und, je nach politischem Kurs, auch Korrekturen darin vornehmen.

Die AfG, die im Oktober 1951 als Institut für Gesellschaftswissenschaften gegründet und 1976 zur Akademie erklärt wurde, umfasste ebenfalls ein Rektorat, Institute und

⁴¹⁵ Vgl. Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, vom 13.08.1953. In: BArch, DY 30, IV 2/2, 314 Bl. 2.

⁴¹⁶ Vgl. Sabrow, Martin: Diktat. S. 149.

⁴¹⁷ Vgl. Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, vom 10.11.1953. In: BArch, DY 30, IV 2/2, 331.

⁴¹⁸ Vgl. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.): Vierzig Jahre Institut für Marxismus-Leninismus. S. 105.

⁴¹⁹ Vgl. ebd. S. 76 und S. 81.

⁴²⁰ Vgl. ebd. S. 17, S. 77, S. 95 und S. 106.

⁴²¹ Vgl. Köhler, Helga: Bibliografie der Veröffentlichungen des Instituts 1950–1988. In: Ebd. S. 142–192.

Lehrstühle.⁴²² Letztere waren von prominenten Leitern wie Fred Oelßner, Kurt Hager, Paul Wandel, Hermann Matern oder Wilhelm Zaisser, dem ersten Minister für Staatssicherheit, besetzt, was die politische Bedeutung dieser Einrichtung noch hervorhebt.⁴²³ Wie bei ihrem Vorbild, der sowjetischen Akademie für Gesellschaftswissenschaft, lag der Arbeitsschwerpunkt in der Kaderausbildung und Auftragsforschung für das ZK der SED. Daneben übernahm sie die Vorbereitung der SED-Parteibeschlüsse, die Erstellung von Analysen und Referaten für Politbüromitglieder oder die Vorbereitung von Plenartagungen des ZK.⁴²⁴ Dadurch kam der Akademie für die Bereiche der Philosophie, Soziologie und Geschichtswissenschaft eine Richtlinienkompetenz zu, wobei sie lediglich forschend wirkte, die Lehre fand an den Instituten für Marxismus-Leninismus der Universitäten und Hochschulen statt.⁴²⁵ Die Absolventen der Akademie wurden gezielt für die Einsetzung als Professoren, Dozenten und Lektoren ausgebildet oder als Redakteure für die theoretische Zeitschrift der SED, „Einheit“, und die sozialistische Tageszeitung „Neues Deutschland“ eingeplant.⁴²⁶ Die Bandbreite der Ausbildung an der Akademie reichte allerdings nicht an die universitären Studienmöglichkeiten heran. Als Studienfächer dominierten Themengebiete, die der „sozialistischen Bewusstseinsbildung“ dienten, wie die Grundlagen des Marxismus-Leninismus, der DiaMat und HistoMat, die Politökonomie, oder die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der UdSSR.⁴²⁷ Zu den Aufnahmebedingungen des Studiums an der Akademie zählte eine dreijährige Parteimitgliedschaft inklusive aktiver Parteiarbeit.⁴²⁸ Über die Arbeitsweise der Akademie ist wenig überliefert. Wie Mertens anführt, sind lediglich einige Einzelgespräche mit früheren Akademie-Mitarbeitern überliefert, in denen die fehlende Unterstützung seitens des ZK beklagt wurde.⁴²⁹ Publikationen an der Akademie wurden somit an der internen Frage gemessen: „liest das noch einer und vor allem wer?“⁴³⁰

Ähnlich desillusioniert erging es den Mitarbeitern des Museums für Deutsche Geschichte. Die Bildung jener Institution wurde auf dem 7. Plenum des ZK der SED

⁴²² Vgl. Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, vom 18.09.1951. In: BArch, DY 30, IV 2/2, 167 Anlage 4.

⁴²³ Vgl. Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, vom 27.11.1951. In: BArch, DY 30, IV 2/2, 179.

⁴²⁴ Vgl. Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, vom 18.09.1951. In: BArch, DY 30, IV 2/2, 167 Anlage 4.

⁴²⁵ Vgl. Mertens, Lothar: Rote Denkfabrik? S. 51.

⁴²⁶ Vgl. Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, vom 18.09.1951. In: BArch, DY 30, IV 2/2, 167 Anlage 4.

⁴²⁷ Vgl. ebd.

⁴²⁸ Vgl. ebd.

⁴²⁹ Ausführlicher in Mertens, Lothar: Rote Denkfabrik? S. 31.

⁴³⁰ Vgl. ebd.

1951 beschlossen und unter der Leitung von Alfred Meusel gegründet. Ihr Ziel war die zentrale Koordinierung der geschichtswissenschaftlichen Arbeit sowie die „sozialistische Bewusstseinsbildung“ der Bevölkerung und Jugend.⁴³¹ Diese Vorhaben krankten daran, dass eine Vielzahl der ca. 60 Museumsmitarbeiter⁴³² aus Forschern und Hochschullehrern bestand, die wenig Interesse am Museumswesen zeigten.⁴³³ Doch nicht nur auf personaler Ebene lassen sich Mängel anführen, sondern auch in der Art, wie das Museum die Gestaltung ihrer Ausstellungen vornahm. Albrecht Timm, der 1952 selbst als Leiter der Abteilung Mittelalter im Museum tätig war, stellte die Ausstellungen als „ein in verschiedenen Schriftgrößen an Wände verteiltes illustriertes Lehrbuch“ dar, das man eher „zu Hause sitzend entgegennehmen könnte“ als in den „provisorischen Räumen des Museums“.⁴³⁴ Die Dauerausstellung bestand aus Schrifftafeln mit Zitaten der „Klassiker“ des Marxismus-Leninismus und Historienbildern sowjetischer Prägung. Es ist erstaunlich, wie Alfred Meusel für eine solche Leistung den Nationalpreis der DDR erhalten konnte, der für „hervorragende schöpferische Arbeiten auf den Gebieten der Wissenschaft und Technik“ verliehen wurde.⁴³⁵ Das Museum blieb bis zur Friedlichen Revolution 1989 die zentrale Institution im Museumswesen der DDR unter Anleitung des Staatssekretariats für Hoch- und Fachschulwesen.⁴³⁶

Bis 1951 waren sämtliche Umwandlungsmaßnahmen laut den Beschlüssen des 3. Parteitagcs erfolgt.⁴³⁷ Ab diesem Zeitpunkt waren die institutionellen und personellen Voraussetzungen geschaffen, um die Ideologie der SED-Spitze in der Historiografie umzusetzen. Bedingt durch die Neugründungen im Wissenschaftsbereich hatte sich eine Vielzahl von ideologiekonformen Absolventen und Neulehrern herausgebildet, die an den wissenschaftlichen Einrichtungen tätig wurden und die nichtmarxistischen Wissenschaftler verdrängten.⁴³⁸ Der Elitenwechsel von den Gelehrten der Vorkriegsgeneration hin zu den marxistisch-leninistischen Nachwuchskadern galt Ende der 1960er Jahre als abgeschlossen.⁴³⁹

⁴³¹ Vgl. Die wichtigsten ideologischen Aufgaben der Partei. Entschließung der 7. Tagung des ZK der SED (18.–20.10.1951). VI. Fragen der Deutschen Geschichte, Ziffer 4. In: Einheit Jg. 6 (1951) H. 19. S. 1514.

⁴³² Zum Vergleich sei erwähnt, dass das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg nur ca. sechs Mitarbeiter zählte, bei einer zehnfach größeren Ausstellungsgröße (Vgl. Timm, Albrecht: Das Fach Geschichte. S. 22.).

⁴³³ Vgl. ebd. S. 22.

⁴³⁴ Timm, Albrecht: Das Fach Geschichte. S. 22.

⁴³⁵ Zimmermann, Hartmut: DDR-Handbuch. Bd. 1. S. 133.

⁴³⁶ Vgl. Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, vom 14.01.1958. In: BArch, DY 30, IV 2/2, 576 Bl. 93.

⁴³⁷ Vgl. Heydemann, Günther: Geschichtswissenschaft. S. 146.

⁴³⁸ Vgl. ebd. S. 147.

⁴³⁹ Vgl. Jessen, Ralph: Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht Verlag 1999. S. 48.

Neue Veränderungen brachte die Kurskorrektur nach dem Tod Stalins 1953. Vor allem die Historiker sahen sich schärferen Diskussionen zum ideologisierten Geschichtsbild ausgesetzt. Ihnen wurde vom Sekretär der Parteileitung der HU Berlin, Günther Gericke, vorgeworfen, nicht ideologisch gefestigt zu sein und das „Prinzip der friedlichen Koexistenz zwischen den Staaten [...] auf das Gebiet der Ideologie übertragen“ zu haben.⁴⁴⁰ Diese Vorwürfe mündeten 1955 im Beschlusstext⁴⁴¹ zur „Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik“. Jenes Dekret und sein Stellenwert für die Historiografie wurden bereits von Horst Haun behandelt.⁴⁴² Die Stellung des Dokuments zeigt sich darin, so Haun, dass kein anderer Wissenschaftsbereich in der DDR mit einem derartigen „Grundsatz-Beschluss“ versehen wurde.⁴⁴³ Inhaltlich erörterte die Bestimmung Empfehlungen zur Verbesserung der geschichtswissenschaftlichen Forschung, der historischen Lehre und Propaganda sowie der Organisation des sozialistischen Archivwesens.⁴⁴⁴ Der Beschluss diene demgemäß als Leitungs- und Kontrollorgan für die DDR-Historiografie.⁴⁴⁵ Aufgrund seines gesetzlichen Charakters konnten Ermahnungen oder Parteistrafen der Historiker und Archivare in direktem Bezug auf den Geschichtsbeschluss erfolgen.⁴⁴⁶ Die Wissenschaftler selbst konnten sich nicht auf dieses Dokument berufen, wodurch der vom Beschluss gewünschte wissenschaftliche Meinungsstreit nicht umgesetzt werden konnte.⁴⁴⁷

Die Zunft der Historiker der DDR und die Geschichtswissenschaft waren bis in die 1960er Jahre hinein von der Suche nach ihrem eigenen „Standort“ getrieben, so Bernd Florath.⁴⁴⁸ Die Fachdisziplin widmete sich vor allem Fragestellungen zu ihrer eigenen Legitimationsfunktion und ihrem historischen Selbstverständnis.⁴⁴⁹ Zweifel an den Gesetzmäßigkeiten des Marxismus-Leninismus entstanden erst durch die

⁴⁴⁰ Vgl. Gericke, Günter: Klarheit durch Auseinandersetzung. Vom erfolgreichen Kampf gegen unmarxistische Anschauungen an der Berliner Universität. In: ND, vom 27.02.1958. S. 4.

⁴⁴¹ Beschluss „Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik“. In: BArch, DY 30, IV 2/2, 428; Eine gekürzte Fassung ist abgedruckt in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.): Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats. Berlin: Dietz 1956. Bd. 5. S. 337–368.

⁴⁴² Haun, Horst: Der Geschichtsbeschluss der SED 1955. Programmdokument für die „volle Durchsetzung des Marxismus-Leninismus“ in der DDR-Geschichtswissenschaft. Hrsg. vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden 1996 (= Berichte und Studien, Nr. 7).

⁴⁴³ Vgl. ebd. S. 5.

⁴⁴⁴ Vgl. ebd.

⁴⁴⁵ Vgl. ebd. S. 6.

⁴⁴⁶ Vgl. ebd. S. 49.

⁴⁴⁷ Vgl. ebd.

⁴⁴⁸ Vgl. Florath, Bernd: Verpaßte Möglichkeiten? DDR-Historiker in den sechziger Jahren. In: Utopie kreativ, (1996) H. 73/74. S. 57.

⁴⁴⁹ Vgl. ebd.

systeminternen Krisen der Entstalinisierung und den Bau der innerdeutschen Grenze. Nichtsdestoweniger befanden sich die Geschichtswissenschaft und ihre Fachvertreter bis 1989 unter Kontrolle der SED und waren versucht, ihre Rivalität mit der Bundesrepublik Deutschland fortzusetzen.⁴⁵⁰

Eine weitere Kurskorrektur, die in den Bereich der Geschichtswissenschaft eingriff, erfolgte 1971 auf dem VIII. Parteitag der SED, der den Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker thematisierte. Dadurch erfolgte für die Geschichtswissenschaft eine Zurücknahme der ulbrichtschen Geschichtsinterpretation zugunsten einer „internationaleren“ Betrachtungsweise – was nichts anderes bedeutete als eine erneute Annäherung an die Modelle der UdSSR.⁴⁵¹ Da zum Ende der 1960er Jahre der Aufbau eines einheitlichen Wissenschaftssystems abgeschlossen war, galt es, jene Wissenschaftsorganisation nutzbringend zu verwalten. Dabei bestand für die Geschichtswissenschaft die Prämisse darin, die deutsche Geschichte als „Vorgeschichte“ der DDR zu gestalten.⁴⁵² Diese Richtlinie bestand bis zur Friedlichen Revolution 1989. Auch wurden die von den wissenschaftlichen Institutionen verlangten Forderungen nach Eigenverantwortlichkeit von den übergeordneten Parteigremien nicht mehr verdrängt, wodurch interne Probleme nunmehr offiziell formuliert werden konnten. Allerdings bestanden keine Zugeständnisse von Seiten der Parteispitze.⁴⁵³ Die Beeinflussung und Durchdringung der Geschichtswissenschaft bestand somit weiter.

Zusätzlich erfolgten neue wissenschaftspolitische Umstrukturierungen durch die vier „Zentralen Forschungspläne der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR“ für die Jahre von 1972 bis 1975, von 1976 bis 1980, von 1981 bis 1985 und von 1986 bis 1990. Die Kontrolle und Durchführung der Forschungspläne erfolgte durch die Abteilung Wissenschaft des ZK der SED.⁴⁵⁴

Der erste Forschungsplan⁴⁵⁵, der im Januar 1972 vom Politbüro bestätigt wurde, enthielt zehn Forschungskomplexe zur weiteren Entwicklung der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung. Die für die Geschichtswissenschaft wichtigsten Bereiche lagen in der Bedeutung der Rolle der „Arbeiterklasse“ und ihrer Einheitspartei in der „Klassenauseinandersetzung“, in den Erkenntnissen des DiaMat

⁴⁵⁰ Vgl. Die zweigeteilte Geschichte. In: Die Zeit, vom 31.08.1990. S. 50.

⁴⁵¹ Vgl. Heydemann, Günther: Geschichtswissenschaft. S. 167f.

⁴⁵² Vgl. Neuhäuser-Wespy, Ulrich: Die SED und die Historie. S. 24f.

⁴⁵³ Vgl. Malycha, Andreas: Wissenschaft und Politik. S. 658.

⁴⁵⁴ Vgl. Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, vom 21.10.1980. In: BArch, DY 30, IV 2/2, 1862 Bl. 314.

⁴⁵⁵ Der Forschungsplan ist im Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 11.01.1972 enthalten. In: BArch, DY 30, IV 2/2, 1374 Bl. 83–100.

und HistoMat oder der Herausbildung der „sozialistischen Persönlichkeit“.⁴⁵⁶ Die Darstellung der führenden Rolle der „Arbeiterklasse“ sollte durch die PHS erfolgen und durch gemeinsam erarbeitete Publikationen mit der Parteihochschule des ZK der KPdSU, der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei unterstützt werden.⁴⁵⁷ Die Beurteilungen des DiaMat und HistoMat erfolgten beim IML und wurden durch Gemeinschaftspublikationen mit sowjetischen Institutionen ergänzt.⁴⁵⁸ Zur „sozialistischen Bewusstseinsbildung“ sollten die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR sowie das Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED beitragen.⁴⁵⁹

Im zweiten Forschungsplan⁴⁶⁰, der im Juli 1975 durch das Politbüro erlassen wurde, konnten die Aufgaben der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung fortgeführt werden. Die Themenbereiche, die im ersten Forschungsplan benannt wurden, blieben identisch. Intensiviert wurden die Arbeiten zur deutschen Geschichte, um mit der Herausgabe der mehrbändigen „Geschichte des deutschen Volkes“ beginnen zu können. Zudem verstärkten sich die Forschungen zur Geschichte der DDR, um die Entstehung der KPD und SED zu rekonstruieren oder die Innen- und Außenpolitik während der 1960er Jahre darzulegen. Vorangetrieben wurden auch die Studien zur internationalen Arbeiterbewegungsgeschichte, zur allgemeinen Geschichte sowie zur Ur- und Frühgeschichte.⁴⁶¹

Im Gegensatz zum vorigen Forschungsplan enthielt jener Beschluss Ausführungen zu weiteren Disziplinen von bildungs- und kulturpolitischer Bedeutung. Zu ihnen zählten das Archivwesen sowie die Museen und Bibliotheken, denen eine stärkere interdisziplinäre Forschungstätigkeit und eine intensivere Auseinandersetzung mit der „reaktionären bürgerlichen Ideologie“ angetragen wurden.⁴⁶² Auch rief der Forschungsplan zur Zusammenarbeit von Gesellschaftswissenschaftlern und Naturwissenschaftlern, zur Entwicklung der Stellung und Funktion der Grundlagenforschung, der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ oder der

⁴⁵⁶ Den Forschungskomplexen sind dafür anzufertigende oder bereits veröffentlichte Publikationslisten beigelegt: Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, vom 11.01.1972. In: BArch, DY 30, IV 2/2, 1374 Bl. 88–90. In der auszugsweise veröffentlichten Version des Forschungsplanes in der „Einheit“ fehlen diese Angaben: Einheit, Jg. 27 (1972) H. 2. S. 169–184.

⁴⁵⁷ Vgl. ebd. Bl. 88.

⁴⁵⁸ Vgl. Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, vom 11.01.1972. In: BArch, DY 30, IV 2/2, 1374. Bl. 89.

⁴⁵⁹ Vgl. ebd. Bl. 96f.

⁴⁶⁰ Enthalten im Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, vom 01.07.1975. In: BArch, DY 30, IV 2/2, 1569 Bl. 70–146. In der „Einheit“ wird der Forschungsplan auszugsweise, ohne die im Teil II enthaltenen Forschungsrichtungen, Projekte und Ergebnisse, veröffentlicht: Einheit, Jg. 30 (1975) H. 9. S. 1042–1062.

⁴⁶¹ Vgl. ebd. Bl. 79.

⁴⁶² Ebd. Bl. 83f.

Arbeitsproduktivität auf.⁴⁶³ Neu war zuletzt die multilaterale Zusammenarbeit der sozialistischen Länder zur Erforschung der Gesellschaftsstrukturen der Bundesrepublik Deutschland oder die Beziehungen zwischen sozialistischen und nichtsozialistischen Ländern, die vom Wissenschaftlichen Rat der außenpolitischen Forschung, vom Institut für Internationale Politik und Wirtschaft und vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED unterstützt wurde.⁴⁶⁴

Der dritte Forschungsplan schloss sich den Vorgaben der vorherigen Forschungspläne an, wonach die Erschließung der Gesamtwerke von Marx, Engels und Lenin, die Auseinandersetzungen mit den Programmen und Beschlüssen der SED oder die Erforschung der Arbeiterbewegungsgeschichte als Arbeitsaufgaben thematisiert wurden.⁴⁶⁵ Im Mittelpunkt der geschichtswissenschaftlichen Forschung standen in den 1980er Jahren die Rolle der „Volksmassen“ und der „Arbeiterklasse“, um den Nachweis des „gesetzmäßigen Sieges des Sozialismus“ zu erbringen, sowie Studien zur Oktoberrevolution von 1917, zur Geschichte der UdSSR und zum Gesellschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland.⁴⁶⁶ Umgesetzt werden sollten diese Themenkomplexe durch die PHS, das IML und die Akademie für Gesellschaftswissenschaften, die dem ZK der SED unterstanden.⁴⁶⁷

Zudem wurden die Analysen zur Geschichte der SED und KPD fortgesetzt und durch das IML intensiviert.⁴⁶⁸ Dadurch entstanden, unter der Herausgabe dieses Instituts, bis Mitte der 1980er Jahre mehrbändige Werke zu diesem Themenbereich, wie die vierbändige Gesamtdarstellung zur „Geschichte der SED“ oder „Der Kampf der KPD gegen die Vorbereitung der faschistischen Diktatur“.⁴⁶⁹ Mit den Arbeiten zur weiteren Herausgabe der „Deutschen Geschichte“ sollten die Geschichte des „Bürgertums und der Bourgeoisie“ sowie des deutschen „Imperialismus, Militarismus sowie Faschismus“ analysiert werden. Jene Themengebiete dienten der „historischen Abrechnung“.⁴⁷⁰ Neu waren die Forschungen zur Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft im Allgemeinen, wodurch das volkswirtschaftliche Wachstum, die Erhöhung der Produktivität und der wissenschaftlich-technische

⁴⁶³ Enthalten im Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, vom 01.07.1975. In: BArch, DY 30, IV 2/2, 1569 Bl. 91.

⁴⁶⁴ Vgl. ebd. Bl. 96 und Bl. 131.

⁴⁶⁵ Vgl. Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, vom 21.10.1980. In: BArch, DY 30, IV 2/2, 1862 Bl. 204. Der im Sitzungsprotokoll enthaltene Forschungsplan wurde auszugsweise in der „Einheit“ veröffentlicht: *Einheit*, Jg. 35 (1980) H. 12. S. 1209–1237.

⁴⁶⁶ Vgl. ebd. Bl. 212f.

⁴⁶⁷ Vgl. ebd. Bl. 225 und Bl. 248f.

⁴⁶⁸ Vgl. ebd. Bl. 213 und Bl. 279.

⁴⁶⁹ Vgl. ebd. Bl. 279.

⁴⁷⁰ Vgl. ebd. Bl. 213.

Fortschritt dargestellt werden sollten.⁴⁷¹ Die Umsetzung dieses Schwerpunktes lag bei der Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und bei der AdW.⁴⁷²

Der letzte Forschungsplan von 1986 bis 1990 war der umfangreichste Beschluss, und stellte die „Wechselbeziehungen von Politik, Ökonomie, Ideologie, Wissenschaft, Kultur und Landesverteidigung“ in das Zentrum der Aufgaben für die Gesellschaftswissenschaftler der DDR.⁴⁷³ Jener Komplex stärkte die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Gesellschaftswissenschaftlern, Naturwissenschaftlern sowie technischen und medizinischen Wissenschaftlern.⁴⁷⁴ Zu den Forschungsrichtungen der PHS zählten die Analyse der SED im Anwenden von „Schlüsseltechnologien“, die Verbesserung der politischen „Massenarbeit“, Fragen zur innerparteilichen Organisation oder Studien zur Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR.⁴⁷⁵ Das IML beschäftigte sich weiter mit der Marx-Engels-Gesamtausgabe, der Parteigeschichte der SED, der Kritik an der nichtmarxistischen Geschichtsschreibung und dem sozialistischen Geschichtsbild.⁴⁷⁶ Die AfG befasste sich mit weiteren Entwicklungsprozessen der sozialistischen Gesellschaft, wie der „Dialektik des Sozialismus“, politökonomischen Grundfragen, der Friedenssicherung, der Steigerung des „wissenschaftlich-technischen Fortschritts“ oder der Vertiefung des „Demokratischen Zentralismus“.⁴⁷⁷ Auch der StAV wurden mit der Auswertung der Berichte der Landes- und Provinzverwaltungen zur „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ 1945/1946 und der Quellenedition zum Leben und Wirken Thomas Müntzers zwei Aufgabenschwerpunkte übertragen.⁴⁷⁸

Der allgemeine Auftrag für die Historiker blieb während der 1970er bis 1980er Jahre gleich und findet sich in allen vier Forschungsplänen. Sie sollten das von der Parteispitze vorgegebene sozialistische Geschichtsbild und die marxistisch-leninistische Ideologie bestätigen und verbreiten, sowie beide Komponenten dem herrschenden politischen Kurs des Politbüros anpassen. Wie alle anderen Gesellschaftswissenschaftler waren die Historiker unfrei in ihrem wissenschaftlichen Wirken und mussten, ohne einen persönlichen Impuls, die ihnen durch die

⁴⁷¹ Vgl. Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, vom 21.10.1980. In: BArch, DY 30, IV 2/2, 1862 Bl. 214.

⁴⁷² Vgl. ebd. Bl. 242.

⁴⁷³ Vgl. Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, vom 18.06.1986. In: BArch, DY 30, IV 2/2, 2171 Bl. 19–179, hier Bl. 22. Der Forschungsplan wurde auszugsweise in der „Einheit“ veröffentlicht: Einheit, Jg. 41 (1986) H. 8. S. 681–692.

⁴⁷⁴ Vgl. ebd. Bl. 22.

⁴⁷⁵ Vgl. ebd. Bl. 28 und Bl. 39.

⁴⁷⁶ Vgl. ebd. Bl. 25f., Bl. 112 und Bl. 149.

⁴⁷⁷ Vgl. ebd. Bl. 27; Bl. 30ff; Bl. 35 und Bl. 38.

⁴⁷⁸ Vgl. ebd. Bl. 115 und Bl. 118.

Parteispitze vorgegebene Geschichte schreiben. Als Ziel galt die Verbreitung des „proletarischen Internationalismus und des sozialistischen Patriotismus“.⁴⁷⁹

Um dieses Vorhaben zu verwirklichen, mussten sich die Historiker zwangsläufig mit der „Allgemeingültigkeit des Leninismus und der geschichtlichen Erfahrungen der KPdSU und der Sowjetunion“ auseinandersetzen.⁴⁸⁰ Diese Themenkomplexe wurden in den beiden späteren Forschungsplänen propagiert und bis zur Friedlichen Revolution 1989 beibehalten. Daneben bestand eine ausgeprägte Orientierung auf die eigene Parteipolitik und Parteigeschichte. Die beiden letzten Forschungspläne riefen zudem zur verstärkten Zusammenarbeit der Gesellschaftswissenschaften auf, wodurch die Verwirklichung eines „einheitlichen sozialen Organismus“ garantiert werden sollte.⁴⁸¹

Zum Ende der 1980er Jahre und in der Zeit der 1990er Jahre war die DDR durch Abwicklungen und Umstrukturierungen des gesamten Wissenschaftssystems bestimmt. Dadurch erfolgte eine Anpassung an die bundesdeutsche Wissenschaft sowie die Neuordnung der Personalstruktur und Personalüberprüfung. Das führte dazu, so Pasternack, dass in den ehemaligen Gebieten der DDR derart viele Stellen neu zu besetzen waren, dass in einigen Fachdisziplinen, wie den Rechts- oder Wirtschaftswissenschaften, ein Personalmangel entstand.⁴⁸² Die Historiker mussten sich im wiedervereinten Deutschland eine Arbeitsweise aneignen, in der nicht „zuerst der Schlußstrich gezogen und das erforderliche und gewünschte Ergebnis darunter geschrieben wird“.⁴⁸³ Ein kontrollierter und ideologierter Arbeitsrahmen war in der Bundesrepublik Deutschland nicht vorhanden. Die Handhabe der ehemaligen DDR-Wissenschaftler, „den Vorschriften und Anordnungen zu genügen und dennoch der Strafe und Isolierung zu entgehen“, konnte nunmehr durch ein Wissenschaftsideal der freien, selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Forschung ersetzt werden.⁴⁸⁴

⁴⁷⁹ Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, vom 11.01.1972 enthalten. In: BArch, DY 30, IV 2/2, 1374 Bl. 103.

⁴⁸⁰ Ebd.

⁴⁸¹ Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, vom 18.06.1986. In: BArch, DY 30, IV 2/2, 2171 Bl. 22.

⁴⁸² Vgl. Pasternack, Peer: Wissenschaft und Politik. S. 514f.

⁴⁸³ Hein, Christoph: Die fünfte Grundrechenart. In: Hein, Christoph: Als Kind habe ich Stalin gesehen. Essays und Reden. Berlin: Aufbau 1990. S. 145.

⁴⁸⁴ Ebd. S. 146.

4.2.2. *Bildungseinrichtungen und verwaltungspolitische Regularien im Archivwesen*

Das Kriegsende 1945 veränderte ebenso die Struktur und Organisation des deutschen Archivwesens. Da das Deutsche Reich nicht länger bestand, bildeten die Verwaltungen der aus den früheren preußischen Provinzen neu gebildeten Länder die Grundlage für einen Neubeginn.⁴⁸⁵ Im September 1945 forderte der Alliierte Kontrollrat in seinen Direktiven vom 12. Januar 1946 und vom 12. Oktober 1946 die Wiederaufnahme der Archivarbeit für Deutschland.⁴⁸⁶

Die Realisierung dieses Vorhabens konnte allerdings nur bedingt gewährleistet werden, da kriegsbedingte materielle und personelle Engpässe bestanden.⁴⁸⁷ Aus diesem Grund musste auf das Fachpersonal der Vorkriegszeit zurückgegriffen werden. Dadurch war, nach den Aussagen von Schirdewan, etwa jeder zehnte Archivar, besonders in den Führungsebenen, ein ehemaliges Mitglied der NSDAP und der Berufsstand überaltert.⁴⁸⁸ Interessant ist auch seine Ausführung, dass das Archivwesen der SBZ und späteren DDR als „Abschiebeziel“ für Mitglieder der Blockparteien oder Kirche genutzt wurde, wodurch die Archivmitarbeiter abwartend bis ablehnend gegenüber den sozialistischen Idealen auftraten.⁴⁸⁹ Diese Haltung traf, laut Schirdewan, vor allem auf die älteren Archivare der Vorkriegszeit zu. Das jüngere Archivpersonal, das seine Sozialisation in den Gesellschaftsstrukturen der DDR erhielt, „kannte sich aus“, und mit ihnen wollte Schirdewan das neue sozialistische Archivwesen etablieren.⁴⁹⁰

Obwohl diese Anmerkungen nicht allgemeingültig sind, treffen sie zumindest auf die drei älteren Archivare dieser Studie zu. Meisner, Kretzschmar und Flach waren NSDAP-Mitglieder, danach in Blockparteien organisiert (Kretzschmar und Flach) und Anfang der 1950er Jahre, als die meisten Archive wieder einen geregelten Arbeitsablauf besaßen, in einem fortgeschrittenen Alter. Auch der Aspekt des „Abschiebeortes“ ist nicht haltlos, wenn bedacht wird, dass während der 1950er Jahre einige innerparteilich auffällig gewordene Parteifunktionäre ins Archivwesen versetzt wurden. Das Mitglied des ZK der SED, Rudolf Herrstadt, musste wegen „partei-feindlicher fraktioneller Tätigkeit“ alle Funktionen ablegen, wurde aus der

⁴⁸⁵ Vgl. Schreyer, Hermann: Archivwesen. S. 7.

⁴⁸⁶ Vgl. Alliierten Sekretariat Berlin (Hrsg.): Kontrollratsproklamation Nr. 2, vom 20.09.1945, Absch. XII, § 47. Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland. Nr. 1, 1945. S. 8.

⁴⁸⁷ Vgl. Kahlenberg, Friedrich: Deutsche Archive. S. 26.

⁴⁸⁸ Vgl. Schirdewan, Karl: Ein Jahrhundert Leben. S. 272.

⁴⁸⁹ Ebd. S. 272f.

⁴⁹⁰ Ebd. S. 276.

Partei ausgeschlossen und in die Historische Abteilung II der Außenstelle des Deutschen Zentralarchivs (DZA) nach Merseburg versetzt.⁴⁹¹ Demgegenüber erhielt der einflussreichere Parteifunktionär Anton Ackermann, dem Beteiligung an der fraktionellen Tätigkeit von Herrstadt vorgeworfen wurde, lediglich eine „strenge Rüge“.⁴⁹² Das Archivwesen der DDR war demgemäß von Beginn an durch politische Zwänge bestimmt.

Da die zentralen Archive des Deutschen Reiches zerstört wurden, begannen nach Kriegsende der Wiederaufbau der Gebäude und die Sichtung der ausgelagerten Bestände.⁴⁹³ Dafür teilte die SMA Brandenburg Karl Ruppert ein, den ehemaligen Chef der Heeresarchive, der bis Februar 1946 die archivische Abwicklungsstelle in der SBZ organisierte.⁴⁹⁴ Neben der Wiedereinrichtung der Staats- und Stadtarchive war für Ruppert und seine Mitarbeiter, darunter Heinrich Otto Meisner, die Errichtung eines Zentralarchivs in der SBZ als Nachfolgeeinrichtung des ehemaligen Reichsarchivs in Potsdam, des Preußischen Geheimen Staatsarchivs und des Brandenburgisch-Preußischen Hausarchivs von Priorität.⁴⁹⁵

Mit dem Gründungsgesuch des Zentralarchivs der SBZ zeigten sich somit die ersten Zentralisierungsversuche des Archivwesens. Mit der Bewilligung des Antrags konnte ebene neue Einrichtung im Juni 1946 mit sechs Mitarbeitern und unter der Leitung von Karl Ruppert seine Arbeit aufnehmen.⁴⁹⁶ Ruppert schied jedoch krankheitsbedingt im Juli 1946 als Leiter des Zentralarchivs aus. Sein Nachfolger wurde Bernhardt Poll, der aber aufgrund seiner früheren Mitgliedschaft bei den SS-Reiterstandarten in Potsdam 1947 in die Bundesrepublik Deutschland übersiedelte.⁴⁹⁷ Ersetzt wurde er von Otto Danz, der zwar Mitglied des Wehrverbandes „Stahlhelm“ war und später in die SA-Reserve überführt wurde, allerdings nie der NSDAP angehörte und 1935 auf eigenen Wunsch aus der Reserveeinheit entlassen wurde.⁴⁹⁸ Bis 1953 konnte der Mitarbeiterstamm des Zentralarchivs auf 52 erweitert werden, wobei 23 dieser Personen der NDPD und nur neun der SED angehörten. Der Rest entfiel auf andere Blockparteien oder blieb parteilos.⁴⁹⁹ Das Zentralarchiv der SBZ wurde nach

⁴⁹¹ Protokolle der Sitzungen des Politbüros des ZK der SED, vom 28.07.1953 und vom 12.01.1954. In: BArch, DY 30, IV 2/2, 310 und 341.

⁴⁹² Ebd. Nr. 341.

⁴⁹³ Vgl. Besprechung über die Reorganisation des Archivwesens, vom 16.10.1945. In: BArch, DO 1, 30208.

⁴⁹⁴ Vgl. Walther, Simone: Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit beim personellen Neubeginn im zentralen Archivwesen der SBZ/DDR 1945–1952. Versuch einer Bestandsaufnahme. In: Beck, Friedrich (Hrsg.): Archive und Gedächtnis. Festschrift für Botho Brachmann. Potsdam: vbb 2005. S. 221.

⁴⁹⁵ Vgl. Besprechung über die Reorganisation des Archivwesens, vom 16.10.1945. In: BArch, DO 1, 30208.

⁴⁹⁶ Vgl. Lötze, Helmut: Zehn Jahre Deutsches Zentralarchiv. In: AM, Jg. 6 (1956) H. 2. S. 34f.

⁴⁹⁷ Vgl. Walther, Simone: Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit. S. 225.

⁴⁹⁸ Vgl. ebd. S. 226.

⁴⁹⁹ Vgl. Personalstand des Zentralarchivs 1953. In: BArch, DO 1, 30194.

der Gründung der DDR in das Deutsche Zentralarchiv (DZA) umbenannt und blieb 1973 als Zentrales Staatsarchiv bis zur Friedlichen Revolution 1989 bestehen.⁵⁰⁰ Das Zentralarchiv sollte, in Anlehnung an das ehemalige Reichsarchiv, die Unterlagen der aufgelösten zentralen Reichsbehörden, die in der SBZ angefallenen Akten und das Schriftgut des Staatsapparats der DDR verwahren.⁵⁰¹

Diesen Anforderungen konnte nach 1945 durch die mangelnde personelle, finanzielle und räumliche Ausstattung kaum nachgekommen werden. Dem entgegen stand auch der fehlende Forschungsauftrag. Wissenschaftliche Forschung und Quelleneditionen konnte das Zentralarchiv erst Ende der 1950er Jahre, im Zuge der Gründung der Zentralstelle für Archivwesen, betreiben.⁵⁰² Bemühungen um eine Verstärkung des Archivpersonals bei der DVV wurden mit der Begründung abgewiesen, dass verhältnismäßig wenig Archivgut vorhanden wäre, was das Archiv „völlig überflüssig“ mache und wodurch es „unbedenklich geschlossen werden“ könne, wie es Simone Walther bereits dem Quellenmaterial des Ministeriums für Volksbildung entnehmen konnte.⁵⁰³ Nach einer Archivbesichtigung im September 1948 durch Mitarbeiter der DVV sollte ein „große[r], trockene[r] Keller zur Sicherstellung der Bestände“ genügen.⁵⁰⁴ Die Schließung des Zentralarchivs sollte zum 15. Oktober 1948 erfolgen und konnte nur durch den Einspruch von Otto Korfes, dem Leiter des Staatsarchivs Potsdam, verhindert werden.⁵⁰⁵ Korfes, der mit Karl Ruppert und Walter Ulbricht befreundet war, bekam vom Präsidenten der DVV, Paul Wandel, an dem Tag, an dem das Zentralarchiv geschlossen werden sollte, die Leitung des Archivs übertragen.⁵⁰⁶ Mit welchen Mitteln Korfes die Schließung verhindern konnte, lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Das Zentralarchiv wurde bis 1952 von Korfes geleitet. Im Anschluss ging es für über 32 Jahre an Helmut Lötze, der zuvor in der „Hauptabteilung Archivwesen“ des Ministeriums des Innern (Mdi) tätig war.⁵⁰⁷ Auf politische Linie konnte das Zentralarchiv nicht gebracht werden. Noch 1954 wurden den Archivmitarbeitern bei einem Brigadeeinsatz „gravierende Mängel“ in der Umsetzung der politischen Arbeit vorgeworfen und beanstandet, dass sich die SED-Mitglieder der Archive von den Parteilosen und „Blockfreunde[n]“ in die „Defensive drängen“

⁵⁰⁰ Vgl. Tauber, Joachim, Weger, Tobias (Hrsg.): Archivführer zur Geschichte des Memelgebiets und der deutsch-litauischen Beziehungen. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag 2006. S. 218.

⁵⁰¹ Vgl. Besprechung über die Reorganisation des Archivwesens, vom 16.10.1945. In: BArch, DO 1, 30208.

⁵⁰² Vgl. Kahlenberg, Friedrich: Deutsche Archive. S. 33.

⁵⁰³ Aktennotiz. In: BArch, DR 2/921, Bl.20ff. zitiert nach: Walther, Simone: Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit. S. 229.

⁵⁰⁴ Ebd.

⁵⁰⁵ Vgl. ebd.

⁵⁰⁶ Vgl. ebd.

⁵⁰⁷ Vgl. Naasner, Walter: Das Zentrale Staatsarchiv – „Nationalarchiv“ der DDR. In: ZfG, Jg. 59 (2011) H. 2. S. 141.

ließen.⁵⁰⁸ Zudem wurde kritisiert, dass unter den NDPD-Mitgliedern des Archivs auch ehemalige NSDAP-Anhänger tätig wären. Dem Archivdirektor Lötzke wurde „ungenügende politisch-ideologische Arbeit“ vorgeworfen.⁵⁰⁹

Parteilpolitische Maßnahmen gegen dieses nonkonforme Verhalten konnte das Politbüro zu diesem Zeitpunkt nicht unternehmen, da es bis Ende der 1940er Jahre so stark an archivischem Nachwuchs mangelte wie in keinem anderen Bereich. Konnten die Universitäten Ende 1945 bzw. Anfang 1946 ihren Vorlesungsbetrieb wiederaufnehmen und neues Fachpersonal ausbilden, erfolgte die Archivarsausbildung erst ab 1950.⁵¹⁰ Das von Albert Brackmann, dem ehemaligen Generaldirektor der preußischen Staatsarchive, 1929 gegründete IfA am Preußischen Geheimen Staatsarchiv in Berlin-Dahlem stellte kurz vor Kriegsende 1945 seine Tätigkeit ein.⁵¹¹ Ab diesem Zeitpunkt konnte die Ausbildung des archivarischen Nachwuchses nicht fortgeführt werden.

Um diese Problematik zu lösen, fanden im Zeitraum von 1946 bis 1950 inoffizielle Treffen des sogenannten „Wettiner Dreiecks“ statt, die sich den Themen der archivischen Personal- und Ausbildungsfragen sowie dem Neuaufbau des Archivwesens annahmen.⁵¹² Bis zur Gründung der DDR war das Archivwesen damit beschäftigt, die Wiedereröffnung der Staats- und Stadtarchive voranzutreiben und einen Geschäftsbetrieb zu ermöglichen. Im Juli 1949 wurde dafür eine Zentralstelle für Archivwesen bei der Deutschen Verwaltung des Innern errichtet, welche die Organisation des Archivwesens regeln sollte.⁵¹³ Diese provisorische Zentralstelle wurde nach Gründung der DDR in die „Hauptabteilung Archivwesen“ des MdI umgewandelt.⁵¹⁴ Jene Hauptabteilung bestand aus zwei Bereichen: der „Abteilung für staatliche und Betriebsarchive“ sowie aus dem „Hauptreferat für Ausbildung und Nachwuchs“.⁵¹⁵ Ihre Aufgabe war es, Regelungen für das Zentralarchiv der SBZ bzw. nunmehr das DZA und die einzelnen Staatsarchive zu erlassen sowie die archivarische Ausbildung zu organisieren.⁵¹⁶ Letztere Forderung mündete 1950 in der Gründung des IfA in Potsdam, das an die Tradition der preußischen

⁵⁰⁸ Vgl. Informationen zum Brigadeeinsatz, Februar 1954. In: BAArch, DO 1, 32841.

⁵⁰⁹ Vgl. ebd.

⁵¹⁰ Vgl. Das Institut für Archivwissenschaft. Bericht über den ersten Lehrgang. In: AM, Jg. 1 (1951) H. 3. S.39–41.

⁵¹¹ Vgl. Leesch, Wolfgang: Das Institut für Archivwissenschaft und geschichtswissenschaftliche Fortbildung (IfA) in Berlin-Dahlem (1930–1945). In: Heinrich, Gerd; Schultze, Johannes: Brandenburgische Jahrhunderte. Festgabe für Johannes Schultze zum 90. Geburtstag. Berlin: Duncker & Humblot 1971. S. 241.

⁵¹² Vgl. Wahl, Volker: Die Archivkonferenzen im Wettinischen Dreieck 1946–1950. Ein Beitrag zur Archivgeschichte. In: Archive in Thüringen, Jg. 11 (1996). S. 4ff.

⁵¹³ Vgl. Kahlenberg, Friedrich: Deutsche Archive. S. 33.

⁵¹⁴ Vgl. Organisationsplan der Hauptabteilung Archivwesen, vom 04.04.1949. In: BAArch, DO 1, 30209.

⁵¹⁵ Vgl. Sydow, Jürgen: Das Archivwesen in der Deutschen Demokratischen Republik (SBZ). In: DA, Jg. 4 (1951) Sp. 56f.

⁵¹⁶ Vgl. Organisationsplan der Hauptabteilung Archivwesen, vom 04.04.1949. In: BAArch, DO 1, 30209.

Archivarslehrgänge anknüpfte und, in Zusammenarbeit mit dem DZA, den Aufbau des Nachwuchskaders anleitete.⁵¹⁷ Wie im Mitarbeiterstamm des Zentralarchivs waren am IfA mehr nonkonforme als linientreue Dozenten und Schüler vertreten. Der erste Archivar-Lehrgang bestand beispielsweise aus elf Teilnehmern, darunter Karlheinz Blaschke, von denen drei der SED und drei den Blockparteien angehörten. Der Rest war parteilos.⁵¹⁸ Dem Ziel des IfA, politisch zuverlässiges Archivpersonal auszubilden, konnte zunächst nicht entsprochen werden.

Generell zeigt sich in dieser Phase, dass die ideologischen und verwaltungsmäßigen Umstrukturierungen im Archivwesen der DDR, sei es in der Ausbildung des Nachwuchses oder im Aufbau der Institutionen, langsamer vollzogen wurden als in der Geschichtswissenschaft. In den Nachkriegsjahren und auch in der DDR bestand keine politische Fokussierung der SMAD bzw. SED auf das Archivwesen. Infolgedessen konnten sich die Archivare in einem größeren Freiraum dem Aufbau ihrer Fachdisziplin widmen, als dies für die Historiker möglich war. Doch mit dem Geschäftsbetrieb der Hauptabteilung Archivwesen unter dem Mdl kam es in den 1950er Jahren auch im Archivbereich zur politischen Durchsetzung.

Das DZA und die Staatsarchive der Länder waren einerseits von der Hauptabteilung Archivwesen weisungsabhängig, andererseits den Landesarchivverwaltungen unterstellt.⁵¹⁹ Damit traf auch im Archivwesen das für die DDR systemtypische „Prinzip der doppelten Unterstellung“ zu, wie es im „Demokratischen Zentralismus“ üblich war. Archivgesetzliche Normen gab es in der DDR hingegen nur wenige, obwohl die Hauptabteilung Archivwesen seit ihrer Gründung dieser Aufgabe nachging.⁵²⁰ Trotz fehlender Archivgesetze verfügte die DDR über drei Archivverordnungen der Jahre 1950, 1965 und 1976, die eine gesamtstaatliche Verbindlichkeit innehatten und die rechtliche Grundlage des Archivwesens bildeten – im Sinne des Organisationsrechts und der Richtlinienkompetenz.⁵²¹ Die Archivverordnung von 1965 und ihre zwei Durchführungsbestimmungen regelten den Ausbau der zentralen Leitung, die Zuständigkeiten der Schriftgutverwaltung

⁵¹⁷ Vgl. Das Institut für Archivwissenschaft. In: AM, Jg. 1 (1951) H. 1. S.39ff sowie Satzungen des Instituts und Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Anwärter des wissenschaftlichen Archivdienstes in der DDR. In: Ebd. S. 12–15.

⁵¹⁸ Vgl. die Informationen zu Lehrkräften und Zulassungsbedingungen von Studenten am IfA. In: BArch, DO 1, 30210.

⁵¹⁹ Vgl. § 4 der Verordnung über das Archivwesen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 13.07.1950. In: GBl.-DDR I. 1950. Nr. 78. S. 661.

⁵²⁰ Vgl. Protokoll einer Konferenz der Archivdirektoren der Länder, vom 16.12.1949. zitiert nach Brachmann, Botho; Klauss, Klaus: „De me ipso!“ Heinrich Otto Meisner und die Ausbildung archivischen Nachwuchses in Potsdam und Berlin. In: Beck, Friedrich (Hrsg.): *Archivistica docet*. Beiträge zur Archivwissenschaft und ihres interdisziplinären Umfelds. Potsdam: vbb 1999. S. 621.

⁵²¹ Vgl. die Ausführungen zu den archivischen Verordnungen in der DDR. In: Schreyer, Hermann: *Archivwesen*. S. 31–36.

und -bewertung sowie die Bestimmungen des Staatlichen Archivfonds (StAFO) der DDR.⁵²² Diese Regelungen wurden in der letzten Verordnung von 1976 fortgeführt. Dabei wurden die archivrechtlichen Normen ausgebaut, die Aufgaben des staatlichen Archivwesens erweitert und eine umfassendere Quellensicherung ermöglicht.⁵²³ Diese Bemühungen konnten jedoch nicht vollends umgesetzt werden, da das „Prinzip der doppelten Unterstellung“ unter Mitwirkung der §§ 9 und 10 der Verordnung von 1976 die archivische Verwaltungstätigkeit beeinträchtigte. Danach konnten die zentralen Staatsorgane die Leitung und Organisation der Archivarbeit beeinflussen und ihre „materielle, finanzielle und kadermäßige“ Entwicklung kontrollieren.⁵²⁴ Diese Rechtsvorschriften führten dennoch zur Zentralisierung des staatlichen Archivwesens. Es ist Willy Flach zuzustimmen, wenn er 1952 behauptete, „dass niemals vorher bei uns in einem so kurzen Zeitraum so einschneidende [...] Anordnungen auf archivalischem Gebiet getroffen worden sind“.⁵²⁵

Die archivrechtlichen Normen der DDR bestanden lediglich, um die Stellung und Aufgaben des Archivwesens in die sozialistische Gesellschaftsordnung der DDR einzufügen. Unter dieser Prämisse erfolgte auch die Zugangsgewährung im Archivbenutzerverhältnis der DDR. Dadurch stellten die Archive einen „Zirkel der politisch oder fachlich definierten Exklusivität“ dar, so Jörg Ludwig.⁵²⁶ Es bestand in der DDR kein archivisches Zugangsrecht für „jedermann“, sondern eine Zugangsgewährung für Benutzer, die ein offizielles Begleitschreiben einer Institution vorweisen konnten oder die einer wissenschaftlichen Einrichtung angehörten und einen Wohnsitz in der DDR besaßen.⁵²⁷ Die Archivalien wurden zudem überprüft, ob sie von bundesdeutschen oder ausländischen Benutzern für Propagandazwecke gegen die Parteipolitik der SED genutzt werden konnten und eine Gefahr für die Sicherheit der DDR zuließen.⁵²⁸ Aus diesem Grund wurden seit Beginn der 1970er Jahre die Bereiche „Erschließung“ und „Auswertung“ in den Archiven personell getrennt und die Benutzerbetreuung von parteiloyalen Mitarbeitern übernommen.⁵²⁹

⁵²² Vgl. Groß, Rainer: Rechtliche Probleme des Archivwesens in den Ländern der ehemaligen DDR. In: Polley, Rainer (Hrsg.): Archivgesetzgebung in Deutschland. Beiträge eines Symposiums. Veröffentlichungen der Archivschule Marburg 1991. Nr. 18. S. 53.

⁵²³ Vgl. ebd.

⁵²⁴ § 9 und § 10 der Verordnung über das staatliche Archivwesen vom 11.03.1976. In: GBl.-DDR I. 1976. Nr. 10. S. 167.

⁵²⁵ Flach, Willy: Die Aufgaben der Landesarchivverwaltung. In: Archivarbeit und Geschichtsforschung. Vorträge und Referate, gehalten auf dem Kongress der Archivare der DDR in Weimar 1952. Berlin: Rütten & Loening 1952 S. 77.

⁵²⁶ Ludwig, Jörg: Zur Benutzung der sächsischen Staatsarchive seit 1990. In: Sächsisches Archivblatt, (2004) H. 2. S. 6.

⁵²⁷ Vgl. ebd. S. 6.

⁵²⁸ Vgl. Schreyer, Hermann: Archivwesen. S. 213.

⁵²⁹ Vgl. ebd. S. 210.

Neben den Verordnungen wurde 1953 die Zusammenlegung der Position des Generaldirektors der staatlichen Archive mit der „Hauptabteilung Archivwesen“ veranlasst, was zur Gründung der StAV im Mdl führte.⁵³⁰ Ihr oblagen zunächst nur das Zentralarchiv und das IfA in Potsdam, bis es 1954 den Zuständigkeitsbereich für die Landeshaupt- und Landesarchive erhielt.⁵³¹ Damit übernahm die StAV die Leitung und fachliche Kontrolle des gesamten Archivwesens der DDR. Die politische Anleitung der StAV oblag seit 1958 dem stellvertretenden Innenminister Richard Wenzel.⁵³²

Zur weiteren Zentralisierung des Archivwesens trug der „Geschichtsbeschluss“ vom Juli 1955 bei. Der Beschlusstext enthielt neben den Anmerkungen zur Forschung und Lehre der Geschichtswissenschaft auch einen Abschnitt zur Korrektur der wissenschaftlichen Arbeit der Archive.⁵³³ Darin enthalten waren Hinweise an die StAV, mittels derer sich die Archivare auf ihre Hauptaufgabe, die Erschließung des Archivguts, konzentrieren sollten. Der Beschluss förderte im Archivwesen zudem die Publikations- und Editionstätigkeit sowie die methodische und theoretische Fundierung der fachlichen Praxis.⁵³⁴ Dennoch wurde das Dokument von vielen Archivaren nicht dafür genutzt, die marxistisch-leninistische Geschichtsforschung voranzutreiben, sondern herangezogen, um den Wissenschaftsfunktionären der SED die Bedeutung der Archive für die Gesellschaft zu vergegenwärtigen.⁵³⁵

Besondere Anstrengungen wurden im Aufbau des archivischen Nachwuchskaders unternommen, der aufgrund der neu errichteten Verwaltungs- und Betriebsarchive benötigt wurde. Die Vorschläge des „Geschichtsbeschlusses“ zur Bildung eines wissenschaftlichen Beirats bei der StAV und der Etablierung einer Fachschule für Archivwissenschaft wurden umgesetzt.⁵³⁶ Im September 1955 nahm die Fachschule für Archivwesen „Franz Mehring“ seine Arbeit auf und im Dezember 1955 konstituierte sich ein wissenschaftlicher Beirat zur Unterstützung der StAV.⁵³⁷ Mit der Gründung der Fachschule, die bis 1993 bestand, waren vor allem die Fernlehrgänge

⁵³⁰ Vgl. Meier, Otto: Die Aufgaben der Archive. In: AM, Jg. 3 (1953) H. 1. S. 1f.

⁵³¹ Vgl. Die Aufgaben der StAV im Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten, vom 13.04.1954. In: BArch, DO 1, 30208.

⁵³² Vgl. Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, vom 13.05.1956. In: BArch, DY 30, IV 2/2, 593 Bl. 6.

⁵³³ Vgl. Beschluss „Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik“. In: BArch, DY 30, IV 2/2, 428 Abschnitt IV, S. 27–30.

⁵³⁴ Vgl. ebd.

⁵³⁵ Vgl. Schreyer, Hermann: Archivwesen. S. 78.

⁵³⁶ Vgl. Beschluss „Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik“. In: BArch, DY 30, IV 2/2, 428 Abschnitt IV, S. 29.

⁵³⁷ Vgl. Anordnung über das Statut der Fachschule für Archivwesen, vom 09.04.1964. In: AM, Jg. 14 (1964) H. 4. S. 162ff und Schupp, Waldemar: Die Anfänge und das Ende der Fachschule für Archivwesen in Potsdam (1955/1993). In: Beck, Friedrich (Hrsg.): Archive und Gedächtnis. Festschrift für Botho Brachmann. Potsdam: vbb 2005. S. 184f.

und Arbeitsgemeinschaften gefragt, die seit 1956 für das minderausgebildete Personal in den Betriebs- und Verwaltungsarchiven als berufsbegleitende Weiterbildungsmöglichkeiten angeboten wurden.⁵³⁸ Zudem zählten die Erarbeitung und Veröffentlichung von Lehrmaterialien sowie die Mitarbeit an Forschungsvorhaben der StAV und der Staatsarchive zu ihren Aufgaben.⁵³⁹ Notwendig war die Etablierung der Fachschule auch, um die mittlere Archivlaufbahn zu legitimieren, deren Aus- und Weiterbildung der Fachschule oblag. Weisungsabhängig war die Fachschule seit 1955 von der StAV und der Hauptabteilung Fachschulwesen im Staatssekretariat für Hochschulwesen.⁵⁴⁰

Der Beirat diente der Umsetzung der Weisungen der StAV sowie der Forschungsförderung.⁵⁴¹ Die personelle Zusammensetzung belief sich auf den Vorsitzenden, Gerhard Schilfert, der zugleich als Direktor des Instituts für allgemeine Geschichte an der HU Berlin fungierte, und seinem Stellvertreter, dem Leiter der StAV, Otto Meier. Meier konnte diese Funktion krankheitsbedingt jedoch nie wahrnehmen.⁵⁴² Auf archivischer Seite wurde die Forschungseinrichtung durch Willy Flach (Direktor des Staatsarchivs Weimar und des Goethe- und Schiller-Archivs), Hellmut Kretzschmar (Direktor des Hauptstaatsarchivs Dresden), Hanns Gringmuth-Dallmer (Direktor des Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt), Helmut Lötze (Direktor des DZA), Botho Brachmann (Direktor des Instituts für Archivwissenschaft und der Fachschule für Archivwesen) und Gerhard Schmid (Archivar im DZA) unterstützt. Auf Seiten der Historiker wirkten Hans Haussherr, Jürgen Kuczynski, Fritz Klein, Ernst Engelberg und Leo Stern.⁵⁴³ In den Fachkommissionen waren zudem die Archivare Heinrich Otto Meisner, Walter Nissen, Berent Schwineköper und der Historiker Karl Obermann zugegen.⁵⁴⁴ Die Zusammensetzung des Beirats förderte somit die Kooperation von Historikern und Archivaren und machte berufsübergreifend auf archivische Probleme in der Fachpraxis aufmerksam. Die Beiratstätigkeit endete 1958, da kaum noch Ausschusssitzungen stattfanden und die nichtarchivarischen Vertreter ihren Mitgliedspflichten nicht mehr nachkamen.⁵⁴⁵ Das Archivwesen blieb

⁵³⁸ Vgl. Anordnung über das Statut der Fachschule für Archivwesen, vom 09.04.1964. In: AM, Jg. 14 (1964) H. 4. S. 162ff und Schupp, Waldemar: Die Anfänge und das Ende der Fachschule für Archivwesen in Potsdam (1955/1993). In: Beck, Friedrich (Hrsg.): Archive und Gedächtnis. Festschrift für Botho Brachmann. Potsdam: vbb 2005. S. 189.

⁵³⁹ Vgl. 30 Jahre Fachschule für Archivwesen „Franz Mehring“. In: BArch, DO 7/247 Bd. 5.

⁵⁴⁰ Vgl. Schupp, Waldemar: Fachschule für Archivwesen in Potsdam. S. 184.

⁵⁴¹ Vgl. Schreyer, Hermann: Archivwesen. S. 48f.

⁵⁴² Vgl. ebd. S. 48.

⁵⁴³ Vgl. Höhnel, Karl: Der Wissenschaftliche Beirat bei der Staatlichen Archivverwaltung. In: AM, Jg. 6 (1956) H. 1. S. 9f.

⁵⁴⁴ Vgl. ebd. S. 10.

⁵⁴⁵ Vgl. Schreyer, Hermann: Archivwesen. S. 50.

in der Wissenschaftspolitik der DDR weiter untergeordnet gegenüber der Geschichtswissenschaft.

Die bis Ende der 1950er Jahre erfolgten Veränderungen, wie die Bildung der Hauptabteilung Archivwesen bzw. die Umwandlung zur StAV oder die Unterstellung der Staatsarchive unter das Innenresort, trugen zur wissenschaftspolitischen Zentralisierung des Archivwesens bei. Dennoch verlief der Aufbau eines marxistisch-leninistischen Archivwesens langsamer, als dies für die Historiografie erfolgte. Die zuständigen Leiter der StAV konnten sich beispielsweise bis Mitte der 1950er Jahre weder fachlich noch personell den Fachaufgaben ihrer untergeordneten Einrichtungen annehmen, so Schreyer, wodurch strukturelle Änderungen oder Arbeitsabläufe von den Archivdirektoren und Archivaren selbst korrigiert wurden.⁵⁴⁶

Dieser Zustand ermöglichte trotz der Kaderpolitisierung eine wissenschaftliche Autonomie der Archivare, die für die Historiker nicht mehr möglich war.

Dennoch waren auch die Archivare in der Umsetzung ihrer Fachaufgaben durch die Wissenschaftsfunktionäre der SED eingeschränkt. Die Partei- und MfS-Instanzen nahmen, entgegen der Archivverordnung und ohne Begründungen, fachfremdes Archivgut von staatlicher Provenienz zur eigenen Nutzung in ihre Parteiarchive auf. Zudem wurden Unterlagen, die an Parteiinstitutionen entstanden waren, nicht zur Aufbewahrung an die Archive übergeben.⁵⁴⁷ Derartige Erschwernisse belasteten die Archivare zusätzlich, die bereits mit der Rückführung von ausgelagertem Archivgut oder der Kadergewinnung ausgelastet waren. Aus diesem Grund, so Karlheinz Blaschke, fanden die archivischen Mitarbeiter „für ideologische und politische Aktivitäten weder Zeit noch Interesse“.⁵⁴⁸

Nach der 35. Tagung des ZK der SED 1958 verlor Karl Schirdewan sein Amt als ZK-Sekretär für Kaderfragen und wurde, aufgrund seiner abweichenden politischen Ansichten, ins Archivwesen strafversetzt – was den Stellenwert des Archivwesens aus Sicht der Parteispitze symbolisiert.⁵⁴⁹ Noch im März 1959 unternahm er den Versuch, in die Parteiführung zurückzukehren, und reichte beim Politbüro eine Erklärung ein, in der er seine politischen Verfehlungen einräumte.⁵⁵⁰ Der Versuch blieb erfolglos. Er übernahm die Position des Leiters der StAV, bis er 1965 von

⁵⁴⁶ Vgl. Schreyer, Hermann: Archivwesen. S. 77.

⁵⁴⁷ Vgl. ebd. S. 78.

⁵⁴⁸ Blaschke, Karlheinz: Die Stellung des Archivwesens im Herrschaftssystem der DDR. In: Vodosek, Peter (Hrsg.): Bibliotheken, Bücher und andere Medien in der Zeit des Kalten Krieges. Referate der 12. Jahrestagung „Bibliotheken, Bücher und andere Medien in der Zeit des Kalten Krieges, die vom 6. bis 8. Mai 2002 in der Herzog-August-Bibliothek stattgefunden hat. Wiesbaden: Harrassowitz 2005. S. 200.

⁵⁴⁹ Ausführlich in Schirdewan, Karl: Ein Jahrhundert Leben. S. 271–283.

⁵⁵⁰ Die Erklärung befindet sich im Protokoll der Sitzung des Politbüros bei ZK der SED, vom 02.06.1959. In: BArch, DY 30, IV 2/2, 651 Bl. 111–114.

Walter Hochmuth abgelöst wurde. Schirdewan bemühte sich von nun an, das für ihn rückständige Archivwesen der gewünschten politischen Linie der SED anzupassen. In seiner Autobiografie bezeichnete er sein neues Arbeitsfeld als „verwahrlost“, so dass die „Notwendigkeit einer festen Hand und neuer Ideen“ unumgänglich sei.⁵⁵¹

Ein Interessenbereich Schirdewans, die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, war bei seinem Amtsantritt allerdings bereits umstrukturiert worden. Mit der „Verordnung über die weitere sozialistische Umgestaltung des Hochschul- und Fachschulwesens in der DDR“ vom Februar 1958 erfolgte die Eingliederung des IfA in die HU Berlin.⁵⁵² Dadurch änderte sich das Unterstellungsverhältnis, wodurch das IfA, im Gegensatz zur Fachschule für Archivwesen, nicht mehr der StAV weisungspflichtig war, sondern dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen zugeordnet wurde.⁵⁵³ Alle Unternehmungen Schirdewans, eine Rückunterstellung unter die StAV zu ermöglichen, scheiterten.⁵⁵⁴

Die archivischen Arbeitsweisen wurden in der Folgezeit nicht nur durch Schirdewans Bemühungen um ein sozialistisches Archivwesen beeinflusst, sondern ebenso durch das MfS geprägt. Mit der Übernahme des Ministeramtes für Staatssicherheit durch Erich Mielke 1957 bildete sich ein verzweigtes Überwachungssystem in der Archivlandschaft heraus, das von einer Hauptabteilung des MfS überprüft und durch betriebliche Spitzel ergänzt wurde.⁵⁵⁵ Bis zur Friedlichen Revolution 1989 gab es Mitarbeiter der StAV, des Zentralen Staatsarchivs und weiterer archiver Institutionen, die Informationen über die Arbeitsweise in ihren Einrichtungen und über Amtsträger aus dem Leitungsbereich sowie Kollegen weitergaben.⁵⁵⁶ Das Staatsarchiv Potsdam wurde beispielsweise durch 5 IM vollständig überwacht. In allen Arbeitsbereichen, sei es in der Leitung, im Magazin, im Benutzerdienst, in der Restaurierungswerkstatt oder der Erschließung, war ein Informant zur Auskunft über Kollegen, Archivbenutzer und Arbeitsvorgänge eingesetzt.⁵⁵⁷

Nach Aussagen eines Mitarbeiters des Zentralen Staatsarchivs wurde beispielweise das Verbot, die Westsektoren zu betreten oder zu durchfahren, von einigen seiner Kollegen nicht befolgt. Weiter führte er 1962 aus, dass 98 Prozent aller ZStA-

⁵⁵¹ Schirdewan, Karl: Ein Jahrhundert Leben. S. 272f.

⁵⁵² Vgl. Verordnung über die weitere sozialistische Umgestaltung des Hochschul- und Fachschulwesens in der DDR vom 13.02.1958. In: GBl.-DDR I. 1958. Nr. 15. S. 177.

⁵⁵³ Vgl. ebd.

⁵⁵⁴ Vgl. Brachmann, Botho: Die Ausbildung wissenschaftlicher Archivare in Potsdam und Berlin 1950-1995/1996. In: Archiv für Diplomatik, Jg. 39 (1993) S. 427f.

⁵⁵⁵ Vgl. Schreyer, Hermann: Archivwesen. S. 147.

⁵⁵⁶ Vgl. Blum, Ralf: Wie die Stasi ins Archiv kam – der Einfluss des MfS auf das Deutsche Zentralarchiv zu Beginn der 1960er Jahre. In: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Historische Erinnerung im Wandel: Neuere Forschungen zur deutschen Zeitgeschichte unter besonderer Berücksichtigung der DDR-Forschung. Berlin: Lit 2007. S. 281–302.

⁵⁵⁷ Vgl. BStU, MfS, Bv Pdm Abt. VII 719 Bl. 3.

Mitarbeiter eine negative Einstellung zur DDR hätten und die Führungsebene der StAV eine Konterrevolution gegen Ulbricht plane.⁵⁵⁸ Zudem berichtete ein Mitarbeiter des Zentralen Staatsarchivs, sein Abteilungsleiter „ist zwar Genosse aber absolut gegen die DDR eingestellt.“⁵⁵⁹ Beklagt wurde auch, dass ein Funktionär der Führungsebene der StAV die Republikflucht, das Westfernsehen und den Westfunk billigte.⁵⁶⁰ Unterstützung fanden diese Bespitzelungen durch sicherheitspolitische Anordnungen oder in der Neufassung der Kaderrichtlinien, die darauf beruhten, fachlich qualifizierte und politisch-bewusste Mitarbeiter auszubilden, welche die Beschlüsse der DDR-Regierung zur Richtschnur ihres Handelns machten.⁵⁶¹ Voraussetzung dafür war Vertrauenswürdigkeit hinsichtlich der Verbundenheit zur Parteipolitik.⁵⁶² Trotz dieser Bemühungen konnte Schirdewan das Archivwesen nicht auf politische Linie bringen.

Die mangelnde Parteizugehörigkeit und -aktivität innerhalb der Archivarszunft und die Abwanderung des archivischen Personals in die Bundesrepublik Deutschland konnte die Parteispitze erst durch den Mauerbau 1961 begrenzen. Aus der Sicht des Politbüros hatte Schirdewan jedoch seine Kompetenzen als Leiter der StAV überschritten. Ihm wurde vorgeworfen, kritikunfähig und forschungshemmend gegenüber der Parteipolitik zu sein und durch „übermäßige Zentralisierung“ seinen Aufgabenbereich zu vergrößern.⁵⁶³ Seine Absetzung erfolgte im Mai 1965.⁵⁶⁴ Insgesamt zeigt die, als Strafe gedachte, Amtseinsetzung wie auch die Entlassung von Karl Schirdewan die Verhärtung des politischen Kurses. Beide Fälle waren nicht fachlich begründet, sondern von der Willkür des ZK bestimmt, um die ideologische und personelle Homogenität für den „Aufbau des Sozialismus“ zu gewährleisten. Die Vorzüge der wissenschaftlichen Autonomie und politischen Freiheit, wie sie noch bis Mitte der 1950er Jahre für die Archivare bestanden, wurden nun durch Überwachungsmaßnahmen eingeschränkt. Die Arbeitsaufgaben konnten nur mit Mühe und unter ständiger Kontrolle durch die StAV und das MfS wahrgenommen werden, was sich in den nächsten Jahren fortsetzte.

Die von Schirdewan eingeführte Ideologisierung des Archivwesens wurde in den 1970er Jahren fortgeführt und verlief parallel zu den innen- und außenpolitischen

⁵⁵⁸ Vgl. BStU, MfS, HA IX, 24277. Bl. 2.

⁵⁵⁹ Vgl. ebd. Bl. 7.

⁵⁶⁰ Vgl. ebd. Bl. 69.

⁵⁶¹ Vgl. Richtlinien für die Durchführung der Kaderarbeit im Bereich der StAV, vom 30.06.1960. In: BArch, DO 1, 30195.

⁵⁶² Vgl. ebd.

⁵⁶³ Vgl. Bericht über den Brigadeeinsatz im Bereich der StAV, vom 29.03.1965. In: BArch DO 1, 21060.

⁵⁶⁴ Vgl. Schirdewan, Karl: Ein Jahrhundert Leben. S. 283; dazu ein Auszug aus einem Brigadebericht vom Mai 1965 der seine Verfehlungen auflistet: Ebd. S. 322f.

Ereignissen in der DDR.⁵⁶⁵ Die widersprüchliche Politik, in der trotz der öffentlich bekundeten friedlichen Koexistenz der „Klassenkampf“ verschärft wurde, zeigte sich im Archivwesen mit der Einführung der Geheimhaltungsordnung von 1973. Auf über 200 Seiten regelte die Ordnung alle Details zur Sicherheit im Archivwesen.⁵⁶⁶ Wie bei Schreyer erörtert, entschied sie beispielsweise über den Umfang oder die Art der Verbindungen in die Bundesrepublik Deutschland, die Anforderungen an Geheimnisträger, die Dienst- und Urlaubsreisen oder über ankommende Ferngespräche.⁵⁶⁷ Die Umsetzung dieser Anweisungen gewährleisteten die „Sicherheitsbeauftragten“, die zusammen mit den Kaderbeauftragten des MfS die Gruppe der fachfremden Mitarbeiter in den staatlichen Archiven verstärkten.⁵⁶⁸

Ergänzt wurden diese Kontrollmaßnahmen durch Veränderungen in den Abteilungsstrukturen der Staatsarchive und in den Zuständigkeiten der Arbeitsbereiche der Archivmitarbeiter. Die Abteilungs- und Arbeitsstrukturen richteten sich bis Mitte der 1970er Jahre nach dem traditionell-preußischen Aufbau der Vorkriegszeit, der in der Regel bestandsbezogen war.⁵⁶⁹ Das meint, dass die archivischen Mitarbeiter in ihren Abteilungen nur die ihnen zugewiesenen Bestände bearbeiteten. Jeder Archivar kannte sich in Ordnung und Verzeichnung, Erschließungsstand und Bewertung lediglich in „seinem“ Bestand aus und konnte dazu Auskünfte und Benutzerberatungen vornehmen.⁵⁷⁰ In den 1970er Jahren änderte sich dieses System im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen, sodass beispielsweise eine „Abteilung Auswertung“ geschaffen wurde, die sämtliche Bestandsauswertungen vornahm und die aus politisch vertrauenswürdigen Mitgliedern der SED bestand.⁵⁷¹ Das neue System war ebenso unbeliebt wie ineffizient, so erneut Schreyer, da die Mitarbeiter der „Abteilung Auswertung“ ihre Arbeitsergebnisse nicht den Benutzern vermitteln durften und die übrigen archivischen Mitarbeiter keine Bestandskenntnisse mehr gewinnen konnten, was ihnen ihre Arbeitsgrundlage entzog und eine Nutzung der Bestände unmöglich machte.⁵⁷² Diese Umwandlungen in den Arbeitsstrukturen bildeten den Höhepunkt in der Entwicklung des sozialistischen Archivwesens in der DDR. Mit der Einsetzung

⁵⁶⁵ Vgl. Schreyer, Hermann: Archivwesen. S. 209.

⁵⁶⁶ Ausführlich zur Geheimhaltungsordnung von 1973 in Schreyer, Hermann: Archivwesen. S. 157–160. hier S. 157.

⁵⁶⁷ Vgl. Schreyer, Hermann: Archivwesen. S. 158ff.

⁵⁶⁸ Vgl. ebd. S. 157f.

⁵⁶⁹ Vgl. ebd. S. 183.

⁵⁷⁰ Vgl. ebd.

⁵⁷¹ Vgl. ebd. S. 183f.

⁵⁷² Vgl. ebd. S. 185.

von politisch unbedenklichen, fachfremden Mitarbeitern waren die kaderpolitischen Entwicklungen für das Archivwesen abgeschlossen.

Obwohl die Gegebenheiten der 1970er Jahre zu Beginn der 1980er Jahre fortgesetzt wurden, ergaben sich in der Schlussphase der DDR auch Neuerungen in der Personalpolitik. Innerhalb der StAV erfolgte ein Führungswechsel, als der 1983 in den Ruhestand getretene Gerhard Exner, als Leiter der StAV, vom MfS-Oberst Roland Leipold ersetzt wurde.⁵⁷³ Leipold, der zuvor in der Archivabteilung des MfS eingesetzt war, bekam die Aufgabe, die Kaderversicherung und den Geheimnisschutz gegenüber dem westlichen Ausland und der Bundesrepublik Deutschland zu garantieren.⁵⁷⁴ Die Umsetzung dieses Aufgabengebiets war schwierig, da die komplexen Fachaufgaben der 1980er Jahre, wie die Büroautomatisierung und die dadurch erforderlich werdenden Rechtsvorschriften zur archivischen Datentransferübertragung, Vorrang besaßen.⁵⁷⁵ Dennoch konnte sich die StAV zu einem Verwaltungsapparat mit institutionellen Verzweigungen entwickeln, wodurch ihr 1987 neben den Staatsarchiven und dem Zentralen Staatsarchiv die Fachschule für Archivwesen, ein Dokumentationszentrum sowie der Beauftragte für Sicherheit und Kulturschutz unterstanden.⁵⁷⁶

Mit der deutsch-deutschen Vereinigung 1989/1990 folgte ein Abwicklungsprozess, der auch das Archivwesen der DDR umfasste und zu neuen Aufgabenfeldern und Problemen für die ehemaligen DDR-Archivare führte. Die größte Herausforderung lag in der Sicherung und Übernahme des Schriftguts der abgewickelten staatlichen DDR-Institutionen und in der beruflichen Neuorientierung der ehemaligen DDR-Archivare auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt.⁵⁷⁷ Auch die Auflösung des StAFO und die Erfassung, Übernahme und Sicherung der Unterlagen der Wirtschaftsbestände und des Schriftguts der Partei- und Massenorganisationen ließen neue Probleme entstehen.⁵⁷⁸ Zudem musste die Benutzungspraxis den bundesdeutschen Archivstandards angepasst werden, was durch die Abschaffung der 30-jährigen Schutzfrist für Verwaltungsschriftgut begünstigt wurde und die

⁵⁷³ Vgl. Schetelich, Eberhard: Gerhard Exner. In memoriam. In: AM, Jg. 39 (1989) H. 3. S. 65. Und Ernennung Leipolds zum Leiter der StAV. In: AM, Jg. 33 (1983) H. 1. S. 40.

⁵⁷⁴ Vgl. Schreyer, Hermann: Archivwesen. S. 215.

⁵⁷⁵ Vgl. Leipold, Roland: 40 Jahre DDR – 40 Jahre Archivwesen im Dienste des Volkes. In: AM, Jg. 39 (1989) H. 4. S. 101.

⁵⁷⁶ Vgl. Schreyer, Hermann: Archivwesen. S. 221.

⁵⁷⁷ Vgl. Naasner, Walter: Das Zentrale Staatsarchiv – „Nationalarchiv“ der DDR. In: ZfG, Jg. 59 (2011) H. 2. S. 138.

⁵⁷⁸ Vgl. Schreckenbach, Hans-Joachim: Archivrecht in den fünf neuen Ländern. Eine historische und vergleichende Betrachtung. In: Beck, Friedrich; Neitmann, Klaus (Hrsg.): Brandenburgische Landesgeschichte und Archivwissenschaft. Festschrift für Lieselott Enders zum 70. Geburtstag. Weimar: Böhlau Nachfolger 1997. S. 311.

Einführung eines Schutz- und Sperrfristensystems vorantrieb.⁵⁷⁹ Überdies galt es, die willkürliche Vernichtung von Archivgut zu verhindern und die Neuorganisation eines föderalen Archivwesens zu intensivieren. Besondere Schwierigkeiten bestanden in dieser Problematik bei der Sicherung der Unterlagen des MfS. Das Ziel war, die Aktenvernichtung zu verhindern und die Voraussetzung für eine gesetzliche Normierung auf Einsicht in die eigene Akte zu schaffen. Dieser Forderung wurde am 14. November 1991 mit dem „Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ nachgekommen.⁵⁸⁰

Nichtsdestoweniger führten diese Neuerungen, die mit dem deutschen Wiedervereinigungsprozess einhergingen, dazu, dass sich ein Spannungsverhältnis zwischen Forschungsfreiheit und informationeller Selbstbestimmung in den neuen Bundesländern entwickelte. Auch wenn dieses Konfliktfeld noch in der heutigen Archivgesetzgebung besteht, ist es nunmehr möglich, die Rechtsbegriffe der Archivgesetze so auszulegen, dass ein Ermessensspielraum für die Ausübung der freien wissenschaftlichen Forschungstätigkeit und die Wahrung schutzwürdiger Interessen der Betroffenen entsteht.⁵⁸¹ Jene Faktoren waren in der DDR zu keiner Zeit von Belang.

Fazit

Im Vergleich der beiden Fachdisziplinen der Geschichtswissenschaft und der Archivwissenschaft finden sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede.

Die meisten Berührungspunkte liegen in den Nachkriegsjahren, da für beide Bereiche der Wiederaufbau der wissenschaftlichen Institutionen sowie die Neugründungen nach 1945 in organisatorischer und personeller Kontinuität verliefen. Demgemäß wurden im Archivwesen und in der Geschichtswissenschaft die traditionellen Strukturen der Vorkriegszeit fortgeführt, wodurch die Personen wieder eingesetzt wurden, die bereits vor Kriegsende agierten. Eine weitere Gemeinsamkeit stellen die Zentralisierungsversuche dar, die mit den institutionellen Neugründungen

⁵⁷⁹ Vgl. Schreckenbach, Hans-Joachim: Archivrecht in den fünf neuen Ländern. Eine historische und vergleichende Betrachtung. In: Beck, Friedrich; Neitmann, Klaus (Hrsg.): Brandenburgische Landesgeschichte und Archivwissenschaft. Festschrift für Lieselott Enders zum 70. Geburtstag. Weimar: Böhlau Nachfolger 1997. S. 311.

⁵⁸⁰ Vgl. ebd.

⁵⁸¹ Vgl. Polley, Rainer: „Oft büßt das Gute ein, wer Bessres sucht“ – Bestandsaufnahme und Gedanken zum aktuellen Stand der Archivgesetzgebung in Deutschland. In: (Ders.): Archivgesetzgebung in Deutschland – Ungeklärte Rechtsfragen und neue Herausforderungen. Veröffentlichungen der Archivschule Marburg 2003. Nr. 38. S. 21.

in beiden Bereichen einhergingen. Bis 1949 überwog somit die gesamtdeutsche Einstellung hinsichtlich der Verwaltungsstrukturen in der SBZ bzw. frühen DDR.

Allerdings lassen sich für diesen Zeitraum auch Gegensätzlichkeiten in der Umsetzung der Personalpolitik erkennen. Für den Bereich der Geschichtswissenschaft wurden noch vor Kriegsende Maßnahmen von der Parteiführung der UdSSR vorbereitet, um eine erste Kaderpolitisierung vornehmen zu können, was sich beispielsweise in der übermäßigen Anzahl der institutionellen Neugründungen im Bereich der Kaderentwicklung darstellte. Für das Archivwesen wurden derartige Vorkehrungen nicht getroffen, was die Schlussfolgerung zulässt, dass der politische Fokus der SMAD und SED in den Nachkriegsjahren nicht auf das Archivwesen gerichtet war. Diese Aussage kann dadurch bekräftigt werden, dass das Archivwesen nach dem Zweiten Weltkrieg, aufgrund des noch funktionierenden Systems an Staatsarchiven, seine Arbeitsaufgaben schneller wiederaufnehmen konnte und weniger stark politisch angeleitet werden musste.

Die Zentralisierungstendenzen in den beiden Wissenschaftsbereichen, die kurz nach der Wiederaufnahme der Fachaufgaben erfolgten, fanden in den 1950er Jahren eine Fortsetzung. Vor allem das Archivwesen wurde in den ersten Jahren nach der Gründung der DDR durch Verordnungen und Richtlinien, die Bildung der StAV oder die Unterstellung der Staatsarchive unter das Innenresort des MfI versucht zu zentralisieren. Die Überwachung des Fachbereichs blieb allerdings noch aus, was eine wissenschaftliche Autonomie in den Archiven ermöglichte.

Anders stellte sich die Situation in der Geschichtswissenschaft dar, wo ein vermehrter Ausbau der wissenschaftspolitischen Apparate und die Umformung der Hochschullandschaft dazu führten, dass in den 1950er Jahren alle wesentlichen Umwandlungsmaßnahmen im Sinne der marxistisch-leninistischen Ideologie abgeschlossen werden konnten. Obwohl die Neugründungen und Ausbauten auf eine stärkere Zentralisierung abzielten, mussten sie vor allem die Kaderentwicklung beschleunigen. Dadurch galt in den 1960er Jahren der Elitenwandel als vollzogen. Dieser Zustand konnte in der Archivwissenschaft erst in den 1980er Jahren erreicht werden.

Die 1960er Jahre verliefen für beide Wissenschaften in Übereinstimmung, vor allem im Bereich der Personalpolitik. Sowohl die Historiker als auch die Archivare litten unter einer Verhärtung des politischen Kurses, der zur Verschärfung des Überwachungssystems und zu personellen „Säuberungen“ führte. Um die sozialistische Kaderentwicklung voranzutreiben, wurden neue sicherheitspolitische

Anordnungen sowie erweiterte Kaderrichtlinien erlassen. Im Hinblick auf diese Maßnahmen waren die Historiker stärker betroffen als die Archivare. In den letzten beiden Jahrzehnten bis zur Friedlichen Revolution 1989 wurde der politische Kurs der letzten Jahre für beide Gesellschaftsbereiche fortgeführt. In der Historiografie waren der institutionelle Aufbau sowie das einheitliche Wissenschaftssystem umgesetzt. Die Archivwissenschaft konnte durch die Vorgaben der StAV kontrolliert werden. Die Ziele des Politbüros beschränkten sich aus diesem Grund bis 1989 nur noch auf den Geheimnisschutz und die Kadersicherung.

Im generellen Vergleich fällt auf, dass sich lediglich die Geschichtswissenschaft mitsamt ihrer Zunft zum Steuerungsinstrument der Partei entwickelte, obwohl beide Fachdisziplinen während der Nachkriegsjahre mittels der Personalpolitik und den Zentralisierungsversuchen beeinflusst wurden. Bis zur Friedlichen Revolution musste sie von nun an die Vormachtstellung der SED und die Daseinsberechtigung der DDR immer wieder neu erörtern und legitimieren. Auch war der Berufsstand der Historiker, sei es hinsichtlich des Aufbaus der wissenschaftspolitischen Apparate oder der Kaderentwicklungsprogramme, Ende der 1950er Jahre an einem Punkt angekommen, der von den Archivaren erst später erreicht wurde. Wird der Blick unter diesen Aspekten auf das staatliche Archivwesen der DDR gerichtet, zeigt sich an vielen Stellen die mangelnde politische Beachtung dieses Bereiches bzw. die Hervorhebung der Geschichtswissenschaft.

Dementsprechend kann den Archivaren der DDR nur eine unterstützende Funktion der Geschichtswissenschaft und eine nachgeordnete Rolle im Bereich der Gesellschaftswissenschaften der DDR zugestanden werden. Nichtsdestoweniger trugen das Archivwesen und die Archivwissenschaft der DDR in ebensolchem Ausmaß wie die Geschichtswissenschaft dazu bei, das historische Erbe der DDR, in Form von Quellenmaterial, zu bewahren. Prägend waren die Archivare in der Beratung der wissenschaftlichen Archivbenutzer, wozu vor allem Historiker zählten, sowie in der Erhaltung und Erschließung des bestehenden Archivguts. Diese Bereiche wurden mittels personalpolitischer Richtlinien und Geheimhaltungsverfügungen stärker von der SED-Führung wahrgenommen und beeinflusst.

4.3. Beziehungsstrukturen innerhalb und zwischen beiden Berufsgruppen

In der zweiten Forschungsfrage sollen die Beziehungsstrukturen beider Berufsgruppen für den Zeitraum von Mitte der 1950er Jahre, als die Bildung der meisten wissenschaftlichen Institutionen als abgeschlossen galt, bis zum Ende der DDR 1989 dargestellt werden. Um die Arten des Informationsaustauschs voneinander abzugrenzen, werden drei Kategorien erhoben: die Beziehungsstrukturen innerhalb der universitären Aufgaben (4.3.1.), die Verbindungen durch Redaktionskollegien wissenschaftlicher Fachblätter (4.3.1.) sowie die Beziehungen beider Berufsgruppen auf wissenschaftlichen Tagungen und Kongressen (4.3.3.).

In diesen Kategorien wird erörtert, inwiefern das jeweilige Untersuchungsfeld der personellen Vernetzung in der DDR diene. Inbegriffen ist, ob dieser Bereich in der DDR existierte, wer ihn staatlich überwachte, wer Zugang zu ihm hatte und inwieweit ein freier Meinungs austausch möglich war. Inwieweit sich die Zugangsbedingungen über die Jahre veränderten, welche politischen oder personellen Faktoren daran geknüpft wurden und inwiefern sich die Vernetzungsmöglichkeiten in den einzelnen Bereichen verändern konnten, wird ebenso dargestellt. Zudem wird geprüft, was diese Überlegungen für die Repräsentanten dieser Arbeit bedeuteten.

Aufgrund der in der ersten Forschungsfrage gewonnenen Erkenntnis, dass die Berufsgruppe der Historiker in vielerlei Hinsicht stärker in das politische Geschehen der DDR eingebunden war als die Archivare, wird für die Beantwortung dieser Fragestellung angenommen, dass die Kontakte und die Kooperation innerhalb der Historikerzunft umfangreicher auftraten als bei ihrem archivischen Pendant.

Bekräftigt wird diese Annahme durch die Darstellung des Berufsbildes der Archivare während des Bestehens der DDR. Der Berufszweig wurde als wenig erstrebenswert stigmatisiert, da er, nach Meinung der SED-Führung, keine Ideologie hervorbrachte wie andere Gesellschaftswissenschaften, sondern diese lediglich bewahrte.⁵⁸² Wie Leo Stern erwähnt, lag die Situation 1950 so, dass die Archive als Niederschlag dessen angesehen wurden, „was die herrschenden Klassen mit ihrem Unterdrückungsapparat in den Akten festgehalten haben.“⁵⁸³ Wie Volker Wahl ausführt, war der Archivar innerhalb der Historikerzunft als „Positivist [...] verschrien“.⁵⁸⁴ Diese negative Auslegung vernachlässigt, so weiter Wahl, dass der Beruf des Archivars in der Vorkriegszeit nationales wie regionales Renommee besaß

⁵⁸² Vgl. Wahl, Volker: Berufsbild. S. 74.

⁵⁸³ BStU, MfS, BV, Halle AP 1989/67 Bd. 1. Bl. 38.

⁵⁸⁴ Vgl. Wahl, Volker: Berufsbild. S. 78.

und sich bis heute am Berufsethos der „Ehrlichkeit und Offenheit“ messen lässt.⁵⁸⁵ Diese Handlungsweise war dem Politbüro unwillkommen – stand sie doch entgegen der Anerkennung der führenden Rolle der Partei und ihren Sicherheitsbestrebungen. Es war Berufsalltag, dass während des „Kalten Krieges“ der Schriftverkehr kontrolliert, die Sprachregelungen vereinheitlicht und die Archivare selbst, als Person und hinsichtlich ihrer Arbeitsleistungen, gegenüber der Öffentlichkeit abgeschirmt wurden.⁵⁸⁶ Dabei reduzierte sich die Arbeitsleistung der Archivare der DDR nicht nur auf ein Bewahren von Informationen, sondern beinhaltete auch die Auseinandersetzung mit regionalen oder nationalen Problemstellungen, was die Bibliografien der Archivare belegen. Dass sie sich dabei nicht immer in einer systemkonformen Weise äußerten, zeigt beispielsweise der Dresdner Archivar Horst Schlechte, der bei einigen seiner Publikationen vor der Druckfreigabe innerhalb von Verlagsgutachten darauf hingewiesen wurde, die Klassiker des Marxismus-Leninismus stärker zu zitieren und die Verweise auf „bürgerliches“ Gedankengut einzuschränken.⁵⁸⁷

Wie wenig gesellschaftlich geschätzt der Berufsstand der Archivare war, verdeutlicht eine Aussage von Kurt Hager auf der Tagung des ZK der SED vom Juli 1972: „Wir sorgen uns um die Gesamtheit humanistischer und progressiver Kulturtraditionen. Wir hüten [...] das Erbe nicht, wie Archivare alte Akten hüten.“⁵⁸⁸ Durch diese Herabsetzung und die mangelnde berufliche Flexibilität der Archivare, die in der Regel längerfristig an eine Institution im Archivwesen gebunden waren, werden die Verbindungen des Berufsstandes der Archivare weniger fachübergreifend ausfallen, jedoch durch die geringere Anzahl an DDR-Archivaren gegenüber den Historikern intensiver gepflegt sein.

4.3.1. Universitäts- und Hochschulbereich

Im Zuge der sozialistischen Umgestaltungen während der Ära Ulbricht wurden die Universitäten und Hochschulen dem Verwaltungsapparat der SED unterstellt. Um das, auf marxistisch-leninistischem Gedankengut basierende, Wissenschaftskonzept der DDR auszubauen, nutzte die Parteispitze einen umfassenden Maßnahmenkatalog, der von der Modifikation staatlicher Bildungseinrichtungen über

⁵⁸⁵ Vgl. Wahl, Volker: Berufsbild. S. 78.

⁵⁸⁶ Vgl. ebd. S. 77.

⁵⁸⁷ Vgl. Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, 12772 Nachlass Horst Schlechte, Nr. 103.

⁵⁸⁸ Hager, Kurt: Beiträge zur Kulturpolitik. Reden und Aufsätze 1972 bis 1981. Berlin: Dietz 1981. S. 58f. Der Ausspruch stammt ursprünglich aus Lenins Aufsatz „Auf welches Erbe verzichten wir?“ In: Lenin, Vladimir: Werke. Berlin: Dietz 1973. Bd. 2 S. 539.

die Einführung neuer Hochschultypen bis zum Kaderaufbau mittels parteikonformer Studenten- und Dozentenschaft reichte (Kapitel 3). Die Hauptaufgabe bestand darin, eine „sozialistische Intelligenz“ zu etablieren, so Kowalczuk, die zur Erneuerung des Hochschulbereichs nach sowjetischem Vorbild beitragen sollte.⁵⁸⁹ Mit der Umsetzung dieses Vorhabens konnte sich bis Ende der 1960er Jahre eine Überrepräsentation der akademischen Elite entwickeln, die in „einer Partei der Apparatschiks“ mündete, wie es erneut Kowalczuk formuliert.⁵⁹⁰ Der Hochschulbereich der DDR war somit fest im Sozialismus verankert.

Dass dieser Umstrukturierungsprozess der Universitätslandschaft auch das Fachpersonal involvierte, zeigt sich im Umgang der SED-Spitze mit den nichtmarxistischen und den neuen sozialistischen Gelehrten. Da für die Intellektuellen der DDR keine statistischen Erfassungen zu ihrem Kommunikationsverhalten existieren, wodurch die Beziehungsverflechtungen im Hochschulbereich aufgezeigt werden könnten, muss auf andere Informationsquellen zurückgegriffen werden. Mitteilungen zum personellen Austausch der Wissenschaftler der DDR über ihre Forschungsthemen, die Mitarbeit an Projekten oder ihre Publikationstätigkeit finden sich vereinzelt in den Nachlässen oder Autobiografien einiger DDR-Gelehrter und sind hinsichtlich ihrer Objektivität kritisch zu bewerten. Das trifft besonders auf Erinnerungen zu, die erst nach 1990 veröffentlicht wurden. Diese Aufzeichnungen der Historiker und Archivare zu ihren persönlichen Erlebnissen und Eindrücken in der DDR müssen mit ihrem biografischen Hintergrund ins Verhältnis gesetzt und hinterfragt werden. Nur eine geringe Anzahl dieser Dokumentation wurde für den Zweck der privaten Nutzung angefertigt. Die Mehrheit dieses Gedankenguts wurde in Autobiografien oder Memoiren veröffentlicht. Dementsprechend muss davon ausgegangen werden, dass die Erinnerungen selektiert oder bereits unter einer Lesart verfasst wurden, die der gewünschten Selbstdarstellung des jeweiligen Autors dienen. Dennoch bieten diese Materialien die Möglichkeit, um Problemfelder in der privaten und öffentlichen Kommunikation zu verdeutlichen.

Im Gegensatz zu den Kapiteln 4.3.2. und 4.3.3., in denen die Beziehungsstrukturen der zehn Historiker und Archivare anhand ihrer Mitarbeit in Redaktionskollegien und der Teilnahme an Kongressen charakterisiert werden, werden in diesem Kapitel die Historiker stärker hervortreten. Dieser Umstand ergibt sich daraus, dass die Archivare, gegenüber ihren Kollegen aus der Historikerzunft, im Hochschulbereich

⁵⁸⁹ Kowalczuk, Ilko-Sascha: Legitimation. S. 146.

⁵⁹⁰ Vgl. ebd.

der DDR nur marginal vertreten waren. Ihre hauptamtlichen Tätigkeiten lagen in ihren Hausarchiven und wurden durch Nebenämter wie der Mitarbeit in Redaktions- und Autorenkollektiven oder einem universitären Lehrauftrag ergänzt. Ein Beschäftigungsfeld im Universitätsbereich bot sich ihnen nur in der Ausbildung ihres eigenen archivischen Nachwuchses am IfA in Potsdam, an der Fachschule für Archivwesen „Franz Mehring“ (für den mittleren Archivdienst) und in der Lehrtätigkeit innerhalb der Historischen Hilfswissenschaften.

Um die archivischen Perspektiven darstellen zu können, beschränkt sich dieses Unterkapitel auf drei Krisenjahre der DDR: Das erste Konfliktfeld beruht auf den Auseinandersetzungen zwischen den Hochschulmitarbeitern und den Hochschulfunktionären der SED während der Ausschreitungen im Juni 1953 (a), der zweite Bereich betrachtet die Differenzen während der Debatten nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 (b) und die dritte Ebene beinhaltet die Spannungsverhältnisse nach dem Bau der Berliner Mauer 1961 (c). Während dieser Jahre kam es an allen Universitäten und Hochschulen der DDR zu Unruhen, Protestaktionen und allgemeinen Konflikten in der sozialen Kommunikation. Sowohl die im Hochschulbereich arbeitenden Historiker als auch die Archivare waren von diesen Gegebenheiten betroffen. Generelle berufsgruppenspezifische Krisen ließen sich weder für konkrete Jahre noch für einzelne Universitäten nachweisen.

a) Auseinandersetzungen zwischen Hochschulmitarbeitern und dem Hochschulapparat der SED während der Ausschreitungen im Juni 1953

Mit dem Tod von Josef Stalin im März 1953 und den Ereignissen um den 17. Juni desselben Jahres wurde im gesamten „Ostblock“ ein Entstalinisierungsprozess eingeleitet, der auch das Hochschulwesen der DDR betraf. Den Verlauf des Volksaufstandes unterteilt Kowalczuk in sechs Phasen.⁵⁹¹ Wirtschaftliche Rückschläge führten Anfang 1953 zu ersten Demonstrationen und kennzeichnen diesen Abschnitt als „Inkubationsphase“ des Volksaufstandes, deren Fortführung sich ab Mai 1953 als zweite Stufe erhob. Zwischen dem 9. und 15. Juni sah sich das Politbüro gezwungen, ein öffentliches Fehlereingeständnis einzuräumen, um die Demonstranten zu beschwichtigen. Doch statt die Bevölkerung zu beruhigen, ließ jenes Bekenntnis die Krisenlage im Volksaufstand vom 16. bis 21. Juni, mit dem

⁵⁹¹ Ausführlich in Kowalczuk, Ilko-Sascha: Legitimation. S. 118–120.

Höhepunkt des 17. Juni, eskalieren.⁵⁹² Die Folgen waren Proteste, Streiks und Forderungskataloge vieler Bevölkerungsschichten, die sich bis September 1953, der fünften Phase, ausdehnten. Dieses Aufeinanderfolgen der Ausschreitungen führte zur politischen Stagnation und konnte erst ab September, im sechsten Abschnitt, durch eine politische Offensive der Parteispitze kontrolliert werden.⁵⁹³

Wie aus einem Bericht des Zentralvorstands der Gewerkschaft Wissenschaft vom Juni 1953 hervorgeht, verhielt sich die Mehrheit der Akademiker an den Hochschulen der DDR während der Demonstrationen dieser Tage passiv und nahm weder am Streikgeschehen teil, noch gab sie öffentliche Erklärungen ab.⁵⁹⁴ Diese Ansicht teilten auch die Prorektoren der Universitäten Leipzig, Greifswald und der TH Dresden.⁵⁹⁵ Dennoch lassen sich in einigen Tagebuchaufzeichnungen und Memoiren der DDR-Intellektuellen Ausführungen zu den Unruhen im Sommer 1953 anführen. Jürgen Kuczynski erwähnt rückblickend, dass ihn die Ereignisse vom Juni 1953 „völlig unvorbereitet“ trafen, im Gegensatz zu den politischen Umwälzungen im Oktober 1989.⁵⁹⁶ Zum Zeitpunkt der Demonstrationen befand er sich mit Berthold Brecht in Berlin: „Und was in Berlin geschah, veranlaßte uns beide, voll hinter der Partei- und Staatsführung zu stehen.“⁵⁹⁷ Eine Hinterfragung seiner Einstellung zur Parteipolitik der SED bewirkten die Ereignisse vom Juni 1953 für diesen Historiker nicht. Seine Haltung hatte allerdings strategische Gründe: Mit seiner Tätigkeit als Dekan des Instituts für Wirtschaftswissenschaften an der HU Berlin stieg seine Unzufriedenheit. Wie er in seinen Memoiren erläutert, war er seit 1951 in dieser Funktion, die er lediglich ausführte, da ihn die Fakultätsparteileitung dazu verpflichtete.⁵⁹⁸ Seinem Wunsch nach vorzeitiger Entlassung wurde nicht nachgekommen. Stattdessen beschloss die Parteiorganisation der Fakultät, sein Amt aus „parteierzieherischen Gründen“ zu verlängern.⁵⁹⁹ Kuczynski, dessen Lebensinhalt das Schreiben und Forschen war, wie er selbst erklärte, war als Dekan dazu angehalten, einer zeitintensiven Leitungstätigkeit nachzugehen.⁶⁰⁰ Jenes

⁵⁹² Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: Legitimation. S. 119.

⁵⁹³ Vgl. ebd.

⁵⁹⁴ Vgl. Berichte des Zentralvorstands der Gewerkschaft Wissenschaft vom 24.06.1953. In: BArch, DY 30, IV 2/5, 542 Bl. 183.

⁵⁹⁵ Vgl. Situationsbericht zur Lage nach dem 17. Juni 1953 auf der Tagung der Prorektoren für Studentenangelegenheiten von Universitäten und Hochschulen der DDR im Staatssekretariat für Hochschulwesen, vom 19.06.1953. In: BArch, DY 30, IV 2/5, 542 Bl. 181f.

⁵⁹⁶ Kuczynski, Jürgen: Dissident. S. 84.

⁵⁹⁷ Ebd.

⁵⁹⁸ Vgl. ebd. S. 88f.

⁵⁹⁹ Ebd. S. 89.

⁶⁰⁰ Noch mit über 90 Jahren erklärte Kuczynski, „ohne zu schreiben will ich nicht leben.“ (Kuczynski, Jürgen: Fortgesetzter Dialog mit meinem Urenkel. Fünfzig Fragen an einen unverbesserlichen Urgroßvater. Berlin: Schwarzkopf & Schwarzkopf 1996. S. 219).

Arbeitsspektrum ging zu Lasten seines Lehr- und Forschungsbereichs. Obwohl er um diesen Umstand wusste, war ihm nicht klar, „daß sie [die Leitungstätigkeit, Anm. d. Verf.] so groß ist, daß sie sogar den Ehrgeiz mittelmäßiger Professoren, die also weder in Forschung noch Lehre besonderes leisten, in solcher Weise beeinflusst.“⁶⁰¹ Kuczynski bezog sich mit dieser Aussage auf Günter Kröber, dem Direktor des Instituts für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft an der AdW, der ihm gegenüber erwähnte, dass ihn die Bürokratie erschlage, wodurch er zu nichts mehr käme und ständig in Hektik sei.⁶⁰²

Kuczynski selbst empfand die dreigeteilte Arbeitsbelastung als Leiter, Lehrer und Forscher weniger psychisch belastend. Ihn hielt sie lediglich von seiner bevorzugten Forschungstätigkeit ab. Dennoch verwies er darauf, dass es unsinnig wäre, die drei Arbeitsbereiche zu trennen, da ein Leiter lehren und forschen, ein Lehrer auch leiten und forschen müsse und diese Aufgabenbereiche bewältigen könne.⁶⁰³ Dass er trotz allem vor Ablauf seines dritten Amtsjahrs dispensiert wurde, lag ausschließlich an seinem „ausgezeichneten Verhalten“ in den Tagen um den 17. Juni 1953, wie er selbst einräumt.⁶⁰⁴ Aufschluss liefern seine Aussagen auch über die Ausmaße der sozialistischen „Erziehungsmethoden“. Der Vorzug des politisch ambitionierten Gelehrten gegenüber dem wissenschaftlichen Lehrer und Forscher oder die aus pädagogischen Gründen vorgenommenen Amtsverlängerungen waren im Hochschulbereich der DDR Berufsalltag. Durch diese Maßnahmen konnte die Autonomie der Intellektuellen eingeschränkt oder ganz aufgehoben werden. Auch dadurch zeigen sich die Grenzen in der sozialen Kommunikation der DDR-Gesellschaft.

Ähnlich wie Kuczynski empfand Fritz Klein, der sich zur Zeit der Aufstände des 17. Juni im Ostseebad Ahrenshoop im Urlaub befand, den er durch den Kulturbund vermittelt bekommen hatte. Von den Protestmärschen in Berlin, die Klein in Funk und Fernsehen verfolgte, war in dem Urlaubsdomicil nichts zu erkennen. Die einzige Auseinandersetzung erfolgte in Diskussionsrunden zwischen Klein und weiteren Kulturbund-Feriengästen. Dabei herrschte Einigkeit darüber, dass der SED loyal gegenübergestanden wurde und regimekritische Forderungen abzulehnen waren.⁶⁰⁵ Die Anzweiflung des Gesellschaftssystems der DDR war für Klein indiskutabel, da

⁶⁰¹ Tagebucheintrag vom 29.05.1983. In: ABBAW, NL Jürgen Kuczynski, Nr. 175, Tagebuch Teil 2 von 1980–1987.

⁶⁰² Vgl. ebd.

⁶⁰³ Vgl. ebd.

⁶⁰⁴ Ebd.

⁶⁰⁵ Vgl. Klein, Fritz: Drinnen und Draußen. S. 168f.

er diese Ordnung für „sozial gerechter und antifaschistisch zuverlässiger“ empfand „als die restaurative westdeutsche“ Positionierung.⁶⁰⁶ Die Mängel des politischen Systems der DDR waren für Klein nicht durch den „Sturz“ der DDR, sondern durch das „Ringen um ihre Reformierung“ zu beheben.⁶⁰⁷

Die Niederschlagung der Proteste durch sowjetisches Militär wurde von Kuczynski und Klein demnach hingenommen, um den Status quo der DDR-Regierung zu erhalten, und führten nicht zum Wandel der politischen Auffassungen. Wie bei Kuczynski muss auch bei Klein der biografische Kontext berücksichtigt werden. Nach Abschluss seiner Promotion 1952 wurde er von Alfred Meusel für den Aufbau des Museums für Deutsche Geschichte eingesetzt und stellvertretender Abteilungsleiter der Abteilung 1918–1945. Zudem war er ab Juni 1953 als Redaktionssekretär der ZfG tätig.⁶⁰⁸ In den Jahren 1952 und 1953 erfolgte dementsprechend der Berufseinstieg Kleins, der durch Positionen besetzt war, die mögliche Entwicklungschancen zum späteren Abteilungsleiter am Museum bargen oder, wie später tatsächlich erfolgt, im Amt des Herausgebers der ZfG lagen. Öffentlichkeitswirksame Kritik oder eine Beteiligung am Streikgeschehen hätten zu diesem Zeitpunkt alle Berufschancen Kleins verhindert und seine bisherige Karriere beendet. Zudem waren seine Arbeitsorte prestigefördernd. Das Museum für Deutsche Geschichte avancierte zur zentralen Einrichtung des Museumsbereichs der DDR und nahm die sozialistische Volkserziehung sowie geschichtspropagandistische Funktionen wahr.⁶⁰⁹ Diese „Eigenbetriebe“ der SED galten als „Gralshüter der reinen Lehre“, wo es, wie Stefan Wolle überspitzt ausführt, „die besten Gehälter, das beste Mittagessen und im Keller eine Sauna“ gab.⁶¹⁰

In seinen Memoiren führt Klein aus, dass diese Denkweise, in der er einerseits die Strukturen der DDR unterstützen und andererseits die Fehler im politischen System beseitigen wollte, einen inneren Widerspruch heraufbeschwor, den er lange Zeit nicht erkannte.⁶¹¹ Sicher steht ein solches Eingeständnis hinter einigen DDR-Biografien und zeigt, dass die Anpassung an die Lebensbedingungen in der DDR als unbewusster Sozialisationsprozess erfolgen konnte. Ob Fritz Klein eine solche Erkenntnis erlangt hat, bleibt zweifelhaft. Seine Autobiografie, die 2000 veröffentlicht wurde, basiert auf dem, was ihm im Gedächtnis geblieben ist, wie er im Nachwort

⁶⁰⁶ Vgl. Klein, Fritz: Drinnen und Draußen. S. 168f.

⁶⁰⁷ Ebd. S. 169.

⁶⁰⁸ Vgl. Biografie Alfred Meusel. In: Mertens, Lothar: Lexikon. S. 345.

⁶⁰⁹ Vgl. Was erwarten wir von unseren Historikern? Zur Eröffnung des Museums für Deutsche Geschichte. In: ND, vom 05.07.1952. S. 1.

⁶¹⁰ Wolle, Stefan: Das Versagen der Historiker. In: Berliner Debatte Initial, Jg. 2 (1991) H. 2. S. 196.

⁶¹¹ Vgl. Klein, Fritz: Drinnen und Draußen. S. 170.

einräumt.⁶¹² Ergänzt werden seine Erinnerungen durch die Berichte seiner Frau, seiner Kollegen und Freunde sowie seine private Korrespondenz. Er führte kein Tagebuch und ein Aktenstudium hat er für die Recherchezwecke seiner Autobiografie nicht betrieben.⁶¹³

Dass Klein dem Staatsapparat der SED kritischer gegenüberstand als andere Kollegen, wie beispielsweise Horst Bartel oder Albert Schreiner, kann angenommen werden. Klein war kein Parteihistoriker, der sein gesamtes wissenschaftliches Wirken den marxistisch-leninistischen Idealen verschrieb. Er war vielmehr eine Mischung aus „unbekümmerte[m] Anpassling“ und „Eigensinnigen“, so die Unterteilung von Jan Peters.⁶¹⁴ Zwar verfolgte Klein seine eigenen Forschungsideale nur so lange, wie er nicht von der Parteiideologie eingeschränkt wurde, und unterwarf sich einer freiwilligen Selbstzensur, aber er war auch an international geltenden wissenschaftlichen Standards interessiert.⁶¹⁵

Somit war Klein nur bedingt mit Jürgen Kuczynski gleichzusetzen, der durch seine Nähe zu Walter Ulbricht und sein wissenschaftliches Renommee innerhalb wie außerhalb der DDR kritischer auf die von ihm beklagten Missstände der Gesellschaftsordnung der DDR verweisen konnte als andere Kollegen. Klein stand zwischen beiden Positionen. Er war wie Kuczynski darauf bedacht, seine Forschungsergebnisse zu reflektieren und nicht nur die von der Parteilinie vorgegebenen und durch Propaganda verzerrten Resultate zu veröffentlichen. Andererseits hat er, wie Bartel, mit dem MfS zusammengearbeitet, was er in seiner Autobiografie herunterspielt und zu rechtfertigen versucht. Seine Aussage des inneren Widerspruchs kommt diesem Versuch natürlich entgegen.

Selbst die nichtmarxistischen Historiker, wie Eduard Winter, kritisierten die Parteipolitik kaum. Winter erwähnte in seinem, um 1973 entstandenen, unveröffentlichten Manuskript⁶¹⁶ „Erfüllung in der deutschen demokratischen Republik [sic!]“ lediglich, dass die Ereignisse vom 17. Juni eine „Verschärfung in Berlin“ mit sich brachten, er die Prüfungen an diesem Tag „trotz der Unruhe, [...] und trotzdem viele Kollegen Vorlesungen und Prüfungen abbrachen, bis zum Schluss durch[hielt].“⁶¹⁷ Hier zeigt sich Winters Wille zur Einhaltung der Parteipolitik, mit dem

⁶¹² Vgl. Klein, Fritz: Drinnen und Draußen. S. 170.

⁶¹³ Vgl. ebd. S. 367.

⁶¹⁴ Peters, Jan: Über Historiker-Verhalten. In: Berliner Debatte Initial, Jg. 2. (1991) H. 2. S. 185.

⁶¹⁵ Vgl. die Grundtypen des Historikerverhaltens in der DDR bis 1989. In: Ebd.

⁶¹⁶ Winters Memoiren der Jahre 1945 bis 1976, die auf Teilen des unveröffentlichten Manuskripts basieren, wurden 1994 von Gerhard Oberkofler unter dem neutralen Titel „Erinnerungen (1945–1976)“ herausgegeben.

⁶¹⁷ Winter, Eduard: Erfüllung in der deutschen demokratischen Republik. S. 73. In: ABBAW, NL Eduard Winter, Nr. 2853.

er sich ausschließlich auf die Umsetzung seiner Forschungsaufgaben konzentrierte und „alles nicht dazugehörige, vor allem auch Menschliches, nicht sah“, wie er selbst erwähnt.⁶¹⁸

Interessant ist, dass er trotz seiner Selbstreflexion rückblickend lediglich bedauerte, sich dem wissenschaftlichen Marxismus zu wenig zugewandt zu haben.⁶¹⁹ Allerdings war Selbstkritik ein festes Instrument in parteiinternen Auseinandersetzungen und Teil der kommunikativen Praxis. Sich noch intensiver der marxistisch-leninistischen Forschung zuwenden zu wollen, auch wenn dadurch die soziale Kommunikation beeinträchtigt werden würde, war üblich, um die eigene marxistisch-leninistische Gesinnung zu verdeutlichen. Gleiches gilt für die selbstkritischen Aussagen, die Klein oder Kuczynski in ihren Memoiren vorgenommen haben.

Nichtsdestoweniger erwog Winter 1953, sich von der SED loszulösen und in sein Heimatland Österreich zurückzukehren, wozu ihm Freunde in der Bundesrepublik Deutschland rieten. Winter entschied sich schließlich, in der DDR zu bleiben, jedoch nicht aus politisch motivierten Gründen, sondern da er die Abwanderung als Rückschritt in seiner Entwicklung ansah.⁶²⁰ Trotz dieses Entschlusses, der Parteilinie der SED weiter Folge zu leisten, zeigt sich an diesem Beispiel, dass Winter 1953 über eine Änderung seiner Lebensverhältnisse nachdachte.

Mit dem Verhalten, systemkritisch zu denken und parteikonform zu agieren, ging Winter konform mit vielen seiner Kollegen und mit einigen Archivaren, die, wie Hellmut Kretschmar, keine SED-Mitgliedschaft besaßen, als Skeptiker der Ideale der SED auftraten und sich doch der politischen Linie unterordneten. Am 11. Juni 1953 notierte Kretschmar in seinen unveröffentlichten Tagebuchaufzeichnungen, dass der politische Kurs der SED scheinbar einen neuen Anlauf in Richtung Demokratie unternahm, der nach seiner Meinung „mehr ein russischer weltpolitischer Schachzug als eine Erkenntnis der DDR oder gar der SED [sei]. Immerhin bleibt es erträglich aber *timeo Danaos et dona ferentes*.“⁶²¹ Wie richtig Kretschmar mit seinen Zweifeln an dem vermeintlichen Geschenk der Demokratie lag und wie sehr er die nächsten politischen Schritte der Parteispitze fürchten musste, zeigte sich nur wenige Tage später in den Ausschreitungen des 17. Juni.

⁶¹⁸ Winter, Eduard: Erfüllung in der deutschen demokratischen Republik. S. 72.

⁶¹⁹ Vgl. ebd.

⁶²⁰ Vgl. ebd. S. 73.

⁶²¹ Tagebuchaufzeichnung vom 11.06.1953. In: Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, 12718 Nachlass Hellmut Kretschmar, Tagebuch von 1953–1956. Nr. 220; Die Metapher des Danaergeschenkes stammt aus dem Epos der Aeneis von Vergil (Buch II, Vers 48–49).

Diesen Tag verbrachte Kretzschmar, laut seinen Notizen, in Dresden, wo er sich den Prüfungsarbeiten für seine Potsdamer Dozentur widmete und die Meldungen zu den Unruhen in Berlin im Radio verfolgen konnte. Zwei Tage später notierte er, enttäuscht darüber, dass der Schritt zur Demokratie doch kleiner als erwartet ausfiel, dass „offenbar kein Rücktritt der Regierung“ erfolgte.⁶²² Diese Ausführungen zeigen, dass Kretzschmar nicht von der Richtigkeit der politischen Handlungen dieser Tage im Juni überzeugt zu sein schien, wie es bei Kuczynski oder Klein der Fall war. Allerdings nahm er auch keine öffentliche Ablehnung der Geschehnisse vor. Nicht zu vergessen ist, dass Kretzschmar zum Reisekader zählte, und bis 1959 an fast allen nationalen wie internationalen Archivkongressen teilnehmen konnte. Er musste zumindest scheinbar parteikonform agieren. Ein parteikritisches Verhalten hätte 1952 seine Teilnahme am Archivtag in Nürnberg gefährdet und 1957 seine Reise zur „Conference de la Table Ronde des Archives“ nach Zagreb verhindert.⁶²³ Das Privileg der Reisemöglichkeit mitsamt den Vergünstigungen, wie der westlichen Fachliteratur oder dem wissenschaftlichen Austausch, wog für Kretzschmar vermutlich schwerer als ein nonkonformes Auflehnen gegen die ideologischen Vorstellungen der Partei.

Anders sah dies für die Intellektuellen aus, die sich aktiv an den Umwälzungen jener Tage beteiligten. Sie unterstützten die Demonstranten, organisierten Streikleitungen, stellten Forderungskataloge auf und verhandelten mit SED-Funktionären.⁶²⁴ Als Gegenpart dazu agierte eine Gruppe von Parteimitgliedern, die ihre akademische Ausbildung zumeist im Sozialismus absolvierten und loyal gegenüber der SED standen. Ihre Aufgabe innerhalb des Volksaufstandes war es, sozialistische Propagandaveranstaltungen zu organisieren oder als Streikbrecher zu wirken.⁶²⁵ Zu ihnen zählte der Berliner Dozent Heinrich Scheel, der mit seinem Kollegen Heinz Kamnitzer und etwa 150 weiteren Universitätsmitgliedern am 17. Juni die Eingangsbereiche der HU Berlin vor den Demonstranten zu schützen versuchte.⁶²⁶ Da die Parteispitze auf derartige Auseinandersetzungen nicht vorbereitet war, gab es für den Wissenschaftsbereich und die Universitätsleitungen keine Verhaltensregeln. Bis zur Mittagszeit blieb diese Situation, laut Scheels Aufzeichnungen, unverändert,

⁶²² Tagebuchaufzeichnung vom 11.06.1953. In: Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, 12718 Nachlass Hellmut Kretzschmar, Tagebuch von 1953–1956. Nr. 220.

⁶²³ Informationen zu den beiden Tagungen und Kretzschmars Teilnahme befinden sich in dessen Nachlass. In: Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, 12718 Nachlass Hellmut Kretzschmar, Nr.112 und Nr.173.

⁶²⁴ Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste. S. 531.

⁶²⁵ Vgl. ebd. S. 531f.

⁶²⁶ Vgl. Scheel, Heinrich: Vom Leiter der Berliner Schulfarm Scharfenberg zum Historiker des deutschen Jakobinismus (1946–1956). Autobiografische Aufzeichnungen. (= Sitzungsberichte der Leibnitz-Sozietät, Jg. 14 (1966) H. 6. S. 82).

bis mit dem Einmarsch der sowjetischen Truppen der Belagerungszustand ausgerufen wurde, wodurch „für uns die Wiederherstellung der Ruhe überhaupt keine Frage mehr [war].“⁶²⁷

Doch auch innerhalb dieser parteiloyalen Gruppierung gab es Nonkonformisten. Bereits zwei Tage nach dem 17. Juni entstand am Institut für Geschichte der HU Berlin ein Schriftstück, in dem die unzufriedenen Institutsmitarbeiter und Studenten zu den Ereignissen der letzten Tage Stellung bezogen und Forderungen stellten. Darin wurde der Wunsch nach Informations- und Meinungsfreiheit sowie nach politischer Selbstkritik und Fehlereingeständnissen der SED laut.⁶²⁸ Diese Ausführungen verdeutlichen, dass selbst an den Institutionen der DDR Schwierigkeiten bestanden, an denen die „neue Intelligenz“ ausgebildet wurde, obwohl hier in Summe die geringste Anzahl an Aufständen gegen das SED-Regime überliefert ist.⁶²⁹ Wie Kowalczuk in diesem Zusammenhang feststellt, war der Sozialismus nicht imstande, seinen Machtbereich auf alle in ihm lebenden Menschen auszudehnen – nicht einmal auf diejenigen, die ihre frühkindliche Sozialisation im Sozialismus erhielten.⁶³⁰

Das abwartende Verhalten der Hochschulmitarbeiter trifft auch auf die zehn Repräsentanten zu. Die Ausführungen von Kretschmar, Klein und Kuczynski zeigten bereits, dass Historiker der Parteipolitik der SED loyaler gegenüberstanden, als dies für die Archivare der Fall war. Auch für Meusel, Stern und Bartel wird ein uneingeschränktes Festhalten am bestehenden Kurs der SED vorausgesetzt, da sie seit 1946 nicht nur Parteimitglieder waren, sondern auch ihre beruflichen Positionen und die Vergünstigungen nicht gefährden wollten. Meusels Beschäftigungsverhältnis war seit 1951 durch einen Einzelvertrag geregelt, der ihm monatlich 2600 Mark zuzüglich Amtsvergütungen einbrachte.⁶³¹ Im Vergleich dazu lag das durchschnittliche Monatseinkommen eines Angestellten oder Arbeiters der DDR 1950 bei 241 Mark und stieg bis Ende der 1950er Jahre nur auf 392 Mark an.⁶³² Die übrigen neun Gelehrten dieser Arbeit erhielten vermutlich ebensolche Zugeständnisse von der Parteispitze.

Zudem war Meusel 1952 zum Direktor des Instituts für deutsche Geschichte an der HU Berlin gewählt und zum ersten Direktor des Museums für Deutsche Geschichte

⁶²⁷ Scheel, Heinrich: Vom Leiter der Berliner Schulfarm. S. 83.

⁶²⁸ Vgl. Stellungnahme von Mitarbeitern des Instituts für Geschichte des deutschen Volkes der HU, 19.06.1953. in: Univ.-Archiv HU Berlin, Phil. Fak n. 1945, Nr. 85.

⁶²⁹ Vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste. S. 533.

⁶³⁰ Vgl. ebd.

⁶³¹ Vgl. Einzelvertrag von Alfred Meusel vom 30.09.1951. In: ABBAW, NL Alfred Meusel, Nr. 46.

⁶³² Vgl. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik für 1955. S. 94 und Statistisches Jahrbuch für 1958. S. 213.

ernannt worden.⁶³³ Eine Zuwiderhandlung gegen die Parteipolitik hätte die Weiterführung dieser Ämter gefährdet und eine Parteistrafe nach sich gezogen. Ebenso hätte Leo Stern durch ein nonkonformes Verhalten seine Stellung als Rektor der Universität Halle aufs Spiel gesetzt, die ihm einen umfangreichen Machteinfluss im Hochschulbereich und der Geschichtswissenschaft der DDR ermöglichte. Allerdings fuhr Stern am 17. Juni nach Berlin und überließ die Wahrung der Ordnung an der Universität Halle seinen Assistenten. Nach seiner Rückkehr trat er laut einem MfS-Informanten als „Gott der Vorsehung“ auf, der alles hätte kommen sehen aber durch seine vielfältigen Ämter nicht in Halle sein konnte.⁶³⁴ Laut diesem Informanten wirkte Stern nie als persönliches Beispiel in Situationen, welche die „Stärke der Partei“ erforderten.⁶³⁵ Auch Bartel wollte seine Karriere nicht sabotieren, zumal er 1953 noch am Anfang seiner beruflichen Laufbahn stand und eine Aspirantur am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED angenommen hatte.⁶³⁶ Eine Teilnahme an den Studentenaufmärschen hätte das Ende seiner Promotion bedeutet und ihn von einer akademischen Karriere ausgeschlossen.

Überdies hatten sich Meusel, Kuczynski und Stern nach Kriegsende 1945 bewusst für eine Rückkehr nach Deutschland entschieden, obwohl sie in ihren Exilländern wissenschaftlich arbeiten konnten. Doch der Wunsch, in ihre Heimat zurückzukehren, war bei Kuczynski und Meusel während ihrer Zeit im Exil stets vorhanden. Den Österreicher Leo Stern zog hingegen nicht die Heimatverbundenheit, sondern der akademische Ruf 1950 an die Universität Halle.

Nicht zu vergessen ist, dass sich Meusel, Stern und Bartel der Parteilinie verschrieben hatten und sich der Prämisse unterordneten, die Geschichtswissenschaft nach marxistisch-leninistischen Werten neu zu strukturieren. Dieser Aufgabe verpflichtete sich auch Kuczynski.⁶³⁷ Jedoch nutzte er zur Umsetzung des realen Sozialismus die öffentliche Kritik und die Verweise auf systembedingte Mängel. Er folgte damit der Aussage Lenins, wonach die Verheimlichung der eigenen Fehler aus Angst vor der Propaganda des „Feindes“ nicht mit der Handlungsweise eines Revolutionärs zu vereinen sei.⁶³⁸ Mit dieser Einstellung wirkte Kuczynski auf seine Zeitgenossen polarisierend, wodurch er sich politisch stets zwischen der Ungnade der Partei und der persona grata bewegte.

⁶³³ Vgl. Lebenslauf Alfred Meusel, vom 12.06.1951. In: ABBAW, NL Alfred Meusel, Nr. 1.

⁶³⁴ BStU, MfS, BV Halle AP 1989/67 Bd. 3 Bl. 109.

⁶³⁵ Ebd.

⁶³⁶ Vgl. Wissenschaftliche Kurzbiografie von Horst Bartel. In: ABBAW, NL Horst Bartel. Nr. 3.

⁶³⁷ Ausführlich in Kuczynski, Jürgen: Dialog mit meinem Urenkel. Neunzehn Briefe und ein Tagebuch. Berlin: Aufbau 1983. S. 21–29.

⁶³⁸ Vgl. Lenin, Vladimir: Werke. Dezember 1920 – August 1921. Berlin: Dietz 1967. Bd. 32. S. 500.

Im Gegensatz zur offensiven Handlungsweise, wie Kuczynski sie in politischen Debatten zu gebrauchen pflegte, verhielten sich die Archivare in dieser Hinsicht passiv und äußerten sich, wenn überhaupt, nur im Rahmen ihrer Tagebuchaufzeichnungen oder rückblickend in ihren Memoiren. Neben Kretzschmar verwehrten sich auch Meisner, Beck, Flach und Blaschke gegenüber der Durchsetzung der Parteiziele der SED. Dieser Eindruck wird verstärkt, da Flach, Kretzschmar und Blaschke keine SED-Mitglieder waren, sondern der LDP und CDU angehörten.⁶³⁹ Beck war wiederum Mitglied der SED. Für Meisner lassen sich keine Informationen zur Parteimitgliedschaft anführen. Es ist in diesem Fall darauf hinzuweisen, dass weder für die SED noch für die LDP oder CDU zentrale Mitgliederkarteien überliefert wurden, da derartige Unterlagen nicht dem Einheitsaktenplan der SED-Kreisleitungen entsprachen und aus diesem Grund nicht als archivwürdiges Schriftgut geführt wurden.⁶⁴⁰ Zudem waren Flach, Kretzschmar und Blaschke, sowie vermutlich auch die beiden übrigen Archivare, durch Einzelverträge abgesichert.⁶⁴¹

Wie Karlheinz Blaschke der Verfasserin gegenüber ausführte, waren viele DDR-Archivare ihren bundesdeutschen Kollegen gegenüber gesamtdeutsch eingestellt und agierten als geeinte Zunft. Den marxistisch-leninistischen Grundsätzen der SED fühlten sich die meisten Fachvertreter nicht zugehörig.⁶⁴² Allerdings, so Blaschke, musste vorgegeben werden, von der Parteidoktrin überzeugt zu sein, um beruflich vorwärtszukommen.⁶⁴³ Diese Aussage impliziert, dass viele Archivare, lediglich formal als SED-Mitglieder gelistet wurden oder zumindest einer Blockpartei und der Gewerkschaft beitraten. Diese Handlungsweisen waren üblich und wurden auch von nichtmarxistisch gesinnten Kollegen so ausgeführt.

Auch über die Beweggründe, warum sich die Archivare in ihren Anmerkungen zu brisanten politischen Themen zurückhielten, äußerte sich Blaschke. Nach seinem Empfinden handelten die meisten Archivare der DDR parteikonform, da dieser Weg der einfachere war, um die beruflichen Ziele verwirklichen zu können und Repressalien zu entgehen.⁶⁴⁴ Zudem waren viele seiner älteren Kollegen, die zu den

⁶³⁹ Vgl. Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, 12718 Nachlass Hellmut Kretzschmar. Nr. 106.; Personalfragebogen Willy Flach, vom 05.03.1949. In: Hauptstaatsarchiv Weimar, Nachlass Willy Flach. Nr. 281. Bl. 1–6.; Freundliche Mitteilung von Karlheinz Blaschke vom 24.06.2015.

⁶⁴⁰ Vgl. die Hinweise des Bundesarchivs zur Benutzung des SED-Archivguts. In: www.bundesarchiv.de/sed-fdgb-netzwerk/benutzung.html#u3 (Stand: 18.01.2016); Auskünfte zur Handhabung der Mitgliederverwaltung der LDP und CDU lieferten die Mitarbeiter des Archivs des Liberalismus und der Konrad-Adenauer-Stiftung.

⁶⁴¹ Vgl. BStU, MfS, AS 1717/67 Bd. 1 Bl. 86; Blaschke, Karlheinz: Als bürgerlicher Historiker. Anhang 11 und Anhang 17; Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, 10707 Hauptstaatsarchiv Dresden. Nr. 1341. Bl. 175, Bl. 178, Bl. 201–205.

⁶⁴² Vgl. Freundliche Mitteilung von Karlheinz Blaschke vom 24.06.2015.

⁶⁴³ Vgl. ebd.

⁶⁴⁴ Vgl. ebd.

ersten archivischen Lehrern der Nachkriegszeit zählten, wie Kretzschmar, Flach oder Meisner, zu Beginn der 1950er Jahre in einem fortgeschrittenen Alter. Die Ereignisse von 1953 oder 1956 nahmen sie weniger kritisch wahr, so Blaschke.⁶⁴⁵ Gerade diese älteren Gelehrten konnten in der DDR große berufliche Erfolge verzeichnen. Jene Positionen versuchten sie im sozialistischen Archivwesen der DDR aufrechtzuerhalten, auch wenn das bedeutete, die eigene politische Gesinnung zu verleugnen. In diesem Kontext darf nicht übersehen werden, dass Kretzschmar, Flach und Meisner während des NS-Regimes als NSDAP-Mitglieder geführt wurden und in dieser Zeit als Archivare wirkten. Nach Kriegsende mussten sie durch Unbedenklichkeitserklärungen ihre formalen Mitgliedschaften nachweisen, sich beruflich in dem neuen, sozialistisch orientierten Gesellschaftssystem bewähren und die Rückkehr in ihre früheren Ämter erkämpfen.

Die archivischen Nachwuchskader, zu denen neben Blaschke auch Beck zählt, waren mit der politischen Situation unzufriedener als ihre älteren Kollegen, stellten sich in vielen Fällen aber nicht oft gegen das Regime, weil sie mit ihrem wissenschaftlichen Wirken zufrieden waren, ihnen der Mut fehlte oder die Angst bestand, die berufliche Existenz zu gefährden. Friedrich Beck absolvierte 1953 sein zweites Staatsexamen für die Laufbahn als wissenschaftlicher Archivar und begann seine archivische Karriere erst 1956 mit der Leitung des Brandenburgischen Landeshauptarchivs in Potsdam und als Dozent am IfA.⁶⁴⁶ Auch Karlheinz Blaschke befand sich noch am Anfang seiner beruflichen Entwicklung, da er 1951 seine Ausbildung zum Archivar beendet hatte und nun einer Anstellung im Landeshauptarchiv Dresden nachging.⁶⁴⁷ Sich zu diesem Zeitpunkt gegen die Parteipolitik zu wenden, wäre weder für Blaschke noch für Beck ohne Folgen geblieben.

Ähnliches galt für Heinrich Otto Meisner, der sich zwar beruflich etablieren konnte, jedoch seit 1950 als Dozent am IfA in Potsdam sowie ab 1953 als Professor an der HU Berlin tätig wurde.⁶⁴⁸ Ein Auflehnen gegen die Parteipolitik hätte die sofortige Entfernung des Nichtmarxisten aus dem Hochschulbereich bedeutet und wäre für Meisner, der 1953 bereits 63 Jahre alt war, existenzbedrohend gewesen. Zudem trifft für ihn die gleiche Problematik der Reisetätigkeit zu, die bei Kretzschmar beschrieben wurde. Die Genehmigungen zu Dienst- und Erholungsreisen ins

⁶⁴⁵ Vgl. Freundliche Mitteilung von Karlheinz Blaschke vom 24.06.2015.

⁶⁴⁶ Vgl. Friedrich Beck 60 Jahre. S. 631.

⁶⁴⁷ Vgl. Blaschke, Karlheinz: Als bürgerlicher Historiker. S. 48 und S. 68.

⁶⁴⁸ Vgl. Lötze, Helmut: Zum 65. Geburtstag von Heinrich Otto Meisner. S. 303.

nichtsozialistische wie ins sozialistische Ausland galten als Zeichen der Belohnung für politisches Wohlverhalten und wurden von den Funktionären der SED und im beruflichen Kollegenkreis als politische Entscheidung angesehen.⁶⁴⁹

Willy Flach konnte sich 1953 als Direktor des Goethe- und Schiller-Archivs sowie als Professor an der HU Berlin und am IfA in Potsdam eine anerkannte Stellung erarbeiten.⁶⁵⁰ Die politischen Auseinandersetzungen, die während der 1950er Jahre zwischen den älteren Wissenschaftlern der Vorkriegszeit und der Partei bestanden, waren für Flach nur schwer zu ertragen, sodass er 1957 in die Bundesrepublik Deutschland flüchtete.⁶⁵¹

Von den Ereignissen 1953 blieb der Universitäts- und Hochschulbereich somit nicht ausgeschlossen. Die Hochschulmitarbeiter mussten sich den Umwälzungen der Krise und dem neuen politischen Kurs der SED anpassen. Als Folgen dieser Unruhen kam es nach dem 21. Juni 1953 an allen DDR-Hochschulen zu Entlassungen, Parteistrafen und Verhaftungen von Studenten und Dozenten.⁶⁵² Trotz der Unruhen in vielen Bevölkerungsschichten hielt die Parteispitze an ihren politischen Werten fest. Im Hochschulsektor kam es nicht zu weiteren Aufständen. Festzuhalten bleibt, dass die Mehrheit des Hochschulpersonals der DDR während der Ausschreitungen im Sommer 1953 regimenahe, wenn auch nicht immer regimekonform, zur Parteilinie der SED stand. Die meisten Mitglieder der Historiker hielten sich mit öffentlichen Bekundungen und einem aktiven Eingreifen in das Geschehen vom Juni 1953 zurück. Nur wenige Gelehrte fanden Erwähnung im archivischen Quellenmaterial hinsichtlich ihres Verhaltens im Juni 1953.⁶⁵³ Auch existieren nur wenige Stellungnahmen der DDR-Intellektuellen zu jenen Ereignissen. Lutz Niethammer fasst diese Zurückhaltung zusammen, indem er darauf verweist, „dass wir bei den Mitgliedern der sog. Aufbaugeneration den Eindruck einer über Jahrzehnte gefrorenen und fragmentierten Geschichte gewannen, innerhalb derer

⁶⁴⁹ Vgl. Wolle, Stefan: Das System der Reisekader als Instrument der DDR-Wissenschaftspolitik. In: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Baden-Baden: Nomos 1999. Bd. IV/2. S. 1615.

⁶⁵⁰ Vgl. Informationen zu seiner Anstellung als Direktor und als Dozent für Historische Hilfswissenschaften. In: Hauptstaatsarchiv Weimar, Nachlass Willy Flach. Nr. 281. Bl. 43 und Bl. 82.

⁶⁵¹ Vgl. Patze, Hans: Willy Flach zum Gedächtnis. S. 361.

⁶⁵² Vgl. die personellen Beispiele bei Kowalczyk, Ilko-Sascha: „Volkserhebung“ ohne Geistesarbeiter. In: Kowalczyk, Ilko-Sascha; Mitter, Armin; Wolle, Stefan (Hrsg.): Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54. Berlin: Links 1996. S. 166. Anm. 240.

⁶⁵³ Als parteiloyal erwiesen sich im Juni 1953, laut den Funktionären der Abt. Wissenschaften und Hochschulen des ZK der SED die Historiker Ernst Engelberg und Albert Schreiner. (Vgl. Vorschlag eines Arbeitsplans für den Sektor Geschichte, vom 18.08.1953. In: BArch, DY 30, IV 2/904, 52 Bl. 15).

der 17. Juni das größte Tabu darstellte.⁶⁵⁴ Keine politische Frage, so Niethammer, hat derart polarisiert und eine solchermaßen große Verweigerung von Antworten hervorgerufen, die dadurch eine Schlussfolgerung auf die Angst vor Repressalien liefert.⁶⁵⁵

b) Auseinandersetzungen zwischen Hochschulmitarbeitern und dem Hochschulapparat der SED während der Debatten nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956

Drei Jahre nach dem Tod von Stalin und den Unruhen vom Juni 1953 wurde die DDR in ihren ideologischen Grundwerten erneut herausgefordert.

Der XX. Parteitag der KPdSU vom 14. bis 25. Februar 1956 symbolisierte einen tiefen Einschnitt in der Geschichte der UdSSR. Er charakterisierte die politische und gesellschaftliche Lage, die zukünftigen Aufgaben der UdSSR und kritisierte den Personenkult um Stalin.⁶⁵⁶ Der Nachfolger Stalins, Nikita Chruschtschow, erläuterte auf dem Parteitag die Verbrechen seines Vorgängers, darunter die politischen Säuberungen in den eigenen Reihen, die außenpolitische Isolation oder die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft.⁶⁵⁷ Seit März erreichten diese Informationen die Öffentlichkeit des gesamten „Ostblocks“. Die Folgen waren eine einsetzende Entstalinisierung und ein politisches „Tauwetter“ in den von der UdSSR abhängigen Staaten.

Die Entstalinisierung führte in der DDR nur zu geringen Kursveränderungen, wie beispielsweise der Rehabilitation von Inhaftierten der stalinistischen Herrschaft.⁶⁵⁸

Als Gründe für diesen zurückhaltenden Entstalinisierungsprozess führt Hermann Wentker die schwache innerparteiliche Opposition in der SED, die Erfahrungen vom Sommer 1953, die Angst vor einem erneuten Krieg und die wirtschaftlichen Probleme der DDR an.⁶⁵⁹ Durch den Mangel an Informationen nach dem XX. Parteitag der KPdSU verhielten sich die Hochschulmitarbeiter der DDR, wie im Juni 1953, abwar-

⁶⁵⁴ Der 17. Juni 1953 – vierzig Jahre danach. Podiumsdiskussion mit Lutz Niethammer, Jochen Cerný, Monika Kaiser, Armin Mitter, Arnulf Baring und Ilse Spittmann. In: Kocka, Jürgen; Sabrow, Martin (Hrsg.): Die DDR als Geschichte. Fragen-Hypothesen-Perspektiven. Berlin: Akademie Verlag 1994. S. 46.

⁶⁵⁵ Vgl. ebd.

⁶⁵⁶ Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste. S. 535.

⁶⁵⁷ Vgl. Chruščëv, Nikita: Die Geheimrede Chruschtschows. Über den Personenkult und seine Folgen. Rede des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU N. S. Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU, 25.02.1956. Berlin: Dietz 1990. S. 24–27.

⁶⁵⁸ Vgl. Wentker, Hermann: Bedroht von Ost und West: Die Entstalinisierungskrise von 1956 als Herausforderung für die DDR. In: Engemann, Roger; Großbölting, Thomas; Wentker, Hermann (Hrsg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2008. S. 149.

⁶⁵⁹ Vgl. Wentker, Hermann: Bedroht von Ost und West.

tend gegenüber ihrer Regierung. Die SED-Anhänger unter ihnen reagierten verunsichert auf die Entstalinisierung, die Parteikritiker standen dem politischen „Tauwetter“ positiv gegenüber.⁶⁶⁰ Trotz aller Zurückhaltung im Hochschulbereich war die Missstimmung vieler Akademiker gegenüber der Parteipolitik der SED an den Universitäten spürbar.

Kuczynski vermerkt beispielweise in seinen Memoiren, dass er seine „stalinistischen Auffassungen“ nach dem XX. Parteitag überdachte, und „von da an immer wieder Schwierigkeiten mit der Partei hatte.“⁶⁶¹ Diese Differenzen waren nicht nur bei Kuczynski, sondern bei vielen kritischen Gelehrten vorzufinden und ließen die Situation unter den Intellektuellen deprimierend erscheinen, wie Kuczynski erwähnt.⁶⁶² Andererseits räumt er ein, dass er durch die Ereignisse des XX. Parteitags der KPdSU „beflügelt“ wurde und „unbekümmert“ seine neuen Freiheiten im Wissenschaftsbereich zu nutzen vermochte.⁶⁶³ Interessant ist, dass Joachim Petzold einen anderen Eindruck von Kuczynskis Haltung bekam. So beschrieb er in seiner 2000 erschienenen Autobiografie, dass Kuczynski während der Unruhen von 1956 „demagogisch“ agierte, da er zu diesem Zeitpunkt, zumindest für Petzold, noch die „personifizierte Parteilinie“ verkörperte.⁶⁶⁴ Dennoch zeigte sich Kuczynski, nach Petzolds Ansinnen, überrascht von Stalins Verbrechen, obwohl er über diese bereits im Frühjahr 1956 informiert zu sein schien.⁶⁶⁵

Diese widersprüchliche Handlungsweise Kuczynskis verweist auf die Zerrissenheit, die viele Gelehrte nach dem XX. Parteitag der KPdSU betraf. Auch Kuczynski bezeichnete sich als „Kind der ‚Stalinzeit‘“, der dem Personenkult desselben verfallen war und mehr „einem Gläubigen als einem Wissenschaftler“ glich, ohne sich das bis Anfang der 1980er Jahre selbst eingestehen zu wollen.⁶⁶⁶ Aus seinen Memoiren lässt sich schließen, dass er sich nach dem Parteitag vom idealisierten Bild Stalins löste und eingestand, dass Stalin das Vertrauen seiner Anhänger ausgenutzt hatte.⁶⁶⁷ Dennoch ließ er nicht von Stalin ab, wie von der UdSSR an ihre Satellitenstaaten vorgegeben, sondern schloss mit den Wissenschaftsfunktionären der SED einen Kompromiss. Er durfte den sowjetischen Diktator in seiner 40-bändigen „Geschichte der Lage der Arbeiter im Kapitalismus“ positiv wie negativ zitieren, in

⁶⁶⁰ Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste. S. 536.

⁶⁶¹ Kuczynski, Jürgen: Dissident. S. 89.

⁶⁶² Vgl. Tagebucheintrag vom 07.06.1958. In: ABBAW, NL Jürgen Kuczynski, Nr. 175, Tagebuch Teil 3 von 1956–1968.

⁶⁶³ Kuczynski, Jürgen: Dissident. S. 101.

⁶⁶⁴ Petzold, Joachim: Parteinahme. S. 103f.

⁶⁶⁵ Vgl. ebd.

⁶⁶⁶ Kuczynski, Jürgen: Dialog. S. 77.

⁶⁶⁷ Vgl. ebd. S. 81f.

veröffentlichten Artikeln jedoch nicht erwähnen.⁶⁶⁸ Absurderweise wurde mit dieser Absprache die stalinistische Methode fortgeführt, mit der eine in Ungnade gefallene Person politisch wie gesellschaftlich nicht mehr erwähnt wurde, wie Kuczynski selbst bemerkt.⁶⁶⁹ Schwierigkeiten bei der Anpassung an die Parteilinie bestanden somit nicht nur bei nichtmarxistischen oder nonkonformen Intellektuellen, sondern ebenso bei parteitreuen und bis zu diesem Zeitpunkt angepassten Gelehrten. Dennoch konnte Kuczynski in dieser Zeit produktiv werden. Er veröffentlichte seine „Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus“, die „Studien zur Geschichte der Weltwirtschaft“, literaturwissenschaftliche Werke und über 200 Artikel. Teile dieser Arbeiten wurden außerhalb der DDR veröffentlicht. Seinem Bedürfnis nach Forschung und Veröffentlichung konnte in den 1950er Jahren entsprochen werden. Zudem wurde er 1955 ordentliches Mitglied der AdW, wo er im Institut für Geschichte eine Abteilung Wirtschaftsgeschichte, später Institut für Wirtschaftsgeschichte, aufbauen und leiten konnte. Durch die von ihm eingestellten Mitarbeiter, allesamt seine Schüler oder Freunde, bestanden geringe persönliche Probleme in dieser Zusammenarbeit.⁶⁷⁰ Auch war der Bereich Wirtschaftsgeschichte weniger ideologisch relevant als beispielweise die Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von Leo Stern. Bis auf seine Revisionismus-Debatte 1956 waren die 1950er Jahre für Kuczynski erfolgreich.

Viele Gelehrte waren 1956 bereit einzugestehen, dass sie die bisherige politische Linie und dogmatischen Wertvorstellungen der SED nicht aus innerer Überzeugung, sondern „aus Gründen der Disziplin akzeptiert hatte[n]“, wie es Martin Jänicke besonders den Mitarbeitern der HU Berlin zuspricht.⁶⁷¹

Diese Auslegung trifft für die zehn ausgewählten Repräsentanten nur auf die Archivare zu, die in ihrem Fachbereich weniger ideologisch beeinflusst waren als ihre Historiker-Kollegen und sich selten zur Parteipolitik bekannten. Bei den fünf Historikern bestanden eine enge Verbindung zur politischen Linie und die Überzeugung von der Richtigkeit des Sozialismus. Das bedeutet allerdings nicht, dass die systembedingten Fehler der DDR von ihnen ignoriert wurden. Neben Kuczynski befürwortete Fritz Klein, wenn auch weniger offensiv, die neuen wissenschaftlichen Freiheiten des politischen „Taufwitters“, wie er rückblickend in seiner Autobiografie erwähnt. An mehreren Stellen seiner Memoiren verweist er auf die

⁶⁶⁸ Vgl. Kuczynski, Jürgen: Dialog. S. 77.

⁶⁶⁹ Vgl. ebd. S. 78.

⁶⁷⁰ Vgl. ebd. S. 91f.

⁶⁷¹ Jänicke, Martin: Der dritte Weg. Die antistalinistische Opposition gegen Ulbricht seit 1953. Köln: Neuer Deutscher Verlag 1964. S. 122.

Hoffnung, die alle kritischen SED-Mitglieder nach dem XX. Parteitag der KPdSU erfüllte.⁶⁷² Diese Aussage lässt vermuten, dass Klein an einigen Debatten der DDR-Intellektuellen beteiligt war und auf die Überwindung von Dogmatismus oder die Wiederherstellung von innerparteilicher Demokratie hoffte. Allerdings sind diese Aussagen von ihm erst nach über 40 Jahren getroffen worden und beruhen nicht, wie Kuczynskis Memoiren, auf einem über Jahrzehnte geführten Tagebuchbestand. Zwar bedeutet diese Erinnerungsbasis nicht, dass Kuczynskis Memoiren weniger selektiv und instrumentell das damalige Zeitgeschehen wiedergeben, aber sie vermitteln einen punktuelleren Zugang. Nicht zu vergessen ist, dass Klein 1956 Chefredakteur der ZfG wurde und beruflichen Erfolg hatte, den es zu erhalten galt. Im Hinblick auf seinen Karriereverlauf und sein wissenschaftliches Renommee in der DDR musste nichts beklagt werden. Kritik an der politischen Linie der SED hätte negative Konsequenzen im Berufsalltag nach sich gezogen. Dass Klein 1956 dennoch in Konflikte mit der Parteispitze kam, wird an späterer Stelle der Arbeit ausgeführt (4.3.2.).

Alfred Meusel zeigte sich auf einer Sitzung der SED-Grundorganisation des Museums für Deutsche Geschichte betroffen über die Veröffentlichung der stalinistischen Verbrechen. Gegenüber dem stellvertretenden Leiter der „Abteilung Propaganda und Wissenschaft“ im ZK der SED, Ernst Diehl, äußerte Meusel den Wunsch nach einem Fehlereingeständnis von Seiten der Parteispitze und verwies auf die steigende Republikflucht. Zudem stellte er fest, dass den DDR-Bürgern „das Recht auf das eigene Leben“ verlorengegangen wäre, was in Hochschulkreisen auf das Eingreifen von Kurt Hager in historische Belange zurückzuführen war.⁶⁷³ Dafür, dass Meusel von sich selbst behauptete, es falle ihm schwer, aus sich herauszugehen, war diese Kritik in der Zeit der politischen Unruhe auffallend.⁶⁷⁴ Von dem in der DDR vielgenutzten politischen Instrument der Kritik und Selbstkritik wird in diesem Fall nicht ausgegangen. Meusels Parteibewusstsein und seine Parteierfahrung waren mit Kuczynskis vergleichbar. Meusel konnte sich Kritik an der Parteilinie erlauben, ohne sofort mit Parteiausschluss rechnen zu müssen. Meusel war einer der Gründerväter der sozialistischen Geschichtswissenschaft während der Nachkriegsjahre, wodurch er bei den Wissenschaftsfunktionären der SED ein hohes Ansehen genoss. Zudem äußerte er sich in derartiger Weise nur intern. In seinem

⁶⁷² Vgl. Klein, Fritz: Drinnen und Draußen. S. 172 und S. 184.

⁶⁷³ Sitzungsprotokoll der SED-Grundorganisation des Museums für Deutsche Geschichte vom 26.04.1956. In: BArch, DY 30, IV 2/904, 148. Bl. 78–88, hier Bl. 86.

⁶⁷⁴ Vgl. Lebenslauf Alfred Meusel, vom 12.06.1951. In: ABBAW, NL Alfred Meusel, Nr. 1.

öffentlichkeitswirksamen Verhalten zeigte er sich angepasst an die ideologischen Ideale der SED, ohne die er 1954 nicht als Vizepräsident des Kulturbundes der DDR hätte eingesetzt werden können.

Von Leo Stern und Horst Bartel sind derartige Ausführungen nicht überliefert.

Stern war seit 1950 Professor und Rektor der Universität Halle, seit 1952 Mitglied der SED-Bezirksleitung ebenda sowie ab 1956 Abteilungsleiter des Instituts für Geschichte an der AdW. Obwohl er in hochrangigen Ämtern des Hochschulbereiches tätig werden konnte, standen ihm viele SED-Funktionäre misstrauisch gegenüber. Vor allem seine positive Einstellung zur Zusammenarbeit mit nichtmarxistischen Fachvertretern und die Abwanderung einiger seiner Mitarbeiter, wie Martin Lintzel oder Werner Frauendienst, in die Bundesrepublik Deutschland begründeten die argwöhnische Einstellung der Wissenschaftsfunktionäre gegenüber dem Hallenser Rektor. Günter Mühlpfordt erwähnte in einem Gespräch mit Margarete Wein, wie der SED-Sekretär Hans Heinrich Angermüller auf einer Parteileitungssitzung 1958 darüber referierte, dass „alles [...] von Prof. Stern gebremst und gehemmt“ wird.⁶⁷⁵ Während der 1950er Jahre stand Stern im Fokus des MfS und wurde ab 1951 zeitweise von 18 IM des MfS überwacht.⁶⁷⁶ Diese Handhabe war Stern durch Gespräche mit Kollegen bekannt.⁶⁷⁷ Laut den IM-Berichten wird Stern als korrupter materialistischer Karrierist dargestellt, der seine Konkurrenten mit Hinterhalten und Bestechung zu kontrollieren versuchte.⁶⁷⁸ Nach den Aussagen der MfS-Informanten gab sich Stern als enger Freund eines Mitgliedes des Politbüros aus und drohte gegenüber Kollegen, Akten über ihm unliebsame Personen dem MfS zu übergeben. Dafür sammelte er privates Material seiner Kollegen, um es bei Bedarf gegen sie verwenden zu können. Seine Haltung in der Fakultät war dabei von Privatinteresse bestimmt: „Alles was Stern nicht angenehm ist, streitet er ab.“⁶⁷⁹ Ein anderer Informant bestätigt, dass Stern Kollegen bekämpft, indem er ihre Arbeit behindert. In allen Fällen setze Stern eine „Zermürbungstechnik“ ein, bis die Personen die Beherrschung verlören und Angriffspunkte gegen sich lieferten.⁶⁸⁰ In der Auswahl seiner Kader setzte er auf nichtmarxistische Personen, denen er Zugeständnisse machte, damit sie ihn erneut als Rektor wählten und seine Universitätspolitik stützten.⁶⁸¹ Falls

⁶⁷⁵ Wein, Margarete: 1958 – Ein dramatisches Jahr an der Martin-Luther-Universität. Gespräch mit Günter Mühlpfordt. In: Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte, H. 5. (1999). S. 92.

⁶⁷⁶ Siehe die drei Aktenbände zu Leo Stern der Außenstelle Halle des BStU: BStU, MfS, BV Halle AP 1989/67.

⁶⁷⁷ Vgl. BStU, MfS, BV Halle AP 1989/67 Bd. 2 Bl. 56.

⁶⁷⁸ Vgl. ebd. Bd. 3 Bl. 109.

⁶⁷⁹ Ebd. Bd. 1 Bl. 67 und Bl. 187.

⁶⁸⁰ Ebd. Bl. 154.

⁶⁸¹ Vgl. BStU, MfS, BV Halle AP 1989/67 Bd. 1 Bl. 154 und Bd. 3 Bl. 106.

diese Vorwürfe der Wahrheit entsprechen, nutzte Stern nonkonformes Personal nur, da es keine Konkurrenz für ihn darstellte. Gestützt wird diese Vermutung durch einen weiteren Informanten, der Stern unterstellt, Führungsfunktionen mit engsten Bekannten besetzt zu haben, wodurch er sich einen „Nimbus“ schaffen konnte.⁶⁸² Seine Verbindungen zum Politbüro machen ihn dabei zum „unantastbaren“ Mann, „der die Menschen auf einen Wink abholen lassen könne.“⁶⁸³ Daher stimmten die Professoren der Universität Halle aus Angst seinen Vorschlägen zu, „so ist es allgemein bekannt“.⁶⁸⁴

Auch ein Bestechungsversuch wurde ihm angelastet, als Stern Zugang zum Verschlussraum der Universität Halle zu erhalten versuchte, wo staatsfeindliche Literatur lagerte. Bei Zugangsgewährung würde sich Stern, so ein IM, auf „andere Art“ [finanziell, so der IM] erkenntlich zeigen.⁶⁸⁵ Der Versuch ereignete sich angeblich im Mai 1951, ohne Angabe, ob dieser gelungen war. Als Höhepunkt der Vermutungen erklärte ein Professor aus Moskau 1954, dass Stern selbst nie eine Professur in Moskau innehatte, wie dieser immer behauptet. Er sei „entweder ein Hochstapler oder ein Trotzkiist.“⁶⁸⁶

Die Situation zwischen Leo Stern und der Parteileitung war in den 1950er Jahren somit derart angespannt, dass er jede politische Auseinandersetzung vermeiden musste, um seine berufliche Existenz nicht zu gefährden. Probleme bereiteten ihm dabei einige seiner Mitarbeiter, die sich nach dem XX. Parteitag der KPdSU kritisch zur Parteilinie äußerten: sie wendeten sich gegen die III. Parteikonferenz, erwarteten eine Fehlerdiskussion der Parteispitze, verlangten eine „großzügigere Linie“ der Parteipolitik mit Lockerungen für Westliteratur und gingen nicht zum Ernteeinsatz.⁶⁸⁷ Zudem forderten sie die Absetzung Ulbrichts, den Abbau der LDP und der Handelsorganisation und verbreiteten eine bundesdeutsche Zeitung mit dem Chruschtschow-Bericht.⁶⁸⁸ Stern selbst hielt inoffiziell auch nach dem XX. Parteitag am Stalinismus fest, wie einige seiner Kollegen berichteten.⁶⁸⁹

Horst Bartel beendete 1956 seine Promotion und begann im selben Jahr seine berufliche Karriere als Leiter der Lehrabteilung am Institut für Geschichte beim ZK der

⁶⁸² Vgl. BStU, MfS, BV Halle AP 1989/67 Bd. 1 Bl. 155.

⁶⁸³ Ebd.

⁶⁸⁴ Ebd.

⁶⁸⁵ Ebd. Bl. 137.

⁶⁸⁶ Ebd.

⁶⁸⁷ Ebd. Bd. 2. Bl. 33.

⁶⁸⁸ Vgl. ebd. Bl. 41 und Bl. 43.

⁶⁸⁹ Vgl. ebd. Bd. 3 Bl. 104f.

SED. Wie Martin Sabrow erwähnt, stand Bartel fest zu seiner Parteiloyalität.⁶⁹⁰ Kritische Äußerungen zum politischen Kurs der SED sind von diesem Gelehrten, der kein Stück von der Parteilinie abzuweichen versuchte und ab 1968 als „Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit“ (GMS) beim MfS geführt wurde, nicht zu erwarten.⁶⁹¹ In der Funktion als GMS berichtete Bartel über die dienstliche wie private Korrespondenz seiner Kollegen am Zentralinstitut für Geschichte der AdW zu Berlin, deren politische Einstellung, die Verbindungen am Zentralinstitut zu Kollegen aus der Bundesrepublik Deutschland und den USA sowie über die Kontaktaufnahmen während seiner Dienstreisen.⁶⁹²

Zurückhaltend in ihren Ausführungen waren auch die Archivare. Heinrich Otto Meisner, Hellmut Kretschmar und Willy Flach waren seit ihrer Mitarbeit am IfA in Potsdam 1950/51 bemüht, die Eingliederung des Instituts in die Strukturen der HU Berlin zu erreichen, um die archivische Ausbildung zu verbessern. Obwohl dem Institut seit 1954 ein „Hochschulcharakter“ zugesprochen wurde, erhielt es weder ein Promotionsrecht, noch wurde ein autonomer Institutsbetrieb möglich.⁶⁹³ Öffentlichkeitswirksame Kritik zu den verstärkten Überwachungsmaßnahmen im Hochschulbetrieb, wie der Auskunftspflicht der Universitätsleitungen an die Abteilung „Wissenschaft und Propaganda“ des ZK der SED oder an das MfS sowie der Richtlinie „über die Abwehr feindlicher Tätigkeit gegen die Universitäten und Hochschulen“, hätten alle Chancen auf eine zukünftige Anbindung an die HU Berlin verhindert.⁶⁹⁴

Zudem versuchten auch die Archivare keine Schwierigkeiten mit dem Parteiapparat zu provozieren und politisch nicht aufzufallen. Sie beschränkten sich auf die reine Archiv- und Forschungsarbeit, ohne sich in politische Belange einzumischen. Zudem konnte der Lehrbetrieb am IfA ohne große fachliche Eingriffe erfolgen und vom Lehrpersonal weitgehend selbst bestimmt werden. Wie Schirdewan ausführt, konnte Meisner beispielsweise an jedem 2. April eines Jahres mit seinen nahestehenden Schülern eine Diskussionsrunde über das Leben und Wirken von Otto von Bismarck einrichten.⁶⁹⁵ Überdies war die archivische Ausbildung nicht ideologisch untersetzt, wie im Fachbereich Geschichte. Studienaustausche oder studentische Delegationen in die UdSSR hat es für die Absolventen des IfA beispielsweise nicht gegeben.⁶⁹⁶ Inhaltliche Umstrukturierungen im archivischen Ausbildungskonzept, die aufgrund des

⁶⁹⁰ Vgl. Sabrow, Martin: Diktat. S. 135.

⁶⁹¹ Vgl. BStU, MfS, AGMS, 10269/84 Bl. 71.

⁶⁹² Vgl. ebd Bl. 44, Bl. 46; Bl. 59–63.

⁶⁹³ Vgl. Brachmann, Botho: Die Ausbildung wissenschaftlicher Archivare. S. 393.

⁶⁹⁴ Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste der Macht. S. 539.

⁶⁹⁵ Vgl. Schirdewan, Karl: Ein Jahrhundert Leben. S. 275.

⁶⁹⁶ Vgl. Brachmann, Botho: Die Ausbildung wissenschaftlicher Archivare. S. 394.

Entstalinisierungsprozesses hervorgetreten wären, konnten nicht entstehen und mussten nicht vom archivischen Personal beklagt werden. Das heißt jedoch nicht, dass es aufgrund des fehlenden sowjetischen Vorbildes innerhalb der Archivwissenschaft der DDR am IfA in Potsdam oder den Historischen Hilfswissenschaften keine Restriktionen gab.

Anfang 1953 erklärte Otto Meier, der Leiter der StAV, dass auch der Archivar gemeinsam mit der historischen Forschung einen ideologischen Beitrag im „Kampf um Deutschland“ leisten müsse.⁶⁹⁷ Vordergründig bedeutete das die Einschränkung der archivischen Forschung auf Projekte, die von der Partei zu Propagandazwecken und der Verbreitung ihrer Ideologie gefordert wurden. Wie innerhalb der Geschichtswissenschaft wurde der Fokus auf die Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung oder die NS-Diktatur gelegt, um die „Entlarvung“ des kapitalistischen Systems der Bundesrepublik Deutschland mitsamt seinen „Nazikriegsverbrechern, Militaristen und Blutrictern“ aufzuzeigen, so Wolfgang Leesch.⁶⁹⁸ Wie Herrmann Schreyer feststellt, blieb der Politisierungsschub jedoch gering. Allerdings gab es durch den Geschichtsbeschluss des ZK der SED von 1955 keinen Zweifel daran, dass die Geschichts- und Archivwissenschaft nur noch nach marxistisch-leninistischen Aspekten zu lehren sei.⁶⁹⁹

Neben der Fixierung der archivischen Zuständigkeiten bestanden im Ausbildungskomplex allgemeine materielle Mängel wie Papierbedarf, das Fehlen neuerschiener bundesdeutscher oder internationaler Fachliteratur oder geeignete Räumlichkeiten für den Unterricht.⁷⁰⁰ Davon abgesehen erfolgten durch die Partei und das MfS Verletzungen der Archivverordnung von 1950. Ohne fachliche Gründe wurde staatliches Archivgut aus den Archiven entwendet und vom Parteiapparat bis 1989 für eigene Zwecke benutzt, so erneut Schreyer.⁷⁰¹ Es existierten für die Archivwissenschaft demnach dieselben wissenschaftsfeindlichen Einschränkungen wie für die Geschichtswissenschaft.

⁶⁹⁷ Meier, Otto: Die Aufgaben der Archive. In: AM, Jg. 3 (1953) S. 1f.

⁶⁹⁸ Leesch, Wolfgang: Zur Entwicklung des mitteldeutschen Archivwesens. In: DA, Jg. 18 (1965) Sp. 371; Zur archivischen Forschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung siehe Nissen, Walter: Archivalische Forschung zur Geschichte der Arbeiterbewegung in den staatlichen Archiven der DDR. In: AM, Jg. 6 (1956) H. 3. S. 78–82.

⁶⁹⁹ Vgl. Schreyer, Hermann: Archivwesen. Ein Überblick unter Berücksichtigung der politischen und fachlichen Besonderheiten. In: Becker, Christa Irmgard; Hirsch, Volker; Wenz-Haubfleisch, Annegret (Hrsg.): Neue Strukturen – bewährte Methoden? Was bleibt vom Archivwesen der DDR. Beiträge zum 15. Archivwissenschaftlichen Kolloquium der Archivschule Marburg 2011. S. 44.

⁷⁰⁰ Vgl. Brachmann, Botho: Die Ausbildung wissenschaftlicher Archivare. S. 422f.

⁷⁰¹ Vgl. Schreyer, Hermann: Das staatliche Archivwesen der DDR. Ein Überblick unter Berücksichtigung der politischen und fachlichen Besonderheiten. S. 44.

Unter diesen Voraussetzungen mussten auch die beiden jüngeren Archivare Friedrich Beck und Karlheinz Blaschke ihre berufliche Tätigkeit ausüben. Beide waren nichtmarxistische Gelehrte, wodurch ein Bekenntnis zum Sozialismus von ihnen nicht zu erwarten war. Zur politischen Linie von 1956 existieren von beiden keine wertenden Äußerungen. Es herrschte vielmehr Zurückhaltung, da in den fortschreitenden 1950er Jahren jeglicher Meinungspluralismus, der die ersten Nachkriegsjahre bestimmte, verschwunden war. Friedrich Beck konnte 1956 einen Karrieresprung verzeichnen. Er übernahm die Leitung des Brandenburgischen Landeshauptarchivs in Potsdam und eine Dozentur am IfA. Überdies wurde im Herbst 1956 die Arbeitsgemeinschaft „Landesgeschichte“ am Institut für Geschichte der AdW unter seiner Leitung geschaffen.⁷⁰² Durch diese Neugründung war Beck 1956 beruflich mit der Aufgabe ausgelastet, sämtliche Studien auf dem Gebiet der Regionalgeschichte der DDR zusammenzutragen, um diese Materialien in einer eigenen Schriftenreihe veröffentlichen zu können.⁷⁰³ Unabhängig davon kam den Archivaren und Historikern der Aufschwung des oppositionellen Denkens nach dem XX. Parteitag der KPdSU zugute, da für einen kurzen Zeitraum die Hoffnung auf Zugeständnisse wie die Lockerung der Zensur, eine freie Meinungsäußerung oder die Überwindung des HistoMat bestand. Karlheinz Blaschke konnte 1956 als wissenschaftlicher Archivar am Sächsischen Landeshauptarchiv Dresden tätig werden und war seit 1951 mit seinen Forschungen zur Entwicklung eines „Historischen Ortsverzeichnisses von Sachsen“ beschäftigt, die 1956 kurz vor der Veröffentlichung standen.⁷⁰⁴ Auch ihm kam das politische „Tauwetter“ somit gelegen.

Ab dem Jahr 1957 wurde die Parteipolitik härter. Diese Erfahrung teilte Leo Stern, der als Rektor der Universität Halle 1957 mit den Parteivorstellungen der SED in Konflikte geriet. Obwohl er seit 1950 Mitglied der SED war, bezeichnete er das Politbüro 1958 als „Nebenregierung“ und die Universitätsparteileitung als „2. Leitung“ im Universitätsbetrieb, die es zu boykottieren galt, um den eigenen Machtbereich nicht zu gefährden.⁷⁰⁵ Zudem vertrat Stern die Auffassung, dass nicht er, sondern die Universitätsparteileitung „eine Umorientierung vornehmen müsse“ und sprach sich gegen die an ihn gerichtete Kritik jüngerer Funktionäre aus, dass er nicht für die Par-

⁷⁰² Vgl. Obermann, Karl: Aus der Arbeit des Instituts für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften. In: ZfG, Jg. 4 (1956) S. 1046.

⁷⁰³ Vgl. ebd.

⁷⁰⁴ Vgl. Blaschke, Karlheinz: Ein bürgerlicher Historiker. S. 48.

⁷⁰⁵ Über die Politik des Lavierens und Diplomatisierens des Genossen Leo Stern, vom 27.03.1958. In: BArch, NY, 4182/1364 Bl. 132. Und BStU, MfS, BV, Halle AP 1989/67 Bd. 2 Bl. 56.

tei kämpfe.⁷⁰⁶ Stern setzte sich ebenso stark wie Meusel, Bartel, Kuczynski oder Klein für das Ziel ein, eine sozialistische Gesellschaft ohne antisemitische Tendenzen zu etablieren. Seine Lehrveranstaltungen, so erinnert sich sein ehemaliger Assistent Gerhard Fuchs, widmeten sich der Vermittlung des HistoMat, der deutschen Arbeiterbewegung und der Kritik an jedweder Erscheinungsform des Kapitalismus.⁷⁰⁷ Jedoch war Stern trotz seiner Parteinahme für die sozialistischen Ideale weniger anpassungsfähig als andere SED-Mitglieder. Dadurch, und aufgrund seiner positiven Einstellung zu nichtmarxistischen Kollegen, konnte er seinen Status als Vorzeige-Historiker, den er sich vor allem mit der ausführlichen Forschung zur deutschen Arbeiterbewegung erarbeitet hatte, nicht halten. Dabei war die Zusammenarbeit zwischen Stern und den nonkonformen Mitarbeitern des Wissenschaftsbereiches der DDR bis 1955 beispielsweise von der AdW als richtig empfunden worden, wie Martin Sabrow ausführt.⁷⁰⁸ Obwohl die Hallenser Universitätsparteileitung Sterns Zusammenarbeit mit nichtmarxistischen Mitarbeitern missbilligte, konnte sie ihn nicht aus dem Wissenschaftsbereich entlassen. Stern war einer der bedeutendsten Partei-Historiker an der Universität Halle und ein Gründungsvater der sozialistischen Historiografie. Mehr als die Beobachtung seines Handelns und Eingriffe in seine Universitätspolitik musste der Historiker nicht befürchten.⁷⁰⁹ Nach Ablauf seiner Amtszeit schied Stern 1959 als Rektor aus und wurde im Folgejahr aus der SED-Bezirksleitung gestrichen.⁷¹⁰

Dass Stern eine autonome Universitätspolitik präferierte, die frei von fachfremden politischen Einflüssen agieren konnte, ist nachvollziehbar. Die Aufgabenfelder, welche die Wissenschaftsfunktionäre der SED an den Universitäten zu beeinflussen versuchten, waren vielfältig und richteten sich an dem parteilichen Macht- und Sicherheitsbedürfnis aus. Die Parteifunktionäre rekrutierten im Hochschulbereich ihre Reisekader für die Auslandsspionage und für die Bespitzelung von Hochschulmitarbeitern, nahmen Einfluss auf Lehrinhalte, Forschungsvorhaben und ihre Ergebnisse, organisierten die Überwachung von Hochschulmitarbeitern und Studenten,

⁷⁰⁶ Über die Politik des Lavierens..., vom 27.03.1958. In: BArch, NY, 4182/1364 Bl. 132.

⁷⁰⁷ Vgl. Fuchs, Gerhard: Assistent bei Leo Stern. In: Meier, Helmut: Leo Stern. S. 79.

⁷⁰⁸ Vgl. Sabrow, Martin: Die Geschichtswissenschaft der DDR und ihr „objektiver Gegner“. In Iggers, Georg; Jarausch, Konrad; Middell, Matthias; Sabrow, Martin (Hrsg.): Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem. (= HZ, Beiheft. N. F., Bd. 27). München: Oldenburg 1998. S. 57f.

⁷⁰⁹ Vgl. Aktennotiz von Johannes Hörnig (Leiter der Abteilung Wissenschaft beim ZK der SED) vom 14.05.1959. In: BArch, DY 30, IV 2/904, 533 Bl. 46.

⁷¹⁰ Vgl. Biografie Leo Stern. In: Mertens, Lothar: Lexikon. S. 581.

steuerten die Kaderentwicklung oder forderten Gutachten von Wissenschaftlern für das MfS und die Generalstaatsanwaltschaft.⁷¹¹

Die Situation an den übrigen Universitäten war gemäßigt, da 1956 an diesen Einrichtungen nur wenige nichtmarxistische Wissenschaftler verblieben waren und die historische Forschung nicht so fokussiert wurde wie in Berlin oder Halle.⁷¹² Im Gegensatz zur alltäglichen Unterdrückung und Anpassung im universitären Bereich gab es nach dem XX. Parteitag 1956 auch wissenschaftspolitische Lockerungen. Die Zugeständnisse bezogen sich auf die Veröffentlichungspraxis, die es den Wissenschaftlern für kurze Zeit ermöglichte, Kritik am Wissenschaftssystem der DDR zu äußern, die in dieser Weise vor 1956 nicht publiziert werden durfte.

Diese erleichterten Publikationsmöglichkeiten blieben jedoch nicht bestehen, sondern wurden nach den ersten veröffentlichten Angriffen auf die Parteipolitik zurückgenommen und führten für die Beteiligten zu Repressalien. Mit dieser Methode, eine nach Kuczynski an „Dummheit und Gemeinheit parteitypische Hetze“, war die SED 1957 wieder zu ihrem politischen Muster der Überwachung und Kontrolle von Regimegegnern und Abweichlern zurückgekehrt.⁷¹³ Das Neue in dieser Periode des „Taufweters“ war die Verbannung von Stalin als Klassiker des Marxismus-Leninismus oder die Entlassung und Rehabilitierungen von politischen Häftlingen. Einen Umbruch der politischen Gegebenheiten oder eine Systemerneuerung konnte der XX. Parteitag der KPdSU, nach Horst Schützler, in der DDR nicht bewirken. Wohl führte er aber zum Machtverlust der Parteispitze und kann als Vorbote der Perestroika der 1980er Jahre angesehen werden.⁷¹⁴

c) Auseinandersetzungen zwischen Hochschulmitarbeitern und dem Hochschulapparat der SED nach dem Bau der Berliner Mauer 1961

Nach den Umwälzungen im Zuge der Entstalinisierungsversuche in der DDR zielte die politische Linie der Folgejahre darauf ab, die „sozialistische Persönlichkeit“ ihrer Bevölkerung zu stärken, mit dem Ziel des unbedingten Parteigehorsams.⁷¹⁵ Zur Umsetzung dieses Vorhabens erfolgte der Bau der innerdeutschen Grenze.

⁷¹¹ Vgl. Eckert, Rainer: Die Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit an den Hochschulen der DDR an den Beispielen der Humboldt-Universität zu Berlin und der Universität Rostock. In: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission. S. 1026.

⁷¹² Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: Legitimation. S. 304.

⁷¹³ Kuczynski, Jürgen: Dissident. S. 104.

⁷¹⁴ Vgl. Schützler, Horst: Der XX. Parteitag der KPdSU und die Konfliktsituation im Lande. In: Prokop, Siegfried (Hrsg.): Zwischen Aufbruch und Abbruch. Die DDR im Jahre 1956. Berlin: Kai Homilius 2006. S. 116.

⁷¹⁵ Vgl. Gransow, Volker: Kulturpolitik in der DDR. Berlin: Spiess 1975. S. 19.

Für die Wissenschaftler der DDR gestaltete sich das neue Vorgehen der Partei als schwierig, sodass mit Beginn des Mauerbaus im August 1961 Unruhen im Hochschulkader entstanden. Wie im Sommer 1953 und während der Debatten nach dem XX. Parteitag der KPdSU verhielt sich die akademische Elite in der DDR hinsichtlich ihrer öffentlichen Meinungsbekundungen zum Mauerbau abwartend. Als Gründe für dieses Verhalten lassen sich die Sorge um die Abschnürung von der internationalen Forschungsgemeinschaft oder die Angst anführen, durch kritische Äußerungen persönliche Repressalien zu erfahren.⁷¹⁶ Davon abgesehen war durch den Mangel an Fachliteratur und wissenschaftlichen Geräten, die zuvor noch aus der Bundesrepublik Deutschland bezogen werden konnten, eine wissenschaftliche Arbeit nicht mehr durchführbar.⁷¹⁷

Dass diese Situation in den Folgejahren nicht nur Parteikritiker bestärkte, sondern selbst bei linientreuen Wissenschaftlern Unmut heraufbeschwor, ist verständlich. Vor allem die Tagebuchaufzeichnungen von Jürgen Kuczynski liefern für diese Krisenzeit der 1960er Jahre erneut wichtige Eindrücke über die Stimmung im Hochschulbereich. Einige Tage nach Baubeginn der innerdeutschen Grenze äußerte er sich zur politischen Situation, indem er erwähnt, wie gut Walter Ulbricht mit der Anordnung zur Grenzabriegelung den Partei- und Staatsapparat zu lenken vermochte.⁷¹⁸ Neben dieser Anerkennung mahnte Kuczynski zur Vorsicht, da die DDR ihren Rückhalt lediglich durch die sowjetische Regierung aufrechterhalten könne und die Bevölkerung wie auch die Partei politisch „zersetzt und isoliert“ seien.⁷¹⁹ Eine Zufriedenheit mit der Parteipolitik der SED war bei diesem Gelehrten zu diesem Zeitpunkt nicht mehr gegeben. Auch befürchtete Kuczynski, dass unter den Einflüssen der UdSSR noch mehr Vertrauen der Bevölkerung eingebüßt werden könnte, was nach den Unruhen von 1956 nicht abwegig war.⁷²⁰ Ebenso konnte ein erneutes Vorgehen der Parteispitze gegen vermeintliche Revisionisten nicht ausgeschlossen werden, wodurch die wissenschaftlichen Arbeitsstrukturen gänzlich hätten zerstört werden können.

Dass seine Befürchtungen Vorahnungen waren, stellte sich im Verlauf der nächsten Jahre heraus. Im April 1966 vermerkte Kuczynski, dass die Stimmung seit dem Mauerbau an der AdW „fürchterlich“ war: Die SED sei „voller Illusionen“ und viele

⁷¹⁶ Siehe die Einschätzungen der Stellungnahmen der Hochschulmitarbeiter durch die Abteilung Agitation im ZK der SED, vom 24.08.1961. In: BArch, DY 30, IV 2/902, 6 Bl. 39–60.

⁷¹⁷ Vgl. Informationen über die Versorgungslage im Universitäts- und Hochschulbetrieb. In: Ebd.

⁷¹⁸ Vgl. Tagebucheintrag vom 19.08.1961. In: ABBAW, NL Jürgen Kuczynski, Nr. 175, Tagebuch Teil 3 von 1956–1968.

⁷¹⁹ Ebd.

⁷²⁰ Vgl. ebd.

Wissenschaftler „bitter-zynisch“, „kochen[d] vor Wut“ oder so unter politischem Druck, dass sich die wissenschaftlichen Leistungen unter diesen Arbeitsbedingungen nicht bessern konnten.⁷²¹ Der angespannten Situation der 1960er wussten sich die Wissenschaftler der DDR kaum zu entziehen. Durch die Ereignisse von 1953 war deutlich geworden, dass Demonstrationen so lange zwecklos blieben, wie die sowjetische Regierung der DDR militärischen Rückhalt bot.

Obwohl sich die meisten Mitglieder des Wissenschaftsbereichs, wie in den Jahren zuvor, reserviert gegenüber der Parteipolitik verhielten, gab es eine Minderheit an Personen, die sich aktiv für die SED-Politik einsetzten oder sich gegen den Mauerbau aussprachen. Zu den Fürsprechern zählten vor allem Historiker. Viele parteitreue Fachvertreter, wie Engelberg, Rudolph, Obermann oder Schilfert, versuchten ihr Renommee durch linienkonforme Artikel in der Fachpresse zu steigern.⁷²² Auch Kuczynski nutzte diese Möglichkeit, um sich nach den Revisionismusvorwürfen gegen ihn (Kapitel 4.3.2.) wiedereinzugliedern.⁷²³ In seinem Artikel „Wanderer zwischen zwei Welten“, den er im August 1961 in der sozialistischen Tageszeitung Neues Deutschland veröffentlichte, rief er die Leserschaft dazu auf, sich zur politischen Linie der SED zu bekennen, die für „Frieden und Wohlstand“ sorgt und sich gegen die, für ihn, kriegshetzerische Bundesrepublik Deutschland zu wenden.⁷²⁴ Anders als in diesem Artikel, welcher der Politik der SED positiv gegenüberstand, fasste er in seinen Memoiren über die politische Lage 1961 zusammen: „Über uns allen schwebt jetzt das Dogmaklesschwert [Damoklesschwert, Anm. d. Verf.]“.⁷²⁵ Bei diesen janusköpfigen Aussagen ist darauf hinzuweisen, dass Kuczynski zu keiner Zeit den Glauben an die marxistisch-leninistischen Ideale und die Überlegenheit des Sozialismus infrage stellte, wohl aber die Unfehlbarkeit anzweifelte, mit der sich das Politbüro der SED betrachtete. Natürlich wusste er um den Umstand, dass die Historiker aus der Sicht der Wissenschaftsfunktionäre dazu bestimmt waren, die Beschlüsse des Politbüros zu interpretieren und zu legitimieren. Sicher hegte er den Wunsch nach mehr Autonomie innerhalb der Wissenschaftsorganisation und der eigenen Arbeitsweise. Wirkliche Einschränkungen in seinem wissenschaftlichen Wirken musste er nach 1961 jedoch nicht fürchten. Er konnte bis 1989 auch außerhalb der DDR publizieren und blieb als Reisekader aktiv. Kuczynski war kein

⁷²¹ Tagebucheintrag vom 02.04.1966. In: ABBAW, NL Jürgen Kuczynski, Nr. 175, Tagebuch Teil 3 von 1956–1968.

⁷²² Vgl. die Artikel der Genannten in der ZfG: Jg. 9 (1961) S. 1457–1482.

⁷²³ Vgl. Kuczynski, Jürgen: Wanderer zwischen zwei Welten. In: Neues Deutschland, vom 20.08.1961. S. 5.

⁷²⁴ Ebd.

⁷²⁵ Tagebucheintrag vom 02.07.1961. In: ABBAW, NL Jürgen Kuczynski, Nr.175, Tagebuch Teil 3 von 1956–1968.

grundsätzlicher Systemkritiker der DDR, sondern ein Taktiker. Nur so konnte er in seinen Werken persönlich empfundene gesellschaftskritische Mängel anführen, ohne mit Entlassung oder Parteiausschluss rechnen zu müssen. Zudem war Kuczynski nicht nur in Kritik, sondern auch in Selbstkritik geübt, wobei er darauf bedacht war, nur geringe Zugeständnisse gegenüber den Wissenschaftsfunktionären einzuräumen. Vorwürfen gegenüber, die ihm unterstellten, er sei von den Idealen des Marxismus-Leninismus abgewichen, konnte er dadurch ausweichen.⁷²⁶

Nichtsdestoweniger zählten die Historiker der DDR, so Kowalczyk, zu den „ideologischen Mauern der Mauer“, auch wenn sie, wie Kuczynski oder Klein, nur passiv auf die Ereignisse der Zeit reagierten.⁷²⁷ Klein, der sich im August 1961 im Urlaub befand, beschrieb den Beginn des Mauerbaus in seinen Memoiren als Handlung, dessen politisches Ausmaß Anfang August noch nicht einzuschätzen war, zumal die West-Berliner noch nach Ost-Berlin einreisen konnten.⁷²⁸ An eine totale Abschottung der DDR wollte Klein zu diesem frühen Zeitpunkt nicht denken.

Dabei hatte der Mauerbau für ihn familiäre Auswirkungen, da sein jüngerer Bruder 1959 nach West-Berlin flüchtete und dessen Zwillingsbruder ihm am 13. August 1961 folgte, indem er die innerstädtische Begrenzung an einem wenig überwachten Bauabschnitt überquerte. Mit beiden Brüdern blieb Klein in Verbindung und ignorierte das Verbot der SED, private Kontakte mit Personen aus Bundesdeutschland, Westberlin und Österreich aufrechtzuerhalten.⁷²⁹ Diese Handlungsweise Kleins war dem MfS bekannt.⁷³⁰

Wie Sabrow erläutert, war das MfS über die Westkontakte seiner IM informiert und wurde von den Historikern unter ihren Mitarbeitern über ein Fehlverhalten anderer Zunftmitglieder unterrichtet. Dazu zählten Auskünfte über den Schriftverkehr mit Personen aus der Bundesrepublik Deutschland oder die Meldungspflicht von Fachvertretern, die der Abschottungspolitik kritisch gegenüberstanden.⁷³¹ Auch Klein gehörte von 1979 bis 1989 zu dieser Personengruppe.⁷³² Er wurde jedoch vom MfS nicht als Träger von Staatsgeheimnissen eingestuft und stellte seine familiären Motive nie über die politischen, wodurch er sich das Vertrauen der Parteileitung

⁷²⁶ Vgl. Kuczynski, Jürgen: Frost nach dem Tauwetter. Mein Historikerstreit. Berlin: Elefanten Press 1993. S. 103–106.

⁷²⁷ Kowalczyk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste. S. 554.

⁷²⁸ Vgl. Klein, Fritz: Drinnen und Draußen. S. 212.

⁷²⁹ Vgl. ebd. S. 212f.

⁷³⁰ Vgl. BStU, MfS, AIM, 16234/ 91 Bd. 1. Bl. 286.

⁷³¹ Vgl. Sabrow, Martin: Diktat. S. 332.

⁷³² Vgl. BStU, MfS, AIM, 16234/91 Bd. 1. Bl. 21.

erwarb.⁷³³ Gründe für seine Zusammenarbeit nennt er nicht. In seinen Memoiren führt er aus, dass er diese Tätigkeit freiwillig leistete, ohne jede Form von Erpressung. Generell habe er über die verwerflichen Praktiken des MfS nichts gewusst und während seiner Auslandsaufenthalte nur „normale Gespräche“ im sachlichen Interesse mit Diplomaten und Wissenschaftlern aus den USA geführt, so Klein.⁷³⁴ Allerdings erhob er auch Informationen über Mitarbeiter am Zentralinstitut für Geschichte an der AdW, die im Gesamtinteresse des MfS lagen. Er meldete die Republikflucht von Kollegen, überprüfte, inwiefern die Republikflüchtigen „Material“ ihrer Publikationen in die Bundesrepublik Deutschland überführt hatten und berichtete über seine Verbindungen zu einzelnen Mitarbeitern der AdW, deren politische Hintergründe und familiäre Situationen.⁷³⁵ Diese Berichterstattung brachten ihm die Verdienstmedaillen der NVA und Geldprämien ein.⁷³⁶

Klein blieb trotz seiner, durch den Mauerbau, belasteten familiären Strukturen weiter Anhänger der Parteipolitik der SED. Damals, so Klein rückblickend, nahm er den Mauerbau als „kleineres Übel“ hin, da er nach wie vor vom Gesellschaftsmodell der DDR überzeugt war.⁷³⁷ Dass die innerstädtische Grenze jedoch durchlässiger gemacht werden müsse, war für ihn selbstverständlich, wurde in der Realität allerdings nicht erfüllt. Die vermeintliche Hoffnung Kleins, durch die Abschottung vom Westen Deutschlands ein äußerlich stabileres, toleranteres und demokratisches Regierungssystem in der DDR zu etablieren, wodurch die Gesellschaft „insgesamt attraktiver“ und die Mauer überflüssig würde, scheiterte am Macht- und Sicherheitsbedürfnis der SED.⁷³⁸

Auch der Wissenschaftsapparat war von diesem Kontrollbedürfnis betroffen, was sich in einer Vielzahl von neu geschaffenen Arbeitsgemeinschaften Anfang der 1960er Jahre zeigte, die der weiteren Durchsetzung der marxistisch-leninistischen Wissenschaftsvorstellungen dienen sollten. Eine Neukonstituierung stellte die Arbeitsgruppe „Imperialistische Historiografie“ unter Leitung von Leo Stern dar, die im November 1961 unter der Deutschen Historiker-Gesellschaft ihre Arbeit aufnahm.⁷³⁹ Obwohl Stern seit 1959 nicht mehr als Rektor der Universität Halle wirkte, war er Anfang der 1960er Jahre noch immer mit Leitungsaufgaben betraut. Er konnte

⁷³³ Vgl. BStU, MfS, AIM, 16234/91 Bd. 1. Bl. 286.

⁷³⁴ Klein, Fritz: Drinnen und Draußen. S. 290 und S. 358.

⁷³⁵ Vgl. BStU, MfS, AIM, 16234/91. Beifügung Bd. 1. Bl. 2. Und ebd. Bd. 2. Bl. 20f, Bl. 228, Bl. 234.

⁷³⁶ Vgl. Wolle, Stefan: Das System der Reisekader. S. 1653.

⁷³⁷ Klein, Fritz: Drinnen und Draußen. S. 213.

⁷³⁸ Ebd.

⁷³⁹ Vgl. Schilfert, Gerhard; Schleier, Hans: 1. Arbeitstagung der Sektion Methodologie der Deutschen Historiker-Gesellschaft. In: ZfG, Jg. 10 (1962) S. 431.

bis 1966 als Direktor des Instituts für deutsche Geschichte an der Universität Halle tätig werden und war Vizepräsident für den gesellschaftswissenschaftlichen Forschungsbereich an der AdW.⁷⁴⁰ Da von Stern keine Äußerungen zum Bau der innerdeutschen Grenze überliefert sind, ist anzunehmen, dass er sich nicht öffentlichkeitswirksam gegen diese parteipolitische Maßnahme stellte oder kritische Stellungnahmen vor der Übergabe seines Nachlasses an das Akademiearchiv entfernt wurden.

Nicht auszuschließen ist, dass Stern dem Mauerbau positiv gegenüberstand. Auch die Konflikte zwischen den Wissenschaftsfunktionären und Stern gegen Ende der 1950er Jahre dienen als Argument für sein abwartendes Verhalten, um nicht erneut in Kontroversen mit den Parteifunktionären verwickelt zu werden. Zudem war Sterns Gesundheitszustand seit 1960 sehr schlecht, so ein Kollege, wodurch er nicht mehr zu wissenschaftlicher Leistung fähig war. Arbeitsaufträge nahm er zwar weiter an, delegierte sie aber an seine Mitarbeiter und publizierte nur die Ergebnisse unter seinem Namen.⁷⁴¹ Seine Einstellung zur Parteipolitik der SED war generell schwierig. Zum einen besaß er in der DDR eine große Reputation für seine Forschungen zur deutschen Arbeiterbewegungsgeschichte, zum anderen arbeitete er mit nichtmarxistischen Kollegen zusammen.⁷⁴² Ein Beispiel dafür ist seine 1952 gegründete Forschungsgemeinschaft „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“. Jene Arbeitsgruppe wurde durch das Fachwissen von nichtmarxistischen Archivaren und Historikern getragen und bediente sich offen ihrer Kenntnisse zu Quellenrecherchen oder der Erstellung von thematischen Inventaren.⁷⁴³

Hinsichtlich der Kooperation zwischen marxistischen und nichtmarxistischen Gelehrten ging es Stern allerdings nicht um die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen. Wie er 1954 gegenüber der „Parteileitung Historiker“ betont, leisteten „diese Leute“, die ca. 30 nichtmarxistischen Archivare, nur Hilfsarbeit, wonach er sie nicht als Historiker anerkannte.⁷⁴⁴ Für ihn wäre es „das idealste [...] gewesen, hinter jeden einen marxistischen Historiker zu stellen.“⁷⁴⁵ Da der marxistische Nachwuchskader noch nicht ausgebildet war, wies er den Vorwurf der politischen Sorglosigkeit mit den Worten zurück: „Wenn ich warte bis ihr [der parteiloyale Nachwuchs,

⁷⁴⁰ Vgl. Biografie Leo Stern. In: Mertens, Lothar: Lexikon. S. 581.

⁷⁴¹ Vgl. BStU, MfS, BV Halle AP 1989/67 Bd. 3 Bl. 103.

⁷⁴² Vgl. Schwabe, Paul: Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Besprechung von Bd. 1. In: AM, Jg. 4 (1954) H. 3. S. 58.

⁷⁴³ Vgl. BStU, MfS, BV, Halle AP 1989/67 Bd. 1. Bl. 27.

⁷⁴⁴ Ebd. Bl. 27f.

⁷⁴⁵ Ebd. Bl. 27.

Anm. d. Verf.] wächst, kann ich lange Jahre warten.“⁷⁴⁶ Laut Stern bestand die Arbeit in der Forschungsgemeinschaft zudem nicht aus privatem Interesse, sondern war Auftrag der sowjetischen AdW und des MELS-Instituts in Moskau. Die dortigen Funktionäre wüssten von den nichtmarxistischen Mitarbeitern und entschieden, nach der Handhabe zu verfahren: „das Gute nehmen und das Reaktionäre wegschneiden“.⁷⁴⁷ Ziel dieser Kooperation war vor allem, die deutsch-deutschen und internationalen Kontakte nicht zu verlieren – um das wissenschaftliche Arbeiten in der DDR nicht noch stärker einzuschränken. Dadurch kann Stern, bis zu einem ideologisch vorgegebenen Maß, eine positive Meinung gegenüber den Arbeitsmethoden und historiografischen Aspekten der nichtmarxistischen Geschichtswissenschaft zugestanden werden. Dementsprechend misstrauisch wurde die Forschungsgemeinschaft von den Wissenschaftsfunktionären der Partei kontrolliert. In dem Protokoll einer Aussprache zwischen Stern und der „Parteileitung Historiker“ 1954 wurde die Autonomie der Forschungsgemeinschaft beklagt, in der Stern als „Mann über allem“ agiere.⁷⁴⁸ Die Zusammenarbeit wurde zwar geduldet, die meisten benötigten Akten des Forschungsprojektes wurden jedoch dem ZK-Apparat unterstellt. Das bedeutete die Herauslösung dieser Akten aus ihren Beständen, um sie fortan am MEL-Institut zu lagern und einen unkontrollierbaren Zugang durch nichtmarxistische Gelehrte zu verhindern.⁷⁴⁹

Dementsprechend kann davon ausgegangen werden, dass Stern die letzten Jahre vor seiner Emeritierung nicht mit weiteren Auseinandersetzungen verbringen, sondern für sein akademisches Arbeiten nutzen wollte. Dabei war der Hallenser Professor seit Anfang der 1950er Jahre regelrecht mit Ämtern überlastet, sodass er bereits nach dem 17. Juni 1953 seine Mehrfachrolle als Professor, Institutsdirektor, Prorektor bzw. Rektor als Bürde empfand. Seinem Ersuchen des Staatssekretariats für Hochschulwesen mit der Bitte um Entlastung wurde nicht nachgekommen.⁷⁵⁰ Zu Beginn der 1960er Jahre hatte sich die Situation für den nunmehr 60-Jährigen zumindest dahingehend geändert, dass er 1961 den Wunsch der SED ablehnte, eine politische Funktion als Wahlsenator der Universität Halle oder die Beteiligung am

⁷⁴⁶ BStU, MfS, BV, Halle AP 1989/67 Bd. 1. Bl. 28 und Bl. 30f.

⁷⁴⁷ Ebd. Bl. 29.

⁷⁴⁸ Ebd. Bl. 19.

⁷⁴⁹ Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: Legitimation. S. 215.

⁷⁵⁰ Vgl. Hübner, Hans: Leo Stern als Rektor der Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg. In: Meier, Helmut: Leo Stern. S. 71.

Parteijahr wahrzunehmen, da er sich noch immer zu stark beruflich eingebunden sah.⁷⁵¹

Anders lag die Situation bei Horst Bartel, dessen Befürwortung des Mauerbaus als loyaler Parteihistoriker vorausgesetzt werden kann. Im Gegensatz zu Stern vollzog Bartel 1960 durch die Gunst des einflussreichen Funktionärs Ernst Engelbergs⁷⁵² einen Karrieresprung und wurde zum stellvertretenden Direktor des Instituts für Geschichte an der AdW befördert. Diese Entwicklungschance erhielt er dadurch, dass er 1960 im Apparat des ZK zu den Historikern gezählt wurde, die den politischen Vorgaben der Parteispitze am loyalsten gegenüberstanden.⁷⁵³ Selbst wenn Bartel an den politischen Methoden der SED gezweifelt hätte, wären kritische Äußerungen zu diesem beruflich günstigen Zeitpunkt für Bartel untragbar gewesen.

Die Ermangelung an Aussagen von Alfred Meusel zum Bau der innerdeutschen Grenze lag daran, dass er im September 1960 verstorben war. Gleiches gilt für Willy Flach, der 1958 verstarb.

Doch auch das von Karl Schirdewan so bezeichnete „verwahrloste“ Archivwesen und die Archivwissenschaft sollten mittels des Mauerbaus den Vorgaben der Wissenschaftsfunktionäre angepasst werden.⁷⁵⁴ Von den meisten Historikern oder Geschichtslehrern wurden die archivischen Kollegen nicht nur „belächelt“ und mit einem „Image“-Problem versehen, sondern mussten sich auch dem Vorurteil stellen, politisch „erziehungsbedürftig“ zu sein, so der DDR-Archivar Botho Brachmann.⁷⁵⁵

Diese Herabsetzung eines ganzen Berufszweiges trug dazu bei, dass sich viele Archivare der DDR nicht kritisch gegen die systembedingten Ungerechtigkeiten ihres Landes zu äußern vermochten – zumindest nicht öffentlichkeitswirksam. Auch hatten viele nichtmarxistische Archivare andere Ambitionen hinsichtlich ihrer beruflichen Verwirklichung, als es ihre marxistischen Kollegen für sich beanspruchten. Für Hellmut Kretzschmar lag, wie er 1948 selbst ausführt, der Reiz des Archivarberufs in der wissenschaftlichen Vielfalt durch das umfangreiche Quellenmaterial, statt in materiellen Gewinnen oder gesellschaftlichem Renommee.⁷⁵⁶ Selbstredend kann der

⁷⁵¹ Vgl. Bericht über die mangelnde Beteiligung der medizinischen Fakultät an der politischen Auseinandersetzung, vom 04.12.1961. In: BArch, DY 30, IV 2/904, 583 Bl. 77ff.

⁷⁵² Engelberg war von 1958 bis 1965 als Präsident der Deutschen Historiker-Gesellschaft tätig und seit 1960 Direktor des Instituts für deutsche Geschichte an der AdW zu Berlin. Von 1960 bis 1980 konnte er als Präsident des Nationalkomitees der Historiker der DDR wirken.

⁷⁵³ Vgl. Einschätzung der Abteilung Geschichtswissenschaft beim ZK der SED, vom 14.01.1960. In: BArch, DY 30, IV 2/904, 101 Bl. 284.

⁷⁵⁴ Schirdewan, Karl: Ein Jahrhundert Leben. S. 273.

⁷⁵⁵ Brachmann, Botho: Die Ausbildung wissenschaftlicher Archivare. S. 398.

⁷⁵⁶ Vgl. Wahl, Volker: „Auf jeden Fall soll die Qualität des Archivarstandes gewahrt werden.“ Eine Denkschrift von 1948 zur künftigen Ausbildung des wissenschaftlichen Archivarnachwuchses in der Sowjetischen Besatzungszone. In: Beck, Friedrich (Hrsg.): *Archivistica docet*. S. 589–594.

Wunsch nach historischem Erkenntnisgewinn den marxistischen Archivaren und Historikern nicht abgesprochen werden, jedoch ging es ihnen auch um die Gunst der SED und den Kampf um politisch einflussreiche Positionen in ihren Fachbereichen. Diese Komponente war bei den marxistischen Archivaren weniger ausgeprägt, da der gesellschaftliche Status des Berufes a priori als minderwertiger im Vergleich zum geschichtswissenschaftlichen Pendant angesehen wurde.

Unter diesem Aspekt waren von den fünf Archivaren keine systemkritischen Äußerungen zu erwarten. Heinrich Otto Meisner trat 1961 sein letztes Jahr als Dozent an der HU Berlin an und wurde anschließend emeritiert. Hellmut Kretzschmar erreichte 1958 die Altersgrenze als Archivdirektor des Sächsischen Landeshauptarchivs Dresden und trat in den Ruhestand. Bis 1962 wurde er jedoch noch als nebenamtlicher Professor an der KMU Leipzig und am IfA in Potsdam tätig. Beide Gelehrte waren zu diesem Zeitpunkt gesundheitlich belastet.⁷⁵⁷ Aufgrund dieses gemäßigteren Lebensabschnitts beider Archivare hätte eine aktivere Disposition gegen den Bau der Mauer, zumindest in persönlichen Unterlagen der Nachlässe beider Personen, erfolgen können. Wie Horst Schlechte im Nachruf auf seinen Kollegen Hellmut Kretzschmar erklärt, vertrat dieser die Auffassung, dass der Archivar und Historiker stets aufgeschlossen für die Probleme seiner Zeit sein müsse, um ein Verständnis für frühere Epochen zu entwickeln.⁷⁵⁸ Diese Auslegung lässt sich für Kretzschmar, im Hinblick auf die Konflikte in der DDR, nur noch in seinen unveröffentlichten Tagebuchnotizen erahnen, die jedoch ab 1956 nicht fortgeführt oder seinem Nachlass nicht beigefügt wurden.

Andererseits stellt sich die Frage, ob der aktive Widerstand eines Einzelnen im DDR-Regime das geeignete Mittel war, um Veränderungen herbeiführen zu können. Einige Gelehrte mögen wie Karlheinz Blaschke gedacht haben, dass die DDR durch ein widerständiges Verhalten überwunden werden könne. Der Großteil der Bevölkerung ging jedoch mit der Alternative konform, der scheinbar angepassten Haltung im Alltag oder dem Rückzug ins Private.⁷⁵⁹ „Bleiben und verändern, durch den Geist und durch das Wort“ – so hielt es nicht nur Karlheinz Blaschke, der Verfasser dieses Ausspruches, sondern auch Hellmut Kretzschmar, Heinrich Otto Meisner oder Friedrich Beck.⁷⁶⁰

⁷⁵⁷ Vgl. Aktennotiz vom 09.09.1959. In: ABBAW, Nachlass Heinrich Otto Meisner, Nr. 6.

⁷⁵⁸ Vgl. Schlechte, Horst: Nachruf auf Hellmut Kretzschmar. In: AM, Jg. 2 (1966). S. 73.

⁷⁵⁹ Vgl. Blaschke, Karlheinz: Ein bürgerlicher Historiker am Rande der DDR S. 73f.

⁷⁶⁰ Ebd. S. 92.

Friedrich Beck blieb 1961 weiter angepasst. Neben seinen Tätigkeiten als Direktor des Staatsarchivs Potsdam und als Dozent am IfA gab er seit 1958 die Schriftenreihe „Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs Potsdam“ heraus.⁷⁶¹ Hier konnte sich Beck seinen Forschungsschwerpunkten der historischen Hilfswissenschaften, der brandenburgischen Landesgeschichte und der Archivgeschichte widmen, die wenig ideologisch belastet waren und nur geringe politische Eingriffe zuließen.

Blaschke befand sich am 13. August 1961 in einer besonderen Situation, fernab der DDR, auf Studienreise in Frankreich.⁷⁶² Es wäre ein Leichtes gewesen, gegen Ende dieser Reise nicht in die DDR zurückzukehren. Doch er kehrte in seine Heimat zurück, obwohl er wusste, dass diese bauliche Maßnahme eine Abschottung der DDR auf unbestimmte Zeit bedeutete.⁷⁶³ Dennoch wählte er die DDR, da hier seine Familienangehörigen lebten und seine berufliche Aufgabe lag.⁷⁶⁴ Letzteres war insofern wichtig, da sich Blaschke nur in der DDR seinem Forschungsschwerpunkt der sächsischen Landes- und Regionalgeschichte zuwenden konnte. Eine andere Entscheidung hätte nicht getroffen werden können, ohne dass Einschränkungen in seinem wissenschaftlichen Forschungsfeld entstanden wären. Als Belohnung für seine Rückkehr und zum 10-jährigen Dienstjubiläum im Staatsarchiv Dresden erhielt er die Reisegenehmigung nach Ungarn. Auf der Rückreise kam es, so Blaschke, zur Falschmeldung des versuchten Grenzübertritts. Die Folge dieses vermutlichen Fehltrittes war eine Reiseverweigerung für die nächsten 15 Jahre, wodurch der kollegiale Austausch mit bundesdeutschen und internationalen Kollegen erlag.⁷⁶⁵ Seine Veröffentlichungen waren davon nicht betroffen und wurden weiter in der DDR wie in der Bundesrepublik Deutschland gedruckt. Gnade und Ungnade der Partei lagen in der DDR somit eng beieinander.

Dass sich die Personalstrukturen des Archivwesens nach dem Mauerbau änderten und „bekannte Antisozialisten [...] plötzlich die Mitgliedschaft der SED“ beantragten und bessere Arbeitsplätze erhielten, wie es Schirdewan ausführt, kann anhand der fünf Archivare dieser Studie nicht bestätigt werden.⁷⁶⁶

⁷⁶¹ Vgl. Neitmann, Klaus: Friedrich Becks wissenschaftliches Lebenswerk. Eine Einführung. In: Neitmann, Klaus (Hrsg.): Friedrich Beck. Ausgewählte Aufsätze aus den Jahren 1956-2000. Beiträge zur thüringischen und brandenburgischen Landesgeschichte und zu den historischen Hilfswissenschaften. Potsdam: vbb 2003. S. 24f.

⁷⁶² Vgl. Blaschke, Karlheinz: Ein bürgerlicher Historiker am Rande der DDR. S. 50.

⁷⁶³ Vgl. ebd. S. 52.

⁷⁶⁴ Vgl. ebd.

⁷⁶⁵ Vgl. ebd. S. 52f.

⁷⁶⁶ Schirdewan, Karl: Ein Jahrhundert Leben. S. 282.

Obwohl von den zehn Repräsentanten nur ein kleiner Eindruck einer oppositionellen Haltung gegen den Mauerbau gewonnen werden konnte, formierte sich ein aktiver Widerstand gegen diese Maßnahme unter den Hochschulmitarbeitern der DDR. Gründe für die Proteste bestanden darin, dass der ideologische Druck auf die Professoren und Studenten 1961 erhöht wurde, was eine vermehrte Republikflucht zur Folge hatte.⁷⁶⁷ Diejenigen Kritiker, die in der DDR verblieben, wurden teilweise „für Lächerlichkeiten“, so Kuczynski, mit Parteiverfahren, Parteiausschluss oder der Exmatrikulation bestraft.⁷⁶⁸ Im Allgemeinen haben sich die meisten Intellektuellen der DDR bis zum Ende des Jahres 1961 mit dem Zustand der politischen Situation in ihrem Land abgefunden und mussten feststellen, dass die innerdeutsche Grenze nicht nur auf wenige Monate ausgelegt war, sondern für Jahrzehnte Bestand haben sollte.⁷⁶⁹

Fazit

Generell verhielt sich die Mehrheit der gesellschaftswissenschaftlichen Wissenschaftler der DDR in den drei Krisenjahren 1953, 1956 und 1961 stets gleich gegenüber den politischen Ereignissen: parteinah, wenn auch nicht parteikonform, und zurückhaltend. Obwohl der Wunsch der Wissenschaftsfunktionäre, eine lenkbare und parteitreue Wissenschaftselite herauszubilden, dadurch nicht erfüllt war, wurde noch vor dem Bau der Mauer die erfolgreiche Umsetzung dieses Vorhabens propagiert.⁷⁷⁰ Diese Agitation wurde durch das abwartende Verhalten der Intellektuellen während der Krisenjahre der DDR unterstützt, was sich an der Handlungsweise der zehn Repräsentanten zeigt.

Während des Volksaufstandes vom Sommer 1953 standen die Historiker und Archivare abseits vom Streikgeschehen. Die fünf Historiker befürworteten die Handlungsweisen der Partei- und Staatsführung und waren darin einig, dass sie der SED loyal gegenüberstanden und regimekritische Forderungen ablehnten. Ähnlich konform verhielten sich die Archivare, obwohl sie die politische Linie der Partei zu meist nicht aus eigener Überzeugung teilten. Ein widerständiges Auflehnen gegen

⁷⁶⁷ Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste. S. 550.

⁷⁶⁸ Kuczynski, Jürgen: Dissident. S. 152.

⁷⁶⁹ Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste. S. 553.

⁷⁷⁰ Vgl. Referat von Kurt Hager auf der 12. Tagung des ZK der SED vom 16.–19.03.1961. In: BArch, DY 30 IV 2/1, 255. Bl. 2ff. Dazu die Diskussionsbeiträge zur Arbeitsproduktivitäts- und Lohnentwicklung bis 1961. In: Ebd. Bl. 253–256.

die Geschehnisse von 1953 erfolgte jedoch weder von Seiten der nonkonformen Historiker noch durch nichtmarxistische Archivare. Ein Verstoß gegen die politische Linie hätte die berufliche Existenz gefährden können oder den Verlust von Ämtern und Amtsvergünstigungen bedeutet. Die Anpassung an die Gegebenheiten von 1953 schien unter diesen Verhältnissen der leichtere Weg, um die beruflichen Ziele in der DDR verwirklichen zu können und möglichen Repressalien zu entgehen. Dass Parteikritik auch weitreichende Konsequenzen innehaben konnte, zeigt sich bei Nonkonformisten wie Karlheinz Blaschke, Willy Flach oder Ernst Bloch und Karl Griewank. Ihre resistente Einstellung zur Parteidisziplin mussten sie mit Berufsverbot, Stasibespitzelung oder Vertreibung bezahlen, woran einige Gelehrte zerbrachen und ihr Leben selbstbestimmt beendeten.

Bei den marxistischen Gelehrten, wie den fünf Historikern, ist eine Befürwortung der Parteipolitik der SED obligatorisch. Sowohl Meusel und Stern als auch Bartel, Klein und Kuczynski waren seit frühestem Bestehen der DDR SED-Mitglieder, verschrieben sich der Parteipolitik und der Prämisse, die Geschichtswissenschaft nach marxistisch-leninistischen Werten neu zu strukturieren. Im Gegensatz dazu waren weder Flach noch Kretzschmar oder Blaschke SED-Mitglieder. Für Meisner lassen sich keine Informationen zur Parteimitgliedschaft finden. Beck war Mitglied der SED, ohne sich jedoch parteipolitisch zu engagieren. Trotz dieser Unterschiede in der politischen Einstellung verhielten sich diese Historiker und Archivare in gleicher Weise zurückhaltend. Zwar bezogen einige von ihnen in ihren Tagebüchern und späteren Erinnerungen eine positive oder negative Position zur Parteipolitik von 1953, aktiv wurden sie jedoch nicht.

Während der Debatten nach dem XX. Parteitag der KPdSU und dem Entstalinisierungsprozess verhielten sich die Intellektuellen der DDR untätig gegenüber den Geschehnissen. Dennoch begrüßten die marxistisch-leninistischen Historiker und Archivare wie ihre nichtmarxistischen Kollegen die neuen wissenschaftlichen Freiheiten, die dieser Prozess mit sich brachte. Zudem äußerten sich im Zuge des Bekanntwerdens der stalinistischen Verbrechen auch parteiloyale Historiker wie Alfred Meusel und Jürgen Kuczynski kritisch zur politischen Situation in der DDR. Wissenschaftsfeindliche Einschränkungen existierten auch für die Archivwissenschaft der DDR. Eine öffentliche Missbilligung dieser Umstände oder wertende Äußerungen zur politischen Linie von 1956 wurden von den fünf Archivaren nicht vorgenommen.

Dem Mauerbau standen die Historiker und Archivare ohnmächtig gegenüber. Die Gründe lagen in der Sorge um die Abschnürung von der internationalen Forschungsgemeinschaft und wiederum in der Angst vor Repressalien, als Kitt der Diktatur. Trotz des angepassten Verhaltens der zehn Gelehrten lässt sich an einigen ihrer Ausführungen der Unmut zur politischen Situation der 1960er Jahre erkennen. So äußerten sich linientreue Wissenschaftler wie Kuczynski und Klein kritisch zur politisch angespannten Situation im Hochschulbereich. Doch die meisten parteikonformen Historiker und Archivare verloren, trotz des Wissens um die Fehler im politischen System der DDR, nicht den Glauben an die marxistisch-leninistischen Ideale und die Überlegenheit des Sozialismus. Auch empfanden viele Wissenschaftler eine Verantwortung für und gegenüber der neuen Gesellschaftsordnung der DDR und den Wunsch nach einem besseren antifaschistischen Deutschland. Dieses Ziel war für die meisten nur durch den Sozialismus zu erlangen. Diese Anschauung trifft besonders auf die nach Deutschland zurückgekehrten Exilanten und die Gegner des Nationalsozialismus der Geburtsjahre der 1920er und 1930er Jahre zu. Die Nachwuchswissenschaftler späterer Generationen erhielten bereits ihre frühkindliche Sozialisation unter sozialistischen Bestimmungen und waren in die marxistisch-leninistischen Ideale hineingeboren. Viele dieser loyalen Gelehrten nahmen die politischen Krisen und Maßnahmen wie den Mauerbau als Missstände hin, da sie vom Gesellschaftsmodell der DDR überzeugt waren.

Ein Wissenschaftler wie Jürgen Kuczynski, dessen Basis all seines wissenschaftlichen Wirkens auf einen festen Sozialismus zurückging, nahm im Wissenschaftsbereich der DDR einen anderen Stellenwert ein als beispielsweise Hellmut Kretzschmar oder Willy Flach, die sich bereits während des NS-Regimes mehr oder weniger unbelangt anpassen konnten. Dennoch verbindet sie der Wunsch, Anteil zu haben an der Herausbildung und Erziehung der Nachwuchskader zu schöpferischem und selbstständigem Denken. Den öffentlichen Meinungsstreit, den Kuczynski als Selbstverständlichkeit eines echten Wissenschaftlers kennzeichnet, förderten hingegen nur wenige Gelehrte. Kuczynski nutzte den scheinbaren Meinungsstreit nur als Marxist und Parteihistoriker, wodurch von einem freien Meinungspluralismus in seinen Debatten nicht die Rede sein kann. Dennoch kann seine Haltung gegenüber der Parteispitze, wie von Werner Mittenzwei vorgenommen, als „voltairisch“ charakterisiert werden, da der Wirtschaftswissenschaftler „bei den Herrschenden ein und aus“

ging, aber „mit einem Bein in der Bastille“ stand.⁷⁷¹ Den gegensätzlichen Typus verkörperte Karlheinz Blaschke, der die Verbindungen mit den „Herrschenden“ ablehnte und die Haltung der „voltairischen“ Anhänger und angepassten Mitläufer kritisierte. Den Preis für sein kritisches Verhalten zahlte Kuczynski mit Parteistrafen und Revisionismusvorwürfen, Blaschke wurde von sämtlichen universitären Arbeitsmöglichkeiten ausgeschlossen und aus dem Archivdienst vertrieben.

Diese Beispiele von Repressionsmöglichkeiten liefern einen Eindruck, warum sich nicht mehr Gelehrte gegen das politische Gebilde der DDR auflehnten, sondern sich anpassten, obwohl sie mit der marxistischen Propaganda oder den sozialistischen Idealen nicht übereinstimmten. Auch lassen sich, wie Guntolf Herzberg in einer Podiumsdiskussion erwähnte, die DDR-Wissenschaftler nicht nach dem Schema unterteilen, dass es die „sturen, orthodoxen, dummen, linientreuen Parteisoldaten“ auf der einen Seite und die kritischen Gelehrten auf der anderen Seite gab.⁷⁷² Die Sozialformation der Wissenschaftler der DDR bestand aus kritischen Konformisten wie Jürgen Kuczynski oder Fritz Klein und aus unkritischen Marxisten-Leninisten wie Horst Bartel, Leo Stern oder Alfred Meusel. Zudem konnten in der DDR unangepasste Nichtmarxisten wie Karlheinz Blaschke oder angepasste Nichtmarxisten wie Hellmut Kretzschmar, Heinrich Otto Meisner, Friedrich Beck und Willy Flach wissenschaftlich tätig werden. Neben dem Rückzug ins Private standen somit verschiedene Varianten der Loyalität gegenüber dem Parteiapparat zur Wahl, die sich durch alle Gesellschaftsschichten zogen.

Warum sich viele DDR-Bürger der Parteipolitik der SED fügten, versuchte 2008 auch der Liedermacher Stephan Krawczyk zu erläutern, indem er ausführt, dass der „gelernte DDR-Bürger wusste, wann er zu applaudieren hatte, damit ihm die Herrschaft nicht in den Alltag funkt.“⁷⁷³ Diese Aussage steht in einem ähnlichen Kontext wie die erwähnten Ausführungen von Blaschke und stützt die Beurteilung, dass in der DDR in allen gesellschaftsrelevanten Fragen und Handlungen eine Wahl bestand. So führt Krawczyk weiter an, dass kein DDR-Bürger gezwungen wurde, Genosse zu werden oder für das MfS zu arbeiten. Allerdings sagten viele nicht Nein, wenn es für sie besser war, Ja zu sagen.⁷⁷⁴ Eine Verweigerung der Zusammenarbeit von Fritz Klein mit dem MfS hätte vielleicht dazu führen können, dass er nicht mehr

⁷⁷¹ Mittenzwei, Werner: Generationserlebnisse J. K. und der Aufbau-Verlag. In: Heubner, Thomas (Hrsg.): ZeitGenosse Jürgen Kuczynski. Berlin: Elefanten Press 1994. S. 65.

⁷⁷² Herzberg, Guntolf: Aus der Diskussion des Artikels von Justus Cobet „West meets East“. In: Stark, Isolde (Hrsg.): Elisabeth Charlotte Welskopf und die Alte Geschichte in der DDR. Beiträge der Konferenz vom 21. bis 23. November 2002 in Halle/Saale. Wiesbaden: Steiner 2005. S. 302.

⁷⁷³ Krawczyk, Stephan: Kindergarten, Schießbefehl, Bier für 50 Pfennig. In: Die Welt, vom 08.10.2008. S. 9.

⁷⁷⁴ Vgl. ebd.

als Reisekader geführt worden wäre und Jürgen Kuczynski wäre ohne seine strategische Selbstkritik womöglich aus der Partei ausgeschlossen worden. Krawczyk schlussfolgert richtig: „Wenn man sich von den Rändern der Gesellschaft fernhielt, konnte man in Ruhe alt werden. Wer wollte das aufs Spiel setzen?“⁷⁷⁵

Trotz dieses passiven Verhaltens ließen sich zu allen drei Krisenjahren stimmungsweisende Ausführungen in den Erinnerungsberichten und Memoiren einiger DDR-Intellektueller anführen. Allerdings waren die Stellungnahmen, die nach der Wiedervereinigung Deutschlands veröffentlicht wurden, systemkritischer angelegt und standen im Widerspruch zu dem tatsächlichen Verhalten der Verfasser während des referierten Zeitraums. Die wenigen persönlichen Eindrücke, die während oder kurz nach den Krisenjahren entstanden waren, sind ebenso subjektiv, aber durch ihre zeitliche Nähe zum damaligen Geschehen authentischer als die Schriften, die sich nur im späten Rückblick den Fehlern der DDR zuwenden.

4.3.2. Redaktionskollegien wissenschaftlicher Fachblätter

Im Zuge des sozialistischen Institutionenaufbaus zu Beginn der 1950er Jahre erfolgten erste organisatorische Schritte in der Etablierung neuer gesellschaftswissenschaftlicher Fachzeitschriften und der Gründung von Autorenkollektiven und Redaktionskollegien für diese Publikationsreihen und Periodika.

Bereits 1953 wurde mit der Gründung der ZfG ein Prozess angetrieben, der bis zur Friedlichen Revolution 1989 eine ausgeprägte Zeitschriftenlandschaft hervorbrachte. Dabei waren die wissenschaftlichen Fachblätter der DDR inhaltlich wie finanziell in die Presse- und Medienpolitik der SED eingebunden und wurden, wie alle Presseerzeugnisse der DDR, staatlich lizenziert, reglementiert und kontrolliert.⁷⁷⁶ In diesem Entwicklungshergang etablierten sich viele gesellschaftswissenschaftliche Journale, die von der SED als Institutionen „nationaler Repräsentanz“ angesehen und von den meisten Historikern und Archivaren der DDR sowie von einigen Kollegen aus der Bundesrepublik Deutschland gelesen wurden.⁷⁷⁷ Die Steuerung der Publikationsorgane durch die Parteispitze führte dazu, dass eine gleichwertige Behandlung von Forschungsgebieten und subdisziplinären Fachbereichen, wie der

⁷⁷⁵ Krawczyk, Stephan: Kindergarten, Schießbefehl, Bier für 50 Pfennig. In: Die Welt, vom 08.10.2008. S. 9.

⁷⁷⁶ Vgl. Barck, Simone; Langermann, Martina; Lokatis, Siegfried: Abenteuer im Zeitschriften-Leseland DDR. In: Barck, Simone (Hrsg.): Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR. Berlin: Links 1999. S. 14.

⁷⁷⁷ Middell, Matthias: Historische Zeitschriften in Ostdeutschland. In: hochschule ost, Jg. 3/4 (1997) S. 120.

Wirtschafts- oder Sozialgeschichte, nicht möglich war.⁷⁷⁸ Ein Mangel an international anerkannten neuen Entwicklungsansätzen und Forschungsergebnissen war die Folge dieser Kontrollmaßnahmen, wodurch das Medien- und Publikationswesen der DDR ihrem bundesdeutschen Pendant unterlegen war. Um den gesellschaftlichen Status und ihre Daseinsberechtigung zu wahren, wurden viele geschichtswissenschaftliche Fachblätter der DDR subventioniert und in großen Auflagen veröffentlicht.⁷⁷⁹

Die wissenschaftlichen Zeitschriften und Publikationsreihen der DDR können als selbstständige Organe angesehen werden, wenn sie nicht einzelnen Institutionen angegliedert waren. Am bedeutendsten waren die Fachblätter, die als Zentralorgane fungierten.⁷⁸⁰ Zu jenen Zeitschriften zählten im Fachbereich der Geschichtswissenschaft die ZfG oder die BzG sowie die Archivmitteilungen (AM) für das Archivwesen. Letztere war das einzige Journal ihres Fachbereiches. Die Situation, nur eine Zeitschrift innerhalb eines Fachbereiches zu etablieren, war üblich, bestand in der DDR doch die Auffassung, dass die marxistisch-leninistischen Wissenschaften keine konkurrierenden Fachblätter benötigten. Zudem begünstigten die Papierknappheit und der Mangel an Druckkapazitäten diesen Zustand.⁷⁸¹ Voraussetzung für die Gründung eines Zentralorgans war, dass dem von der Zeitschrift vertretenen Fachbereich eine hohe politische Bedeutung zukam und er Zentralität in der Wissenschaftslandschaft der DDR besaß. Ebenjene erwähnten Periodika hatten somit eine „Richtlinienkompetenz“ gegenüber anderen Zeitschriften inne.⁷⁸² Zudem propagierten sie die Loslösung von einer gesamtdeutschen Geschichts- bzw. Archivwissenschaft, wodurch sie für diese Arbeit relevant sind.

Die ZfG erfüllte gegenüber der BzG jedoch auch fachrelevante statt ausschließlich politische Kriterien. Dadurch konnten in der ZfG Artikel aus ideologisch weniger überwachten Themenbereichen, wie dem Mittelalter, der Regionalgeschichte oder dem Altertum, erscheinen.⁷⁸³ Die BzG setzten sich stattdessen mit dem wichtigsten Komplex der Historiografie der DDR auseinander – der Arbeiterbewegungsgeschichte.

⁷⁷⁸ Vgl. Middell, Matthias: Historische Zeitschriften in Ostdeutschland. In: hochschule ost, Jg. 3/4 (1997) S. 122.

⁷⁷⁹ Vgl. ebd.

⁷⁸⁰ Vgl. Pasternack, Peer: Von Organen zu Diskussionsangebotsunterbreitern. In: Derselbe: DDR-bezogene Hochschulforschung. Eine thematische Eröffnungsbilanz aus dem HoF Wittenberg. Weinheim/Basel: Beltz 2001. S. 142–149.

⁷⁸¹ Vgl. ebd. S. 145.

⁷⁸² Vgl. ebd. S. 143.

⁷⁸³ Exemplarisch die Artikelzusammensetzung des Jahres 1955. Darin: Gericke, Horst: Die Wahl Heinrichs IV. Eine Studie zum deutschen Königswahlrecht. S. 735.; Günther, Rigobert: Einige Fragen der altrömischen Agrarpolitik. S. 278.; Hühns, Erik: Zu einigen Problemen der Heimatgeschichte in Unterricht und Forschung. S. 907.

Skizziert werden die Entstehung, der Arbeitsalltag und die Abwicklung der drei Zeitschriften nach 1989. Dadurch sollen politisch motivierte Problemfelder in den Redaktionskollegien sowie die Vernetzungen der zehn Repräsentanten in den drei Periodika dargestellt werden. Die Qualität der Beziehungsstrukturen kann sich hierbei nur auf die beruflichen Verbindungen stützen. Kriterien, die auf eine freundschaftliche Ebene der Historiker und Archivare verweisen, waren im Quellenmaterial nur selten vorhanden und somit lediglich durch Schlussfolgerungen oder Zeitzeugenaussagen darstellbar.

a) *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG)*

Von Bedeutung für den Aufbau einer marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft in der DDR war die Gründung der ZfG, die ihr erstes Heft im April 1953 herausgab.⁷⁸⁴ Um das neue Periodikum den marxistisch-leninistischen Idealen anzupassen, sollte es sich, so Alfred Meusel, gegen alle Ideologien wenden, die dem „amerikanischen Monopolkapitalismus“ zugewandt sind.⁷⁸⁵ Trotz dieser Beschränkung des Fachblattes waren ihm, so Karlheinz Blaschke, Informationen der bundesdeutschen sowie internationalen Geschichtswissenschaft zu entnehmen, wenn es der Leser verstand, derartige Auskünfte zwischen den polemischen Äußerungen über die nichtmarxistische Geschichtswissenschaft zu erkennen.⁷⁸⁶ Dadurch konnten die Wissenschaftler, die keinen oder nur marginalen Zugang zu ebenjener Fachpresse erhielten, ihr Informationsbedürfnis mildern.

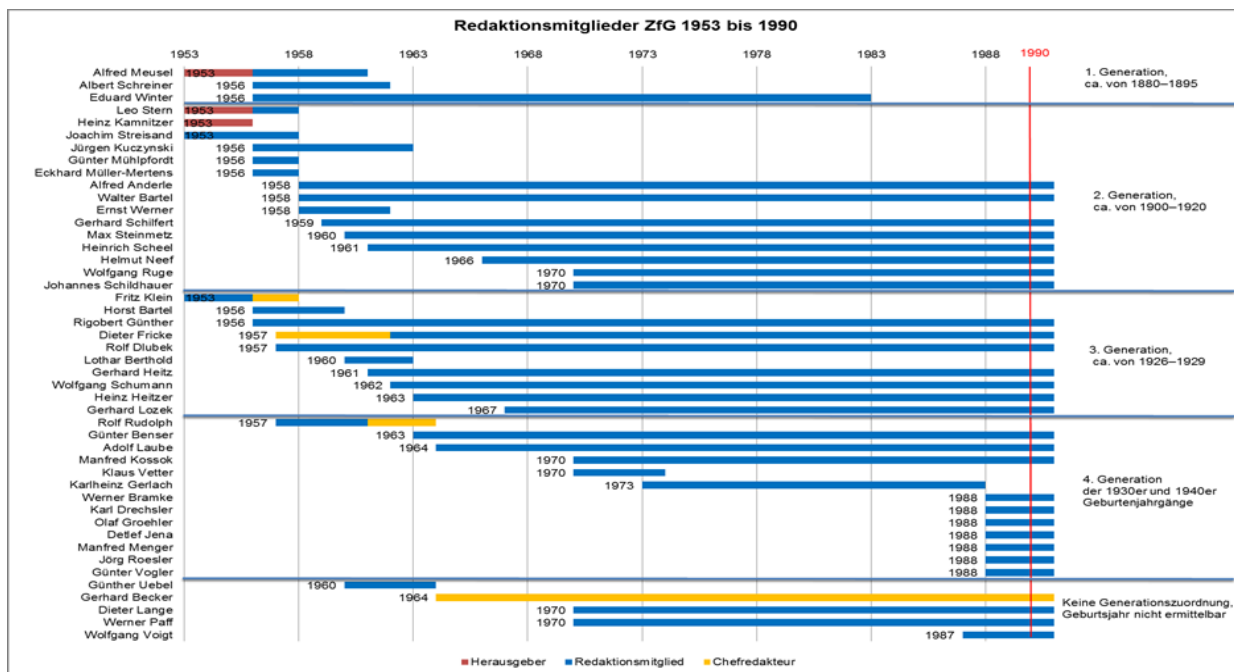
Bis 1955 wurde die Zeitschrift von Alfred Meusel, Leo Stern und Heinz Kamnitzer herausgegeben und durch die Redaktionssekretäre und Meusel-Schüler Fritz Klein und Joachim Streisand betreut (Tabelle 1). Die Veröffentlichung der Zeitschrift, so Fritz Klein, lag jedoch in Meusels Verantwortung, da Kamnitzer nur als Gehilfe seines ehemaligen Lehrers auftrat und Stern, als Rektor der Universität Halle, beruflich zu stark eingebunden war.⁷⁸⁷ Bis Mitte der 1950er Jahre lagen der Aufbau und die Strukturierung des Magazins demzufolge in den Händen der beiden älteren Historikergenerationen. Erst seit 1956 konstituierte sich ein mehrzähliges Komitee um die jeweiligen Chefredakteure Fritz Klein, Dieter Fricke, Rolf Rudolph und Gerhard Becker (Tabelle 1).

⁷⁸⁴ Vgl. Vorwort der Redaktion. In: ZfG, Jg. 1 (1953) H. 1, S. 3f.

⁷⁸⁵ Alfred Meusel über die Gründung der ZfG, 16.07.1952. In: BAArch, DY 30 IV 2/904, 114 Bl. 3f.

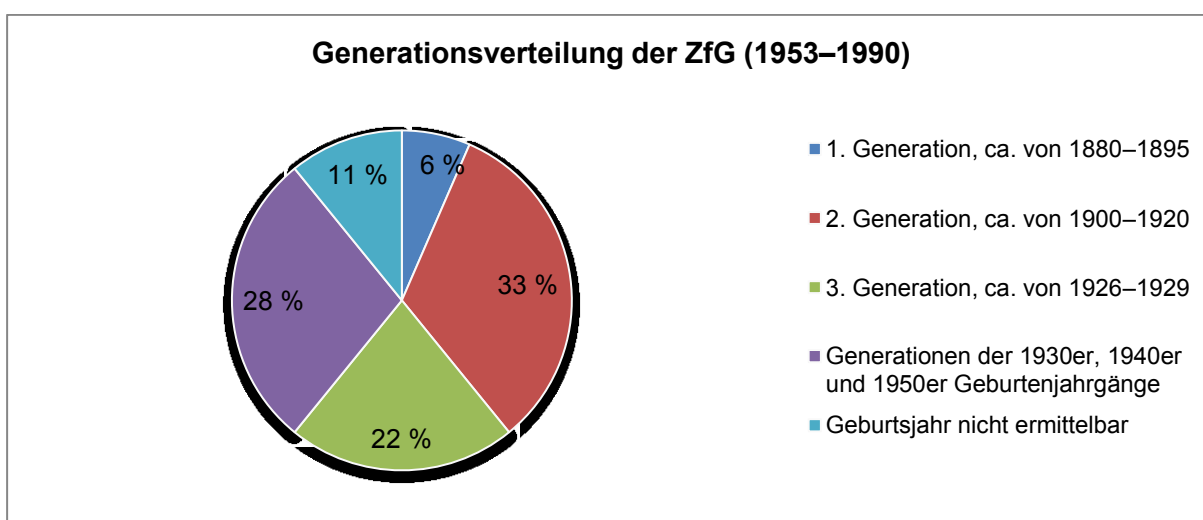
⁷⁸⁶ Vgl. Blaschke, Karlheinz: Als bürgerlicher Historiker. S. 58.

⁷⁸⁷ Vgl. Klein, Fritz: Drinnen und Draußen. S. 165.



(Tabelle 1)⁷⁸⁸

Dadurch übertrug sich der Verantwortungsbereich in den Folgejahren auf die dritte Historikergeneration sowie die Vertreter der Jahrgänge der 1930er bis 1950er Jahre, wodurch ein Generationenwandel erfolgte. Den größten Anteil unter den Redaktionsmitgliedern der ZfG bildeten jedoch über die Jahrzehnte hinweg die Anhänger der zweiten Historikergeneration (Tabelle 2).



(Tabelle 2)⁷⁸⁹

⁷⁸⁸ Datenerhebung aus den Mitgliederlisten des Redaktionskollegiums der ZfG und den ermittelten Geburtsdaten der Redaktionsmitglieder. In: ZfG, Jg. 1 (1953) H. 1. – ZfG, Jg. 38 (1990) H. 12.

⁷⁸⁹ Ebd.

Unter der Leitung von Klein arbeiteten nun Historiker wie Horst Bartel, Rigobert Günther, Jürgen Kuczynski, Alfred Meusel, Günter Mühlpfordt, Eckhard Müller-Mertens, Albert Schreiner, Leo Stern, Joachim Streisand oder Eduard Winter.⁷⁹⁰ Dieses „Who-is-Who“ der wichtigsten DDR-Historiker kann durch weitere zeitweilige Mitarbeiter wie Rolf Dlubek, Dieter Fricke, Heinz Heitzer oder Max Steinmetz ergänzt werden (Tabelle 1).

Interessant ist bei dieser Auflistung, dass der österreichische Osteuropahistoriker Eduard Winter als einziger parteiloser Historiker zum Mitarbeiterkreis gehörte. Die Anfrage von Fritz Klein, der Winter im Auftrag von Alfred Meusel als Mitherausgeber für die Zeitschrift gewinnen sollte, lehnte dieser mit den Worten ab: „Ich habe keine Lust den bürgerlichen Bären zu spielen, den man ab und an brummen lässt.“⁷⁹¹ Der Grund für seine spätere Einwilligung in die Mitarbeit des Redaktionskollegiums lag im Wunsch, sich international zu etablieren, wodurch er so viele Veröffentlichungschancen wie möglich nutzte. Wie Winter in seinem unveröffentlichten Manuskript erläutert, ist es nicht als zufällig zu betrachten, wenn er seit 1956 Mitherausgeber oder Mitglied diverser Redaktionen und Redaktionsausschüsse wurde.⁷⁹²

Die Zugangsberechtigung zur Mitarbeit im Redaktionsteam schien somit nicht an die Parteizugehörigkeit gebunden zu sein, sondern auf fachlicher Eignung zu beruhen. Obwohl Winter kein SED-Mitglied war, konnte er sich bis 1982 in der ZfG profilieren und überdies hohe Dienststellen, wie das Rektorenamt der Universität Halle, begleiten.⁷⁹³ Auffallend ist diese Handhabe, da derart einflussreiche Stellen, wie ein Rektorenamt oder eine leitende Funktion an der AdW von der Parteispitze, nur an die, aus ihrer Sicht, zuverlässigsten und loyalsten SED-Mitglieder vergeben wurden. Zudem war Winter auch nach 1961 noch als Reisekader tätig.⁷⁹⁴ In vielen Fällen arbeiteten Personen mit derartigen Schlüsselfunktionen mit dem MfS zusammen, was sich für Eduard Winter bisher nicht bestätigen lässt. Ausschlaggebend für seine Wahl ins Redaktionskollegium des Fachblattes war allerdings, dass er trotz seiner fehlenden SED-Mitgliedschaft die meisten ideologischen Projekte unterstützte, wenn

⁷⁹⁰ Vgl. Auflistung der Redaktionsmitglieder. In: ZfG, Jg. 4 (1956) H. 1. S. 662.

⁷⁹¹ Klein, Fritz: Drinnen und Draußen. S. 164.

⁷⁹² Vgl. Winter, Eduard: Erfüllung in der deutschen demokratischen Republik. In: ABBAW. Nachlass Eduard Winter, Nr. 2853. S. 108f.

⁷⁹³ Vgl. Eduard Winter zum Gedenken. In: ZfG, Jg. 30 (1982) H. 7. S. 643f.

⁷⁹⁴ Informationen zur Reisetätigkeit und seinen Reiseberichten befinden sich in seinem Nachlass im Akademienarchiv Berlin.

auch häufig nur durch formale Zustimmung, wie bei der Unterzeichnung des Gründungsaufrufs zur Historikergesellschaft.⁷⁹⁵

Winters Verhältnis zur Parteipolitik der SED wird verständlich, wenn die Möglichkeiten, die ihm seiner Ansicht nach 1953 zur Verfügung standen, abgewogen werden: Er konnte der Parteilinie der SED folgen oder nach Österreich zurückkehren. Letzteres bedurfte jedoch der Aussöhnung mit der katholischen Kirche, die Winter 1940, aufgrund seiner Annäherung an den Nationalsozialismus, exkommunizierte. Als letzte Möglichkeit sah er die Isolation aus dem Wissenschaftsbereich der DDR und ein berufliches Wirken ohne Angliederung an eine Akademie oder ein Institut.⁷⁹⁶ Er entschied sich gegen die Republikflucht und die drohende Verarmung durch Isolation und für den Verbleib in der DDR mit der Anpassung an die herrschenden politischen Strukturen.⁷⁹⁷ Doch auch wenn Winters Entscheidung für die DDR ausfiel, lässt sie erkennen, dass er über einen alternativen Lebensentwurf, entgegen der Parteipolitik der SED, nachdachte.

Obwohl sich der Mitarbeiterkreis, laut dem Vorwort der ersten Ausgabe, nicht nur auf Personen beschränken sollte, die dem Marxismus-Leninismus angehörten, bestand die Kollegenschaft aus Historikern, die der SED loyal gegenüberstanden.⁷⁹⁸ Eduard Winter diente der ZfG somit entweder als „Alibimitglied“, um zumindest einen Nichtmarxisten im Redaktionskollektiv zu führen, oder er stand den Absichten der SED bei der Durchsetzung der marxistisch-leninistischen Historiografie nicht im Weg. Nonkonformisten wie Winter konnten ihren Platz in der ZfG nur durch persönliche Anpassung finden, da die Bildungsideale der Vorkriegszeit, wie der wissenschaftliche Meinungsstreit oder der freie Meinungs Austausch, in einem Kollegium aus überwiegend parteiloyalen Fachvertretern nicht möglich war.

Im Hinblick auf die Redaktionsmitglieder, die an der Herausgabe der ZfG bis 1989 beteiligt waren, zeigt sich, dass die Zugangsvoraussetzungen zur Mitarbeit an dem Magazin von der Gründung 1953 bis 1990 die gleichen blieben. Geeignet erschienen SED-Historiker, die, wie beispielsweise Alfred Meusel, vor dem Zweiten Weltkrieg wissenschaftliche Bedeutung erlangten oder, wie Leo Stern und Jürgen Kuczynski, seit der Gründung der DDR aktiv am Ausbau der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft mitwirken konnten. Eine Zusammenarbeit von ideologie-

⁷⁹⁵ Vgl. Aufruf zur Gründung der „Deutschen Historiker-Gesellschaft“ in der Deutschen Demokratischen Republik. In: AM, Jg. 8 (1958) H. 1. S. 1.

⁷⁹⁶ Vgl. Winter, Eduard: Erfüllung in der deutschen demokratischen Republik. In: ABBAW, Nachlass Eduard Winter, Nr. 2853. S. 89.

⁷⁹⁷ Vgl. ebd.

⁷⁹⁸ Vgl. Vorwort der Redaktion. In: ZfG, Jg. 1 (1953). H. 1 S. 3.

treuen Gelehrten mit nichtmarxistischen Kollegen entsprach nicht dem Wunsch von Walter Ulbricht, der präzise Vorstellungen über die Aufgabenfelder der Historikerschaft der DDR besaß.⁷⁹⁹ Die meisten nichtmarxistischen Historiker, um die sich die Herausgeberschaft der ZfG für eine Mitarbeit bemühte, waren nicht gewillt, an einem derartigen Legitimationsorgan der SED mitzuarbeiten, so Fritz Klein.⁸⁰⁰ Es bestand somit ein beidseitiges Desinteresse zwischen den SED-Funktionären und den nichtmarxistischen Historikern, was die mangelnde Mitarbeit parteiloser Wissenschaftler an der ZfG erklärt.

Nicht zutreffend war diese Ausführung, neben Winter, für den ebenfalls parteilosen⁸⁰¹ Günter Mühlpfordt, der von 1956–1957 als Redaktionsmitglied tätig wurde (Tabelle 1). Bis 1958 konnte er zudem als Dozent an der Universität Halle und der HU Berlin wirken, sowie als Direktor des Instituts für Osteuropäische Geschichte der Universität Halle, als Direktor des Instituts für Geschichte der Völker der UdSSR und als Herausgeber des Jahrbuchs für Geschichte der deutsch-slawischen Beziehungen und der Geschichte Ost- und Mitteleuropas fungieren.⁸⁰² Doch sein wissenschaftliches Ethos, sich „im Dienste der Wahrheit“ zu äußern, und sein Festhalten an international geltenden wissenschaftlichen Standards machten ihn zum Störfaktor der politischen Ordnung.⁸⁰³ Die Folge war eine Revisionismuskampagne, die 1958 zum Lehrverbot und 1962 zum Berufsverbot und der Entlassung Mühlpfordts aus dem Wissenschaftsbereich führte.⁸⁰⁴ Erst 1983 konnte er erneut wissenschaftlich wirken, nunmehr am Zentralinstitut für Geschichte der AdW.⁸⁰⁵ Seit 1980 war er zudem wieder Autor der ZfG.⁸⁰⁶

Die Liste der Angehörigen des Redaktionskollegiums umfasste zwischen 1953 und 1990 46 Personen, darunter alle fünf Historiker dieser Arbeit, die durch zeitliche Überschneidungen ihrer Tätigkeitsbereiche in der ZfG miteinander bekannt waren (Tabelle 3).

⁷⁹⁹ Vgl. Vorwort der Redaktion. In: ZfG, Jg. 1 (1953). H. 1 S. 4.

⁸⁰⁰ Vgl. Klein, Fritz: Drinnen und Draußen. S. 164.

⁸⁰¹ Wie Mühlpfordt im Interview mit Margarete Wein erklärt, war er bis 1945 SPD-Mitglied, wurde 1946 ungefragt in die SED überwiesen und 1958 ausgeschlossen (Vgl. Wein, Margarete: 1958 – Ein dramatisches Jahr an der Martin-Luther-Universität. S. 77.).

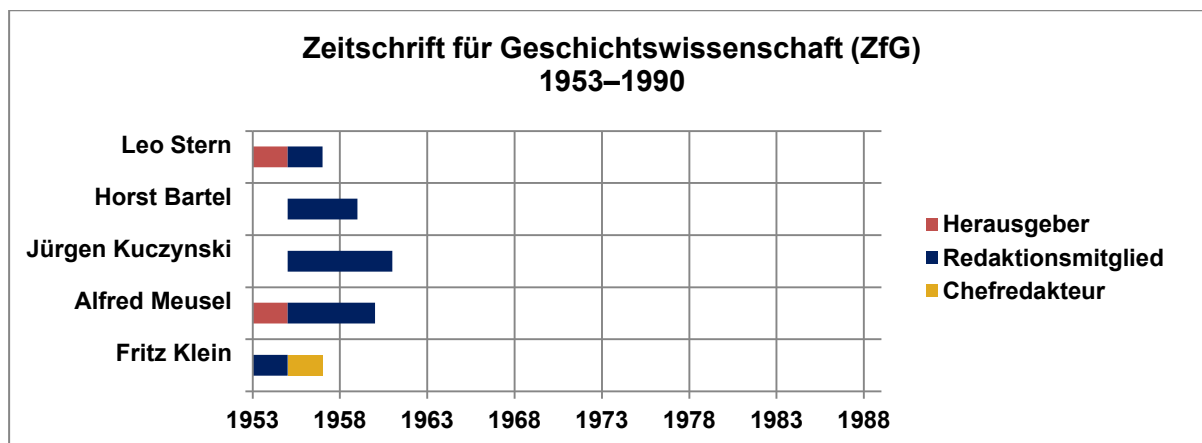
⁸⁰² Vgl. Donnert, Erich: Vorwort. In: Donnert, Erich (Hrsg.): Europa in der Frühen Neuzeit. Festschrift für Günter Mühlpfordt. Köln: Böhlau 1997. Bd. 1. S. 9f.

⁸⁰³ Ebd. S. 14.

⁸⁰⁴ Vgl. ebd. S. 10.

⁸⁰⁵ Vgl. ebd.

⁸⁰⁶ Exemplarisch die Auflistung der Aufsätze der ZfG von 1980. Darin: Mühlpfordt, Günter: Lesegesellschaften und bürgerliche Umgestaltung. Ein Organisationsversuch des deutschen Aufklärers Bahrdt vor der Französischen Revolution. S. 730.



(Tabelle 3)⁸⁰⁷

Fritz Klein konnte unter den Herausgebern Meusel und Stern bis 1955 als Redaktionssekretär und ab 1956 als Chefredakteur tätig werden. Mit Meusel pflegte er einen intensiven fachlichen Austausch, da Stern nur marginal als Herausgeber in Erscheinung trat. Zu Sterns engerem Kreis konnte Klein nicht gehören.⁸⁰⁸ Aus eben erwähntem Grund unterhielt auch Meusel nur geringen Kontakt mit Stern, zumal er mit seinen ehemaligen Schülern, Klein, Streisand und Kamnitzer, über ein lenkbares Team verfügte. Das Dreigestirn Stern, Meusel und Kuczynski stand überdies, aufgrund ihres gleichwertigen gesellschaftlichen Prestiges, in Konkurrenz zueinander – sei es bei der Vergabe von wissenschaftlichen Ämtern oder durch unvereinbare fachliche Ansichten.⁸⁰⁹

Alle fünf Historiker verbanden zudem die beruflichen Kontakte zu Eduard Winter, Joachim Streisand, Albert Schreiner, Eckhard Müller-Mertens, Günter Mühlpfordt und Rigobert Günther. Bis auf Fritz Klein, der vorzeitig als Chefredakteur der ZfG abgesetzt wurde, waren alle mit den Historikern Dieter Fricke, Rolf Dlubek sowie Rolf Rudolph bekannt (Tabelle 1). Freundschaftlich verbunden blieb, nach eigener Aussage, Fritz Klein mit Joachim Streisand, den er aus seiner Tätigkeit am Museum für Deutsche Geschichte kannte und die beide eine enge Beziehung zu Alfred Meusel eint.⁸¹⁰ Ebenso vertraut standen sich Meusel und Kuczynski gegenüber, die sich aus gemeinsamen Aktivitäten während ihrer Zeit im britischen Exil kannten. Meusel war 1937 bemüht, der in England wirkenden zehnköpfigen KPD-Gruppe

⁸⁰⁷ Datenerhebung aus den Mitgliederlisten des Redaktionskollegiums. In: ZfG, Jg. 1 (1953) H. 1. – ZfG, Jg. 10 (1962) H. 4.

⁸⁰⁸ Vgl. Klein, Fritz: Drinnen und Draußen. S. 165.

⁸⁰⁹ Als Beispiel dafür stehen die Debatten um die Besetzung des Direktorenpostens des IfG der AdW. Jener Konflikt wurde ausführlich von Martin Sabrow beschrieben: Sabrow, Martin: Diktat. S. 38–94.

⁸¹⁰ Vgl. Klein, Fritz: Drinnen und Draußen. S. 164.

unter Leitung von Jürgen Kuczynski beizutreten. Kuczynski unterstützte Meusel in seinem Vorhaben, indem er für dessen Aufnahme in die KPD bürgte.⁸¹¹

Im Gegensatz dazu bestanden im Redaktionskollegium der ZfG auch Verbindungen, die nur die berufliche Ebene umfassten und die personelle Auseinandersetzungen aufgrund wissenschaftlicher Streitigkeiten vermieden. Zu diesen Beziehungen zählt, so Fritz Klein, die zwischen Alfred Meusel und Albert Schreiner – mit dem auch Jürgen Kuczynski nicht mehr auskam, seit Schreiner sich 1958 aktiv an der Revisionismusdebatte gegen ihn beteiligte.⁸¹² Meusel und Schreiner gerieten 1952 während ihrer Zusammenarbeit im Museum für Deutsche Geschichte aneinander, als es um die Vorbereitungen einer Ausstellung zur Novemberrevolution von 1918/1919 ging.

Meusel stand Schreiners Vorstellungen von einer politisierten Geschichtsforschung und dessen Einstellung zur Novemberrevolution entgegen. Wie Keßler erörtert, lag dieser Dissens an den unterschiedlichen persönlichen Erfahrungen, die beide Historiker zu jener Zeit gewannen. Alfred Meusel erlebte die Revolution als dienstuntauglich gewordener Offizier in Kiel, dem Ausgangspunkt des Geschehens. Schreiner befand sich zu dieser Zeit als aktives Mitglied des Spartakusbundes in Stuttgart.⁸¹³ Die Schwierigkeit dieses Verhältnisses lag darin, dass die spätere Historiografie der DDR den Spartakusbund bis 1958 nicht als revolutionären Zusammenschluss ansah und die Novemberrevolution als nichtsozialistische Revolution charakterisierte.⁸¹⁴ Diese Auslegung ging auf den „Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU“ des ZK der KPdSU zurück, der die damaligen Räte und Sozialdemokraten als „gefügiges Werkzeug des bürgerlichen Parlaments“ denunzierte.⁸¹⁵ Meusel, der mit dieser Auslegung konform ging, warf seinem Kollegen eine einseitige Betrachtung der Geschichte vor, die nur aus dem „Blickwinkel des Roten Frontkämpfers“ erfolgte.⁸¹⁶ Demgegenüber rückte Schreiner nicht von seinem Standpunkt zum sozialistischen Charakter der Revolution und dem Wunsch nach Würdigung seiner eigenen Beteiligung an diesem Geschehen ab.⁸¹⁷ Derartige persönliche Konflikte überschatteten die Zusammenarbeit im Redaktionskollegium der ZfG.

⁸¹¹ Vgl. Kuczynski, Jürgen: Memoiren. S. 284.

⁸¹² Vgl. Klein, Fritz: Drinnen und Draußen. S. 161. Und Kuczynski, Jürgen: Frost. S. 90.

⁸¹³ Vgl. Keßler, Mario: Exilerfahrung. S. 81 und S. 191.

⁸¹⁴ Vgl. ebd. S. 191.

⁸¹⁵ Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Hrsg.): Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewki). Kurzer Lehrgang. Berlin: Verlag der Sowjetischen Militärverwaltung 1946. S. 279.

⁸¹⁶ Vgl. Keßler, Mario: Exilerfahrung S. 81.

⁸¹⁷ Vgl. ebd. S. 191.

Kuczynski wiederum hatte, neben den Konflikten mit Schreiner, Schwierigkeiten mit der Arbeitsweise von Horst Bartel, dessen Veröffentlichungen er mit dem Vermerk kritisierte, dass sie „kein Fünkchen von Wissenschaft“ enthielten, sondern „Propagandaschriften“ verkörperten.⁸¹⁸ Bartels Festhalten an ideologischen Klischees stand im Gegensatz zu Historikern wie Kuczynski oder Klein, die zwar parteikonform handelten, ihren Wunsch, wissenschaftliche Standards zu halten, jedoch nicht zugunsten der Partei opferten. Aus diesem Grund gestaltete sich eine Zusammenarbeit mit derartigen „Parteisoldaten“ für Historiker, die sich mehr einem ernsthaften wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn als der vorgegebenen Parteigeschichtsschreibung verschrieben, als schwierig.

Ideologische Streitigkeiten und persönliche Konflikte hinsichtlich fachlicher Kompetenzen oder Missgunst zwischen Wissenschaftsfunktionären und Wissenschaftlern waren in einem sozialistischen Staatsgefüge wie der DDR vorgeplant und belasteten den Konstituierungsprozess der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft. Allerdings spielten bei den Beziehungsstrukturen der Historiker und ihrem Verhältnis zur SED vielerlei Faktoren eine Rolle, wie ihre Position innerhalb einer Institution, ihr Standpunkt zur Wissenschaftspolitik der SED oder ihre Berufserfahrung.

Ein junger Redakteur, wie beispielsweise der Historiker Adolf Laube, der von 1958–1967 in der ZfG tätig wurde, war eher darauf bedacht, sich im Berufsleben zu orientieren, statt sich an politischen Debatten zu beteiligen. Auch bestimmte die Einsatzmöglichkeit im Redaktionskollegium, inwieweit dessen Angehörige in politische Auseinandersetzungen verwickelt wurden. Waren sie, wie Laube, im Wesentlichen für politisch unbedenkliche Themenbereiche zuständig, wie den Literaturteil (Rezensionen, Annotationen, Neuerscheinungen) oder die Sonderbände anlässlich der Internationalen Historikerkongresse, standen sie weniger im Zentrum der parteilichen Überwachung als Kollegen, die sich mit der Arbeiterbewegungsgeschichte auseinandersetzen mussten. Laut den Erinnerungen von Adolf Laube war seine damalige Tätigkeit weitgehend eine selbstbestimmte Ein-Mann-Arbeit, auch wenn diese inhaltlich durch den Chefredakteur und das Kollegium überwacht wurde.⁸¹⁹ Laube beschrieb vor diesem Hintergrund die Bearbeitung der Artikel-

⁸¹⁸ Aktennotiz vom 21.10.1959. In: BArch, DY 30, IV 2/904, 398 Bl. 186.

⁸¹⁹ Vgl. Freundliche Mitteilung von Adolf Laube vom 12.01.2015.

Manuskripte und den Kontakt mit den Autoren während seiner Tätigkeit im Redaktionsteam der ZfG als freundschaftlich-sachlich.⁸²⁰

Wie Kowalczuk ausführt, verliefen die persönlichen Konflikte im Wissenschaftsbereich der DDR schärfer als in demokratischen Staatsgebilden. In der DDR blieben diese Spannungsverhältnisse nicht auf die fachliche Konkurrenz oder das persönliche Renommee beschränkt, sondern beeinflussten die berufliche Zukunft des Einzelnen.⁸²¹ In welcher Art und Weise die „Verlierer“ dieser Konfrontationen durch die Wissenschaftsfunktionäre der SED diffamiert wurden, zeigt Horst Haun am Beispiel Kuczynski, der sich mit den Funktionären des Parteiapparates und mit einem großen Teil der Historikerzunft der DDR von 1956–1959 eine Revisionismuskampagne lieferte.⁸²² Aus diesem Grund entstanden bei der ZfG vermehrt Artikel⁸²³, die, über mehrere Ausgaben hinweg, Kuczynskis kritische Stellungnahmen zur Wissenschaftspolitik der SED zu revidieren versuchten. Zumeist endeten diese Wortwechsel damit, dass Leser und Kollegen nicht mehr sicher sein konnten, wer am „unmarxistischsten“ handelte und für wen Partei ergriffen werden sollte.

Wie zermürbend die Anschuldigungen der Parteileitung für Kuczynski waren, zeigt sich in seinen Tagebucheinträgen. Ende Februar 1958 erwähnt er, dass Heinz Herder, stellvertretender Leiter der Abteilung Wissenschaft im ZK der SED, andeutete, dass er (Kuczynski) aus der Partei gestrichen werden würde, wenn er sich nicht selbstkritisch zu den Revisionismusvorwürfen äußerte.⁸²⁴ Der vermeintliche Ausschluss aus der Partei war für Kuczynski so abschreckend wie absurd, da er symbolisch für drei Jahrzehnte Parteimitgliedschaft „aus Versehen“ und ohne „wissenschaftlichen Grund“ stand.⁸²⁵ Dennoch wollte er „lieber ehrlich, [...] als Marxist-Leninist außerhalb der Partei“, statt „als Lügner und Feigling innerhalb der Partei“ leben.⁸²⁶ Die Zurückweisung des, von der Parteispitze gegen ihn erhobenen, Vorwurfs, Revisionist zu sein, blieb für Kuczynski obligatorisch.

⁸²⁰ Vgl. Freundliche Mitteilung von Adolf Laube vom 12.01.2015.

⁸²¹ Vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha: Legitimation. S. 209.

⁸²² Vgl. Haun, Horst: Kommunist und Revisionist. Die SED-Kampagne gegen Jürgen Kuczynski (1956–1959). Hrsg. v. Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. 1999.

⁸²³ Exemplarisch: Köbler, Fritz: Das werktätige Volk, der wahre Schöpfer der Geschichte. Entgegnung auf J. Kuczynski, „Der Mensch, der Geschichte macht“. In: ZfG, Jg. 5. (1957) S. 456.; Höppner, Joachim: Zur Kritik der Geschichtsauffassung von Jürgen Kuczynski in den Fragen des Klassenkampfes und der Parteilichkeit. In: ZfG, Jg. 6 (1958) S. 562.; Dlubek, Rolf: Kritische Bemerkungen zu J. Kuczynskis Ausführungen über die Rolle der ökonomischen Tätigkeit des Menschen und über die „Funktion des Menschen als Produktivkraft“ in der geschichtlichen Entwicklung. In: ZfG, Jg. 5 (1957) H. 6. S. 1217.

⁸²⁴ Vgl. Tagebucheintrag vom 27.02.1958. In: ABBAW, Nachlass Jürgen Kuczynski, Nr.175, Tagebuch Teil 3 von 1949–1968.

⁸²⁵ Ebd.

⁸²⁶ Ebd.

Im Mai desselben Jahres hatte sich der Konflikt um Kuczynski scheinbar beruhigt. In einem Tagebucheintrag vom Mai 1958 erinnert er sich an eine Besprechung mit der Leitung der Abteilung Wissenschaften im ZK der SED, wo sich Heinz Herder hinsichtlich der angedrohten „Parteistreichung“ Kuczynskis rechtfertigt. Er erklärte sich Kuczynski gegenüber mit den Worten, dass ihm (Kuczynski) „so etwas“ wie der Parteiausschluss nie angetan werden würde und dass er seine „Rolle in der deutschen Geschichtswissenschaft“ doch weiter „spielen“ müsse.⁸²⁷ Das Kuczynski einen derartigen Sinneswandel der Parteifunktionäre, wonach „kurz nach dem ‚Zick‘-jetzt der ‚Zack-Kurs‘“ erfolgte, als „elend kompliziert“ empfand, ist verständlich.⁸²⁸ Auch verdeutlicht dieser Kurswechsel, wie unbeständig die Parteipolitik der SED sein konnte und inwieweit die Wissenschaftler der DDR, als „Spielfiguren“, diesem System dienstbar gemacht wurden. Die fehlende Solidarität seiner Kollegen, die internen ideologischen Befragungen und die Hetzaufrufe der Parteileitung führten schließlich dazu, dass Kuczynskis Darstellungen als Angriff auf die Parteinormen und die Parteidisziplin ausgelegt wurden.⁸²⁹ Doch trotz der Vorwürfe der SED gegen Kuczynski endete die Debatte nur in einer Verwarnung, worüber er Mitte Januar 1959 berichtet, dass er nach über 30 Jahren Arbeit für die UdSSR und seit 1930 für die Partei nun diese Schande ertragen muss. Wie er sich selbst eingestand, konnte er sich nicht damit abfinden, „ein Parteisträfling zu sein – ob mit Recht oder Unrecht.“⁸³⁰

Der Umstand, dass lediglich eine Verwarnung gegen Kuczynski verhängt wurde, kann auf die Angst der Parteispitze zurückgeführt werden, einen weiteren prominenten Historiker an die Bundesrepublik Deutschland zu verlieren, vor allem als bekannt wurde, Kuczynski erwäge, seine Bibliothek aufzulösen.⁸³¹ Zudem publizierte er auch zur deutschen Arbeiterbewegungsgeschichte und repräsentierte somit das bedeutendste Forschungsthema in der DDR.⁸³² Einen Wissenschaftler wie ihn durch politischen Druck in die Bundesrepublik Deutschland zu drängen, hätte den Verlust des produktivsten DDR-Gelehrten bedeutet und den Forschungsbereich zur deut-

⁸²⁷ Tagebucheintrag vom 11.05.1958. In: ABBAW, Nachlass Jürgen Kuczynski, Nr.175, Tagebuch Teil 3 von 1949–1968.

⁸²⁸ Ebd.

⁸²⁹ Vgl. die Ausführungen zu Kuczynski auf einer Fachkommission des ZK- Abt. Wissenschaften, vom 24.1.1958. In: BArch, DY 30, IV 2/904, 135 Bl. 34–40.

⁸³⁰ Tagebucheintrag vom 20.01.1959. In: ABBAW, Nachlass Jürgen Kuczynski, Nr.175, Tagebuch Teil 3 von 1949–1968.

⁸³¹ Vgl. Mitteilung von Raimund Wagner an die Leitung der Abteilung Wissenschaften beim ZK der SED, vom 01.04.1958. In: BArch, DY 30, IV 2/2024, 47.

⁸³² Exemplarisch: Kuczynski, Jürgen: Die Theorie der Lage der Arbeiter. Berlin: Tribüne 1952; derselbe: Das Entstehen der Arbeiterklasse. München: Kindler 1967; derselbe: Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft. Berlin: Dietz 1976.

schen Arbeiterbewegung in die Bundesrepublik Deutschland verlagert. Dadurch wären in der DDR nur noch Leo Stern und Ernst Engelberg als renommierte Größen in diesem Fachgebiet verblieben.

Wie Lotte Zumpe auf einer Parteileitungssitzung des Instituts für Geschichte an der AdW 1958 einräumt, war es nicht das Ziel, „den Genossen Kuczynski zu erschlagen“, sondern ihn darüber aufzuklären, „wo er keine richtige Meinung hat.“⁸³³

Die Revisionismuskampagnen, die vom Politbüro gegen Kuczynski und weitere Wissenschaftler geführt wurden, sowie die politisch motivierten Kündigungen von Nonkonformisten oder die Besetzung von Arbeitsplätzen durch SED-Funktionäre und IM stehen exemplarisch für das Unrecht im Wissenschaftsbereich, das in der DDR gegenüber politischen Abweichlern verübt wurde.

Kuczynski war sich dieses Unrechts bewusst, er kannte die Überheblichkeit des Politbüros mit seinen unfehlbaren Beschlüssen und blieb dennoch bis zur deutschen Wiedervereinigung Parteimitglied der SED und Verfechter des Sozialismus.⁸³⁴ Die systemimmanenten Fehler dieser Gesellschaftsform erkannte er nicht oder wollte sie sich nicht eingestehen. Er selbst sah sich nie als „Pseudo-Marxist-Leninist“, wie er die Mitglieder des Politbüros und viele seiner DDR-Kollegen bezeichnete, sondern vom „wahren kritischen Geist des Marxismus-Leninismus“ erfüllt.⁸³⁵ Seiner übermäßigen Selbstreflexion stand sein Bedürfnis nach wissenschaftlichem Meinungsstreit und Meinungspluralismus entgegen. Dennoch war er Günstling und Berater Erich Honeckers, was ihm im Kollegenkreis den Ruf als „graue Eminenz“ einbrachte, den er verabscheute.⁸³⁶ Ohne Zweifel war er dieser „intelligente Mensch am Hof der Dummen, die das Land regieren“ wie ihn die Journalistin Barbara Supp überspitzt beschreibt.⁸³⁷ Trotz aller Kritik am Wissenschaftssystem der DDR war er aber ebenso politisch angepasst und erstarrt wie die Parteisoldaten, denen er sich zu entziehen versuchte.

Derartige Kampagnen, die vom Politbüro gegen die unliebsamen Beiträge von Autoren und Redaktionsmitgliedern der ZfG geführt wurden, richteten sich daraufhin gegen das Redaktionsteam selbst. Der damalige Chefredakteur Fritz Klein wurde persönlich zur Verantwortung gezogen, als er die systemkritischen Beiträge von Kuczynski veröffentlichte, ohne sie zuvor dem Redaktionskollegium zur

⁸³³ Erweiterte Parteileitungssitzung der Grundorganisation des Instituts für Geschichte, vom 14.05.1958. In: BArch, DY 30, IV 2/904, 147 Bl. 167.

⁸³⁴ Vgl. Kuczynski, Jürgen: Leben in der Wissenschaft. S.12.

⁸³⁵ Ebd.

⁸³⁶ Tagebucheintrag vom 26.03.1972. In: ABBAW, Nachlass Jürgen Kuczynski, Tagebuch Teil 1 (1969–1979).

⁸³⁷ Supp, Barbara: Feigheit? Nein! Viel schlimmer! In: Der Spiegel, Jg. 16 (1997) S. 56.

ideologischen Überprüfung vorzulegen.⁸³⁸ Am Ende der Sitzung des Redaktionskollegiums vom 22. März 1957 teilte Rolf Dlubek den Anwesenden mit, dass die „Abteilung Wissenschaften“ des ZK der SED den Chefredakteur Fritz Klein mit sofortiger Wirkung beurlaube.⁸³⁹ Diese „Beurlaubung“ war mit einer Amtsenthebung gleichzusetzen und diente, wie im Fall Kuczynski und dessen Verwarnung, als Signal dafür, wie die SED mit Nonkonformisten und deren Sympathisanten umzugehen gedachte. Im Protokoll des Redaktionssekretärs Horst Bülter vom April 1957 wird diese Zusammenkunft als „Sitzung der Mitglieder der SED im Redaktionskollegium der ZfG“ ausgewiesen, was zutrifft, da Eduard Winter als parteiloses Redaktionsmitglied nicht teilnehmen durfte.⁸⁴⁰ Der Fall Klein sollte „unter den Parteimitgliedern“ diskutiert und entschieden werden.⁸⁴¹ Entschuldigt fehlten Horst Bartel und Eckhard Müller-Mertens. Dafür waren der Funktionär der „Abteilung Wissenschaften“ des ZK der SED, Rolf Dlubek, und sein Kollege Raimund Wagner zugegen.⁸⁴²

Weder von Jürgen Kuczynski noch von weiteren Redaktionsmitgliedern, wie seinem Freund Joachim Streisand, wurden Einwände gegen diese Festlegung erhoben. Allerdings merkte Raimund Wagner in seinen Notizen zum Sitzungsverlauf an, dass „nach dem äusseren Eindruck zu urteilen, [...] diese Entscheidung den Genossen Streisand am meisten getroffen“ hatte.⁸⁴³ Lediglich Alfred Meusel ergriff laut Klein Partei für ihn. Er verwies auf Kleins jahrelange hervorragende Leistung und erwartete, dass dieser nach Klärung der Vorwürfe wieder an die Arbeit hätte zurückkehren können.⁸⁴⁴ Klein selbst wusste offenbar nichts von den Entlassungsabsichten. Als Tagesordnungspunkte waren nur die Diskussionen zu einem Gegenartikel zu Kuczynskis Manuskript „Der Mensch, der Geschichte macht“ und der Entwurf eines Leitartikels zur Auswertung des 30. Plenums des ZK der SED vorgesehen.⁸⁴⁵ Rückblickend erwähnt Klein 1994 diesen Vorfall in einem Artikel der ZfG, um zu verdeutlichen, dass im DDR-Regime selbst einfachste Formen von Rechtsstaatlichkeit fehlten und eine Verletzung von Gesetzen von den Parteimitgliedern wie

⁸³⁸ Vgl. der selbstkritische Beitrag „Gegenwartsaufgaben der Geschichtswissenschaft in der Deutschen Demokratischen Republik“ des Redaktionskollegiums der ZfG zur Veröffentlichung der Aufsätze Kuczynskis. In: ZfG, Jg. 3. (1957) S. 449ff.

⁸³⁹ Vgl. Aktennotiz von Raimund Wagner, vom 03.04.1957. In: BArch, DY 30, IV 2/904, 114 Bl.480; Die Aktennotiz wurde 1994 von Fritz Klein veröffentlicht: Dokumente aus den Anfangsjahren der ZfG (1953–1957). In: ZfG, Jg. 42 (1994) H. 1. S. 53.

⁸⁴⁰ Protokoll zur Sitzung des Redaktionskollegiums der ZfG vom 22.03.1957, verfasst am 05.04.1957. In: BArch, DY 30, IV 2/904, 114 Bl. 487.

⁸⁴¹ Ebd.

⁸⁴² Vgl. ebd.

⁸⁴³ Aktennotiz von Raimund Wagner, vom 03.04.1957. In: BArch, DY 30, IV 2/904, 114 Bl. 480.

⁸⁴⁴ Vgl. Klein, Fritz: Drinnen und Draußen. S. 194f.

⁸⁴⁵ Vgl. ebd. S. 194.

selbstverständlich hingenommen wurde, um sich nicht der Parteidisziplin zu widersetzen.⁸⁴⁶

Im Gegensatz zu Kuczynski stand Klein nicht parteinah genug, um mit einer „Narrenfreiheit“, die Kuczynski innewohnte, die Parteipolitik der SED kritisieren zu können. Er befand sich während der Jahre der DDR, gemäß dem Titel seiner Autobiografie, „drinnen und draußen“. Wie Mario Keßler ausführt, stand das „Drinne“ für sein wissenschaftliches Wirken in der DDR, für seine SED-Mitgliedschaft und für die Zusammenarbeit mit dem MfS. „Draußen“ war er hinsichtlich seines Verhältnisses zum Politbüro und den tonangebenden SED-Funktionären der Wissenschaftspolitik.⁸⁴⁷ Für sie blieb er, so weiter Keßler, ein „unsicherer Kantonist“, trotz seinem überzeugten Eintreten für die marxistisch-leninistischen Ideale.⁸⁴⁸ Die beruflichen Laufbahnen Kleins und Kuczynskis waren somit von der Gunst des Politbüros und ihrer Wissenschaftsfunktionäre abhängig, was im Zuge der Revisionismus-Debatte um Kuczynski dazu führte, zumindest an dem weniger einflussreichen Fritz Klein ein Exempel zu statuieren und ihn als Chefredakteur zu entlassen.

Ende der 1950er bis zum Anfang der 1960er Jahre erfolgte im Redaktionskollegium der ZfG ein Generationenwechsel, da viele ältere Historiker wie Alfred Meusel oder Albert Schreiner das Kollegium verließen und jüngere Nachwuchshistoriker wie Günter Benser, Gerhard Heitz oder Adolf Laube ihre Plätze im Kollegium einnahmen (Tabelle 1). Unter dieser Generation richtete sich die ZfG inhaltlich neu aus und legte ihren Schwerpunkt nicht mehr nur auf die neuere und neueste geschichtliche Forschung. Auch konnten nun häufiger Artikel aus Subdisziplinen der Geschichtswissenschaft oder aus dem Bereich der Frühen Neuzeit erscheinen.⁸⁴⁹ Jene Handhabe blieb bis 1989 bestehen. Lediglich die Alte Geschichte war in der ZfG weniger präsent, wobei zumindest Rigobert Günther dieses Gebiet noch bis 1965 zu etablieren versuchte.⁸⁵⁰ Von 1953 bis 1989 konnte er jedoch nur sieben Artikel zu seinem Fachgebiet in der ZfG veröffentlichen. Weitere acht Artikel entfielen auf Be-

⁸⁴⁶ Vgl. Klein, Fritz: Dokumente aus den Anfangsjahren. S. 44.

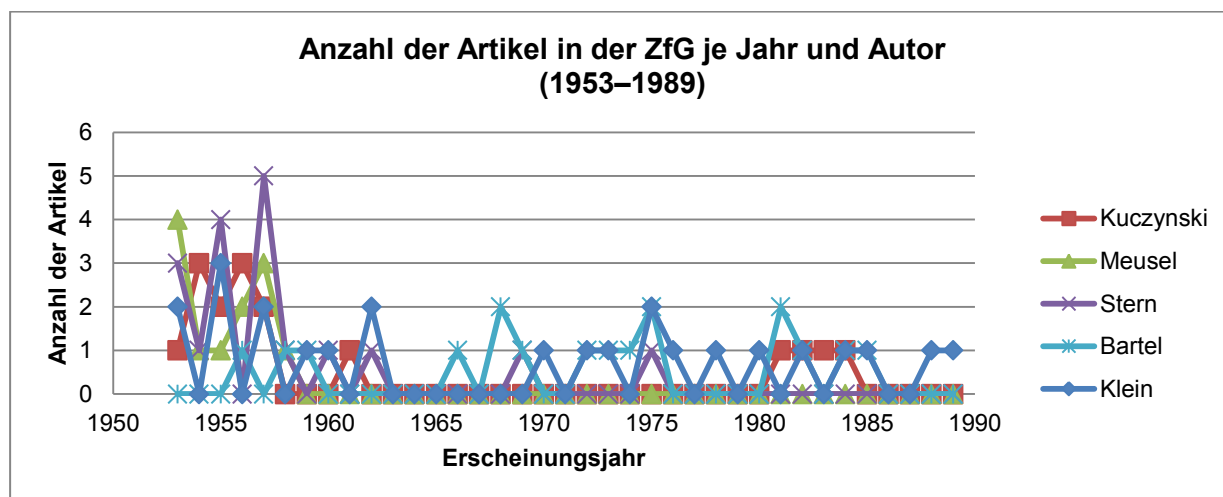
⁸⁴⁷ Vgl. Keßler, Mario: Fritz Klein und Alfred Meusel – linke Bildungsbürger zwischen Parteitue und Wissenschaft. Vortrag zur Veranstaltung „In memoriam Fritz Klein“ des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam vom 17.11.2011. Das Manuskript wurde der Autorin vom Verfasser freundlicherweise zur Verfügung gestellt.

⁸⁴⁸ Ebd.

⁸⁴⁹ Exemplarisch die Artikel: Vogler, Günter; Laube, Adolf: Frühneuzeitliche Flugschriften als Gegenstand interdisziplinärer Forschung. In: ZfG, Jg. 28 (1980) S. 1116; Brendler, Gerhard; Meyer, Manfred: Sozialgeschichtliche Konzeptionen in der Bauernkriegsforschung der BRD. In: ZfG, Jg. 26 (1978) S. 1099 und Matschke, Klaus-Peter: Wirtschaftsgeschichtliche Probleme Englands im 13. und 14. Jahrhundert im Spiegel der Auseinandersetzung zwischen bürgerlicher und marxistischer Geschichtswissenschaft. In: ZfG, Jg. 11 (1963), S. 1919.

⁸⁵⁰ Exemplarisch seine Artikel: Einige Probleme der Theorie der auf Sklaverei beruhenden Gesellschaftsordnung. In: ZfG, Jg. 4 (1956) S. 990; Die Klasse der Sklaven und ihr Klassenkampf. In: ZfG, Jg. 8 (1960) S. 104 oder Revolution und Evolution im Weströmischen Reich zur Zeit der Spätantike. In: ZfG, Jg. 13 (Sonderheft) (1965) S. 19.

richte zu Fachkongressen, wodurch sich die Gesamtzahl seiner Aufsätze auf 15 beläuft.⁸⁵¹ Im selben Zeitraum publizierte Fritz Klein, mit 24 Beiträgen, fast doppelt so viele Artikel für das Periodikum. Demgegenüber lag die Anzahl der Aufsätze von den übrigen vier Historikern, die in dieser Arbeit untersucht wurden, nur unwesentlich über Günthers Gesamtzahl (Tabelle 4).



(Tabelle 4)⁸⁵²

Alfred Meusel lag mit 12 Veröffentlichungen sogar darunter. Seine Artikel stellten keine reinen Fachaufsätze dar, sondern waren Reise- und Tagungsberichte, Bewertungen der deutsch-deutschen Begegnungen während der 1950er Jahre oder Rezensionen zu Veröffentlichungen seiner Kollegen. Seine geringe Gesamtzahl an Artikeln rührt daher, dass Meusel seit der Übernahme der Leitung des Museums für Deutsche Geschichte 1952 kaum Zeit für wissenschaftliche Veröffentlichungen blieb.⁸⁵³ Er verstarb 1960 und konnte sein Wirken in der ZfG somit nur auf die 1950er Jahre erstrecken. In diesem Zeitraum konnten, bis auf 1959, jedes Jahr ein bis mehrere Artikel von ihm erscheinen.

Auch Kuczynskis Beiträge blieben besonders auf die 1950er Jahre beschränkt. Ausgenommen waren die Jahre 1958 und 1959. Seinem 1957 in der ZfG veröffentlichten Artikel „Der Mensch, der Geschichte macht“, der sich gegen die sozialistische Propaganda wendet, dass „alle Volksmassen stets und dauernd schöpferisch tätig sind“, folgten in der Ausgabe von 1958 scharfe Repliken seiner Kollegen.⁸⁵⁴ Bis 1959

⁸⁵¹ Vgl. Datenerhebung aus der Artikelzusammensetzung der Jahre 1953–1989 der ZfG.

⁸⁵² Datenerhebung aus den Registerlisten der ZfG für 1953–1972: Jg. 12 (1964) SH; Jg. 20 (1972) H. 12. Für 1973–1989 Auswertung der Jahresindexe.

⁸⁵³ Eine Liste seiner 17 wissenschaftlichen Ämter befindet sich in: ABBAW, Nachlass Alfred Meusel, Nr. 1.

⁸⁵⁴ Kuczynski, Jürgen: Der Mensch, der Geschichte macht. Zum 100. Geburtstag von G. W. Plechanow am 11. Dezember 1956. In: ZfG, Jg. 5 (1957) S. 11; als Repliken dienen Berthold, Werner: Bemerkungen zu den von J.

war Kuczynski in der ZfG in seinem wissenschaftlichen Wirken beschränkt. Von seinen gesamten 16 Artikeln wurden während der 1950er Jahre elf abgedruckt. In den 1960er bis 1970er Jahren erschien lediglich eine Abhandlung zu „Die Barberei – extremster Ausdruck der Monopolherrschaft in Deutschland“. Die restlichen vier Aufsätze entfielen auf die 1980er Jahre. Innerhalb seiner Artikel beschäftigte sich Kuczynski mit Themen der Wirtschaftsgeschichte, der Sozialgeschichte oder mit Belangen der Neueren und Neuesten Geschichte.⁸⁵⁵ Vor allem seine wirtschaftswissenschaftlichen Ausführungen hoben sich von den Beiträgen seiner Kollegen ab, da sie sich durch ihre statistischen Auswertungen auf empirische Daten stützten und wissenschaftlich fundiert waren.

Seine geringe Publikationsarbeit während der 1960er und 1970er Jahre in der ZfG lag daran, dass sich Kuczynski in dieser Zeit der Erarbeitung seiner 40-bändigen „Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus“ widmete.⁸⁵⁶ Dementsprechend zog er sich aus politischen Diskussionen zurück, was der Parteispitze gelegen kam, da sie von diesem systemkritischen Parteimitglied keine Angriffe mehr befürchten musste. Zudem erweiterte er sein Themengebiet auf den Bereich der Kinderbücher. Er veröffentlichte 1950 „Das Land der frohen Zuversicht“ als eine Geschichte der UdSSR, 1960 das Werk „Vom Knüppel zur automatischen Fabrik“ und 1967 „Das große Geschäft“, worin die agitatorischen Definitionen des Imperialismus und Monopolismus vom Deutschen Kaiserreich bis zur Bundesrepublik Deutschland analysiert werden.⁸⁵⁷

Horst Bartel und Leo Stern konzentrierten sich auf das Themengebiet der deutschen Arbeiterbewegungsgeschichte und auf die Entwicklungen der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft. Auch die Beiträge von Stern entstanden vornehmlich während der 1950er Jahre. Von seinen gesamten 18 Artikeln wurden während dieses Jahrzehnts 14 veröffentlicht. Nachdem Stern 1959 als Rektor der Universität Halle abgesetzt wurde, widmete er sich der Arbeit seiner Forschungsgemeinschaft „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“. Dadurch konnten in den 1960er bis 1970er Jahren 17 Bände

Kuczynski und anderen Historikern aufgeworfenen Problemen des „Geschichtemachens“. In: ZfG, Jg. 6 (1958) S. 304 oder Schilfert, Gerhard: Einige Bemerkungen zu dem Artikel von J. Kuczynski „Der Mensch, der Geschichte macht“. In: ZfG, Jg. 6 (1958) S. 558.

⁸⁵⁵ Exemplarisch seine Aufsätze: Zum bisherigen Verlauf der Diskussion über die Frage der völligen Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte in Deutschland. In: ZfG, Jg. 3 (1955) S. 923; Parteilichkeit und Objektivität in Geschichte und Geschichtsschreibung. In: ZfG, Jg. 4 (1956) S. 873 oder Zur „Geschichte des Alltags des deutschen Volker“. In: ZfG, Jg. 31 (1983) S. 730.

⁸⁵⁶ Vgl. Kuczynski, Jürgen: Dissident. S. 115.

⁸⁵⁷ Kuczynski, Jürgen: Das Land der frohen Zuversicht. Berlin: Volk & Wissen 1950; derselbe: Vom Knüppel zur automatischen Fabrik. Eine Geschichte der menschlichen Gesellschaft. Berlin: Kinderbuchverlag 1960; derselbe: Das große Geschäft. Die Verbrechen des deutschen Imperialismus. Berlin: Verlag Neues Leben 1967.

der, unter seiner Forschungsgemeinschaft herausgegebenen, Schriftenreihe „Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ veröffentlicht werden.⁸⁵⁸ Seine Publikationsleistung von nur vier Beiträgen in der ZfG fällt für diese beiden Jahrzehnte erwartungsgemäß gering aus. Seinen letzten Artikel für die ZfG verfasste er 1975. Anfang der 1980er Jahre verstarb Leo Stern.

Die 18 Artikel von Horst Bartel verteilen sich gleichmäßig auf die 1960er bis 1980er Jahre. Dass er während der 1950er Jahre nur drei Abhandlungen veröffentlichte, lag daran, dass er 1956 zunächst sein Promotionsstudium beenden musste. Wie viele Gelehrte der dritten Historikergeneration konnte er erst seit den 1960er Jahren sein Renommee in der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft steigern und an bedeutenden Publikationsprojekten mitwirken.⁸⁵⁹ Sein letzter Artikel⁸⁶⁰ in der ZfG zum „Marxismus und Opportunismus in der revolutionären deutschen Sozialdemokratie am Ende des 19. Jahrhunderts“ erschien posthum 1985.

Fritz Klein konnte sich vor allem durch seine Konzeptionen zum Forschungsfeld des Ersten Weltkriegs profilieren. Seine Beiträge im Periodikum verteilten sich bis in die 1980er Jahre, wobei er in der Funktion als Chefredakteur der ZfG am aktivsten darin publizierte. Während der 1960er Jahre konnten nur drei Artikel erscheinen. Dieser Umstand lag, wie bei Kuczynski, an den Konflikten mit den Wissenschaftsfunktionären der SED und der daraus erfolgten Absetzung Kleins als Chefredakteur. Durch diese Amtsenthebung war es Klein möglich, sich intensiver seiner eigenen wissenschaftlichen Forschung zuzuwenden. An seinem neuen Arbeitsplatz, dem Institut für Geschichte der AdW, konnte er dieses Vorhaben verwirklichen. Anfang der 1960er Jahre erschien hier der neunte Band des, für den Hochschulbereich konzipierten, „Lehrbuchs für deutsche Geschichte“, das sich mit der Zeitspanne von der Jahrhundertwende bis 1918 befasst. Kurz darauf, 1962, veröffentlichte er „Deutschland 1918“, das ursprünglich als Bestandteil seines Lehrbuch-Manuskripts dienen sollte und die Zeitspanne von November 1917 bis November 1918 beinhaltet.⁸⁶¹ Ende der 1960er Jahre legte er die drei, ebenfalls am Institut für Geschichte entstandenen, Bände „Deutschland im Ersten Weltkrieg“ vor.⁸⁶²

⁸⁵⁸ Vgl. Veröffentlichungen der Schriftenreihe „Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ von 1961–1977.

⁸⁵⁹ Vgl. Auflistung seiner Publikationen. In: ABBAW, Nachlass Horst Bartel, Nr. 3.

⁸⁶⁰ Bartel, Horst: Marxismus und Opportunismus in der revolutionären deutschen Sozialdemokratie am Ende des 19. Jahrhunderts. Theoretische Probleme und Forschungsfragen. In: ZfG, Jg. 33 (1985) S. 1111.

⁸⁶¹ Ausführlich zu den Umständen der separaten Veröffentlichung bei Klein, Fritz: Drinnen und Draußen. S. 204f.

⁸⁶² Vgl. Autorenkollektiv: Deutschland im Ersten Weltkrieg. Bd. 1–3. Berlin: Akademie Verlag 1968–1969. Eine Neuauflage ist 2004 im Leipziger Universitätsverlag erschienen.

Die Ausführungen zu der Publikationstätigkeit der fünf Historiker in der ZfG zeigt, dass jene Gelehrte nicht zu den produktivsten Historikern des Periodikums zählten. Diese Rolle übernahmen andere Kollegen. Zu ihnen gehörten Dieter Fricke, der zwischen 1953 bis 1989 52 Beiträge veröffentlichte, Walter Schmidt mit 42 Artikeln oder Günter Benser mit 31 Aufsätzen.⁸⁶³ Die fünf Archivare waren nicht in der ZfG tätig. Fricke war seit 1957 Chefredakteur der ZfG, seit 1960 Professor für Deutsche Geschichte der Neuzeit und Neuesten Zeit an der Universität Jena und ab 1966 Dekan der Philosophischen Fakultät ebenda. Walter Schmidt erhielt 1964 einen Lehrstuhl an der AfG, war seit 1984 Direktor des Instituts für Geschichte der AdW und zudem Vizepräsident der DDR-Historikergesellschaft. Günter Benser wirkte als Mitarbeiter am IML beim ZK der SED und als stellvertretender Abteilungsleiter des Rates für Geschichtswissenschaft und des Nationalkomitees der Historiker der DDR. Die inhaltliche Ausrichtung des Periodikums an der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft war dementsprechend nicht nur in den Anfangsjahren des Periodikums durch Parteihistoriker gesetzt, sondern auch in den 1970er bis 1980er Jahren noch zu erkennen. Die ZfG musste somit nach dem Generationenwechsel und den inhaltlichen Zugeständnissen weiterhin den marxistisch-leninistischen Vorgaben genügen und wurde durch parteiloyale Herausgeber bis 1989 kontrolliert. Unter diesem Hintergrund konnten sich die fünf ausgewählten Historiker nicht innerhalb bundesdeutscher Fachblätter, wie der Historischen Zeitschrift (HZ) profilieren. Doch obwohl keiner von ihnen einen Artikel in diesem Periodikum veröffentlichen konnte, wurden ihre Forschungsergebnisse von den Kollegen aus der Bundesrepublik Deutschland wahrgenommen und diskutiert. Werner Conze verfasste für die HZ beispielsweise eine Rezension zu Fritz Kleins Abhandlung „Zur Vorbereitung der faschistischen Diktatur durch die deutsche Großbourgeoisie (1929–1932)“, Reinhard Wittram äußerte sich über den, in der ZfG erschienenen, Artikel Kuczynskis „Parteilichkeit und Objektivität“ und Günther Franz referierte über Meusels Monografie „Thomas Müntzer und seine Zeit“.⁸⁶⁴

Im Gegensatz zu den fünf Historikern war es einigen Archivaren möglich, eigene Aufsätze in der HZ zu publizieren. Hellmut Kretzschmar konnte 1950 einen Beitrag zum sächsischen Königtum im 19. Jahrhundert veröffentlichen und Heinrich Otto Meisner 1960 eine Rezension zu Walther Hubatschs „Der Admiralstab und die obers-

⁸⁶³ Vgl. Datenerhebung aus der Artikelzusammensetzung der Jahre 1953–1989 der ZfG.

⁸⁶⁴ Vgl. Conze, Werner: Rezension zu Klein, Fritz: Zur Vorbereitung der faschistischen Diktatur durch die deutsche Großbourgeoisie (1929–1932). In: HZ, Jg. 178 (1954) S. 433–434; Wittram, Reinhard: Rezension zu Kuczynski, Jürgen: Parteilichkeit und Objektivität. In: HZ, Bd. 183 (1957) S. 426; Franz, Günther: Rezension zu Meusel, Alfred: Thomas Müntzer und seine Zeit. In: HZ, Jg. 177 (1954) S. 543–545.

ten Marinebehörden in Deutschland 1848“ verfassen.⁸⁶⁵ Zudem wurden auch die Forschungsergebnisse der DDR-Archivare in der bundesdeutschen Historikerzunft diskutiert. Friedrich Becks Dissertation über die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Greiz im 19. Jahrhundert charakterisiert Helmuth Croon beispielsweise als methodisch und inhaltlich bemerkenswert.⁸⁶⁶ Auch die Monografie „Sachsen im Zeitalter der Reformation“ von Karlheinz Blaschke fand in der HZ Beachtung. Michael Erbe erklärt die Studie, die 1967 in den Sächsischen Heimatblättern abgedruckt und 1970 als eigenständiges Werk veröffentlicht wurde, „zum Besten, was anlässlich des 450. Jahrestages des Beginns der Reformation im deutschen Sprachraum erschienen ist.“⁸⁶⁷

Im Gegensatz zu den Abhandlungen der marxistisch-leninistischen Historiker wurden die Forschungsergebnisse der DDR-Archivare als erkenntnisreich eingestuft. Die Archivare wirkten auf ideologisch weniger relevanten Forschungsgebieten, wie der Regionalgeschichte oder den Historischen Hilfswissenschaften, und nutzten das vorhandene Quellenmaterial der Archive, ohne es ausschließlich einer marxistisch-leninistischen Lesart anzupassen. Das bedeutet aber nicht, dass die Archivare der DDR ihrer wissenschaftlichen Forschung frei nachgehen konnten. Wie beispielsweise Wilhelm Schüssler in seiner Rezension zu Kretzschmars Abhandlung „Die Zeit König Johanns von Sachsen 1854–1873“ bemerkt, hat sich Kretzschmar mit dieser quellengestützten Studie zwar einen „Verdienst erworben“, andererseits seine Ausführungen zur damaligen Arbeiterbewegung überbetont und sprachliche wie inhaltliche Unstimmigkeiten beigefügt, die aus dem marxistisch-leninistischen Geschichtsverständnis hergeleitet wurden.⁸⁶⁸ Auch die Archivare mussten sich den inhaltlichen Vorgaben der Wissenschaftsfunktionäre fügen und eine Selbstzensur im Sinne des sozialistischen Geschichtsbildes vornehmen, um ihre Forschungsarbeiten publizieren zu können. Wie im Fall Kretzschmar wurde die inhaltliche Beschränkung allerdings nur so wenig wie nötig betrieben, um auch außerhalb der DDR noch publizieren zu können. Wie Kretzschmar an Heinrich Otto Meisner schrieb, habe man sich in seinen archivfachlichen Ausführungen „praktisch in der Mitte zu halten, zwischen

⁸⁶⁵ Vgl. Kretzschmar, Hellmut: Das sächsische Königtum im 19. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Typologie der Monarchie in Deutschland. In: HZ, Bd. 170 (1950) S.457–493 und Meisner, Heinrich Otto: Rezension zu Hubatsch, Walther: Der Admiralstab und die obersten Marinebehörden in Deutschland 1848–1945. In: HZ, Bd. 191 (1960) S. 630–634.

⁸⁶⁶ Vgl. Croon, Helmuth: Rezension zu Beck, Friedrich: Die wirtschaftliche Entwicklung in der Stadt Greiz während des 19. Jahrhunderts. In: HZ, Bd. 184 (1957) S. 221.

⁸⁶⁷ Erbe, Michael: Rezension zu Blaschke, Karlheinz: Sachsen im Zeitalter der Reformation. In: HZ, Bd. 213 (1971) S. 160.

⁸⁶⁸ Schüssler, Wilhelm: Rezension zu Kretzschmar, Hellmut: Die Zeit König Johanns von Sachsen 1854–1873. In: HZ, Jg. 193 (1961) S. 765.

einer zu weitgehenden sprachlichen Reinigungsbestrebung, [...] und einer zu weitgehenden Hingabe an den Gebrauch von Fremdwörtern“.⁸⁶⁹

Die Kontrollmaßnahmen der Medien- und Pressepolitik durch die Parteiführung fanden mit der Friedlichen Revolution 1989 ihr Ende. Das Magazin, das jahrzehntelang als Zentralorgan einer separaten Geschichtswissenschaft agierte, musste sich mit der deutschen Wiedervereinigung wissenschaftlich neu orientieren. Wie Georg Iggers in seinem Grußwort zum 50. Jahrestag der ZfG ausführt, waren zwar viele ehemalige DDR-Autoren bemüht, wissenschaftliche Standards zu erfüllen, konnten diesen Wunsch jedoch aufgrund der Vorgaben der Parteispitze nicht umsetzen. Die ZfG wurde während ihres Erscheinens zu Propagandazwecken genutzt, wodurch die Beiträge nicht von der offiziellen Geschichtskonzeption der SED abweichen durften und sich einer ritualisierten Sprache unterwerfen mussten.⁸⁷⁰

Bis 1994, so erneut Iggers, wurden erste Reformversuche der Zeitschrift nur widerwillig umgesetzt. Obwohl die Herausgeberschaft erkannte, dass die Staatsideologie der DDR nur politisch-ideologischen Zwecken diene und als Pseudowissenschaft nicht mehr tragbar war, blieben die alten Denkmuster bestehen. Aus diesem Grund lehnten viele ehemals westdeutsche Historiker noch 1992 eine Zusammenarbeit mit dem Magazin ab.⁸⁷¹ Erst mit der Übernahme der Zeitschrift durch den Metropol Verlag 1993 entwickelte sich ein Wandel der Strukturen der ZfG. Dadurch traten dem neuen Herausbergremium und Redaktionskreis, unter der Leitung von Friedrich Veitl, nun auch ehemals westdeutsche Historiker bei, wie Wolfgang Benz oder Peter Steinbach.⁸⁷² Seit 1993 bis heute erscheint die ZfG monatlich im Metropol Verlag unter der Herausgabe von Wolfgang Benz, Michael Borgolte, Georg Iggers, Peter Steinbach und Ludmila Thomas.⁸⁷³ Wie Harald Kleinschmidt in seinem Grußwort zum 50-jährigen Bestehen der ZfG äußert, zeigt die ZfG mit ihrem Weiterbestehen, dass sie nicht zwangsläufig mit der DDR „untergehen“ musste, sondern bis heute als „lebendiges und gutes Stück deutsche Einheit“ bestehen kann.⁸⁷⁴

⁸⁶⁹ Hellmut Kretzschmar an Heinrich Otto Meisner, vom 06.01.1956. In: ABBAW, Nachlass Heinrich Otto Meisner, Nr. 9.

⁸⁷⁰ Vgl. Iggers, Georg: Grußadresse zum 50. Jahrestag der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. In: ZfG, Jg. 50 (2002) H. 11. S. 966f.

⁸⁷¹ Vgl. ebd. S. 967.

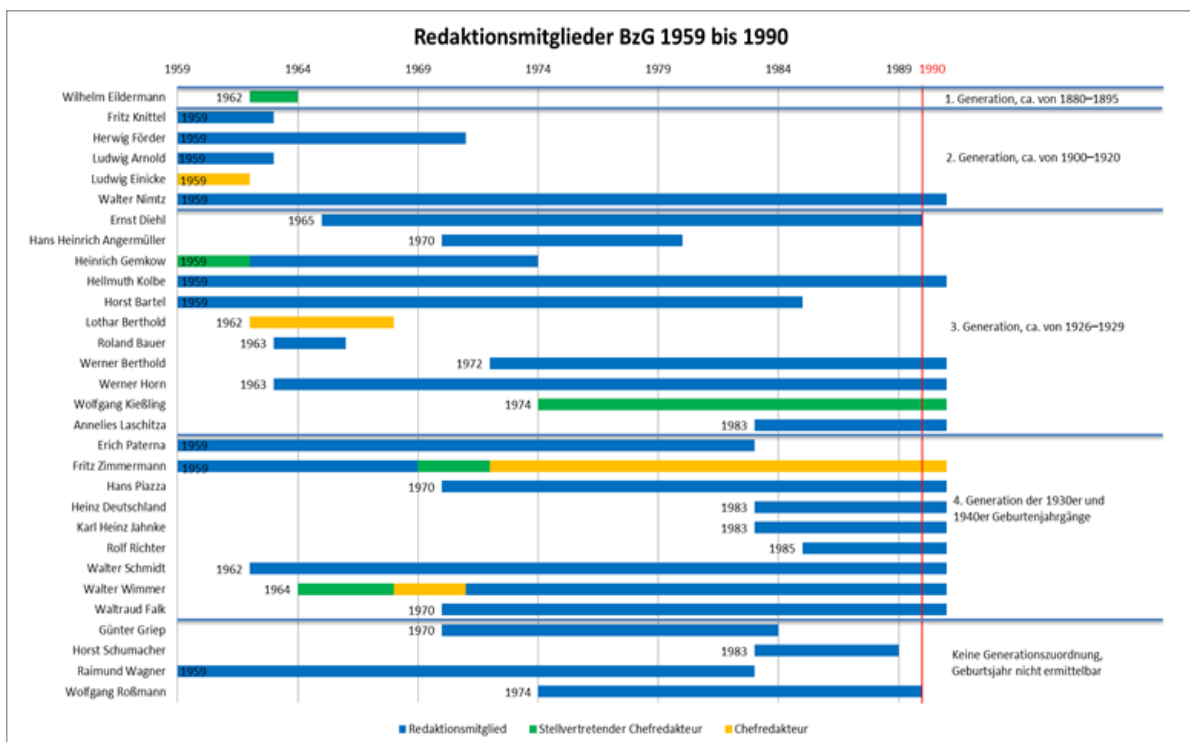
⁸⁷² Vgl. ebd.

⁸⁷³ Vgl. Informationen zur Herausgeberschaft der ZfG. In: Homepage der ZfG: www.metropol-verlag.de/pp/zfg/pp/herausgeber.htm.

⁸⁷⁴ Vgl. Kleinschmidt, Harald: Grußadresse zum 50. Jahrestag der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. In: ZfG, Jg. 50. (2002) H. 11. S. 968f.

b) Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG)

Um das Themenspektrum der deutschen Arbeiterbewegungsforschung zu dokumentieren, wurden 1959 die BzG vom IML beim ZK der SED herausgegeben.⁸⁷⁵ Als Chefredakteure wirkten über die Jahre der Direktor des IML, Ludwig Einicke, der Leiter der Abteilung „Geschichte der Arbeiterbewegung“ desselben Instituts, Lothar Berthold, sowie die Historiker Walter Wimmer und Fritz Zimmermann (Tabelle 5).



(Tabelle 5)⁸⁷⁶

Bis auf Einicke, der zur zweiten Historikergeneration zu zählen ist, bestand die Herausgeberschaft somit aus Angehörigen der dritten Historikergeneration. Dieser Trend setzte sich in der Wahl der Mitglieder für das Redaktionsteam fort, das in den ersten Jahren aus Heinrich Gemkow, Ludwig Arnold, Fritz Knittel und Ludwig Einicke bestand, die alle leitende Mitarbeiter des IML waren. Ergänzt wurden sie

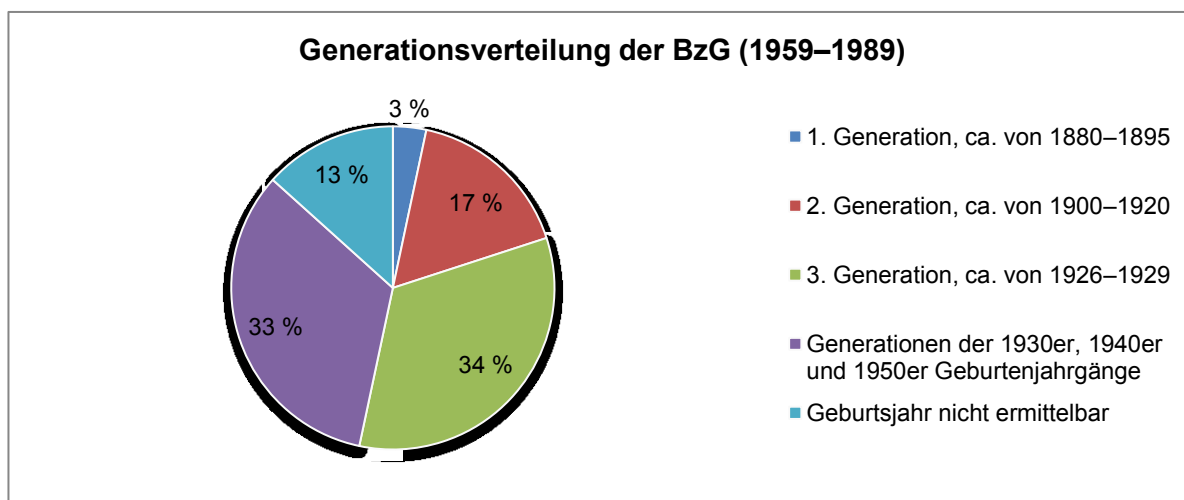
⁸⁷⁵ Vgl. Beschlussvorlage zur Herausgabe der BzG durch das IML beim ZK der SED. Erhoben auf der Sekretariatsitzung des ZK der SED vom 29.10.1958. In: BArch, DY 30 IV 2/3, 620 Bl. 8.

⁸⁷⁶ Datenerhebung aus den Mitgliederlisten der BzG und den ermittelten Geburtsdaten der Redaktionsmitglieder. In: BzG, Jg. 1 (1959) H. 1. – Jg. 32 (1990) H. 1.

durch Mitglieder verschiedener Parteiinstitutionen, wie Horst Bartel vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED oder Walter Nitz von der PHS.⁸⁷⁷

Wie der Tabelle 5 zu entnehmen ist, war mit Horst Bartel nur einer der fünf ausgewählten Historiker im Redaktionsteam der BzG vertreten. Von den 29 Redaktionsmitgliedern konnte er, aufgrund zeitlicher Überschneidungen der Tätigkeitsbereiche, bis auf den Historiker Rolf Richter mit allen persönlich bekannt werden. Es ist davon auszugehen, dass das Verhältnis von Horst Bartel zu diesen Redaktionsmitgliedern unproblematischer war als zu den Mitarbeitern der ZfG. Diese Annahme liegt nahe, da die meisten Redaktionsmitglieder der BzG bereits vor der Herausgabe des Magazins gemeinsam am IML, der Leitinstitution für die Geschichte der Arbeiterbewegung, beschäftigt waren und ähnliche ideologische Auffassungen vertraten wie Bartel.

Die Herausgabe des Magazins erfolgte von der Gründung bis zu ihrer Abwicklung 1989 überwiegend durch Vertreter der dritten Historikergeneration und der Geburtsjahrgänge der 1930er bis 1950er Jahre sowie von wenigen Historikern der zweiten Generation (Tabelle 6).



(Tabelle 6)⁸⁷⁸

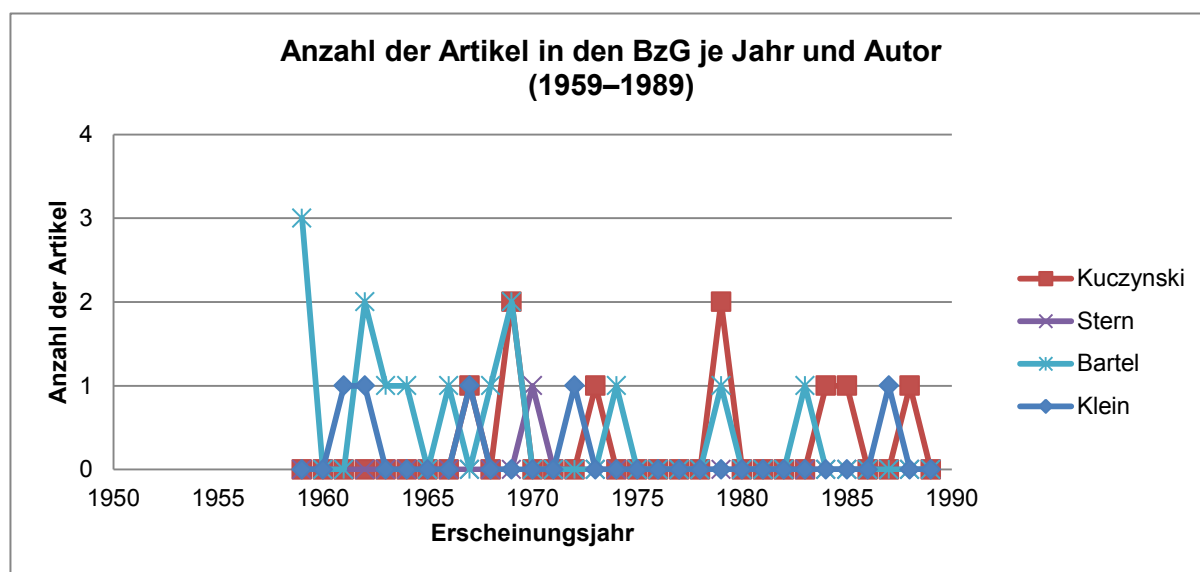
Die Erarbeitung des Profils der Zeitschrift wurde somit von jüngeren Historikern vorgenommen und durch wenige ältere Kollegen, die über 55 Jahre alt waren, unterstützt. Damit bildeten die BzG das Pendant zur Herausgeberschaft der ZfG,

⁸⁷⁷ Vgl. Beschlussvorlage zur Herausgabe der BzG durch das IML beim ZK der SED. In: BArch, DY 30 IV 2/3, 620 Bl. 10f.

⁸⁷⁸ Datenerhebung aus der Mitgliederliste der BzG und den Geburtsdaten der Redaktionsmitglieder. In: BzG, Jg. 1 (1959) H.1. – Jg. 32 (1990) H. 1.

die erst durch ältere Mitglieder aufgebaut und danach durch jüngere Mitarbeiter geleitet wurde. Ein Generationenkonflikt, wie im Kollegenkreis der ZfG, war dadurch nicht gegeben. Auch die fehlende Mitarbeit von prominenten Historikern, wie Meusel, Stern, Schreiner oder Kuczynski, trug zu einer entspannteren Arbeitssituation bei. Die Zugangsvoraussetzungen für eine Mitarbeit waren wiederum die gleichen wie bei der ZfG. Die Mitgliedschaft in der SED bzw. zumindest die Loyalität zur Parteipolitik galt als obligatorisch, eine fachliche Eignung mit Schwerpunkt zur Arbeiterpolitik war gewünscht.⁸⁷⁹

Die fünf ausgewählten Historiker konnten sich, ebenso wie in der ZfG, in den BzG nicht mit einer hohen Publikationstätigkeit profilieren. Lediglich Horst Bartel brachte sich bis zu seinem Tod 1984 mit 14 Beiträgen ein. Die Gesamtzahl der Artikel der übrigen vier Historiker lag im einstelligen Bereich, wobei Meusel, der bereits ein Jahr nach Gründung der BzG verstarb, nicht darin publizierte und Stern nur einen Artikel verfasste (Tabelle 7).



(Tabelle 7)⁸⁸⁰

Die fünf Archivare wurden nicht im Periodikum aktiv, obwohl der Berufsstand der Archivare vertreten war. Der seit 1959 amtierende Direktor des Dresdner Staats-

⁸⁷⁹ Vgl. Prospekt für die Herausgabe einer Zeitschrift für die Geschichte der Partei und der deutschen Arbeiterbewegung. In: BArch, DY 30, IV 2/907, 37 Bl. 13.

⁸⁸⁰ Datenerhebung aus den Registerlisten der BzG: Register 1959–1973 und 1974–1989/90.

archivs, Horst Schlechte, konnte 1966 einen Artikel „Karl Marx und sein Wirkungskreis in Brüssel“ in den BzG herausbringen.⁸⁸¹ Allerdings war Schlechte ein loyales Parteimitglied. Er wurde 1979 mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Bronze ausgezeichnet und erhielt zweimal die Verdienstmedaille der Organe des Mdl in Gold.⁸⁸² Jene Auszeichnungen wurden für besondere Verdienste und die persönliche Einsatzbereitschaft für den „Aufbau des Sozialismus“ verliehen.⁸⁸³ Obwohl sich auch Kretzschmar, Meisner und Beck mit den herrschenden Verhältnissen in der DDR arrangierten, waren sie weder SED-Mitglieder (bis auf Beck) noch vom Aufbau eines sozialistischen Archivwesens überzeugt. Zudem besaß keiner der Erwähnten einen fachlichen Bezug zur Arbeiterbewegungsgeschichte. Horst Schlechte war hingegen nicht nur auf einen Forschungsschwerpunkt konzentriert. Seine Publikationen reichten von Themen der Arbeiterbewegungsgeschichte über die lutherische Reformation bis zur sächsischen Regionalgeschichte.⁸⁸⁴

Kuczynski und Klein lagen mit nur neun bzw. fünf Aufsätzen unter der Gesamtzahl ihrer Aufsätze in der ZfG. Beide hatten ihre Forschungsschwerpunkte nicht in der Arbeiterbewegungs- und Parteigeschichte. Kuczynskis Beiträge in den BzG waren inhaltlich breit aufgestellt und reichten von der „Legale[n] Veröffentlichung einer marxistischen Zeitschrift in Deutschland während des Jahres 1933“, über seine Arbeit als „Beauftragter des Deutschen Freiheitssenders 29,8“ bis „Zur Veröffentlichung von Karl Liebknechts ‚Militarismus und Antimilitarismus‘ in Großbritannien im ersten [sic!] Weltkrieg“.⁸⁸⁵ Fritz Klein wandte sich der Stellung der internationalen Arbeiterbewegung zum „Militarismus“ und „Imperialismus“ zu und beschränkte sich sonst auf Tagungsberichte und Rezensionen.⁸⁸⁶

⁸⁸¹ Vgl. Schlechte, Horst: Karl Marx und sein Wirkungskreis in Brüssel. Dokumente aus belgischen Archiven. In: BzG, (1966) H. 1. S. 101–116.

⁸⁸² Vgl. Groß, Reiner: Nachruf Horst Schlechte. In: AM, Jg. 36 (1986) H. 6. S. 227.

⁸⁸³ Vgl. Ordnung über die Verleihung des „Vaterländischen Verdienstordens“. In: GBI.-DDR I. 1959. Nr. 17. S. 185.

⁸⁸⁴ Exemplarisch: Schlechte, Horst: Die Staatsreform in Kursachsen 1762–1763. Berlin: Rütten & Loening 1958; derselbe: Die allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung 1848–1850. Weimar: Böhlau 1979 und derselbe u. a.: Die Reformation in Dokumenten. Weimar: Böhlau 1967.

⁸⁸⁵ Exemplarisch: Kuczynski, Jürgen: Legale Veröffentlichung einer marxistischen Zeitschrift in Deutschland während des Jahres 1933. In: BZG, (1969) H. 1. S. 123–129; derselbe: Beauftragter des Deutschen Freiheitssenders 29.8. In: BzG, (1969) H. 6. S. 963–967 und derselbe: Zur Veröffentlichung von Karl Liebknechts ‚Militarismus und Antimilitarismus‘ in Großbritannien im ersten Weltkrieg. In: BzG, (1973) H. 6. S. 1003–1006.

⁸⁸⁶ Exemplarisch: Klein, Fritz: Rezension zu Stenkewitz, Kurt: Gegen Bajonett und Dividende. Die politische Krise in Deutschland am Vorabend des ersten Weltkrieges. Berlin 1960. In: BzG, (1962) H. 1. S. 172; derselbe u. a.: Imperialismus, Arbeiterklasse und Nation. Nachbemerkungen zum Referat und zur Diskussion über „Die deutsche Sozialdemokratie und der erste Weltkrieg“ auf dem XI. Internationalen Historikerkongress in Stockholm. In: BzG, (1961) H. 1. S. 130–146. Oder derselbe u. a.: Die Stellung der internationalen Arbeiterbewegung zu Militarismus und Imperialismus zwischen den Kongressen in Stuttgart und Basel (1907–1912). In: BzG, (1973), H. 1. S. 42.

Dass Leo Stern bis zu seinem Tod 1982 nur einen Artikel in den BzG veröffentlichte, ist auffallend, da die deutsche Arbeiterbewegungsgeschichte sein Hauptarbeitsfeld war.⁸⁸⁷ Der Grund für diese mangelnde Zusammenarbeit kann nur vermutet werden und liegt wohl darin, dass Stern in einer anderen Publikationsplattform seine Forschungsergebnisse herausbrachte. Mit der Übernahme der Leitung der Forschungsgemeinschaft „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ 1956 ging eine umfassende Editionstätigkeit der beiden, von der Forschungsgemeinschaft herausgegebenen, Schriftenreihen „Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ und „Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ einher. Erstere umfasst 25 Reihenbände, letztere 22 Bände.⁸⁸⁸ Mit der Übernahme der Leitungsfunktion dieser Forschungsgemeinschaft unterstanden Stern demgemäß selbst Periodika, in denen er wissenschaftspolitisch eingebunden war und seine Forschungsleistungen zur Arbeiterbewegungsgeschichte publizieren konnte.

Horst Bartel trat mit seinen Beiträgen besonders in den 1960er Jahren hervor. Thematisch reichten die Artikel von der Marx-Engels-Forschung und die Entwicklungen des marxistischen Parteibegriffs, über die Entstehungsgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung, bis hin zu Ausführungen zur Wirkungsweise von August Bebel und Wilhelm Liebknecht.⁸⁸⁹ Zu den wichtigsten Autoren der BzG gehörte aber auch er nicht. Am produktivsten waren der spätere Herausgeber Fritz Zimmermann, die Redaktionsmitglieder Heinrich Gemkow und Wolfgang Kießling sowie Manfred Teresiak oder Heinz Voßke. Alle erwähnten Historiker waren am IML der ZK der SED beschäftigt. Teresiak und Gemkow wirkten hier als wissenschaftliche Mitarbeiter, wobei Gemkow ab 1964 als stellvertretender Direktor amtierte. Voßke war Leiter des Zentralen Parteiarchivs am gleichen Institut.⁸⁹⁰ Auch Kießling war seit 1960 als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung „Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung“ am IML beschäftigt. Ebenso begann Fritz Zimmermann seine

⁸⁸⁷ Stern veröffentlichte in den BzG nur den Artikel: „Lenin und der Kampf der zwei Klassenlinien in der deutschen Geschichte“. In: BzG, (1970) H. 2. S. 179.

⁸⁸⁸ Vgl. die Veröffentlichungen der Schriftenreihe „Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ von 1954–1977 und der Schriftenreihe „Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ von 1961–1964.

⁸⁸⁹ Exemplarisch: Bartel, Horst u. a.: Bericht über die Marx-Engels-Forschung in der DDR auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft. In: BzG, (1962), SH. S. 52.; derselbe: Um die Durchsetzung des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung. In: BzG, Jg. 6 (1964), H. 5. S. 859 und derselbe u. a.: Zur Entwicklung des Parteibegriffs bei Marx und Engels. In: BzG, Jg. 11 (1969), H. 4. S. 568.

⁸⁹⁰ Vgl. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.): Vierzig Jahre Institut für Marxismus-Leninismus. S. 75–77.

Karriere am IML, indem er für die Mitarbeit im Redaktionskollegium der noch zu gründenden BzG eingeteilt wurde.⁸⁹¹ Die wissenschaftspolitische Bedeutung des Periodikums für die Verbreitung der marxistisch-leninistischen Erkenntnisse und die Förderung des sozialistischen „Erziehungsprozesses“ zeigt sich jedoch nicht nur an den parteiloyalen Mitarbeitern und Autoren, sondern auch daran, dass selbst Walter Ulbricht und Otto Grotewohl darin publizierten.⁸⁹²

Wie in der HZ konnten sich die fünf Historiker in den bundesdeutschen Fachblättern zur Arbeiterbewegungsgeschichte nicht etablieren. In dem seit 1965 erscheinenden Periodikum „Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ waren sie, zumindest bis Anfang der 1970er Jahre, nicht vertreten.⁸⁹³

Die Hauptaufgabe des Kollegiums der BzG, so der ehemalige Chefredakteur Fritz Zimmermann, war neben der Rekrutierung neuer Autoren die wissenschaftliche und ideologische Prüfung der eingereichten Manuskripte, die zunächst vom gesamten Kollektiv übernommen, später auf einzelne Mitarbeiter begrenzt wurde.⁸⁹⁴ Die Bewältigung des Aufgabenspektrums erfolgte ohne politische Diskussionen und kritische Äußerungen zur Parteipolitik. Diese Meinungsbeschränkung stand, so weiter Zimmermann, im Widerspruch zu der ungezwungenen Arbeitsatmosphäre in der Redaktion, in der sich alle, „vom Direktor bis zum Portier“, duzten und ein freundschaftlicher Austausch herrschte.⁸⁹⁵ Umso schwerer musste für die Kollegenschaft die Verpflichtung sein, alle theoretischen und allgemeinen Fragen zur Parteigeschichte und den Parteibeschlüssen zu begutachten, um daraus Schlussfolgerungen für ihre wissenschaftliche Arbeit ziehen zu können.⁸⁹⁶ Wie Zimmermann über die Redaktionsarbeit berichtet, galt es, stets zu hinterfragen, warum propagandistische Formulierungen verändert wurden oder Artikel unter einer neuen Lesart der Agitation verfasst werden mussten.⁸⁹⁷

Als Beispiel der Beeinflussung in der redaktionellen Arbeit der BzG durch die Parteileitung dient ein Leserbrief von Fritz Klein. Neben den erwähnten Konflikten,

⁸⁹¹ Vgl. Zimmermann, Fritz: 40 Jahre BzG. In: BzG, Jg. 40 (1998) H. 4. S. 3.

⁸⁹² Exemplarisch: Ulbricht, Walter: Die Massen in die Durchführung der Beschlüsse der 1. Parteikonferenz einbeziehen. In: BzG, Sonderheft 1969. S. 27 und Grotewohl, Otto: Wir verändern unsere Welt. In: BzG, Jg. 6 (1964) H. 6. S. 979.

⁸⁹³ Vgl. die Registerbände der IWK von 1965–1970: Jg. 10 (1970); für 1971–1973: Jg. 19/20 (1973). Es existiert eine Registerdiskette von 1965 bis 1997, die der Verfasserin nicht vorlag.

⁸⁹⁴ Vgl. Zimmermann, Fritz: 40 Jahre BzG. S. 8.

⁸⁹⁵ Vgl. ebd. S. 4f.

⁸⁹⁶ Vgl. Prospekt für die Herausgabe einer Zeitschrift für die Geschichte der Partei und der deutschen Arbeiterbewegung. In: BArch, DY 30, IV 2/907, 37 Bl. 13.

⁸⁹⁷ Vgl. Zimmermann, Fritz: 40 Jahre BzG. S. 4.

die er in der ZfG austragen musste, bestanden nach seinem Ausscheiden als Chefredakteur Anpassungsschwierigkeiten an die ideologischen Vorstellungen der Partei. Eingeleitet wurde der neue Konflikt durch einen Leserbrief⁸⁹⁸, den Klein 1965 an die Redaktion der BzG richtete. Darin äußert er sich kritisch zu einem Beitrag über die Politik der KPD gegenüber der nationalsozialistischen Machtergreifung, der von Ernst Diehl verfasst wurde.⁸⁹⁹

Ebenjene Replik auf Diehls Artikel richtete sich gegen die Vorstellungen der SED zur Parteigeschichte und rief Proteste der Parteispitze und der Historikerzunft hervor, obwohl der Leserbrief weder abgeschickt noch in den BzG veröffentlicht wurde. Wie Klein in seinen Memoiren ausführt, übermittelte er seinen Brief, mit der Bitte um Weiterleitung, an seinen Vorgesetzten, den stellvertretenden Direktor des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften, Horst Bartel, der dem Redaktionskollegium der BzG angehörte. Nach der Begutachtung des Leserbriefes nahm Bartel Rücksprache mit Klein und erkundigte sich, ob er wisse, dass sein Schreiben „eine Bombe“ sei.⁹⁰⁰ Aus Angst um den Ruf des Akademie-Instituts, an dem auch Klein tätig war, entschied sich Bartel, zwei Wege einzuschlagen: Zum einen bat er den Verfasser darum, die Kritik zunächst nicht weiterleiten zu müssen, da er diese zuvor intern diskutieren wolle. Zum anderen informierte er, ohne Klein in Kenntnis zu setzen, den Direktor des Instituts für Deutsche Geschichte an der AdW, Ernst Engelberg, der nicht gewillt war, die Angelegenheit intern zu besprechen.⁹⁰¹ Wie Klein in seiner Autobiografie weiter ausführt, fertigte Engelberg eine Abschrift des Leserbriefes an, um sie der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED zugänglich zu machen.⁹⁰² Das Verhalten Engelbergs war nicht untypisch, nutzten doch viele führende Geschichtsfunktionäre ihre Positionen in der politisch angespannten Lage der 1960er Jahre aus, um unliebsame Kollegen nicht nur zu isolieren, sondern beim Parteiapparat als „Versöhnler“ oder nonkonforme Individualisten anzuprangern.

Obwohl Klein zunächst nicht von seinen Ansichten zu Diehls Artikel abzurücken gedachte, musste er sich schließlich gegenüber der Kritik durch die Partei und

⁸⁹⁸ Informationen zur Debatte um den Leserbrief befinden sich im Nachlass von Fritz Klein, der gegenwärtig nicht erschlossen und erst ab Februar 2016 im ABBAW benutzbar wird. Ausführungen zur Debatte befinden sich in Kleins Biografie „Drinne und Draußen“, S. 244ff. und Martin Sabrows „Diktat des Konsenses“, S. 364–371, der zu einem früheren Zeitpunkt Einsicht in Fritz Kleins Privatarchiv erhielt.

⁸⁹⁹ Vgl. Klein, Fritz: Drinnen und Draußen. S. 244f.

⁹⁰⁰ Ebd. S. 245.

⁹⁰¹ Vgl. ebd.

⁹⁰² Vgl. ebd.

seinen Kollegenkreis fügen. Wie Sabrow den Unterlagen aus Kleins Privatarchiv entnehmen konnte, zog dieser seinen Brief drei Monate nach der Parteisitzung zurück, ohne von der Richtigkeit dieser Handlung überzeugt zu sein.⁹⁰³

Innerhalb der Medien- und Pressepolitik der DDR war demgemäß weder eine freie noch eine ehrliche Diskussionsebene vorhanden. Wie in allen gesellschaftspolitisch relevanten Bereichen der DDR stellte die Presse kein Forum zur gesellschaftlichen Willensbildung und Informationsvermittlung dar, durch das sich Kontroversen in einer öffentlichen Meinung hätten ableiten lassen können.⁹⁰⁴ Vielmehr dienten die Presseäußerungen dazu, eine öffentliche Meinung zu etablieren, die den Ansichten der Parteileitung entsprach. Das Recht, staatlich ungehindert eine private Meinung mittels der Presse zu unterbreiten, galt in der DDR als „imperialistischer Irrweg bürgerlicher Staaten“.⁹⁰⁵ Kritik war demzufolge nur möglich, wenn sie den kommunistischen Zielstellungen dienlich war und zur Weiterentwicklung der sozialistischen Gesellschaft beitrug.⁹⁰⁶ Wie bei Kuczynski zeigt sich im Fall Klein, in welchem Ausmaß diese Diskursproblematik zu lösen versucht wurde: Sachbezogene wissenschaftliche Widersprüche bedurften der politischen Unterstützung und dienten nicht dem Zweck der Erkenntnis, sondern waren Mittel zur Vermeidung unliebsamer Ansichten. Wie Sabrow schlussfolgert, zeigt diese Situation die „Janusköpfigkeit“, mit der die ideologisch diktierten Vorgaben der Parteispitze mit der wissenschaftlich-sachlichen Diskussion so weit verschmolzen, bis sie nicht mehr zu unterscheiden waren und so die Realität des Alltags der DDR abbildeten.⁹⁰⁷

Von seinen Kollegen bekam Klein in seinem Konflikt keine Unterstützung – auch nicht von denen, die seiner Replik konform gingen. Joachim Petzold äußerte sich 1994 gegenüber Martin Sabrow, dass er die damaligen Ansichten von Fritz Klein in dessen Leserbrief als richtig empfand und sich dennoch gegen ihn stellte.⁹⁰⁸ So oder ähnlich mögen viele Kollegen gehandelt haben, war es doch leicht, sich der funktionalen Diskursordnung zu unterwerfen, um das eigene wissenschaftliche Arbeiten und seine Familie nicht zu gefährden. Wie Karlheinz Blaschke

⁹⁰³ Vgl. Sabrow, Martin: Diktat. S. 369.

⁹⁰⁴ Vgl. Doering, Klaus: Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film. In: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Bürger und Staat. Eine vergleichende Untersuchung zu Praxis und Recht der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik 1990. S. 122.

⁹⁰⁵ Ebd. S. 125.

⁹⁰⁶ Vgl. ebd. S. 127.

⁹⁰⁷ Vgl. Sabrow, Martin: Diktat. S. 421.

⁹⁰⁸ Vgl. ebd. S. 369f. Anm. Nr. 91.

rückblickend formuliert, sind nicht nur Familienväter schlechte Kämpfer auf den Barrikaden, sondern auch die Historiker der DDR, die nicht zu den politisch Tonangebenden gehörten.⁹⁰⁹ Der Großteil der Gelehrten jener Zeit mag wie Petzold oder Blaschke gedacht haben: ein Dozent, der sich gegen das politische System der DDR stellt und seine Schülerschaft dazu ermuntert, ist für den Widerstand gegen das Regime nützlicher als ein Systemkritiker in den Gefängnissen der DDR.⁹¹⁰ Tatsächlich zeigt sich an den Beispielen Klein und Kuczynski, wie die SED mit den von ihnen „entlarvten“ Nonkonformisten und mit Kritik an den Unzulänglichkeiten im eigenen politischen System umging. Ebenso zeigen diese Beispiele, wie stark die Auswirkungen der Manipulierung durch die Parteiführung auf die beruflichen Beziehungen der Historikerschaft wirkten.

Trotz der Bemühungen der Redaktion, so Fritz Zimmermann, konnte eine kritische Auseinandersetzung mit relevanten Fachbeiträgen bis 1990 aufgrund der inhaltlichen Vorgaben durch die Parteileitung nicht erfolgen. In dem Magazin erschienen lediglich „abgesicherte“ linientreue Beiträge.⁹¹¹ Einen wissenschaftlichen Meinungsstreit gab es nur mündlich. Trotz dieses Mangels fehlte es nicht an Abonnenten, wenn davon abgesehen wird, dass ein großer Hauptabnehmer das Parteischulsystem der SED war.⁹¹² Neben den Historikern der DDR erwarben einige Kollegen der Bundesrepublik Deutschland das Magazin, wodurch kritische Stimmen zur inhaltlichen Umsetzung des Fachblattes laut wurden. Aus diesem bundesdeutschen Abonnementkreis stammt beispielsweise die Kritik des Mannheimer Historikers Hermann Weber, der nicht nur eine Stellungnahme zum „Tauwetter“ nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 vermisste, sondern auch darauf verwies, dass sich das Magazin stattdessen mit der Geschichte des deutschen Kommunismus auseinandersetze.⁹¹³ Von den kritischen Stimmen aus der Bundesrepublik Deutschland abgesehen, hatte die Zeitschrift Schwierigkeiten bei der Abonentengewinnung, so erneut Zimmermann. Das Resultat eines Rundbriefes der BzG, in dem sozialdemokratische Abonnenten der Bundesrepublik Deutschland über ihre Zufriedenheit mit dem Magazin befragt wurden, war vernichtend. Sofern das Redaktionskollegium der BzG überhaupt eine Rückmeldung erhielt, reichten die Antwortschreiben von der Befürwortung bis zur

⁹⁰⁹ Vgl. Blaschke, Karlheinz: Als bürgerlicher Historiker. S. 55.

⁹¹⁰ Vgl. ebd. S. 74.

⁹¹¹ Zimmermann, Fritz: 40 Jahre BzG. S. 8.

⁹¹² Vgl. ebd. S. 9.

⁹¹³ Vgl. Weber, Hermann: Eine neue Zeitschrift in Ostberlin. In: SBZ-Archiv, Jg. 11 (1960) H. 13. S. 194–198.

Ablehnung nach dem Motto „wandert stets mit Schwung in den Papierkorb“ oder „geben Sie das Geld für die Hefte lieber ihren darbenden Rentnern“, wie sich Zimmermann erinnert.⁹¹⁴

Trotz dieser negativen Umfrageergebnisse konnten sich die BzG in den 1960er Jahren neu strukturieren, da der am IML vorgenommene Generationenwechsel auch zur Verjüngung der Redaktion der BzG führte. Eine inhaltliche Auffächerung der Forschungsschwerpunkte erfolgte allerdings nicht. Stattdessen wurde die deutsche und internationale Arbeiterbewegungsforschung, durch zusätzliche Sonderhefte, wie sie auch die ZfG aufwies, unterstützt.⁹¹⁵ Im Jahr 1968 rückte die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung in den Fokus, wodurch 1969 das Adjektiv „deutsch“ aus dem Titel der Zeitschrift gestrichen wurde.⁹¹⁶ Die letzten Umstrukturierungen gingen mit der politischen Wende 1989 einher. Die Leitungsebene des IML beim ZK der SED, das seit der Gründung der BzG als deren Herausgeberinstitut fungierte, wurde 1990 durch eine Kommission ersetzt und 1992 abgewickelt.⁹¹⁷ Seit 1990 vollzog das Journal einen inhaltlichen Neuanfang, der eine Neubewertung der Parteigeschichtsschreibung der SED vornahm und zum freien Umgang mit dem zuvor gesperrtem Archivmaterial aufrief, so erneut Zimmermann.⁹¹⁸

Durch die Abwicklung unzähliger wissenschaftlicher Einrichtungen der ehemaligen DDR und der daraus resultierenden Arbeitslosigkeit vieler Mitarbeiter der BzG kündigte der Dietz Verlag, der das Periodikum seit seiner Gründung betreute, 1991 die Zusammenarbeit. Übernommen wurden die BzG für ein Jahr durch den Hamburger Verlag „Demokratie und Recht“ unter dem sich das Redaktionskollegium bis auf drei Mitarbeiter verkleinerte.⁹¹⁹ Mit der Abwicklung des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung beim ZK der SED 1992 endete die Kooperation mit dem Hamburger Verlag. Von nun an wurde das Fachblatt durch wenige Mitarbeiter des Redaktionskollegiums ehrenamtlich herausgegeben. Doch

⁹¹⁴ Zimmermann, Fritz: 40 Jahre BzG. S. 4; Weitere (positive) Antwortschreiben siehe: BArch, DY 30, IV 2/907, 37 Bl. 150–154, Bl. 207–210.

⁹¹⁵ Exemplarisch die Sonderhefte der BzG „Zum 100. Jahrestag der Gründung der I. Internationale“ (1964) oder „Zum 50. Jahrestag der Novemberrevolution“ (1968). Thematisch breiter aufgestellt waren die Sonderhefte der ZfG „Zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution“ (1958); „Neue chinesische Geschichtswissenschaft“ (1959) oder „Evolution und Revolution in der Weltgeschichte. Zum XII. Internationalen Historikerkongreß in Wien 1965“ (1965).

⁹¹⁶ Vgl. Zimmermann, Fritz: 40 Jahre BzG. S. 4.

⁹¹⁷ Vgl. Findbucheinleitung zum Bestand „Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED“ des Bundesarchivs. Bearbeitet von Ute Räuber 2006. URL: www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30iml/index.htm (Stand: 18.01.2016).

⁹¹⁸ Vgl. Zimmermann, Fritz: 40 Jahre BzG. S. 4.

⁹¹⁹ Vgl. ebd. S. 14f.

diese Arbeitsgemeinschaft hielt, aus Mangel an einer konstanten Leserschaft und aufgrund gestiegener Kosten, nur fünf Jahre, bevor sie 1997 endete. Im Jahr 1998 übernahm der Trafo Verlag Berlin die Zeitschrift, sicherte deren Weiterbestehen und stabilisiert die Abonnentenzahlen bis heute.⁹²⁰

c) *Archivmitteilungen (AM)*

Die führende Fachzeitschrift des Archivwesens der DDR waren die AM, die von 1951 bis 1994 unter Herausgabe der Hauptabteilung Archivwesen im Mdl beim Deutschen Zentralverlag in Berlin erschienen. Wie die Redaktion 1951 mitteilte, zielte das Magazin darauf ab, eine Einführung in die wichtigsten Probleme, Aufgaben und die Arbeitsbereiche des Archivwesens der DDR zu geben. Überdies wurden grundlegende archivische Verordnungen, Anordnungen und Bestimmungen abgedruckt, um einen Überblick zur Entwicklung der Archivlandschaft in der DDR zu gewinnen.⁹²¹ Seit 1961 erhielten die AM den Untertitel „Zeitschrift für Theorie und Praxis des Archivwesens“ und erschienen zuletzt mit einer Herausgabe von sechs Heften durch die StAV in Potsdam.⁹²²

Die Schriftleitung stand seit 1951 bis 1955 unter der Leitung von Helmut Sachsenröder, der zuvor Leiter der Abteilung „Archivwissenschaft“ der StAV und in dieser Funktion für die Edition von Rechtsvorschriften sowie für die Herausgabe von Publikationen in der Schriftenreihe der StAV verantwortlich war. Nach seinem Ausscheiden als Chefredakteur der AM war er bis zum Eintritt in den Ruhestand wissenschaftlicher Mitarbeiter im Zentralen Archiv der AdW.⁹²³ Abgelöst wurde er 1956 durch ein Herausgeberkollektiv aus Eberhard Schetelich, Horst Schlechte, Friedrich Beck und Botho Brachmann.⁹²⁴ Von 1970 bis 1988 agierte Schetelich als Chefredakteur. Er war der prägendste Chefredakteur des Magazins und mit über 100 eigenen Beiträgen auch einer der produktivsten Autoren.⁹²⁵ Ebenso inhaltlich prägend waren die Redaktionsmitglieder Botho Brachmann und Erhard Hartstock mit über 90 bzw. über 40 Artikeln, der spätere Chefredakteur Dieter Hebig mit über 50 Abhandlungen und Reiner Groß mit über 40 Publikationen.⁹²⁶

⁹²⁰ Vgl. Zimmermann, Fritz: 40 Jahre BzG. S. 15f.

⁹²¹ Vgl. Korfes, Otto: Unsere Aufgaben. In: AM, Jg. 1 (1951) H. 1. S. 1f.

⁹²² Vgl. Hebig, Dieter: Die Archivmitteilungen nach der Wende. In: AM, Jg. 40 (1990) H. 1. S. 1.

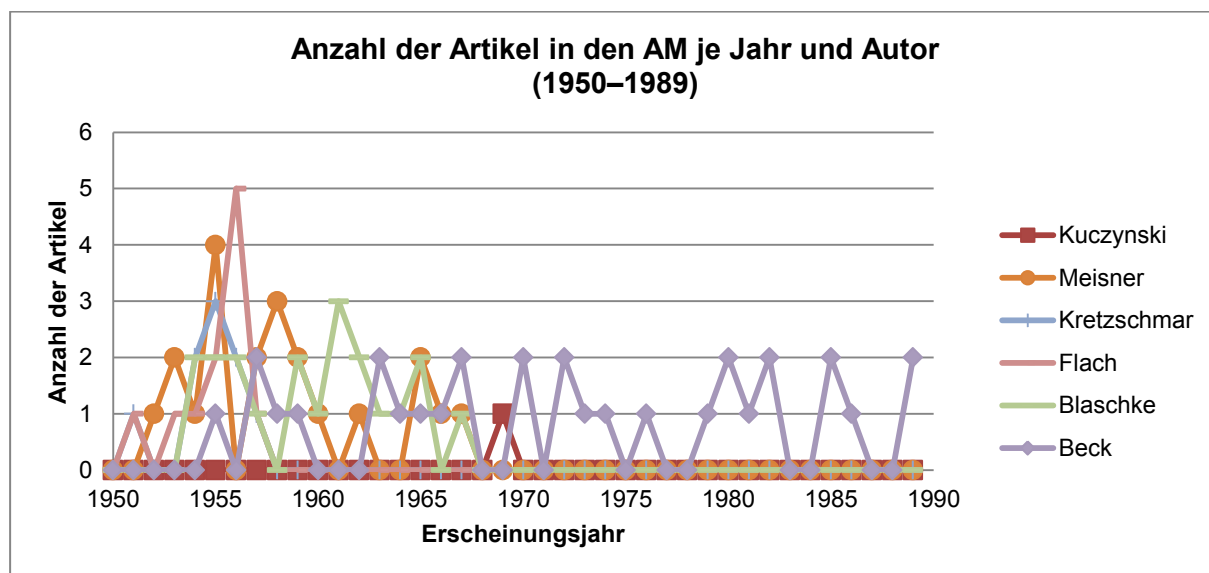
⁹²³ Vgl. Schetelich, Eberhard: Nachruf auf Helmut Sachsenröder. In: AM, Jg. 36 (1986) H. 6. S. 220.

⁹²⁴ Vgl. Auflistung der Redaktionsmitglieder von 1956. In: AM, Jg. 6. (1956) H. 1.

⁹²⁵ Vgl. Dank an Eberhard Schetelich. In: AM, Jg. 38 (1988) H. 4. S. 113f.

⁹²⁶ Vgl. Datenerhebung aus der Artikelzusammensetzung der Jahre 1950–1990.

Damit lagen sie über den Gesamtbeiträgen, welche die fünf untersuchten Archivare in der AM veröffentlichten. Von ihnen publizierte Friedrich Beck mit 30 Beiträgen bis 1989 am meisten, gefolgt von Heinrich Otto Meisner mit 21 und Karlheinz Blaschke mit 20 Artikeln. Die Schlusslichter bildeten Willy Flach mit elf und Hellmut Kretzschmar mit nur neun Aufsätzen (Tabelle 8).⁹²⁷



(Tabelle 8)⁹²⁸

Selbst die Summe all ihrer Beiträge kommt gerade an die Gesamtzahl von Schetelich heran. Seine Themenschwerpunkte reichten vom Archivrecht über die grundsätzlichen Archivaufgaben und die Archivorganisation bis hin zu archivtheoretischen Studien. Demgegenüber waren die fünf Archivare nur auf wenige Spezialgebiete fokussiert. Friedrich Becks Beiträge, die er von 1955 bis 1989 veröffentlichte, befassten sich vor allem mit der brandenburgischen Geschichte und den Problemfeldern am Brandenburgischen Landeshauptarchiv Potsdam, dem er seit 1956 als Direktor vorstand.⁹²⁹ Obwohl vermutet werden könnte, dass Karlheinz Blaschke ein ähnliches Portfolio für die sächsische Landesgeschichte aufwies, widmeten sich dessen Beiträge vorwiegend den Problemen der Bestandserhaltung und Bestandsbearbeitung. Seine, in den 1950er und 1960er Jahren verfassten, Artikel richteten sich vor allem an archivtechnischen Problemen aus, wie den Verwendungsmöglichkeiten von Lochkarten oder der Archivierung von

⁹²⁷ Vgl. Datenerhebung aus der Artikelzusammensetzung der Jahre für 1951–1989.

⁹²⁸ Datenerhebung für 1951–1989 aus der Auswertung der Jahresindexe.

⁹²⁹ Exemplarisch: Beck, Friedrich: Bestandsbildung und Bestandsbegrenzung im Brandenburgischen Landeshauptarchiv Potsdam. In: AM, Jg. 14 (1964) H. 2 S. 53–61 oder Beck, Friedrich: Zur Geschichte des Brandenburgischen Provinzialarchivs und heutigen Landeshauptarchivs in Potsdam. AM, Jg. 8 (1958) H. 1 S. 2–14.

Katastermaterial.⁹³⁰ Dass Blaschke in den folgenden Jahrzehnten nicht mehr in den AM veröffentlichte, lag an seiner 1968 erfolgten Entlassung aus dem staatlichen Archivdienst. Bis 1992 wurde er als Dozent am Theologischen Seminar Leipzig tätig und wandte sich vermehrt seinen Forschungen zur sächsischen Regionalgeschichte zu.

Auch Heinrich Otto Meisner publizierte nur in den 1950er und 1960er Jahre in den AM und vorwiegend zu Themen der Archivwissenschaft, Aktenlehre und allgemeinen Archivterminologie. Dieser Umstand unterlag bei Meisner jedoch altersabhängigen statt politischen Gründen. Meisner wurde 1961 von seinen Universitätsämtern emeritiert und widmete sich nur noch nebenamtlich seiner Publikationstätigkeit.⁹³¹ Sein letzter Artikel in den AM entstammt dem Jahr 1967, wo Meisner bereits 77 Jahre alt war. Wenige Jahre später, 1976, verstarb er. Obwohl Meisner nicht aktiv im Redaktionskollegium der AM beteiligt war, wurde seine fachliche Meinung von der Herausgeberschaft des Periodikums geschätzt. Er wurde wiederholt gebeten, Rezensionen über die Veröffentlichungen von Kollegen oder über die Bände der bundesdeutschen Archivalischen Zeitschrift (AZ) für die AM zu verfassen. Der Chefredakteur, Eberhard Schetelich, wandte sich beispielsweise 1958 an Meisner, um ihn für die kritische Einschätzung eines, nicht näher erwähnten, Manuskripts eines Zunftkollegen zu gewinnen. Wie Schetelich an Meisner schrieb, mussten Artikel, die in den AM erschienen, „natürlich nach jeder Richtung hin hieb- und stichfest sein.“⁹³² Eine Anpassung der Lesart des Artikels blieb dabei Meisner vorbehalten.

Aus einem ähnlichen Grund wie Meisner konnte Willy Flach im Periodikum nur im Zeitraum der 1950er Jahre wissenschaftlich wirken. Nach seiner Republikflucht 1958 verstarb er noch im selben Jahr in Bonn. Die inhaltlichen Schwerpunkte seiner Beiträge lagen auf der Archivgeschichte der thüringischen Landesarchive, der Goethe- und Schiller-Forschung sowie der österreichischen Archivgeschichte.⁹³³ Ebenso war Hellmut Kretzschmar nur in den 1950er Jahren als Autor der Zeitschrift tätig und befasste sich vorwiegend mit der deutschen wie internationalen Archivgeschichte.

⁹³⁰ Exemplarisch: Blaschke, Karlheinz: Zur Theorie archivalischer Kartenbestände. In: AM, Jg. 7 (1957) H. 2 S. 41–45. Derselbe: Verwendungsmöglichkeiten von Lochkarten im Archivwesen. In: AM, Jg. 11 (1961) H. 5 S. 154–156 und derselbe: Die Archivierung von Katastermaterial. In: AM, Jg. 4 (1954) H. 4 S. 63–64.

⁹³¹ Vgl. Bibliografie von Heinrich Otto Meisner 1913–1955. In: Archivar und Historiker. S. 9–12.

⁹³² Eberhard Schetelich an Heinrich Otto Meisner, vom 20.11.1958. In: ABBAW, Nachlass Heinrich Otto Meisner, Nr. 26.

⁹³³ Exemplarisch: Flach, Willy; Schreckenbach, Hans-Joachim: Handschriften deutscher Dichter aus zwei Jahrhunderten. Ausstellung des Goethe- und Schiller-Archivs. In: AM, Jg. 7 (1957) H. 3 S. 110–111; derselbe: Das Thüringische Landeshauptarchiv Weimar und seine Landesarchive. In: AM, Jg. 6 (1956) H. 3 S. 84–89; derselbe: Österreichische Archivaliteratur. In: AM, Jg. 6 (1956) H. 4 S. 141–142.

Sein Fokus lag hier auf dem schwedischen Archivwesen.⁹³⁴ Seit 1956 bestanden Freundschaftsgesellschaften mit Schweden und Finnland. Der bis 1962 amtierende schwedische Außenminister Östen Undén war, als Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens, der UdSSR und ihrer Politik zugewandt.⁹³⁵ Ab 1961 war Kretzschmar, ebenso wie Meisner, emeritiert und verstarb im Winter 1965. Von den fünf Historikern konnte nur Kuczynski 1969 einen Beitrag in den AM publizieren. Interessanterweise befasst sich dieser fachübergreifend mit dem „Archivwesen der DDR im Dienste der geschichtswissenschaftlichen Forschung“.⁹³⁶ Darin weist Kuczynski anerkennend darauf hin, dass das Archivwesen und die Archivare der DDR materiell wie fachlich besser ausgestattet wären als die Archive Großbritanniens oder der USA. In einigen ausländischen Archiven musste er „nur mit Bleistift schreiben“, „auf dem Boden sitzend arbeiten“ und durfte, zu seiner Entrüstung, selbst auf der Toilette nicht rauchen.⁹³⁷ Im Fortgang seiner Ausführungen setzt er sich für die Archivarbeit ein. Nach seinem Empfinden nutzten von den berufsmäßigen Historikern lediglich einige Wissenschaftler der Vorkriegszeit und die Nachwuchskader die Möglichkeit der Archivforschung. Die zwischen 1900 und 1929 Geborenen, die seit den 1950er Jahren als Lehrstuhlinhaber und Professoren fungierten, waren seiner Ansicht nach nicht in der archivischen Benutzerstatistik aufgeführt.⁹³⁸ Um diese Problematik lösen zu können, so Kuczynski, müsse das Archivbewusstsein in der Gesellschaft der DDR erhöht werden. Allerdings könne diese Problematik nicht an oberster Stelle für die Parteiführung stehen, da es wichtigere Aufgaben und Fachdisziplinen gäbe, die zunächst „Spitzenniveau“ erreichen müssten.⁹³⁹ Zu diesen Aufgaben zählte, laut Zentralem Forschungsplan, die Ausarbeitung des marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes. Dementsprechend diene die Archivforschung der Unterstützung des „sozialistischen Bewußtseins der Arbeiterklasse“, die von den Historikern erarbeitet wurde.⁹⁴⁰

⁹³⁴ Exemplarisch: Kretzschmar, Hellmut: Eindrücke aus schwedischen Archiven. In: AM, Jg. 5 (1955) H.4 S. 17–19.; Rezension Kretzschmars zu Hedar, Samuel: Statliga arkivalier i stadernas arkiv. En forfattnings-granskning. In: AM, Jg. 4 (1954) H. 4 S. 80.

⁹³⁵ Vgl. Scholz, Michael F.: Östen Undén und die DDR. Schwedische Deutschlandpolitik in den 1950er Jahren. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 41 (1993) H. 3. S. 391f und Wentker, Hermann: Doppelter UN-Beitritt. Deutsch-deutsche Konkurrenz auf der internationalen Bühne. In: Wengst, Udo; Wentker, Hermann (Hrsg.): Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz. Berlin: Links 2008. S. 253.

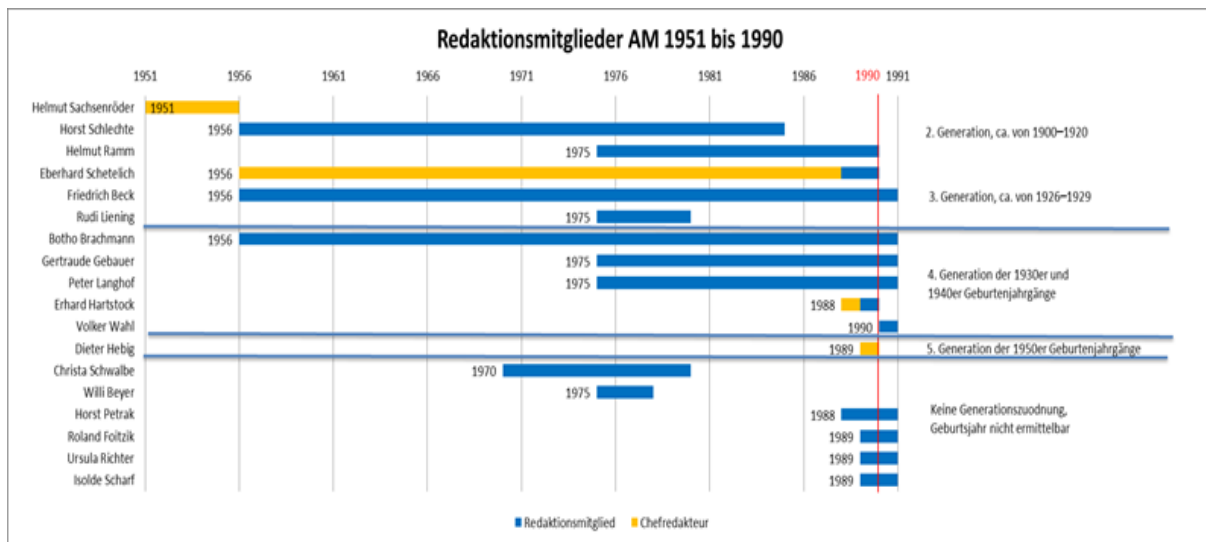
⁹³⁶ Vgl. Kuczynski, Jürgen: Das Archivwesen der DDR im Dienste der geschichtswissenschaftlichen Forschung. In: AM, Jg. 19 (1969) H. 4 S. 146–147.

⁹³⁷ Ebd. S. 146.

⁹³⁸ Vgl. ebd. S. 146f.

⁹³⁹ Ebd. S. 147.

⁹⁴⁰ Zentraler Forschungsplan der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR bis 1975. In: Einheit, Jg. 27 (1972) H. 2. S. 177.



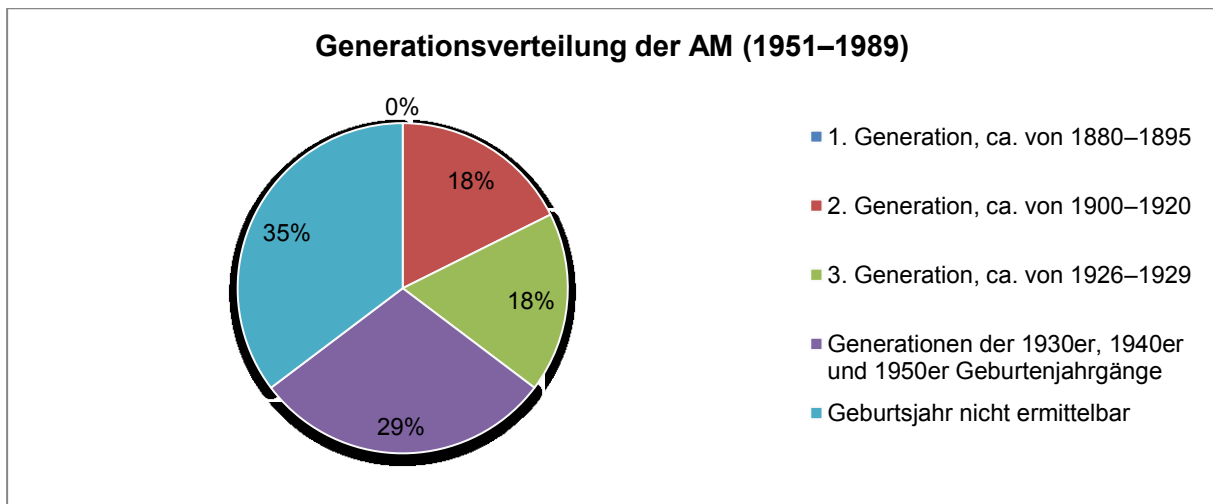
(Tabelle 9)⁹⁴¹

Ab Juli 1988 bis zum Ende desselben Jahres übernahm Erhard Hartstock die Leitung des Journals. Danach wurde das Amt des Chefredakteurs bis 1994 durch Dieter Hebig wahrgenommen (Tabelle 9). Seit 1990 konnte die Kollegenschaft durch einen Redaktionsbeirat unterstützt werden, der unter anderem aus Friedrich Beck, Botho Brachmann, Erhard Hartstock, Eberhard Schetelich, Volker Wahl, Dieter Hebig und Peter Langhof bestand.⁹⁴²

Die Herausgabe des Magazins erfolgte seit 1951 bis zu ihrer Abwicklung durch Vertreter der zweiten Archivargeneration, wie Sachsenröder, Schlechte oder Lang, und Archivare der dritten Generation, exemplarisch Schetelich, Beck oder Brachmann. Der Aufbau der Zeitschrift wurde von jüngeren wie älteren Archivaren in gleichen Teilen geleistet (Tabelle 10). Die erste Generation von Historikern und Archivaren war in diesem Fall, anders als bei der ZfG und den BzG, nicht vertreten. Auch fallen hier die Redaktionsmitglieder ins Gewicht, deren Geburtsdaten nicht ermittelt werden konnten. Da es sich bei diesen sechs Personen um Redaktionsmitglieder handelt, die erst zwischen 1970–1989 im Kollektiv tätig wurden, ist anzunehmen, dass sie in die Geburtenjahrgänge der 1930er bis 1950er Jahre einzuordnen sind (berücksichtigend, dass das Durchschnittsalter im Kollegium etwa 41 Jahre betrug).

⁹⁴¹ Datenerhebung aus den Mitgliederlisten des Redaktionskollegiums der AM und den ermittelten Geburtsdaten der Redaktionsmitglieder. In: AM, Jg. 1 (1951) H. 1. – AM, Jg.40 (1990) H. 1.

⁹⁴² Vgl. Auflistung der Mitglieder des Redaktionsbeirats. In: AM, Jg. 40 (1990) H. 1.



(Tabelle 10)⁹⁴³

Auffallend ist, dass das Redaktionskollegium seit 1951 kaum ausgetauscht wurde. Das Dreigespann aus Beck, Brachmann und Schlechte bildete in dieser Konstellation von der Gründung des Magazins bis 1988 (Beck und Brachmann sogar bis 1990) den Kern des Mitarbeiterkreises und wurde erst Mitte der 1970er Jahre durch einzelne jüngere Redaktionsmitglieder ergänzt (Tabelle 9).

Von den fünf Archivaren, die für diese Studie ausgewählt wurden, war nur Friedrich Beck an der Herausgabe der AM beteiligt, die übrigen vier Repräsentanten traten als Autoren des Magazins in Erscheinung. Teilweise konnten sie auch als Autoren für die archivalischen Fachblätter *Der Archivar* und die *AZ* der Bundesrepublik Deutschland tätig werden. Heinrich Otto Meisner konnte beispielsweise bis zu seinem Tod 1976 in beiden Fachblättern publizieren.⁹⁴⁴ Ebenso war Hellmut Kretzschmar in beiden Periodika vertreten.⁹⁴⁵ Wie auch Willy Flach konnte sich Kretzschmar nur mit wenigen Beiträgen in der *AZ* einbringen.⁹⁴⁶ Friedrich Beck publizierte erst nach 1989 in den bundesdeutschen Archivblättern, wohingegen Karlheinz Blaschke für die Veröffentlichung eines Beitrages im „*Archivar*“ 1967 ein Disziplinarverfahren wegen Nichteinhaltens der Arbeitsdisziplin erhielt.⁹⁴⁷ Wie ihm die StAV vorwarf, publizierte er in dem bundesdeutschen Periodikum 1966 eine Rezension zu Johannes

⁹⁴³ Datenerhebung aus den Mitgliederlisten des Redaktionskollegiums der AM und den ermittelten Geburtsdaten der Redaktionsmitglieder. In: AM, Jg. 1 (1951) H. 1. – AM Jg. 40 (1990) H. 1.

⁹⁴⁴ Exemplarisch: Meisner, Heinrich Otto: Allgemeine archivische Schriftgutkunde und Fragen der Archivwissenschaft. In: *AZ*, Jg. 54 (1958) H. 1. S. 49–73. oder derselbe: Über einige Fragen der deutschen Archivberufssprache. In: *Der Archivar*, Jg. 8 (1955) H. 4. Sp. 347–362.

⁹⁴⁵ Exemplarisch: Kretzschmar, Helmut: Gedanken über Archivinventare. In: *AZ*, Jg. 50/51 (1955) S. 185–192. Und derselbe: Die Archive und die Gegenwartsprobleme der Landesgeschichtsforschung. In: *Der Archivar*, Jg. 4 (1950) Sp. 1116–1118.

⁹⁴⁶ Flach konnte nur einen Artikel in der *AZ* veröffentlichen: Flach, Willy: Betrachtungen Goethes über Wissenschaften und Künste in den weimarischen Landen. *Archivalisches Material aus Goethes amtlicher Tätigkeit*. In: *AZ*, Jg. 50/51 (1955) S. 463.

⁹⁴⁷ Vgl. Blaschke, Karlheinz: Als bürgerlicher Historiker. Anhang 12.

Schultzes „Die Mark Brandenburg“, ohne einen Antrag auf Genehmigung der Veröffentlichung gestellt oder den Text der StAV zugänglich gemacht zu haben.⁹⁴⁸ Blaschke rechtfertigte seine Handlung damit, dass die Rezension bereits 1964 verfasst wurde und aus ihm unbekanntem Gründen erst 1966 in den Druck gelang. Da die Genehmigungspflicht von Veröffentlichungen in der Geschäftsordnung der StAV seit Dezember 1965 bestand, lag für Blaschke keine Verletzung der Ordnung vor. Zudem berief er sich auf § 11 seines Einzelvertrages, wonach er nur Erstveröffentlichungen aus dem archivfachlichen Bereich in der DDR vornehmen musste, die Rezension sich allerdings auf das Themenspektrum der Landesgeschichte beschränkt.⁹⁴⁹ An diesem Beispiel zeigt sich erneut, dass Wissenschaft, Forschung und Lehre in der sozialistischen Gesellschaft nur zum Selbstzweck benötigt wurden, um die eigene Ideologie zu stärken. Obwohl 1966 noch die Verfassung von 1949 Gültigkeit besaß, wonach die Wissenschaft und ihre Lehre als „frei“ galten, wurde in der Praxis bereits die Verfahrensweise der erst 1968 gültigen Verfassung angewandt.⁹⁵⁰ Darin hieß es: die „Wissenschaft und Forschung sowie die Anwendung ihrer Erkenntnisse sind wesentliche Grundlage der sozialistischen Gesellschaft und werden durch den Staat allseitig gefördert.“⁹⁵¹

Nun galt es umso mehr, den glatten Boden der Wissenschaftspolitik der SED zu meiden oder den Vorschriften zu genügen.

Eine ähnlich starke Beteiligung an der Mitarbeit im Redaktionskollegium oder den publizierten Beiträgen, wie sie die fünf ausgewählten Historiker für die ZfG innehatten, konnte auf archiverischer Seite nicht nachgewiesen werden. Vier der fünf Archivare waren niemals Teil des Redaktionskollegiums der AM und keiner von ihnen gehörte zu den produktivsten Autoren der AM, der AZ oder des „Archivars“. Willy Flach war beruflich zu stark eingebunden, um sich zusätzlich an der Mitarbeit der AM zu beteiligen. Neben seinem Amt als Direktor des Staatsarchivs Weimar war er ab 1950 parallel als Dozent am IfA in Potsdam und ab 1953 als Professor an der HU Berlin beschäftigt. Überdies wirkte er ab 1953 als Direktor des Weimarer Goethe- und Schiller-Archivs.⁹⁵² Auch die Nichtbeteiligung von Hellmut Kretzschmar ist auf seine berufliche Auslastung zurückzuführen. Kretzschmar war, zusätzlich zu seinem

⁹⁴⁸ Vgl. Blaschke, Karlheinz: Als bürgerlicher Historiker. Anhang 10.

⁹⁴⁹ Vgl. ebd. Anhang 11.

⁹⁵⁰ Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 07.10.1949. Art. 34. Abs. 1. In: GBl.-DDR I. 1949. Nr. 1. S. 8.

⁹⁵¹ Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 06.04.1968 (in der Fassung vom 07.10.1974). Art. 17. Abs. 1. In: GBl.-DDR I. 1974. Nr. 47. S. 437.

⁹⁵² Vgl. Informationen zu seiner Anstellung als Direktor und als Dozent für Historische Hilfswissenschaften. In: Hauptstaatsarchiv Weimar, Nachlass Willy Flach. Nr. 281. Bl. 43 und Bl. 82.

Amt als Archivdirektor des Staatsarchivs Dresden, ab 1949 Dozent an der Universität Leipzig, seit 1950 Dozent am IfA in Potsdam und führte Schulungslehrgänge am Staatsarchiv Dresden oder an der Parteischule der LDP in Radebeul durch.⁹⁵³ Zudem verließen Flach und Kretzschmar das Archivwesen Ende der 1950er bzw. Anfang der 1960er Jahre zu einem Zeitpunkt, als die meisten historischen Fachblätter erst entstanden waren.

Auch Heinrich Otto Meisner wurde aufgrund seiner vielfältigen archivischen Beschäftigungsbereiche in keinem Redaktionskollegium einer historischen oder archivarischen Fachzeitschrift tätig. Seit 1950 war er Dozent am IfA in Potsdam und ab 1953 mit vollem Lehrauftrag an der HU Berlin vertreten. Seine wissenschaftlichen Studien auf dem Gebiet der preußisch-deutschen Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte machten eine weitere Betätigung in einer Zeitschriftenredaktion schwierig. Somit beteiligte er sich, wie die beiden zuvor Genannten, an diversen Publikationsorganen lediglich durch Artikel und Rezensionen.

Karlheinz Blaschke stand mit seinem Fachbereich der sächsischen Landesgeschichte in der Kritik der SED. Er war trotz seiner geachteten fachlichen Leistungen im sächsischen Archivdienst zur persona non grata geworden und galt innerhalb der Leitung der StAV als Initiator einer „Blaschke-Fraktion“.⁹⁵⁴ Auch wurde er durch seine Kritik an der politischen Umgestaltung als Störfaktor empfunden. Selbst Kollegen, wie beispielsweise Friedrich Beck, hielten nichts von der „Blaschkeschen Art des Schreibens“ wie es Beck gegenüber dem sächsischen Archivar Gerhard Schmidt erwähnt.⁹⁵⁵ Mit seiner Einstellung erhielt Blaschke weder Karrieremöglichkeiten in der Hochschullandschaft noch in sonstigen gesellschaftlichen Bereichen, wodurch er 1969, gezwungenermaßen, in den kirchlichen Dienst wechselte.⁹⁵⁶

Zum Arbeitsalltag der Redaktion der AM lassen sich nur wenige Informationen anführen. Einen wichtigen Ansatzpunkt liefern die Erinnerungen ehemaliger Redaktionsmitglieder, wie die von Peter Langhof.

Das Arbeitsverhältnis der einzelnen Redaktionsmitglieder lässt sich, aufgrund dieser Erinnerungen, als sachlich-freundschaftlich charakterisieren, wobei zu beachten ist, dass sich einige Redaktionsmitglieder nicht persönlich kannten.⁹⁵⁷ Freundschaftliche

⁹⁵³ Vgl. Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, 12718 Nachlass Hellmut Kretzschmar. Nr. 106.

⁹⁵⁴ Blaschke, Karlheinz: Als bürgerlicher Historiker. S. 58.

⁹⁵⁵ Friedrich Beck an Gerhard Schmidt. In: Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, 12815 Nachlass Gerhard Schmidt, Nr. 295.

⁹⁵⁶ Vgl. Schulze, Hans: Karlheinz Blaschke zur Feier des siebzigsten Geburtstages. S. 3.

⁹⁵⁷ Vgl. Freundliche Mitteilung von Peter Langhof, vom 22.12.2014.

Beziehungen zwischen den Redaktionsmitgliedern bestanden, so Langhof, in den meisten Fällen bereits vor der Mitwirkung im Redaktionsteam und basierten auf einer früheren beruflichen Zusammenarbeit, einem gemeinsamen Studium oder den wiederkehrenden Begegnungen auf Kongressen. Unter diesen Umständen erklärt sich das freundschaftliche Verhältnis von Friedrich Beck zu weiteren Redaktionsmitgliedern, wie Botho Brachmann oder Peter Langhof. Vor allem mit Brachmann pflegte Beck einen intensiven Austausch, da beide viele gemeinsame Arbeitsbereiche im Archivwesen der DDR teilten und an der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses beteiligt waren. Peter Langhof, der unter Beck promovierte, verbindet bis heute eine Freundschaft mit seinem Gutachter.⁹⁵⁸ Generell ist anzunehmen, dass die langandauernde Zusammenarbeit in den AM enge Verbindungen zwischen Beck und Horst Schlechte, Christa Schwalbe oder Eberhard Schetelich schaffte.

Im Gegensatz zu der üblichen Redaktionsarbeit vor Ort bestand die Hauptaufgabe der Mitarbeiter der AM darin, so weiter Langhof, Gutachten zu den Aufsätzen von Kollegen und Kolleginnen zu erstellen und diese aus der Ferne abzuliefern. Das meint im Einzelnen, dass die jeweiligen Archivare des Redaktionskollegiums hauptberuflich in ihren Archiven beschäftigt waren und nur nebenamtlich der Redaktionsarbeit nachgingen. Sie pflegten telefonischen oder postalischen Kontakt zu ihrem Chefredakteur und wenigen Redaktionsmitgliedern. Ein persönlicher Kontakt bestand zumeist nur zwischen dem Redaktionsmitglied und dem Chefredakteur und war selbst da eine Seltenheit.⁹⁵⁹ Dass aufgrund dieser Arbeitsbedingungen weder Kontroversen im Redaktionskollegium noch ein Generationskonflikt entstehen konnten, ist ohne Zweifel.

Wie Langhof sich erinnert, wurden die zu veröffentlichenden Artikel der jeweiligen Autoren den Redaktionsmitgliedern zugesandt und mussten im Anschluss durch ein schriftliches Gutachten bewertet werden. Die Einschätzung erfolgte durch eine stilistische statt ideologische Prüfung, da ideologisch bedenkliche Beiträge, zumindest im Fall der bearbeiteten Berichte durch Peter Langhof, nie eingereicht wurden.⁹⁶⁰ Die archivischen Abhandlungen der Autoren wurden nach fachlicher Eignung in gute oder schlechte Aufsätze unterteilt. Hier ergab sich ein Unterschied zu den verfassten Artikeln der Historiker. Sicher unterlagen die eingereichten Beiträge der ZfG oder der BzG ebenfalls einer Zensur. Den inhaltlichen Schwer-

⁹⁵⁸ Vgl. Freundliche Mitteilung von Peter Langhof, vom 22.12.2014.

⁹⁵⁹ Vgl. ebd.

⁹⁶⁰ Vgl. ebd.

punkten der Aufsätze nach zu urteilen, waren diese jedoch nicht auf wissenschaftliche Standards, sondern nur hinsichtlich ihrer ideologisch gewünschten Lesart geprüft worden. Allerdings wurde die archivistische Fachzeitschrift, anders als die geschichtswissenschaftlichen Fachblätter, nicht für die Entwicklung der „sozialistischen Bewusstseinsbildung“ konzipiert.⁹⁶¹ Sie galt einzig der fachlichen Information von Archivaren. Ihr Themenspektrum war archivfachlich orientiert und reichte von Fragen zum Archivrecht über archivorganisatorische Problemstellungen, die Archivgeschichte, die Schriftgutverwaltung, die archivalische Quellenlage bis zur Schriffttechnik. Gezielte politische Beiträge bestanden nur in der Würdigung von Ehren-, Gedenk- und Jahrestagen der DDR oder den Informationen zu geschichtswissenschaftlich relevanten Parteibeschlüssen.⁹⁶²

Ein Ausschluss von nichtmarxistischen Autoren lässt sich für die AM aus heutiger Sicht nicht mehr nachweisen. Da aber kein kollegialer Austausch zwischen den Redaktionsmitgliedern bestand, wussten sie auch nicht, was ihre Kollegen an Gutachten veröffentlichten oder ob diese durch ihre Anmerkungen Schwierigkeiten mit der StAV bekamen. Die Gutachten wurden beim Chefredakteur eingereicht und entweder benutzt oder nicht benutzt, so Langhof.⁹⁶³ Allerdings konnten sich die Redaktionsmitglieder durch die geringfügige redaktionelle Organisation der AM in völliger Freiheit in ihren Gutachten äußern. Eine Einschränkung der eigenen Ansichten und eine ideologische Ausrichtung wurden nicht verlangt. Allerdings schlossen sich die Archivare den herrschenden Verhältnissen der DDR an, so erneut Langhof, getreu dem Wahlspruch dieser Zeit: Fide, sed cui, vide – traue, schau, wem.⁹⁶⁴

Somit trat das Redaktionskollegium in seiner generellen Funktion nie zusammen, wodurch es einen Redaktionsstab als solchen nicht gab und kein kollegialer persönlicher Austausch geführt werden konnte. Aufgrund dessen ist es nicht verwunderlich, dass ein Redaktionsmitglied wie Peter Langhof beispielsweise nicht mit seiner Kollegin Gertraude Gebauer bekannt war, obwohl beide von 1975–1990 dem Redaktionsteam angehörten.⁹⁶⁵ Überdies wurde die Nebenbeschäftigung bei den AM nicht aus eigenem Antrieb ausgeführt. Eine freiwillige Mitarbeit bestand nicht, es wurde zu dieser Tätigkeit durch die StAV berufen bzw. durch einen Vorgesetzten im

⁹⁶¹ Vgl. Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, vom 14.01.1958. In: BArch, DY 30, IV 2/2, 576 Bl. 162.

⁹⁶² Vgl. Thematisches Gesamtinhaltsverzeichnis der AM. URL: Homepage der Zeitschrift Archivmitteilungen: www.archivmitteilungen.de/Register.htm (Stand: 18.01.2016).

⁹⁶³ Vgl. Freundliche Mitteilung von Peter Langhof, vom 22.12.2014.

⁹⁶⁴ Vgl. ebd.

⁹⁶⁵ Vgl. ebd.

Archiv zu der Wahrnehmung dieser Aufgabe verpflichtet. Dieses zusätzliche Amt „musste eben gemacht werden“, so Langhof, da durch die hohen personellen Verluste nach dem Zweiten Weltkrieg nur sehr wenige Mitarbeiter für den Wiederaufbau des Archivwesens zur Verfügung standen.⁹⁶⁶ Eine Mehrfachbeschäftigung der DDR-Archivare konnte aus diesem Grund nicht vermieden werden.

Die Zugangsvoraussetzungen für eine Mitarbeit mussten aufgrund der geringen Anzahl an qualifizierten Archivaren demzufolge lockerer gefasst werden als bei den historischen Zeitschriften. Laut Langhof mussten aber auch die Kollegen, die nicht in der SED organisiert waren, im Redaktionskollegium nicht mit Repressalien rechnen.⁹⁶⁷ Der Arbeitsbereich in den AM kann somit, mit den Worten von Karlheinz Blaschke, als „Insel der Seligen“ charakterisiert werden „in dem immer stürmischer werdenden Meer der unduldsam vorwärtsdrängenden Parteiideologie“.⁹⁶⁸ Diese Aussage traf jedoch nur zu, da die AM nicht öffentlichkeitsrelevant waren, sondern von dem Abonnementkreis der DDR-Archivare und wenigen bundesdeutschen Archivaren zur fachspezifischen Informationsvermittlung genutzt wurden. Aus diesem Grund ist die geringe ideologische Lenkung nur natürlich.

Einen weiteren Ansatzpunkt zum Arbeitsalltag der Redaktion liefern die „Wortmeldungen“ einzelner Archivare und Historiker, die ab 1990 als eigene Kategorie in dem Fachblatt veröffentlicht wurden. Diese Stellungnahmen zeigen Einblicke in die Missstände des politischen Systems der DDR, die auch die redaktionelle Arbeit des Journals betrafen.

Der ehemalige Archivar des Zentralen Staatsarchivs der DDR und spätere Archividirektor des Bundesarchivs, Hermann Schreyer, kritisierte in seiner „Wortmeldung“ von 1990, dass den Sicherheitsvorstellungen der SED alle Bereiche der Archivarbeit untergeordnet werden mussten. Dadurch wurden die archivischen Mitarbeiter, aufgrund der fehlenden wissenschaftlichen Arbeitsatmosphäre, statt „hoch motiviert“ vielmehr „deprimiert“.⁹⁶⁹ Der Zustand des Archivwesens der DDR, den Schreyer erfasst, wurde von dem letzten Chefredakteur Dieter Hebig 1990 jedoch anders wahrgenommen: Hebig erklärt in einem Artikel der AM, dass die StAV ihrem Verfassungsauftrag nachgekommen sei, der ein „Garant für die Unabhängigkeit“ der AM war.⁹⁷⁰ Davon abgesehen, so Hebig, habe es weder „politisch oder ideologisch motivierte Eingriffe der Redaktion in Manuskripte“

⁹⁶⁶ Vgl. Freundliche Mitteilung von Peter Langhof, vom 22.12.2014.

⁹⁶⁷ Vgl. ebd.

⁹⁶⁸ Blaschke, Karlheinz: Als bürgerlicher Historiker. S. 49.

⁹⁶⁹ Schreyer, Hermann: Wortmeldungen. In: AM, Jg. 40 (1990) H. 2. S. 59.

⁹⁷⁰ Hebig, Dieter: Die Archivmitteilungen nach der Wende. S. 1.

gegeben, noch hätte die Leitung der StAV die Entscheidungen des Chefredakteurs beeinflusst.⁹⁷¹

In Anbetracht der Umstände, unter denen die Redaktionen der historischen Fachzeitschriften durch die Wissenschaftsfunktionäre der Partei beeinflusst wurden, sind Hebigs Aussagen kontrovers ausgerichtet. Im Fortgang seines Artikels liefert er jedoch eine Erklärung dafür: Den meisten Autoren war aufgrund der politischen und gesellschaftlichen Lage bewusst, „was ging oder was nicht ging“, da der „Widerspruch zwischen der Realität im Lande und der Darstellung in den Medien offensichtlich war“.⁹⁷² Aus diesem Grund unterzogen sich viele Autoren eigenen Kontrollmaßnahmen hinsichtlich ihrer kritischen Beiträge, wodurch diese nach der Veröffentlichung einen „geglätteten Eindruck“ vermittelten.⁹⁷³

Obwohl die redaktionelle Arbeit der AM weniger politisch kontrolliert wurde, waren die Zustände in der archivischen Zeitschriftenredaktion nicht leichter als für ihre historischen Pendanten. Gerade durch das gesellschaftliche Ansehen und öffentliche Interesse ihrer Arbeit waren die geschichtswissenschaftlichen Fachzeitschriften gegenüber den archivischen Publikationen im Vorteil. Wie Schreyer in seiner „Wortmeldung“ bemerkt, gab es in der DDR kaum ein Bewusstsein von der Bedeutung der Archive.⁹⁷⁴ Eine Wahrnehmung des Berufsstandes der Archivare war nicht vorhanden, sie wurden, so Langhof, als „Kleckerverein“ stilisiert, von dem man „nicht so richtig wusste, was man mit ihm machen sollte“.⁹⁷⁵ Dennoch musste sich die Archivwissenschaft der Parteipolitik der SED unterordnen.

Infolgedessen unterstand nicht nur die Arbeit der historischen Fachzeitschriften, sondern auch das Redaktionskollegium der einzigen Archivzeitschrift der DDR der Befehls- und Weisungsstruktur des Mdl. Aufgrund dieser fachfremden Einwirkung wurden die Qualität der redaktionellen Arbeit und ein offener Meinungs austausch behindert sowie die provinzielle Arbeitsweise der Redaktionen unterstützt, so erneut Schreyer.⁹⁷⁶ Diese Eingriffe in die Arbeitsstrukturen der Zeitschriftenredaktion betrafen 1965 Karlheinz Blaschke, dessen eingereichter Artikel zur sächsischen Verwaltungsgeschichte von den AM abgewiesen wurde, da er nicht marxistisch-leninistisch genug formuliert war.⁹⁷⁷ Dadurch musste Blaschke auf andere Publikationsorgane ausweichen, um seine Aufsätze herausgeben zu können. Jener Artikel,

⁹⁷¹ Hebig, Dieter: Die Archivmitteilungen nach der Wende. S. 1.

⁹⁷² Ebd. S. 3.

⁹⁷³ Ebd.

⁹⁷⁴ Vgl. Schreyer, Hermann: Wortmeldungen. In: AM, Jg. 40 (1990) H. 2. S. 59.

⁹⁷⁵ Freundliche Mitteilung von Peter Langhof, vom 22.12.2014.

⁹⁷⁶ Vgl. Schreyer, Hermann: Wortmeldungen. In: AM, Jg. 40 (1990) H. 2. S. 59.

⁹⁷⁷ Vgl. Blaschke, Karlheinz: Als bürgerlicher Historiker. S. 56.

der für das archivische Magazin bestimmt war, erschien schließlich in einer italienischen Zeitschrift für Verwaltungsgeschichte.⁹⁷⁸ Da Blaschke mit dem Herausgeber der bundesdeutschen Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, Günther Franz, bekannt war, konnte er auch darin einige Publikationen veröffentlichen.⁹⁷⁹ Als die Redaktion der AM Blaschke zur Anfertigung eines weiteren Berichtes verpflichtete, lehnte dieser mit den Worten ab, dass er kein Marxist sei und von ihm keine entsprechend formulierten Texte erwartet werden dürften.⁹⁸⁰ Diese Äußerungen trugen dazu bei, dass er sich nach 17-jähriger Tätigkeit im Archivwesen schließlich der Beschäftigung im kirchlichen Lehrbetrieb zuwenden musste.

Im Zuge der Friedlichen Revolution 1989 erfolgte die Umwandlung der StAV in das Zentrale Archivamt der DDR, wodurch die Redaktion der AM tiefgreifende Umstrukturierungen erlebte – was nicht nur negative Folgen hatte. Das Redaktionskollegium erfuhr aufgrund der Währungsunion ab Heft fünf des Jahres 1990, was es bedeutete, genug und vor allem besseres Papier zur Verfügung zu haben. Parallel dazu verlor die Zeitschrift ihren Herausgeber und den Verlag.⁹⁸¹ Das Zentrale Archivamt wurde zum Jahresende 1990 aufgelöst, der ehemalige Staatsverlag zunächst in „ReWi Verlag für Recht und Wirtschaft“ umbenannt und schließlich vom Rudolf Haufe Verlag übernommen. Unter dessen Leitung konnten noch die Hefte fünf und sechs des Jahrgangs 1990 erscheinen, worauf die Produktion eingestellt wurde.⁹⁸² Trotz der Versuche von Dieter Hebig, die Zeitschrift weiterzuführen, was bis 1994 gelang, scheiterte das Vorhaben. Die Redaktion konnte ihre Arbeit nicht fortsetzen, da die Einnahmen aus dem Verkauf von Abonnements und Anzeigen nur die Herstellungs- und Versandkosten der Hefte deckten.⁹⁸³ Im Jahr 1999 wurden die Rechte für die AM an den Nomos-Verlag übertragen und eine Neuauflage der Zeitschrift geprüft. Die Wiederaufnahme des Magazins wurde nach Diskussionen mit Fachvertretern, dem VdA sowie der Schriftleitung des „Archivar“ verworfen. Grund der Ablehnung einer zweiten deutschen Archivfachzeitschrift lag in der Konkurrenz

⁹⁷⁸ Es handelt sich um den Artikel „Die Verwaltungsgeschichte als Spiegel der gesellschaftlichen Entwicklung“ der 1965 in den „Annali della Fondazione italiana per la storia amministrativa“ (1965, Bd. 2, S. 9–21) erschien.

⁹⁷⁹ Vgl. Blaschke, Karlheinz: Als bürgerlicher Historiker. Anhang 1 und Anhang 19.

⁹⁸⁰ Vgl. ebd. S. 59.

⁹⁸¹ Vgl. Hebig, Dieter: Die Archivmitteilungen nach der „Wende“. S. 3f. und Auflistung der Herausgeberschaft des Jahres 1990. In: AM, Jg. 40 (1990) H. 1. – H. 6.

⁹⁸² Vgl. ebd. S. 1 und S. 4.

⁹⁸³ Vgl. ebd. S. 4 und Informationen an die Leser. In: AM, Jg. 42 (1993) H. 1. Inhaltsverzeichnis.

untereinander.⁹⁸⁴ Somit scheiterten die Neugründungsbemühungen am eigenen archivischen Berufsverband.

Fazit

Wie an den drei Fachblättern gezeigt wurde, nahmen die Periodika der DDR eine zentrale Position in einer von der Partei kontrollierten Fachöffentlichkeit ein. Jenes Modell konnte sich bewähren, da die Historiografie der DDR lediglich aus sozialistischer Perspektive betrachtet wurde.⁹⁸⁵ Die Zeitschriften der DDR können als agitatorische Verlautbarungsorgane der SED angesehen werden, um die sozialistische Geschichtsinterpretation zu stützen und die Historiografie der Bundesrepublik Deutschland zu diffamieren.⁹⁸⁶ Diese Handhabe führte nach der Friedlichen Revolution 1989 zur Krise. Viele Fachzeitschriften, wie beispielsweise die AM, wurden aufgelöst. Nur wenige, wie die ZfG oder die BzG, schafften in der Umbruchphase der Wendejahre einen inhaltlichen Neuanfang nach wissenschaftlichen Standards. Dabei standen ihnen der Verlust des öffentlichen Ansehens und die Diskussion von „weißen Flecken“ und Geschichtsverfälschungen entgegen.

Viele Reformversuche scheiterten daran, dass auch die DDR-Verlage abgewickelt wurden oder, wie im Fall der BzG, das Journal wirtschaftlich nicht mehr tragbar war.⁹⁸⁷ Viele DDR-Verlage wurden verkauft oder von Treuhändern verwaltet. Dadurch wechselten die zuständigen Verleger und Redaktionsmitarbeiter, was der Stabilität dieser Einrichtungen entgegenwirkte. Dazu kamen Unklarheiten über die Besitzansprüche der Verlage: Inwieweit eine Redaktion ihre finanziellen Ressourcen über ihren Verlag oder ihre wissenschaftlichen Institute bezog bzw. inwiefern die Redaktionsmitglieder Angestellte des Verlags oder sonstiger wissenschaftlicher Einrichtungen waren, hatte in der Verwaltungspraxis der DDR eine marginale Bedeutung. Mit der Auflösung der DDR wurden diese Nachlässigkeiten zum Problem.⁹⁸⁸

Bei Betrachtung der Summe der Mitarbeiter der einzelnen Redaktionskollegien wird deutlich, dass eine berufliche Vernetzung in der Publikationslandschaft vor allem die Historikerzunft der DDR betraf. Die redaktionelle Mitwirkung der Archivare be-

⁹⁸⁴ Vgl. Hebig, Dieter: Archivmitteilungen heute. URL: Homepage der Archivmitteilungen www.archivmitteilungen.de/AMheute.htm (Stand: 18.01.2016).

⁹⁸⁵ Vgl. Middell, Matthias: Historische Zeitschriften in Ostdeutschland. S. 121.

⁹⁸⁶ Vgl. ebd.

⁹⁸⁷ Vgl. ebd. S. 124.

⁹⁸⁸ Vgl. ebd. S. 126.

schränkte sich ausschließlich auf die AM als einzige archivische Fachzeitschrift. Waren die Redaktionskollegien der geschichtswissenschaftlichen Fachblätter durch eine politische Einflussnahme in ihrem Arbeitsalltag und ihrer internen Struktur organisiert, wurde das archivische Journal im Gegensatz dazu eher zurückhaltend ideologisch betreut und wies nur die nötigsten redaktionellen Organisationsstrukturen auf. Aus diesem Grund kann von einem üblichen Arbeitsalltag innerhalb der Herausgabe einer Fachzeitschrift nicht gesprochen werden. Die Redakteure der AM, zudem nicht örtlich gebunden, konzentrierten sich auf das Redigieren der eingereichten Artikel, fernab von Gesprächen mit den Autoren, Redaktionssitzungen oder sonstigem kollegialen Austausch.

Auch bei der Generationsstruktur der Magazine gab es Unterschiede. Das Profil der ZfG wurde seit 1953 durch ältere Historiker der ersten und zweiten Generation bestimmt, die den Aufbau der Zeitschrift nebenamtlich überwachten, und durch jüngere Vertreter der dritten Generation ergänzt. Mitte der 1950er Jahre erfolgte ein Generationenwandel, wodurch die dritte Altersgruppe die Leitungsverantwortung für das Magazin übernahm. Die Generationenwechsel der drei Redaktionen erfolgten durch das altersbedingte Ausscheiden der Mitarbeiter und waren nicht politisch motiviert.

Die BzG wurden hingegen durch Vertreter der dritten Kohorte und einige Historiker der zweiten Altersgruppe herausgegeben, wodurch das Magazin von jüngeren Mitarbeitern zwischen 30 und 35 Jahren und nur durch wenige ältere Kollegen über 50 Jahre gelenkt wurde. Damit bildeten die BzG das Gegenteil zur Herausgeber-schaft der ZfG. Die Veröffentlichung der AM folgte einem anderen Muster. Im Gegensatz zur ZfG und den BzG wurden sie in gleichen Teilen von jüngeren und älteren Archivaren erarbeitet. Prägend waren die zweite und dritte Archivargeneration. Die erste Alterskohorte von Archivaren und Historikern trat in dieser Untersuchung in keinem der drei Fachblätter übermäßig auf. Dieser Umstand hing mit dem fortgeschrittenen Alter des Personenkreises zusammen, die bei Gründung der DDR 1949 bereits zwischen 52 und 59 Jahren alt waren.

Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal der Magazine ist die Fluktuation in den Redaktionskollegien. Auffallend ist, dass das Redaktionskollegium der AM, im Gegensatz zur ZfG und den BzG, seit 1951 kaum ausgetauscht und hauptsächlich durch drei Personen geprägt wurde. Erst Mitte der 1970er Jahre erhielten jüngere Redaktionsmitglieder die Chance zur Mitarbeit. Dass die Fluktuationsrate innerhalb eines umfangreicheren Redaktionsteams, wie der ZfG, höher angelegt werden muss

als bei den AM, ist selbstverständlich. Die Zugangsmöglichkeiten zur Mitarbeit an den Magazinen waren für Historiker als „Gestalter“ und Träger der Ideologie der SED sowie für die Archivare als „Konservierer“ der Historiografie gleich. Beide Gruppen bedurften zur Mitarbeit, bis auf wenige Ausnahmen, der Bewilligung der Parteileitung, die zumeist nur erteilt wurde, wenn eine Mitgliedschaft oder zumindest eine Loyalität gegenüber der politischen Linie der SED vorlag.

Von den zehn Historikern und Archivaren beteiligten sich die Historiker Alfred Meusel, Jürgen Kuczynski, Fritz Klein, Leo Stern und Horst Bartel an der Mitarbeit und Herausgabe der ZfG, Bartel zudem an den BzG. Auf archivischer Seite steht nur Friedrich Beck, der als Redakteur der AM aktiv wurde.

Aufgrund der zeitlichen Überschneidungen ihrer Tätigkeitsbereiche in der ZfG waren alle fünf Historiker untereinander bekannt (Tabelle 1). Horst Bartel war überdies von 1959 bis 1984 im Redaktionskollegium der BzG vertreten, wo er von den 29 Redaktionsmitgliedern, bis auf den Historiker Rolf Richter, mit allen bekannt war. Obwohl ein Redaktionsstab als solcher bei den AM nicht bestand, gab es Verbindungen zwischen den einzelnen Redaktionsmitgliedern, auch wenn diese zumeist durch eine frühere berufliche Zusammenarbeit, das gemeinsame Studium oder auf Kongressen entstanden sind. So lässt sich das Verhältnis von Friedrich Beck zu einigen Redaktionsmitgliedern als freundschaftlich beschreiben, wie sich sein ehemaliger Schüler und Kollege Peter Langhof erinnert.

Die übrigen vier Archivare traten in den AM lediglich als Autoren auf, da sie neben ihren hauptamtlichen Tätigkeiten in ihren Hausarchiven bereits anderen Nebenämtern nachgingen. Zu den produktivsten Autoren konnten sie aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeiten, ihrer Forschungsschwerpunkte oder aus altersbedingten Gründen weder für die AM noch für die bundesdeutschen Archivzeitschriften gehören. Gleiches gilt für die fünf Historiker dieser Arbeit, wobei sie, im Gegensatz zu den Archivaren, in bundesdeutschen Periodika nicht als Autoren vertreten waren.

Schwierigkeiten in der personellen Struktur der Redaktionskollegien bestanden aufgrund der Vielzahl der Mitarbeiter und der politischen Bedeutung des Magazins vornehmlich bei der ZfG und waren vor allem auf Konkurrenzdruck der Historiker untereinander oder unterschiedliche fachliche Ansichten zurückzuführen. Die Redaktionskollegien der BzG und der AM fielen kleiner aus als die der ZfG. Arbeiteten zwischen 1953 bis 1989 ca. 46 Historiker in der ZfG, waren es von 1951 bis 1989 nur 17 bei dem archivischen Pendant. Auch die BzG konnten zwischen 1959 und 1990 nur 29 Mitglieder vorweisen. Damit waren persönliche Unstimmigkei-

ten in der ZfG vorprogrammiert. Oft bestanden Probleme in der Zusammenarbeit zwischen wissenschaftlich „gestandenen“ Historikern und denen, die als reine Propagandisten angesehen wurden.

Persönliche Konflikte in den beiden anderen Redaktionsstäben waren in dieser Form nicht auszumachen. Derartige Kontroversen hat es entweder nicht gegeben oder sie gingen nicht in die Überlieferung ein. Personelle Schwierigkeiten waren in der DDR Teil des Berufsalltages und entstanden durch fachliche Konkurrenz oder das politische Eingreifen der Parteispitze in die Fachaufgaben und in das wissenschaftliche Arbeiten des Einzelnen. Die Beispiele von Jürgen Kuczynski und Fritz Klein verdeutlichten, inwieweit der Parteiapparat, in Fällen der Übertretung der Diskursgrenzen, bereit war zu gehen, um die Störfaktoren der politischen Ordnung umzuerziehen. Er bediente sich der Isolation und Diffamierung jener Wissenschaftler aus ihrer fachlichen und privaten Gemeinschaft sowie der Bekehrung zu den „richtigen“ ideologischen Vorstellungen der SED. Eine vorübergehende Zugangsverweigerung zur Mitarbeit in den Redaktionskollegien konnte demnach auch verhängt werden, wenn ein vorheriger Zugang bereits gewährt wurde. Die Beispiele Kuczynski und Klein zeigten, dass diese Zugangsbeschränkungen nicht nur nonkonforme Wissenschaftler betrafen, die sich gegen eine SED-Mitgliedschaft entschieden, sondern für alle systemkritischen „Abweichler“ vorgenommen wurden.

Anders sah diese Situation im Redaktionskollektiv der AM aus. Der Arbeitsalltag des Magazins war nur unwesentlich durch die Wissenschaftsfunktionäre der Partei überwacht. Davon abgesehen bestand kein redaktioneller Arbeitsalltag an einem Ort, sondern wurde durch eine briefliche Ablieferung von erstellten Gutachten gewährleistet. Ein Redaktionskollegium in seiner üblichen Funktion trat nie zusammen, wodurch es einen Redaktionsstab als solchen nicht gab und kein Streitpotenzial aufkommen konnte. Obwohl sich die Redaktionsmitglieder in den AM in völliger Freiheit äußern konnten und keine ideologischen Vorgaben durch die StAV bestanden, gingen die Archivare mit den Redaktionskollegien der Geschichtswissenschaft konform. Auch viele Archivare unterwarfen sich eigenen Kontrollmaßnahmen hinsichtlich ihrer kritischen Beiträge, die durch Diskussionen mit Kollegen, Vorgesetzten oder Freunden ergänzt wurden.

Trotz dieses entspannteren Arbeitsklimas in den AM, den formlosen Voraussetzungen für eine Mitarbeit oder der autonomen Veröffentlichungspraxis wurde gegen Nonkonformisten vorgegangen – im Ernstfall mit Repressalien wie Parteiausschluss und wissenschaftlichen Diffamierungen. Auch die Archivare wurden durch

derartige Disziplinierungsversuche „zu Gefangenen eines Herrschaftsdiskurses“.⁹⁸⁹ Doch mit der Unterdrückung ihrer Zweifler konnte die Parteileitung, zumindest innerhalb ihrer loyalen Anhängerschaft, den Schein der Wissenschaftsfreiheit und des freien Meinungs austausches wahren, den es in der Realität der DDR niemals gegeben hat.⁹⁹⁰

4.3.3. Kongresse und Tagungen

Seit über 100 Jahren finden sich Historiker und Archivare zum wissenschaftlichen Austausch, zur Weiterbildung oder zur Pflege von Freundschaften auf den deutschen Archiv- und Historikertagen ein.

Doch nach dem Zweiten Weltkrieg und der Konstituierung der DDR traten Probleme im Zuge der Zweistaatlichkeit auf, die ein Zusammenarbeiten zwischen Historikern und Archivaren beider deutscher Republiken erschwerten. Dennoch versuchten beide Berufsgruppen, ihre Kontakte zu Kollegen in der Bundesrepublik Deutschland aufrechtzuerhalten.

Aus der Fülle an Kongressen, Tagungen und anderen Fachveranstaltungen der Geschichts- und Archivwissenschaft beschränkt sich die Studie auf die Historiker- und Archivtage der DDR und der Bundesrepublik Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg bis zur Friedlichen Revolution 1989. Beide Organisationen, die seit Ende des 19. Jahrhunderts als zentrale Größen ihrer Fachbereiche bestehen, ermöglichen bis heute den fachlichen Austausch, die überregionale berufliche Vernetzung und die öffentlichkeitswirksame Repräsentation ihrer Disziplinen.⁹⁹¹ Jene Merkmale förderten die fachliche Organisation und die Richtlinienkompetenz beider Veranstaltungen gegenüber anderen Zusammenschlüssen.⁹⁹²

Zudem dient die Beschränkung auf die Historiker- und Archivtage der Vergleichbarkeit beider Zusammentreffen, die mitunter zeitlich aufeinander abgestimmt wurden und dadurch einen hohen Grad für berufliche Verbindungen gewährleisteten. Die Möglichkeit zur überregionalen Vernetzung beider Berufsgruppen war dadurch garantiert. Aus diesen Gründen können Informationen

⁹⁸⁹ Sabrow, Martin: Diktat. S. 420.

⁹⁹⁰ Vgl. ebd.

⁹⁹¹ Vgl. Middell, Matthias: Die ersten Historikertage in Deutschland 1893-1913. In: *Comperativ*, Jg. 5/6 (1996) S. 21.

⁹⁹² Vgl. Radtke, Julia: Der Historikertag: Ein akademisches Ritual. In: *zeitgeschichte online*. URL: www.zeitgeschichte-online.de/kommentar/der-historikertag-ein-akademisches-ritual (Stand 18.01.2016).

zu politisch motivierten Problemfeldern innerhalb der archivischen und geschichtswissenschaftlichen Fachveranstaltungen sowie Verbindungsmuster der zehn Repräsentanten aufgezeigt werden.

Da die Historiker- und Archivtage nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1950er Jahre hinein noch gesamtdeutsch durch den Verband der Historiker Deutschlands (VHD) bzw. den Verband deutscher Archivare (VdA) der Bundesrepublik Deutschland veranstaltet wurden, müssen beide Vereine stärker fokussiert werden. Erst nach der Gründung eines selbstständigen Historikerverbandes der DDR 1958 formierten sich hier eigene Treffen der Historiker- und Archivarszunft. Einen eigenständigen Archivverband hat es in der DDR erst 1989, für wenige Monate, gegeben. Mit dem Mauerbau 1961 wurde die Teilnahme von DDR-Wissenschaftlern an den Historiker- und Archivtagen der Bundesrepublik Deutschland eingestellt und erst 1989 erneut aufgenommen. Demgemäß können die Jahre zwischen 1961 bis 1989 nicht Teil der Betrachtung sein, da für diesen Zeitraum keine deutsch-deutschen Beziehungsverflechtungen auf den beiden Fachtagungen bestanden.

a) Historikertage des VHD und der Historikergesellschaft der DDR

Der wichtigste Schritt für die Verbandsneugründung⁹⁹³ des 1895 im Deutschen Kaiserreich entstandenen Verbands deutscher Historiker (seit 1949 Verband der Historiker Deutschlands) wurde im Oktober 1948 in München unternommen. Auf einer gemeinsamen Tagung der Historischen Kommission der Bayerischen AdW und der Zentralkommission der Monumenta Germaniae Historica erfolgten der Gründungsauftrag und die Berufung eines Exekutiv-Komitees als vorläufiger Vorstand.⁹⁹⁴ Den Gründungsausschuss bildeten der spätere Verbandsvorsitzende Gerhard Ritter, der Verbandsschriftführer Hermann Heimpel sowie die Historiker Hermann Aubin und Herbert Grundmann.⁹⁹⁵ Obwohl die Wiederbegründung, neben dem Wunsch nach der Mitgliedschaft im internationalen Historikerverband, darauf abzielte, die

⁹⁹³ Die Geschichte des VHD ist bisher nicht systematisch untersucht worden. Seit April 2013 fördert die Fritz Thyssen Stiftung für Wissenschaftsförderung das Pilotprojekt „Institutionalisierte Geschichte. Der Verband Deutscher Historiker und seine Historikertage 1890 bis 1950“.

⁹⁹⁴ Vgl. Abdruck des „Gründungsauftrags“. In: HZ, Jg. 169 (1949) S. 226f und im archivischen Fachblatt: DA, Jg. 2. (1949) Sp. 80.

⁹⁹⁵ Vgl. Aufruf zur Gründung des VHD. In: HZ, Jg. 169 (1949) S. 226f.

Zusammenführung von Historikern der ost- und westdeutschen Besatzungszonen zu erwirken, führte sie zu Unruhen in der SBZ bzw. späteren DDR.⁹⁹⁶

Wie Kowalczuk darlegt, traten erste Anspannungen nach der Neukonstituierung des Verbandes auf. Bereits im September 1949 waren über 20 Historiker der SBZ dem VHD beigetreten – darunter Günter Mühlpfordt und Walter Markov.⁹⁹⁷ Vor allem der Beitritt von Markov, der im September 1949 als einer von neun Teilnehmern der SBZ am ersten Historikertag in München nach dem Zweiten Weltkrieg anwesend war, sorgte im Westen Deutschlands für Unmut.

Wie Kowalczuk ausführt, galt der Leipziger Historiker bei vielen bundesdeutschen Kollegen „als roter Terrorist“, der nicht nur „ein umfangreiches Spitzelnetz“ aufgebaut, sondern auch „die Historiker der Universitäten Leipzig, Jena und Halle unter seiner Kontrolle“ wusste.⁹⁹⁸ Dass Markov ein Kritiker der nichtmarxistischen Geschichtswissenschaft war und kommunistische Ideale vertrat, steht außer Frage, doch diese Nachreden verkennen, dass Markov nie linientreu war und 1951 wegen seinem angeblichen Hang zum Titoismus aus der SED ausgeschlossen wurde.⁹⁹⁹

Zwar bekannte sich Markov auf dem Münchner Historikertag 1949 zum Marxismus-Leninismus, aber er bemühte sich in der Diskussionsrunde nach dem Referat von Gerhard Ritter um die Definition eines gesamtdeutschen Wissenschaftsverständnisses.¹⁰⁰⁰ Weder Markov noch seine Kollegen versuchten mit ihren Beiträgen eine sozialistische Geschichtswissenschaft zu propagieren – was daran lag, dass vor allem Nichtmarxisten wie Fritz Rörig oder Karl Griewank zu den Teilnehmern aus der SBZ zählten.¹⁰⁰¹ Weitere Gäste waren die Historiker Hans Haussherr, Berthold Relin, der Buchhändler Hellmut Köster, der Dresdner Archivrat Jürgen Sydow und die Leipziger Stadtarchivarin Annelore Franke.¹⁰⁰²

Von bundesdeutscher Seite wurde diese Zurückhaltung und Rörigs Dank für das Entgegenkommen der SBZ-Behörden hinsichtlich der Teilnahmeerlaubnis jedoch als Verpflichtung gegenüber der Parteileitung der SED angesehen, statt als Wunsch zur

⁹⁹⁶ Vgl. Schumann, Peter: Gerhard Ritter und die deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Mentalitäten und Lebensverhältnisse. Beispiele aus der Sozialgeschichte der Neuzeit. Rudolf Vierhaus zum 60. Geburtstag. Herausgegeben von Mitarbeitern und Schülern. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1982. S. 412f.

⁹⁹⁷ Vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha: Legitimation. S. 194.

⁹⁹⁸ Vgl. ebd. S. 195.

⁹⁹⁹ Vgl. Ullrich, Volker: Zum Tode von Walter Markov. Kommunist ohne Partei. In: Die Zeit, vom 16.07.1993. S. 41.

¹⁰⁰⁰ Vgl. Protokoll über die Sitzungen der 20. Versammlung deutscher Historiker (12.–14. Sept. 1949) sowie des Verbandes deutscher Historiker Deutschlands (11.–14. Sept. 1949), der Konferenz der Landesgeschichtlichen Publikationsinstitute (15. Sept. 1949) und des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands (15. Sept. 1949) zu München. München 1949. S. 7.

¹⁰⁰¹ Vgl. die Liste der Teilnehmer der 20. Versammlung deutscher Historiker in München. In: Ebd. (Anlage IV).

¹⁰⁰² Vgl. ebd.

deutsch-deutschen Annäherung, so Franz Worschech.¹⁰⁰³ Generell hinterließ der erste Historikertag einen zwiespältigen Eindruck bei den Mitgliedern aus der Bundesrepublik Deutschland, was nicht nur der Teilnahme von SBZ-Vertretern anzulasten war. Vielmehr schrieb beispielsweise das Verbandsmitglied Wilhelm Wühr, dass der Münchner Historikertag nur nach den Vorstellungen von Ritter verlief, wobei das wissenschaftliche Niveau „unglaublich tief“ gehalten wurde.¹⁰⁰⁴ Vor allem die Anstrengungen zur Wiederaufnahme des deutschen Archivbetriebes, als Grundlage des historischen Arbeitens, standen auf dem Historikertag im Fokus der Betrachtungen.¹⁰⁰⁵

Um für spätere Historikertreffen eine bessere Kooperation zwischen Historikern und Archivaren zu ermöglichen, wurde der Düsseldorfer Archivar und Vorsitzende des VdA, Bernhard Vollmer, in den Ausschuss des Historikerverbandes gewählt.¹⁰⁰⁶ Der an der HU Berlin lehrende Fritz Hartung und der Dekan der Jenaer Universität, Karl Griewank, wurden als Vertreter der SBZ-Historiker in den Gründungsausschuss gewählt.¹⁰⁰⁷ Vor allem Hartung diente dem Vorstand als deutsch-deutscher Vermittler, da er seit Kriegsende 1945 in West-Berlin lebte, jedoch bis 1949 an der HU Berlin und bis 1952 an der AdW zu Berlin wirkte.¹⁰⁰⁸ Dennoch kann Hartung nicht als DDR-Historiker gelistet werden. Er wurde nie in der DDR wohnhaft und stand den marxistischen Idealen kritisch gegenüber.

Von den fünf ausgewählten Historikern der Studie war keiner auf diesem ersten Historikertag vertreten, da die Wissenschaftsfunktionäre der SED zunächst versuchten, diesem bundesdeutschen Veranstaltungstypus mit Ignoranz und Beobachtung beizukommen und keinen Nutzen darin sahen, ihre renommierten parteitreuen Historiker und Archivare zu entsenden. In der Fachöffentlichkeit der SBZ bzw. ab Oktober 1949 der DDR fand der Münchner Historikertag keine Erwähnung. Die Ausnahme bildete ein Artikel¹⁰⁰⁹ von Walter Markov, der sich darin kritisch gegen die nichtmarxistische Geschichtswissenschaft wendet.

¹⁰⁰³ Vgl. Worschech, Franz: Der Weg der deutschen Geschichtswissenschaft in die institutionelle Spaltung (1945-1965). Phil. Diss. Erlangen 1990. S. 63f.

¹⁰⁰⁴ Wilhelm Wühr an Fritz Kern, vom 17.09.1949. In: Universitätsarchiv der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, NL Kern-14.

¹⁰⁰⁵ Vgl. Protokoll über die Sitzung der 20. Versammlung deutscher Historiker (12.–14. September) in München 1949. S. 4 und S. 7.

¹⁰⁰⁶ Vgl. ebd. S. 3f.

¹⁰⁰⁷ Vgl. ebd.

¹⁰⁰⁸ Vgl. Schochow, Werner: Ein Historiker in der Zeit. Versuch über Fritz Hartung (1883–1967). In: JbGMOD, Jg. 32 (1983) S. 234f, S. 239f.

¹⁰⁰⁹ Vgl. Markov, Walter: Zur Krise der deutschen Geschichtsschreibung. In: Sinn und Form, Jg. 2 (1950) H. 2. S. 108–155.

Ebenso wenig Relevanz von Seiten der DDR erfuhr der Historikertag in Marburg 1951, der zeitlich mit dem 30. Archivtag abgestimmt wurde. Für diese Veranstaltung erhielten fast alle Historiker und Archivare, die auf der ersten Historikerversammlung anwesend waren, keine Reisegenehmigung mehr. Lediglich Hellmut Kretzschmar auf archivischer Seite sowie Walter Schlesinger und Hans Haussherr als Historiker repräsentierten die DDR-Delegation.¹⁰¹⁰ Allerdings siedelte Schlesinger zwei Monate später, im November 1951, nach Marburg über, da er aufgrund seiner früheren Tätigkeiten für das NS-Regime keine beruflichen Perspektiven in der DDR hatte.¹⁰¹¹ Hans Haussherr verließ 1958 die DDR.¹⁰¹²

Von den zehn ausgewählten Gelehrten dieser Arbeit war in Marburg nur Hellmut Kretzschmar vertreten, der auf eigene Kosten angereist war.¹⁰¹³ Den übrigen DDR-Historikern und Archivaren war die Anreise, aus den benannten Gründen der Ignoranz und Beobachtung, nicht gestattet worden.¹⁰¹⁴ Zudem lag der Schwerpunkt der Wissenschaftspolitik nach dem III. Parteitag der SED 1950 und dem 4. Plenum des ZK der SED 1951 im marxistisch-leninistischen Kaderausbau und in der Vertreibung nichtmarxistischer Gelehrter aus dem Wissenschaftsbereich und nicht in der Förderung deutsch-deutscher Beziehungen.¹⁰¹⁵

Von Seiten der Bundesrepublik Deutschland wurde diese Abgrenzungspolitik nicht betrieben. Wie Gerhard Ritter 1953 in seinem Beitrag über den Bremer Historikertag erwähnt, würde die Teilung Deutschlands nicht auf die Geschichtswissenschaft übertragen und alle Versuche, von Seiten „gewisser Besatzungsbehörden“, die Aufspaltung des Verbandes zu erreichen, abgewehrt.¹⁰¹⁶ Weiter erklärt Ritter, dass die DDR-Historiker als Mitglieder des VHD aufgenommen würden und ihre Anwesenheit im Vorstand des Verbandes gewünscht sei.¹⁰¹⁷ Nach der Mitgliebersatzung des VHD bestand die Möglichkeit zur Teilnahme an den bundesdeutschen Fachtagungen für folgende Personengruppen: alle Geschichtslehrer an Hochschulen und Schulen, Mitglieder historischer Forschungs- und Lehrinstitute, Archivare, Bibliothekare,

¹⁰¹⁰ Vgl. Bericht über die 21. Versammlung deutscher Historiker in Marburg/Lahn (13.–16. September 1951). In: GWU, Beiheft (1951) S. 8 und S. 28f.

¹⁰¹¹ Vgl. Gockel, Michael: Friedrich Walter Schlesinger. In: NDB, Berlin: Duncker & Humblot 2007. Bd. 23. S. 66.

¹⁰¹² Vgl. Schieder, Theodor: Hans Haussherr. In: HZ, Jg. 193 (1961). S. 512.

¹⁰¹³ Vgl. Teilnehmerliste zum Historikertag in Marburg. In: Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, 12718 Nachlass Hellmut Kretzschmar, Nr. 167. Und Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, 10707 Hauptstaatsarchiv Dresden, Nr. 1341. Bl. 171.

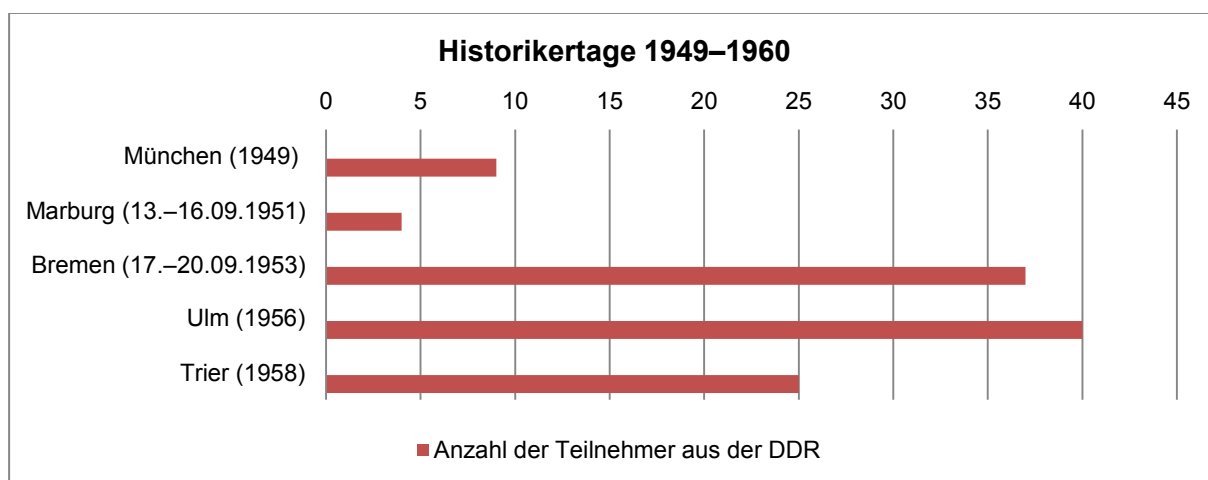
¹⁰¹⁴ Vgl. Heimpel, Hermann: Marburger Historikertag. In: HZ, Jg. 173 (1952) S. 215.

¹⁰¹⁵ Vgl. Sozialistische Einheitspartei Deutschlands: Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 20.–24.07.1950. 1. bis 3. Verhandlungstag. Berlin 1951. Bd. 3/1. S. 96 und S. 102.

¹⁰¹⁶ Ritter, Gerhard: Die deutschen Historikertage. Zur 22. Versammlung deutscher Historiker in Bremen vom 17.–20.09.1953. In: GWU, Jg. 4 (1953) S. 517.

¹⁰¹⁷ Vgl. ebd. S. 518.

Museumsbeamte sowie Privatpersonen mit abgeschlossenem geschichtswissenschaftlichen Studium.¹⁰¹⁸ Dennoch wurden die Veranstaltungen in München und Marburg, ähnlich wie dies für die frühen Archivtage der Fall war, durch den Alleinvertretungsanspruch des VHD sowie den Kalten Krieg eingeschränkt. Aufgrund dessen ignorierte die DDR-Regierung die bundesdeutschen Historiker- und Archivtage bis 1952 bewusst (Tabelle 11). Dennoch konnte bei diesen ersten Begegnungen bereits eine Kontaktaufnahme von DDR-Historikern und Archivaren untereinander sowie zu den jeweiligen Pendants aus der Bundesrepublik Deutschland erfolgen – auch wenn die Mehrzahl der renommierten Gelehrten beider Fachgebiete, wie Meusel, Kuczynski, Stern oder Meisner und Flach, noch keine Reisegenehmigung erhielt. Nach den Aussagen des Archivars Jürgen Sydow bestand, zumindest für das Archivwesen der DDR, bereits 1951 die mündliche Anweisung, das Betreten der Westsektoren von Berlin zu unterlassen, wodurch keinem Archivar die Möglichkeit eingeräumt wurde, in die Bundesrepublik Deutschland zu reisen.¹⁰¹⁹



(Tabelle 11)¹⁰²⁰

Die Politisierungsversuche im Wissenschaftsbereich der DDR lassen sich demnach bereits erkennen. Angesichts des Abgrenzungsversuchs seitens der DDR war die Trennung beider deutscher Staaten bereits 1952 vollzogen. Der frühe Wunsch einiger Historiker und Archivare, die DDR zu verlassen, ist dadurch nachvollziehbar. Zu

¹⁰¹⁸ Vgl. § 10 der Satzung des Verbandes der Historiker Deutschland (e. V.). In: Bericht über die 23. Versammlung deutscher Historiker in Ulm (13.–16. September 1956). In: GWU, Beiheft. (1956). S. 105.

¹⁰¹⁹ Vgl. Sydow, Jürgen: Das Archivwesen in der Deutschen Demokratischen Republik (SBZ). Sp. 64.

¹⁰²⁰ Datenerhebung aus den Berichten über die Versammlungen deutscher Historiker. In: GWU, Beihefte der Jahre 1949–1958.

ihnen zählte der Archivar Jürgen Sydow, der 1950 nach Berlin versetzt wurde, um die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses voranzutreiben, jedoch ein Jahr später nach Tübingen übersiedelte.¹⁰²¹ Auch die Historiker Johannes Kühn, Franz Althem oder Karl Buchheim verließen die DDR bereits Ende der 1940er Jahre, was die Geschichtswissenschaft der DDR vor Probleme in der personellen Besetzung dieses Fachbereichs stellte.¹⁰²²

Das Desinteresse an den Fachveranstaltungen der Bundesrepublik, das die Wissenschaftsfunktionäre der DDR ihren Akademikern abverlangten, wurde somit von einigen systemkritischen Historikern und Archivaren abgelehnt, aber auch von parteitreuen Wissenschaftlern in Frage gestellt. Der Historiker Albert Schreiner versuchte beispielsweise seinen politisch einflussreicheren Kollegen Alfred Meusel davon zu überzeugen, wie wichtig eine Delegation der DDR-Historiker auf dem kommenden Historikertag in Bremen sei, und wandte sich in dieser Angelegenheit auch an die Abteilung Wissenschaft und Hochschulen beim ZK der SED, das Staatssekretariat für Hochschulwesen sowie an den Minister für Volksbildung, Paul Wandel.¹⁰²³ Warum Schreiner zur Entsendung einer Delegation drängte, zu der seiner Meinung nach Meusel und Stern gehören müssten, bleibt ungeklärt.¹⁰²⁴ Allerdings kann bei einem Parteihistoriker wie Schreiner nicht der Wunsch nach deutsch-deutscher Annäherung ausschlaggebend gewesen sein, sondern womöglich der Wille, den Historikertag in Bremen als politische Bühne zu nutzen. Gleiches versuchte Schreiner auf dem internationalen Historikerkongress in Rom 1955, wo er die Bundesrepublik Deutschland in seinem Diskussionsbeitrag der Kriegspropaganda und Kriegshetze beschuldigte.¹⁰²⁵

Dennoch ist es dem Engagement Schreiners und weiterer Zunftskollegen zu verdanken, dass auf dem gemeinsamen Historiker- und Archivtag in Bremen 63 Fachvertreter die Möglichkeit zur Teilnahme erhielten. Empfangen wurden sie als „Kollegen und Freunde“, ohne allerdings eigene Beiträge einbringen zu können.¹⁰²⁶

Gerhard Ritter erklärte diese Entscheidung zu Beginn der Veranstaltung damit, so der spätere Bericht von Streisand und Klein, dass auf dem Marburger Historikertag

¹⁰²¹ Vgl. Blaschke, Karlheinz: Die Stellung des Archivwesens. S. 199.

¹⁰²² Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: Legitimation. S. 151.

¹⁰²³ Vgl. Informationen zum Historikertag in Bremen 1953. In: ABBAW, Nachlass Alfred Meusel. Nr. 636.

¹⁰²⁴ Ebd.

¹⁰²⁵ Der Beitrag befindet sich in seinem Nachlass: BArch, NY 4198/89 Bl. 25–29. Dazu Schreiner, Albert: Bemerkungen zum X. Internationalen Historikerkongress für Geschichtswissenschaft in Rom. In: Einheit, Jg. 11 (1955) S. 1121.

¹⁰²⁶ Bericht über die 22. Versammlung deutscher Historiker in Bremen (17.–19. September 1953). Erstattet von den Schriftführern der Versammlung. In: GWU, Beiheft (1954) S. 7.

die geplanten Referate nicht gehalten wurden, da die eingeladenen Gäste der DDR nicht erschienen waren.¹⁰²⁷

Unter den Teilnehmern aus der DDR befanden sich auf der Bremer Tagung Walter Markov, Friedrich Schneider, Karl Griewank, Hans Haussherr, Heinrich Sproemberg, Alfred Meusel, Fritz Klein, Heinz Kamnitzer und Joachim Streisand sowie eine siebenköpfige Delegation der StAV.¹⁰²⁸ Obwohl die Entsendung von marxistisch-leninistischen Fachvertretern überwog, kann im Vergleich mit den beiden Historikertagungen zuvor vom gesamtdeutschen Charakter der Tagung gesprochen werden. Die Vielzahl der anwesenden DDR-Wissenschaftler lag wahrscheinlich am politischen „Tauwetter“ nach dem 17. Juni 1953 und den Lockerungen im Wissenschaftsbereich. Selbst die Tagungsberichte der parteiloyalen Historiker Gerhard Schilfert oder Heinz Kamnitzer protokollierten, trotz Kritik an den nichtmarxistischen Geschichtsauffassungen ihrer bundesdeutschen Kollegen, die Gemeinsamkeiten im historischen Diskurs.¹⁰²⁹ Vor diesem politischen Hintergrund wurde im November 1953 der Reiseverkehr für Wissenschaftler erleichtert. Interzonenpässe, die beim Arbeitgeber beantragt werden mussten, wurden zugunsten von Personalbescheinigungen abgelöst, die von den Stadträten, Stadtbezirken und Gemeinden vergeben werden konnten.¹⁰³⁰

Durch die umfangreiche Gästezahl bildete diese Zusammenkunft den Höhepunkt des persönlichen und fachlichen Austauschs. Von den fünf ausgewählten Historikern waren in Bremen somit Alfred Meusel und Fritz Klein zugegen. Horst Bartel, Jürgen Kuczynski sowie Leo Stern wurden auf der Teilnehmerliste der Veranstaltung nicht aufgeführt. Dafür waren die Archivare Kretzschmar, Meisner und Flach anwesend.¹⁰³¹ Die Anwesenheit dieser Intellektuellen kann allerdings nicht generell ausgeschlossen werden, da nur für wenige deutsch-deutsche Begegnungen vollständige Teilnehmerlisten überliefert sind und eine Teilnehmerzahl an ausländischen Gästen ansonsten nur in den Eröffnungsansprachen mitgeteilt wurde. Rückschlüsse auf die Anwesenheit von Wissenschaftlern der DDR liefern zudem die archivalischen Personennachlässe, die in diesen drei Fällen allerdings keine Information zu

¹⁰²⁷ Vgl. Bericht von Fritz Klein und Joachim Streisand über den Bremer Historikertag. In: BArch, DY 30, IV 2/904, 151 Bl. 60–68.

¹⁰²⁸ Vgl. Teilnehmerliste des gemeinsamen Historiker- und Archivtags in Bremen 1953. In: Ebd.

¹⁰²⁹ Vgl. Kamnitzer, Heinz: Historikertag 1953 in Bremen. Bl.20-34 und Schilfert, Gerhard: Der 32. Deutsche Archivtag und die 22. Versammlung deutscher Historiker in Bremen. Bl. 91–110. Beide Artikel in: BArch, DY 30, IV 2/904, 151.

¹⁰³⁰ Vgl. Anordnung über die Regelung des Interzonenreiseverkehrs vom 21.11.1953. In: GBl.-DDR I. 1953. Nr. 123. S. 1157.

¹⁰³¹ Vgl. Teilnehmerliste des gemeinsamen Historiker- und Archivtags in Bremen 1953. In: BArch, DY 30, IV 2/904, 151.

Teilnahmen enthielten. Informationen zur den Teilnehmern finden sich auch in den Tagungsberichten der Veranstaltungen, in denen jedoch nur die DDR-Vertreter aufgeführt wurden, die einen eigenen Beitrag vorbrachten oder sich in den Diskussionsrunden zu Wort meldeten.

Die bis zu diesem Zeitpunkt erfolgte Politik der Ignoranz, welche die Regierung der DDR gegenüber den Historikertagen der Bundesrepublik Deutschland betrieb, wurde 1953 aufgegeben. Stattdessen erfolgte der Versuch einer personellen wie inhaltlichen Beteiligung an den gesamtdeutsch angelegten Veranstaltungen. Neben Kritikern der SED, wie Hans Haussherr, Heinrich Sproemberg oder Karl Griewank, waren nunmehr offiziell entsandte Delegationen aus parteiloyalen Historikern und Archivaren auf den Historikertagen der folgenden Jahre vertreten. Die Zugangsmöglichkeiten zu den Fachtagungen wurden seit 1953 somit nicht mehr nur von nonkonformen Wissenschaftlern, sondern auch von marxistisch-leninistischen Kollegen der DDR zum fachlichen Austausch genutzt. Die Parteihistoriker gingen jedoch vielmehr der Aufgabe nach, das marxistisch-leninistische Geschichtsbild zu propagieren, statt sich an Fachgesprächen oder sonstigem kollegialen Austausch zu beteiligen. Dieser Zustand blieb bis zum letzten gemeinsam abgehaltenen Historikertag in Trier 1958 konstant.

Beim Blick auf die Teilnehmer aus der DDR, die an den Historikertagen von 1949 bis 1958 anwesend waren, fällt auf, dass vor allem Vertreter der ersten und zweiten Historikergeneration zugegen waren, wobei die letzte Gruppe die größere war. Angehörige der dritten Historikergeneration waren nur marginal vertreten, was daran lag, dass diese Repräsentanten Anfang der 1950er Jahre zunächst ihren Berufseinstieg finden mussten. Vertreten wurde die DDR auf diesen Zusammenkünften von älteren Gelehrten, die zumindest an einem, wenn nicht in beiden Weltkriegen aktiv beteiligt waren und nach Kriegsende in einer Vielzahl von Leitungsfunktionen die marxistisch-leninistische Historiografie mitgestalten und den wissenschaftlichen Nachwuchs ausbilden konnten.

In den bundesdeutschen Pressemitteilungen wurde der Historikertag in Bremen durch eine „Atmosphäre schöner Freundschaft“ beschrieben und mit einer Fotografie der beisammenstehenden Historiker Alfred Meusel und Gerhard Ritter abgebildet.¹⁰³² Trotz dieser scheinbar entspannt verlaufenen Tagung kam es nachträglich zu Konflikten. Grund war die Veröffentlichung eines Tagungsberichtes in der ZfG, der

¹⁰³² Vgl. Archivare geben den Auftakt zum Historikertag. In: Weserkurier, vom 15.09.1953. S. 3; die Fotografie befindet sich im Artikel „Nur eine Lesart deutscher Geschichte“. In: Weserkurier, vom 18.09.1953. S. 3.

von Heinz Kamnitzer, Alfred Meusel, Fritz Klein, Joachim Streisand und Ernst Werner verfasst wurde. Meusel erläutert darin, dass Gerhard Ritter nicht erkenne, dass die adenauersche Politik darauf ausgerichtet sei, die „Kräfte“ an sich zu binden, „die in der Nazi-Partei und im Nazi-Staat dominierten.“¹⁰³³ Klein und Streisand erörtern, dass die Historiker, die sich der Adenauer-Politik verschrieben haben, von ihren falschen Auffassungen überzeugt werden müssen.¹⁰³⁴

Demgegenüber standen die Beiträge der nichtmarxistischen DDR-Historiker, wie Griewank oder Haussherr, die in ihrer Berichterstattung an das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen den gesamtdeutschen Charakter der Veranstaltung befürworteten und keine Unterteilung zwischen marxistisch-leninistischen und nichtmarxistischen Wissenschaftsauffassungen vornahmen.¹⁰³⁵ Haussherr berichtet zudem über den parallel abgehaltenen Archivtag, auf dem Themen fokussiert wurden, die auch für die Fachöffentlichkeit der DDR von Belang waren und die in derselben Form in der DDR hätten referiert werden können.¹⁰³⁶ Ähnlicher Ansicht war Willy Flach, wie der bundesdeutschen Presse zu entnehmen war. Seiner Meinung nach mussten sich alle deutschen Gelehrten mit denselben fachlichen Problemen beschäftigen und leisteten die gleiche Arbeit.¹⁰³⁷

Die Meinungen von marxistisch-leninistischen und nonkonformen Gelehrten waren somit verschieden und teilten sich an der Frage, ob die bundesdeutschen Historikertage für die DDR einen wissenschaftlichen Fortschritt und Nutzen erbringen können. Von Seiten der Wissenschaftsfunktionäre musste diese Frage aus ideologischen Gründen verneint werden, da nur eine Wissenschaft auf Grundlage des Marxismus-Leninismus als „fortschrittlich“ charakterisiert wurde. Zudem stieg die Angst, dass der deutsch-deutsche Austausch den nichtmarxistischen Gelehrten neuen Auftrieb böte und das marxistisch-leninistische Gedankengut zurückdrängte. Ein Nutzen der Historikertage für die Geschichtswissenschaft in der DDR bestand allerdings, wenn auch nur, um das marxistisch-leninistische Geschichtsbild zu propagieren oder ideologiekonforme Argumente für die Verwerflichkeit der bundesdeutschen Fachdisziplin zu definieren.

Derartige Angriffe wie die von Meusel und seinen ehemaligen Schülern bestärkten den VHD in seinem Beschluss zur Verabschiedung der Heppenheimer Erklärung

¹⁰³³ Meusel, Alfred: Zum Vortrag von Gerhard Ritter. In: ZfG, Jg. 1 (1953) S. 933.

¹⁰³⁴ Vgl. Bericht von Fritz Klein und Joachim Streisand über den Bremer Historikertag. In: BAArch, DY 30, IV 2/904, 151 Bl. 60–68.

¹⁰³⁵ Vgl. Bericht von Karl Griewank über den Besuch des Bremer Historikertages, vom 03.10.1953. In: BAArch, DY 30, IV 2/904, 151 Bl. 112f.

¹⁰³⁶ Vgl. Bericht von Haussherr über den Bremer Historikertag. In: Ebd.

¹⁰³⁷ Vgl. Archivare geben den Auftakt zum Historikertag. In: Weserkurier, vom 15.09.1953. S. 3.

vom April 1954. Darin sprachen sich die bundesdeutschen VHD-Mitglieder gegen die Berichterstattung der ZfG aus und gegen die Kollegen, die wissenschaftliche Debatten durch Ideologie zu verfälschen versuchten.¹⁰³⁸ Da in der Parteipolitik der SED jedoch der Verzicht auf politische Äußerungen oder die Zurücknahme der „Bekehrungsversuche“ gegenüber Andersdenkenden nicht vorgesehen waren, kam es unweigerlich zum Ausschluss einiger Parteihistoriker von den Fachtagungen des VHD. Folglich durften u. a. Ernst Engelberg, Max Steinmetz und Leo Stern nicht mehr auf den Zusammenkünften in der Bundesrepublik Deutschland auftreten. Die übrigen DDR-Historiker bekamen Auflagen hinsichtlich ihrer Redefreiheit sowie ein Verbot von politischen Aussagen, die eine wissenschaftliche Meinungsäußerung unterdrücken könnten.¹⁰³⁹

Ab diesem Zeitpunkt setzte eine Diskreditierung der bundesdeutschen Historiografie in der Historikerzunft der DDR ein, die zuvor nur von einzelnen parteitreuen Fachvertretern betrieben wurde. Auch mussten sich die wenigen DDR-Gelehrten, die noch an den Historikertagungen teilnehmen durften, den parteipolitischen Wünschen des Staatssekretariats für Hochschulwesen beugen. Sie sollten auf den kommenden Veranstaltungen der Bundesrepublik Deutschland „die Lüge von dem Verfall der Geschichtswissenschaft unter der Arbeiter- und Bauernmacht zerschlagen“ und mit allen Mitteln versuchen, über die Leistungen der DDR-Geschichtswissenschaft zu berichten.¹⁰⁴⁰ Zudem mussten alle Argumente von Gerhard Ritter widerlegt werden und, wie für alle Reisekader üblich, im Anschluss umfassende Tagungsberichte verfasst werden.¹⁰⁴¹

Auch innerhalb der DDR-Delegationen wurden schärfere Auswahlkriterien vorgenommen, sodass keine personellen Entscheidungen mehr ohne eine vorherige Beratung unternommen werden durften.¹⁰⁴² Im Interesse der SED sollten für die kommenden auswärtigen Fachtagungen Vorkehrungen getroffen werden, um dem Schlagabtausch mit den bundesdeutschen Kollegen standhalten zu können. Dazu zählten die Unterbringung aller Tagungsteilnehmer der DDR in einem Hotel, um das Zusammentreffen mit bundesdeutschen Gelehrten so klein wie möglich zu halten, und die Auswahl des Delegationsleiters mit einwandfreien marxistischen

¹⁰³⁸ Vgl. Worschech, Franz: Geschichtswissenschaft. S. 83.

¹⁰³⁹ Vgl. Bericht über die 24. Versammlung deutscher Historiker in Trier (25.–27. September 1958). In: GWU, Beiheft (1958). S. 10f.

¹⁰⁴⁰ Aufgabenliste für den X. Internationalen Historikertag in Rom. In: BAArch, DY 30, IV 2/904, 143 Bl. 20 und Bl. 23.

¹⁰⁴¹ Vgl. ebd. Bl. 24.

¹⁰⁴² Vgl. ebd. Bl. 25f.

Wertvorstellungen.¹⁰⁴³ Letzteres wurde Alfred Meusel von Heinz Königer, der im Staatssekretariat für Hochschulwesen als Fachreferent tätig war, nicht zugesprochen.¹⁰⁴⁴ Tatsächlich entsprach Meusel nicht immer der politischen Linie der Parteileitung, da er sich für die Wiedervereinigung Deutschlands aussprach und die Handhabe der Wissenschaftspolitik der SED kritisierte, mit der die Historiker als „politische Publizisten“ missbraucht würden, statt sie als ernsthafte Wissenschaftler anzuerkennen.¹⁰⁴⁵

Dass Wissenschaftler und Journalisten der Bundesrepublik Deutschland seit den 1950er Jahren verstärkt Stellungen zu brisanten Themen wie der Wiedervereinigung Deutschlands und dem 17. Juni 1953 bezogen, verschärfte den Konflikt mit den Historikern der DDR umso mehr.¹⁰⁴⁶ Dadurch entstanden unter Parteauftrag der SED unzählige Dissertationen, Artikel, Monografien und dergleichen, die der Aufdeckung der nichtmarxistischen, kapitalistisch geprägten Geschichtswissenschaft dienen sollten. Die Heppenheimer Erklärung veranlasste die Parteileitung überdies dazu, dem seit 1952 bestehenden Alleinvertretungsanspruch des VHD mit einer eigenen sozialistischen Historikergesellschaft entgegenzutreten, die durch Kurt Hager begründet werden sollte.¹⁰⁴⁷ Zu dessen Unterstützung formierte sich 1953 ein Initiativkomitee aus Alfred Meusel, Ernst Engelberg, Heinz Kamnitzer, Leo Stern, Ernst Diehl und dem Mediävisten Albrecht Timm, um die Gründung zu beschleunigen.¹⁰⁴⁸ Bereits 1951 versuchte Hager die Bildung einer „Historischen Gesellschaft in der DDR“ vorzubereiten, was durch die Unruhen im Zuge der Entstalinisierung verhindert wurde.¹⁰⁴⁹ Erst der „Geschichtsbeschluss“ vom Juli 1955 eröffnete die Möglichkeit zur „Gründung einer Gesellschaft der Historiker in der DDR“. Im Jahr 1958 erfolgte die offizielle Formierung der Gesellschaft, wobei die erste Historikerkonferenz der DDR, wohl nicht zufällig, bereits am 7. und 8. Juni 1952 stattfand, zusammen mit der Eröffnung des Museums für Deutsche Geschichte.¹⁰⁵⁰ Als Präsident wurde Ernst Engelberg bestimmt, da der bevorzugte Kandidat Alfred Meusel für einen

¹⁰⁴³ Vgl. Heinz Königer über den X. Internationalen Historikertag in Rom, vom 23.09.1955. In: BArch, DY 30, IV 2/904, 143.

¹⁰⁴⁴ Vgl. ebd.

¹⁰⁴⁵ Protokoll einer Beratung mit Historikern über die nächsten Aufgaben bei der Verwirklichung des Geschichtsbeschlusses, vom 27.09.1955. In: BArch, DY 30, IV 2/904, 90 Bl. 340.

¹⁰⁴⁶ Exemplarisch: Harpprecht, Klaus: Der Aufstand. Vorgeschichte, Geschichte und Deutung des 17. Juni 1953 (unter dem Pseudonym „Stefan Brant“ veröffentlicht). Stuttgart: Steingrüben 1957 und Rodens, Franz: Wie steht's mit der Wiedervereinigung? Bonn: Studiengesellschaft für Politik 1957.

¹⁰⁴⁷ Vgl. Haun, Horst: Zur Geschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR. Teil 1: Der Gründungsprozess (1952–1958). In: Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft der DDR, Nr. 3 (1985) S. 9.

¹⁰⁴⁸ Vgl. Informationen zur 2. Sitzung des Komitees am 12.05.1953. In: BArch, DY 30, IV 2/904, 199 Bl. 4ff.

¹⁰⁴⁹ Vgl. Neuhäuser-Wespy, Ulrich: Die SED und die Historie. S. 97.

¹⁰⁵⁰ Vgl. Heinz, Helmut: Die erste zentrale Tagung der Historiker der DDR 1952. In: ZfG, Jg. 26 (1978) S. 389.

gesamtdeutschen Verband eintrat.¹⁰⁵¹ Stellvertretende Vorsitzende wurden Eduard Winter und der Direktor des IML, Ludwig Einicke. Weitere Präsidiumsmitglieder waren Obermann, Schilfert und Schreiner – Kuczynski wurde aufgrund seines damals angespannten Verhältnisses zur Parteileitung nicht aufgenommen.¹⁰⁵²

Die Deutsche Historiker-Gesellschaft (ab 1972 Historiker-Gesellschaft der DDR) verbanden mit dem VHD nur die mangelnde Zusammenarbeit oder die fachliche Distanzierung. Beide deutsche Geschichtswissenschaften lehnten eine gegenseitige Anerkennung und die fachliche Auseinandersetzung ab.¹⁰⁵³

Unter den ca. 200 Teilnehmern der ersten Tagung der Deutschen Historiker-Gesellschaft befanden sich, bis auf wenige Ausnahmen wie Heinrich Sproemberg, Friedrich Schneider oder Karl Griewank, ausschließlich parteitreuere Fachvertreter. Kollegen aus der Bundesrepublik Deutschland waren nicht zugegen, was jedoch keinen konfliktfreien Ablauf der Konferenz garantierte.¹⁰⁵⁴ Als Griewank, der in der DDR eine Außenseiterrolle¹⁰⁵⁵ innehatte, seinen Vortrag über einen neuzeitlichen Revolutionsbegriff hielt, wurde er anschließend von Heinz Kamnitzer vor Kollegen und Nachwuchsmitarbeitern bloßgestellt. Wie Albrecht Timm dazu ausführt, erklärte Kamnitzer in der anschließenden Diskussionsrunde, dass vieles von dem, was Griewank vorgebracht habe, wie überhaupt die traditionelle Geschichtsschreibung, in den „Mülleimer der Geschichte“ gehörte.¹⁰⁵⁶ Dieser Angriff auf Griewank rief selbst bei den parteitremen Historikern ein Unbehagen hervor, so weiter Timm, wodurch der Rostocker Historiker Heinz Herz die Situation zu lösen versuchte. Herz verwies darauf, dass er erst durch jene populärwissenschaftlichen Beiträge auf die „Müllabfuhr“ aufmerksam gemacht wurde und erkenne, „was es noch an Wertvollem aus dem Müll zu bergen gäbe“.¹⁰⁵⁷ Durch diesen Einwand erhielt Griewank, trotz seines kontrovers diskutierten Vortrages, fachliche Anerkennung.

Abgesehen von dieser Auseinandersetzung verlief die Historikertagung ohne Zwischenfälle. Von wissenschaftlicher Bedeutung waren jedoch weder diese erste noch die übrigen sieben Historikerversammlungen der DDR. Ihr Zweck bestand

¹⁰⁵¹ Vgl. Rudolph, Rolf: Die Gründungskonferenz der Deutschen Historiker-Gesellschaft. In: ZfG, Jg.6 (1958) S. 592.

¹⁰⁵² Vgl. Neuhäuser-Wespy, Ulrich: Die SED und die Historie. S. 99.

¹⁰⁵³ Vgl. Sabrow, Martin: Der Kalte Krieg der deutsch-deutschen Geschichtswissenschaft 1949–1989. In: GWU, Jg. 64 (2013) H. 3/4. S. 174f.

¹⁰⁵⁴ Vgl. Heinz, Helmut: Die erste zentrale Tagung der Historiker der DDR 1952. S. 389f.

¹⁰⁵⁵ Die Spannungen zwischen der Parteileitung und Griewank verschärften sich Ende der 1940er Jahre, als Griewank weder den HistoMat noch den politisch gewünschten Unterschied zwischen einer fortschrittlichen und reaktionären Geschichtswissenschaft anerkennen wollte (Vgl. Kaiser, Tobias: Mittler zwischen Ost und West. Eine facettenreiche Figur – Der Jenaer Historiker Karl Griewank. In: Alma Mater Jenensis. Sonderheft Senatskommission, 2004. S. 22f).

¹⁰⁵⁶ Timm, Albrecht: Das Fach Geschichte. S. 27.

¹⁰⁵⁷ Ebd. S. 27f.

einzig darin, das Geschichtsbild nach marxistisch-leninistischen Vorstellungen zu gestalten. Es verwundert nicht, dass noch 1957 um die 60 DDR-Historiker und Archivare als Mitglieder des VHD gelistet waren, darunter Hellmut Kretzschmar, Heinrich Otto Meisner und Willy Flach sowie Walter Markov und Max Steinmetz.¹⁰⁵⁸

Weitere Mitglieder auf archivarischer Seite waren Herta Battré (Landesarchiv Altenburg), Hans Eberhard (Landesarchiv Weimar), Annelore Franke (Stadtarchiv Leipzig), Karl-Heinz Hahn (Staatsarchiv Weimar), Lotte Knabe (Deutsches Zentralarchiv Potsdam), Ernst Müller (Stadtarchiv Leipzig) oder Hans-Joachim Schreckenbach (Goethe- und Schiller-Archiv Weimar).¹⁰⁵⁹

Trotz der angespannten politischen Situation konnte der Historikertag in Ulm 1956 von 40 Historikern und Archivaren der DDR besucht werden, darunter Alfred Meusel, Joachim Streisand, Fritz Klein, Leo Stern, Günter Mühlpfordt, Gerhard Schilfert, Rigobert Günther, Heinrich Scheel oder Ernst Engelberg.¹⁰⁶⁰ Von den fünf ausgewählten Historikern dieser Arbeit waren somit nachweislich drei in Ulm anwesend, wobei auch hier wieder Horst Bartel als Teilnehmer vermutet wird. Jürgen Kuczynski war durch seine Revisionismuskampagne von 1956 bis 1959 wahrscheinlich nicht anwesend.

Da die DDR-Historiker und Archivare auf diesen Zusammenkünften als geschlossene Delegation agierten, ist davon auszugehen, dass sich diese Gäste mit ihrem bundesdeutschen Kollegenkreis und auch untereinander im Austausch befanden und neben der deutsch-deutschen eine überregionale Vernetzung zwischen DDR-Gelehrten erfolgen konnte. Zumeist war letzterer Kontakt bereits vor diesen Kolloquien in der Bundesrepublik durch Schriftwechsel oder gemeinsame Arbeitsbereiche in der DDR gegeben. Von den DDR-Teilnehmern in Ulm waren beispielsweise Leo Stern, Günter Mühlpfordt und Gerhard Schilfert bereits durch ihre Arbeitsbereiche an der Universität in Halle miteinander bekannt. Fritz Klein und Joachim Streisand waren seit Studientagen befreundet und verkehrten seit den 1950er Jahren freundschaftlich mit ihrem Mentor Alfred Meusel. Zudem sorgte Meusel dafür, dass die beiden am Museum für deutsche Geschichte mitarbeiten und am Historikertag in Ulm teilnehmen konnten.¹⁰⁶¹

¹⁰⁵⁸ Vgl. Verzeichnis der Mitglieder des Verbandes der Historiker Deutschlands (Stand 01.03.1957). In: Bericht über die 23. Versammlung deutscher Historiker in Ulm (13.–16. September 1956). In: GWU, Beiheft (1956). S. 107–116.

¹⁰⁵⁹ Vgl. ebd.

¹⁰⁶⁰ Vgl. ebd. S. 43; S. 57; S. 71 und S. 95f.

¹⁰⁶¹ Vgl. Klein, Fritz: Drinnen und Draußen. S. 157 und S. 164.

Ausführliche Berichterstattungen über die bundesdeutschen Historikertage erfolgten im Falle des Historikertages in Trier 1958, der politisch bedeutsam wurde, da er eine Verweigerung der Redeerlaubnis für Gäste aus der DDR innehatte. Bereits kurz nach der Gründung der Historikergesellschaft der DDR wurden Vorbereitungen für die Teilnahme in Trier getroffen, um eine ideologisch geschulte Delegation entsenden zu können. Dabei wurde die Delegation durch nichtmarxistische Gelehrte unterstützt, im Falle einer Themenauswahl, auf die kein Parteihistoriker spezialisiert wäre.¹⁰⁶² Die Auswahl der Delegationsmitglieder erfolgte diesmal nicht durch das Staatssekretariat für Hochschulwesen, sondern durch die Abteilung Wissenschaft beim ZK der SED. Zur Entsendung wurden ausschließlich Mitarbeiter aus universitärer Lehre und Forschung ausgewählt. Dem Vorschlag des Staatssekretariats, Geschichtslehrer in die Delegation aufzunehmen, wurde von der Abteilung Wissenschaft nicht entsprochen.¹⁰⁶³ Ziel der Delegation sollte sein, die Historikergesellschaft der DDR zu repräsentieren, einen Überblick über die politischen Verhältnisse unter den bundesdeutschen Historikern zu erlangen und, an letzter Stelle, fachlich etwas zum Historikertag beizutragen.¹⁰⁶⁴

Der Bruch zwischen beiden Historikerzünften erfolgte durch die Eröffnungsrede des neuen Vorsitzenden des VHD, Hermann Aubin, der sich gegen die „gewaltsame Zerreißung der Einheit deutscher Wissenschaft durch die sowjetzonalen Behörden“ aussprach, so Richard Laufner.¹⁰⁶⁵ Aubin kritisierte zudem die von der SED gelenkte Blockierung von Forschungsaufträgen und die Verhinderung der Berufungen von Gelehrten der DDR auf Lehrstühle in der Bundesrepublik Deutschland. Überdies lehnte er die Gründung der Historikergesellschaft der DDR ab, da sie sich an das Parteiprogramm der SED binde und bewusst gegen den bundesdeutschen Historikerverband agiere.¹⁰⁶⁶

Danach kam es in der Gesprächsrunde der Sektion „Osteuropäische Geschichte“ zu Ausschreitungen. Nach einem Vortrag des Kölner Historikers Günther Stökl versuchte Leo Stern einen Einwand vorzutragen, was ihm untersagt wurde. Nachdem Stern kein Rederecht erhielt, verließ er mit einigen Kollegen den Saal. In anderen Sektionssitzungen kam es zu ähnlichen Unruhen: Aufgrund von Unterbrechungen, die nicht auf das Diskussionsthema bezogen waren, wurde

¹⁰⁶² Vgl. Informationen zur Vorbereitung der Diskussionsbeiträge auf den Trierer Historikertag, vom 11.06.1958. In: BArch, DY 30, IV 2/904, 151 Bl. 141f.

¹⁰⁶³ Vgl. Aktennotiz an die Abteilungsleitung, vom 03.07.1958. In: Ebd. Bl. 143f.

¹⁰⁶⁴ Vgl. ebd. Bl. 141f.

¹⁰⁶⁵ Laufner, Richard: 24. Deutscher Historikertag in Trier. In: DA, Jg. 11 (1958) H. 4. Sp. 346.

¹⁰⁶⁶ Vgl. Bericht über die 24. Versammlung deutscher Historiker in Trier (25.–27. September 1958). In: GWU, Beiheft (1958). S. 8.

Gerhard Schilfert und Ernst Engelberg ebenfalls das Wort entzogen.¹⁰⁶⁷ Daraufhin verließen sie die Räumlichkeiten, was dazu führte, dass die 25-köpfige Delegation der DDR, darunter Meusel, Stern, Engelberg, Schilfert, Steinmetz und Winter, den Kongress verließ und sich schriftlich gegen die Verletzung der Gastfreundschaft aussprach.¹⁰⁶⁸ Wie bei Worschech erläutert, wurde die Heppenheimer Ausschlussklärung des VHD in diesem Schriftstück als „Dokument der psychologischen Kriegsführung“ dargestellt, das die „Einheit der Wissenschaft“ als Illusion herabstufte und bestätigte, dass ein Zusammenkommen beider Zünfte nicht möglich sei.¹⁰⁶⁹ Die Einschränkung der Redefreiheit ihrer Historiker kam dem ZK der SED allerdings gelegen, um den bundesdeutschen Historikerverband mit seiner nichtmarxistischen Geschichtswissenschaft weiter zu diskreditieren und nun darauf setzen zu können, dass der VHD seine eigenen „demagogischen Erklärungen“ verletzte, objektiv und unpolitisch zu agieren.¹⁰⁷⁰ Ironische Züge nahmen die Ausführungen von Leipziger Studenten und Dozenten an, die an den VHD gerichtet waren, und von Worschech angeführt wurden. Darin erläuterten die Akademiker, dass sie sich für die Umsetzung einer „gesamtdeutsche[n] wissenschaftliche[n] Entwicklung verantwortlich fühlen“, die allerdings „nicht durch Historiker bestimmt werden wird, die Andersdenkende verunglimpft [sic] und mundtot machen“.¹⁰⁷¹ Auf nichts anderes zielten die Methoden der Wissenschaftspolitik der DDR ab, um ihr nichtmarxistisches Fachpersonal aus diesem Gesellschaftsbereich vertreiben zu können.

Generell demonstrieren diese Konflikte, wie auf der beruflichen Ebene die politischen Anspannungen des Kalten Krieges zu lösen versucht wurden. Von Seiten der SED-Führung existierten zwar offiziell Bemühungen um eine Wiedervereinigung, intern wurde jedoch gegen einen Zusammenschluss mit der Bundesrepublik Deutschland vorgegangen. Das Jahr 1961 stellte mit dem Bau der innerdeutschen Grenze schließlich den Tiefpunkt der deutsch-deutschen Beziehungen dar, die jede auswärtige Kommunikation verhinderte. Trotz dieser Abgrenzungspolitik konnte die Parteileitung den fachlichen Alleinvertretungsanspruch nicht erreichen, wodurch sie gezwungen war, sich mit der Geschichtswissenschaft der Bundesrepublik Deutschland

¹⁰⁶⁷ Vgl. Bericht über die 24. Versammlung deutscher Historiker in Trier (25.–27. September 1958). In: GWU, Beiheft (1958). S. 11.

¹⁰⁶⁸ Vgl. ebd. S. 7 und S. 11f.

¹⁰⁶⁹ Worschech, Franz: Geschichtswissenschaft. S. 223; dazu die Stellungnahmen der DDR-Gelehrten zu den Trierer Ereignissen. In: Engelberg, Ernst: Trier – und wie weiter? Materialien, Betrachtungen und Schlussfolgerungen über die Ereignisse auf dem Trierer Historikertag am 25.9.1958. Hrsg. im Auftrag des Präsidiums der Deutschen Historiker-Gesellschaft unter Mitwirkung von Werner Berthold und Rolf Rudolph Berlin: Rütten & Loening 1959. S. 46–53.

¹⁰⁷⁰ Vgl. Aktenvermerk von Mitarbeitern des Instituts für Geschichte der AdW. In: BArch, DY 30, IV 2/904, 151 Bl. 162f.

¹⁰⁷¹ Zitiert nach Worschech, Franz: Geschichtswissenschaft. S. 234 (Anm. 2).

weiter auseinanderzusetzen. Bedingt durch die Abwanderung von Fachpersonal in die Bundesrepublik Deutschland war die DDR-Geschichtswissenschaft, auch nach dem Mauerbau, mit der Angst um eine fachliche Zersetzung ihres Fachbereichs konfrontiert. Neben der Abgrenzung verstärkte sich zudem der Argwohn gegenüber der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft, so Sabrow, wodurch die eigene Wissenschaftsauffassung prinzipiell entgegen der konkurrierenden Auslegung aus der Bundesrepublik aufgestellt wurde.¹⁰⁷² Der Historikerverband der Bundesrepublik Deutschland musste sich, bis auf die wenigen Zusammentreffen auf internationalen Historikerkongressen, nach dem Historikertag in Trier 1958 nicht mehr mit der DDR-Geschichtswissenschaft beschäftigen, was er auch über 20 Jahre nicht mehr versuchte.¹⁰⁷³ Erst im Zuge der deutsch-deutschen Annäherung der 1980er Jahre und der daraus resultierenden internationalen Integration der DDR kam es zur Verständigung beider Zünfte.

Die Folge dieser bundesdeutschen Kooperationsbereitschaft gestaltete sich in der Erneuerung des Faches und der Historikergesellschaft der DDR. Am 10. Januar 1990 gründete sich, nach der Abwicklung der Historikergesellschaft der DDR, der Unabhängige Historikerverband, der nicht nur ein „Scherbengericht über die DDR-Geschichtswissenschaft abhielt“, sondern auch mit dem VHD kooperierte, so Stefan Wolle.¹⁰⁷⁴ Nach der im September 1990 von der VHD erlassenen Erklärung über die „Vorschläge für eine Integration der Geschichtswissenschaft der bisherigen DDR in das Wissenschaftssystem der Bundesrepublik“ kam es schließlich zur Auflösung des nun überflüssig gewordenen Unabhängigen Historikerverbandes und zur Integrierung ihrer Mitglieder in den VHD.¹⁰⁷⁵

b) Archivtage des VdA und die archivischen Arbeitstagen in der DDR

Auch auf archivarischer Seite lassen sich Beispiele dieser länder- und staatsübergreifenden Kooperation anführen. Die frühen Zusammenkünfte der Archivare in der SBZ behandelt Volker Wahl in seinem Artikel über die Archivkonferenzen im „wettinischen Dreieck“ von 1946 bis 1950.¹⁰⁷⁶ Die ersten beruflichen Beziehungen, die noch

¹⁰⁷² Vgl. Sabrow, Martin: Der Kalte Krieg. S. 181.

¹⁰⁷³ Vgl. ebd.

¹⁰⁷⁴ Wolle, Stefan: Wir sind das Ärgernis. Warum der Unabhängige Historikerverband nach der Wende auch im Westen nichts werden konnte. In: Die Welt, vom 27.9.2000. S. 34.

¹⁰⁷⁵ Vgl. Sabrow, Martin: Der Kalte Krieg. S. 186.

¹⁰⁷⁶ Seine Ausführungen basieren auf der Handakte „Archivkonferenzen“ des Nachlasses von Willy Flach im Hauptstaatsarchiv Weimar.

während des Zweiten Weltkrieges zustande kamen, wurden von 1942 bis 1944 auf einigen archivarischen Arbeitstagen geknüpft. Notwendig waren diese Zusammenkünfte für die Lösung von kriegsbedingten Themen, wie dem Luftschutz oder der Sicherung der Bestände.¹⁰⁷⁷ Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zerrissen diese Verbindungen und wurden lediglich durch die Tagungen des sogenannten „Wettiner Dreiecks“ fortgeführt, welche die einzigen überregionalen Treffen in der SBZ bildeten.¹⁰⁷⁸

Jene inoffiziellen Besprechungen erfolgten 1946 zwischen den Direktoren einiger mitteldeutscher Archive. Die Initiative übernahm Hellmut Kretzschmar, der zusammen mit Willy Flach bereits an den Arbeitstagen während des Krieges teilgenommen hatte.¹⁰⁷⁹ Neben Flach war auch die Direktorin des ehemaligen preußischen Provinzialarchivs Magdeburg, Lotte Knabe, involviert. Insgesamt wurden neun dieser zweimal im Jahr stattfindenden Tagungen abgehalten.¹⁰⁸⁰ Dabei waren allerdings nur Kretzschmar und Flach auf allen Zusammenkünften anwesend, da Knabe ab Herbst 1948 von Hanns Gringmuth-Dallmer in ihrer Position als Direktorin des Landeshauptarchivs Sachsen-Anhalt abgelöst wurde. Zu den Tagungen der Jahre 1946 und 1947 kamen zudem die Leiter des ehemaligen Preußischen Geheimen Staatsarchivs in Berlin Dahlem (später Hauptarchiv für Behördenakten), Ulrich Wendland und Gerhard Zimmermann hinzu.¹⁰⁸¹ Auf den letzten beiden Veranstaltungen wurden die drei Direktoren von weiteren Archivaren begleitet: für Sachsen kamen Horst Schlechte und Jürgen Sydow, aus Sachsen-Anhalt waren Heinz Buttkus und Berent Schweineköper angereist. Der thüringische Direktor wurde von Rudolf Dietzel, Wolfgang Huschke und Hans Patze begleitet.¹⁰⁸²

Spätere Zusammenkünfte der Archivverwaltungen der Länder erfolgten auf den bundesdeutschen Archiv- und Historikertagen bzw. auf den wenigen Historikerkongressen der DDR (z. B. 1952 in Weimar) und den Arbeitstagen der StAV (z. B. 1954 in Dresden oder 1960 in Sellin). Besonders die bundesdeutschen Archivtage dienten dem beruflichen Kontakt der Archivare beider deutscher Republiken und förderten die fachliche Weiterbildung sowie einen ideologiefreien Blick auf die Ergebnisse und Ziele der Archivwissenschaft der Bundesrepublik Deutschland.

¹⁰⁷⁷ Vgl. Wahl, Volker: Archivkonferenzen. S. 4.

¹⁰⁷⁸ Vgl. ebd. S. 4f.

¹⁰⁷⁹ Vgl. ebd. S. 4.

¹⁰⁸⁰ Vgl. ebd. S. 4f.

¹⁰⁸¹ Vgl. ebd. S. 5.

¹⁰⁸² Vgl. ebd.

Bereits 1946 wurde von Archivaren in der britischen Besatzungszone über die Schaffung einer gesamtdeutschen Vereinigung der Archivare diskutiert. Ausschlaggebend in dieser Auseinandersetzung war der Archividirektor Bernhard Vollmer (Staatsarchiv Düsseldorf), dem es gelang, die britische Militärverwaltung von der Notwendigkeit einer überregionalen fachlichen Zusammenarbeit zu überzeugen.¹⁰⁸³

Als Zweck dieses Verbandes, der noch im selben Jahr als Verein deutscher Archivare (VdA) gegründet wurde, sollten die Planung und Durchführung des Archivtages sowie die überregionalen fachlichen Austausch- und Weiterbildungsmöglichkeiten erfolgen.¹⁰⁸⁴

Trotz des gesamtstaatlichen Charakters des VdA beschränkte sich dessen Betätigung zunächst auf die britische Besatzungszone. Zur ersten Ausdehnung des Verbandes kam es im Frühjahr 1947 auf der gemeinsamen Fachtagung der britischen und amerikanischen Besatzungszone, die der Erweiterung des Verbandes diente und den Beitritt von Archivaren aus der französischen und sowjetischen Besatzungszone legitimierte.¹⁰⁸⁵ Während dieser Nachkriegsjahre fanden in den westlichen Besatzungszonen unter Anleitung des VdA sieben Zusammenkünfte in Bamberg, Aulendorf, Wiesbaden und Detmold statt. Obwohl die Veranstaltungen hauptsächlich von archivischen Vertretern aus der amerikanischen und britischen Besatzungszone besucht wurden, waren auf allen Tagungen Archivare aus der SBZ anwesend.¹⁰⁸⁶ Deren Zusammensetzung lässt sich heute jedoch nicht mehr rekonstruieren.

Dass die politische Situation zwischen der SBZ und den Westalliierten bereits angespannt war, zeigt ein Artikel von Georg Sante über die Archivtreffen in Wiesbaden vom 25. Oktober und 10. Dezember 1946, in dem er sich kritisch über die Bodenreform in der SBZ äußert, durch die eine Vielzahl an Adels- und Privatarchiven zerstört wurde.¹⁰⁸⁷

Der erste Deutsche Archivtag nach dem Zweiten Weltkrieg fand im Mai 1949 in Wiesbaden statt und wurde mit dem „Gesamtverein deutscher Geschichts- und Altertumsvereine“ zusammengelegt.¹⁰⁸⁸ Auch die Archivare der Staatsarchive der SBZ erhielten Einladungen für diese Veranstaltung, mussten jedoch absagen, da sie

¹⁰⁸³ Vgl. Kahlenberg, Friedrich: Deutsche Archive. S. 35.

¹⁰⁸⁴ Vgl. die Auszüge der ersten Satzung des VdA. In: DA, Jg. 1 (1947/48) Sp. 44f; eine vollständige Fassung befindet sich in: DA, Jg. 20 (1967) Sp. 109–122.

¹⁰⁸⁵ Vgl. Archivartagung in Bamberg am 10. und 11. April 1947. In: DA, Jg. 1 (1947/48) Sp. 9–14.

¹⁰⁸⁶ Vgl. Bericht über den Deutschen Archivtag am 31.05.1949 in Wiesbaden. In: DA, Jg. 2 (1949) Sp. 44.

¹⁰⁸⁷ Vgl. Sante, Georg: Die Archive Großhessens. Bericht über die Tagungen zu Wiesbaden vom 25.10. und 10.12.1946. In: DA, Jg. 1 (1947/48) Sp. 8.

¹⁰⁸⁸ Vgl. Bericht über den Deutschen Archivtag am 31.05.1949 in Wiesbaden. In: DA, Jg. 2 (1949) Sp. 41–48.

keine Reisegenehmigung erhielten oder ihre Interzonenpässe nicht ausgehändigt bekamen.¹⁰⁸⁹ Willy Flach zeigte sich enttäuscht darüber, dass er dem Vorsitzenden des VdA, Bernhard Vollmer, seine Absage zum Archivtag in Wiesbaden 1949 mitteilen musste.¹⁰⁹⁰ Diese restriktive Haltung der SBZ bzw. späteren DDR gegenüber der Teilnahme an den Archivtagen in der Bundesrepublik Deutschland steigerte sich zunehmend. Durfte am ersten Nachkriegsarchivtag in Wiesbaden 1949 zumindest noch Hellmut Kretzschmar, als einziger Archivar der SBZ, teilnehmen, war ein Jahr später, auf dem Archivtag in Landshut 1950, kein Archivar der nun gegründeten DDR anwesend.¹⁰⁹¹

Von Seiten der Bundesrepublik wurde Kretzschmar in Wiesbaden willkommen geheißen und in der Eröffnungsansprache der Wunsch geäußert, bald eine ungetrennte Zusammenarbeit zu erreichen.¹⁰⁹² Im Anschluss folgten Referate zum Archivalienschutz, zur jüngsten deutschen Vergangenheit, aber auch zur Lage der Archive der DDR.¹⁰⁹³ Auf dem Archivtag in Marburg 1951 war wiederum nur Hellmut Kretzschmar präsent (Tabelle 12). Aus den Aufzeichnungen des MfS über Manfred Kobuch wird allerdings deutlich, dass sich auf dem Archivtag in Marburg, wie auch ein Jahr später in Nürnberg, eine StAV-Delegation befand, der auch Kobuch angehörte. In der Teilnehmerliste vom Archivtag wurde jene Delegation nicht aufgeführt. Kobuch reiste offiziell als Vertreter der StAV mit der Aufgabe, die Vermögenslage, den Bildungsstand und die politische Einstellung seiner bundesdeutschen Kontaktpartner aufzudecken. Zudem sollte er eine Überprüfung der mitreisenden Delegationsvertreter im Freizeitbereich vornehmen, die Informationen zum Kaufverhalten, zu Kontakten, politischen Unsicherheiten oder Vergnügungseinrichtungen umfasste.¹⁰⁹⁴ Kobuch wurde darüber hinaus mit der Überwachung der bundesdeutschen und ausländischen Archivbenutzer und dem Personalbestand des Staatsarchivs Dresden betraut.¹⁰⁹⁵ Der gleiche Aufgabenbereich galt für seinen Dresdner Kollegen Werner Pahlitzsch, der 1962 als IM verpflichtet wurde. Seine

¹⁰⁸⁹ Vgl. Georg Wilhelm Sante an Bernhard Vollmer, vom 03.05.1949. In: Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, RW 29/23 Bl. 66.

¹⁰⁹⁰ Vgl. Willy Flach an Bernhard Vollmer, vom 25.05.1949. In: Ebd. Bl. 88.

¹⁰⁹¹ Vgl. die Teilnehmerlisten beider Veranstaltungen: Bericht über den Deutschen Archivtag am 31.05.1949 in Wiesbaden. In: DA, Jg. 2 (1949) Sp. 41ff. Und 29. Deutscher Archivtag in Landshut am 19. und 20. September 1950. In: DA, Jg. 3 (1950) Sp. 181ff.

¹⁰⁹² Vgl. Bericht über den Deutschen Archivtag am 31.05.1949 in Wiesbaden. In: DA, Jg. 2 (1949) Sp. 43.

¹⁰⁹³ Vgl. die Referate des 28. Deutschen Archivtags in Wiesbaden am 31. Mai 1949. In: DA, Jg. 3 (1950) Sp. 2–

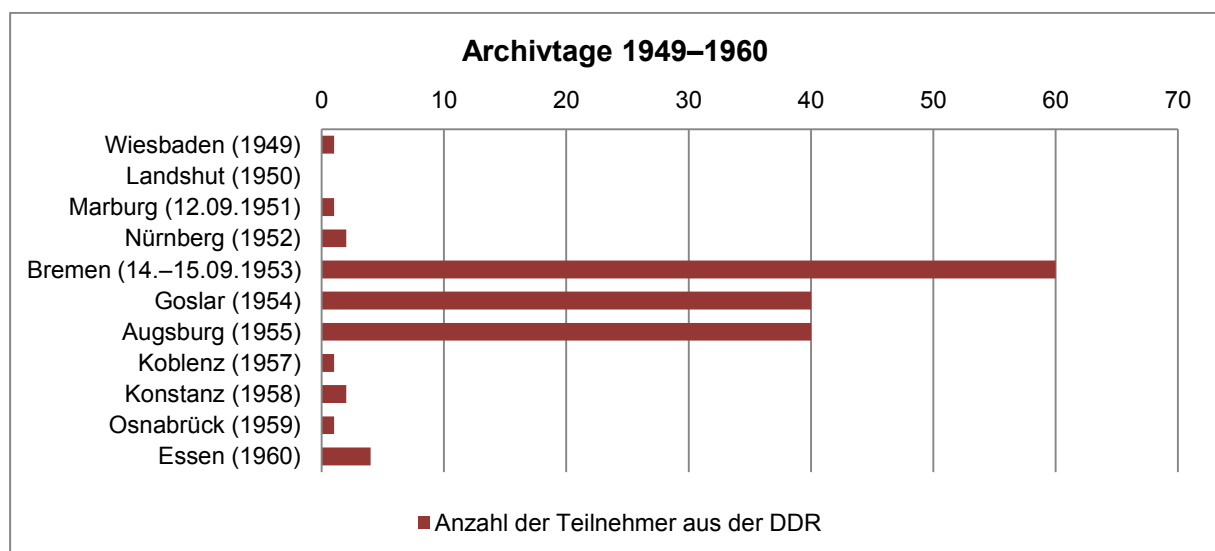
25.

¹⁰⁹⁴ Vgl. BStU, MfS, BV Dresden AIM 4765/90 Bd. 1 Bl. 228f.

¹⁰⁹⁵ Vgl. ebd. Bl. 7.

Berichterstattung an das MfS erfolgte im Abstand von 3 Wochen in seinem Dienstzimmer.¹⁰⁹⁶

Von den fünf ausgewählten Archivaren war auf diesen ersten drei bundesdeutschen Zusammentreffen nur der Archivdirektor Hellmut Kretzschmar als Vertreter der DDR zugegen. Die Zugangsmöglichkeiten zu den gesamtdeutsch angelegten Fachtagungen waren dabei nicht nur auf Archivare der Staatsarchive begrenzt, sondern standen auch Kommunal- oder Wirtschaftsarchivaren offen.¹⁰⁹⁷ Die geringe Teilnehmerzahl an Archivvertretern der DDR, von einer Person, zeigt, dass die bundesdeutschen Archivtage für die DDR noch weniger relevant waren als die Historikertage. Eine umfangreiche Teilnahme erfolgte für die DDR-Archivare bis 1952 nicht (Tabelle 12).



(Tabelle 12)¹⁰⁹⁸

Immerhin erhielt Kretzschmar 1951 in Marburg die Möglichkeit, selbst ein Referat zur anschließenden Diskussion beizutragen. Seinen Vortrag „Die Archive und die Gegenwartsprobleme der Landesgeschichtsforschung“ durfte er jedoch inhaltlich nicht selbst verfassen, sondern musste ihn zur Freigabe der Hauptabteilung Archivwesen des Mdl vorlegen, so Wahl.¹⁰⁹⁹ Obwohl der Inhalt des Textes ideologisch geprüft

¹⁰⁹⁶ Vgl. BStU, MfS, BV Dresden AIM 4765/90 Bd. 1 Bl. 65.

¹⁰⁹⁷ Vgl. § 10 der Satzungen des Verbandes der Historiker Deutschland (e. V.). In: Bericht über die 23. Versammlung deutscher Historiker in Ulm (13.–16. September 1956). S. 105.

¹⁰⁹⁸ Datenerhebung durch die Berichte über die Deutschen Archivtage 1951–1960. In: AM, Jg. 3 (1953) H. 3/4. S. 66; AM, Jg. 4 (1954) H. 4. S. 73f.; AM, Jg. 5 (1955) H. 4. S. 26f.; AM, Jg. 7 (1957) H. 4. S. 151; AM, Jg. 8 (1958) H. 4 S. 124f. und AM, Jg. 9 (1959) H. 6. S. 210f.

¹⁰⁹⁹ Vgl. Wahl, Volker: Der Kongress der Archivare der DDR 1952 in Weimar. In: Oldenhave, Klaus (Hrsg.): Archiv und Geschichte. Festschrift für Friedrich Kahlenberg. Düsseldorf: Droste 2000. S. 123.

wurde, hielt sich der Innenminister der DDR, Karl Steinhoff, die Möglichkeit offen, den Vortrag einzubehalten, im Falle eines politischen Kurswechsels.¹¹⁰⁰

Um die Teilnehmerzahl der DDR-Archivare auf den bundesdeutschen Archivtagen nicht ausdehnen zu müssen und den Alleinvertretungsanspruch des sozialistischen Archivwesens zu betonen, wurde von der Hauptabteilung Archivwesen für 1952 in Weimar ebenfalls ein Archivtag geplant. Damit dieses Zusammentreffen „nicht als zonaler Separatismus verleumdet werden könne“, wie Wahl der Handakte von Flach entnehmen konnte, kamen neben den 580 Gästen aus der DDR acht Archivare und zwei Historiker aus der Bundesrepublik Deutschland, bei 77 Absagen von bundesdeutscher Seite.¹¹⁰¹ In den Einladungen, die durch die Thüringische Landesarchivverwaltung unter Leitung von Willy Flach verschickt worden waren, wurden die Kollegen der Bundesrepublik Deutschland auf einen gewünschten Gedankenaustausch und als Gäste der DDR eingeladen.¹¹⁰²

Allerdings stand nicht der fachliche Austausch im Fokus der Veranstaltung, sondern der ideologische Konkurrenzkampf. Diese Erwartungshaltung trugen auch die eingeladenen Archivare der Bundesrepublik: Georg Schnath (Direktor des Staatsarchivs Hannover) bemerkte zur Teilnahme am Weimarer Kongress gegenüber Bernhard Vollmer, dass es falsche politische Signale setzen könne, wenn an einer Fachveranstaltung der DDR teilgenommen würde, zumal die Gefahr bestünde, „politisch missbraucht oder gar vergewaltigt zu werden.“¹¹⁰³

Allerdings sprachen einige Umstände für eine Teilnahme. Abgesehen von dem Versuch, eine fachliche Einigung aller deutschen Archivare zu erwirken, empfand Schnath eine Verantwortung gegenüber den Kollegen aus der DDR – „mögen sie auch [...] bei dieser Veranstaltung nur Puppen politischer Drahtzieher sein.“¹¹⁰⁴ Um dieser Misere zu entgehen, wurde vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen der Kompromiss von Schnath angenommen, an der Veranstaltung teilzunehmen, jedoch nur wenige Kollegen zu entsenden, „die einerseits zuverlässig, andererseits nicht zu prominent sind“.¹¹⁰⁵ Jenes Verhalten ist nachvollziehbar, da die Parteileitung der DDR eine ähnliche Verfahrensweise nutzte, wenn sie die Zusammenkunft nicht ganz verweigerte.

¹¹⁰⁰ Vgl. Hellmut Kretzschmar an Bernhard Vollmer, vom 20.06.1951. In: Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, RW 29/21 Bl. 75.

¹¹⁰¹ Wahl, Volker: Kongress. S. 122.

¹¹⁰² Vgl. ebd. S. 125f.

¹¹⁰³ Franz Schnath an Bernhard Vollmer, vom 24.04.1952. In: Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, RW 29/19 Bl. 37.

¹¹⁰⁴ Ebd. Bl. 38.

¹¹⁰⁵ Ebd.

Der Kongress in Weimar vom Mai 1952 verlief tatsächlich stark politisiert, was sich durch die Themenauswahl der abgehaltenen Referate zeigt und an der Vorgabe des Politbüros, dass bei den fachlichen Themen kein Einblick in die wirtschaftliche Situation und Vermögenswerte nach 1945 gegeben werden dürfte.¹¹⁰⁶ Der Referatstext, den Willy Flach für den Innenminister des Landes Thüringen, Willy Gebhardt, entworfen hatte und der die Leistungen des thüringischen Archivwesens aufzeigen sollte, blieb außer Acht und wurde durch Kritik an der bundesdeutschen Politik ersetzt, wie Wahl anführt.¹¹⁰⁷

Beantwortet wurden Gebhardts Äußerungen von den bundesdeutschen Kollegen stillschweigend. Lediglich Walter Schlesinger, der ein halbes Jahr zuvor in die Bundesrepublik Deutschland übergesiedelt war, verließ den Saal.¹¹⁰⁸

Überraschend ist, dass die bundesdeutschen Archivverwaltungen und der VdA nach diesem Zwischenfall weiterhin eine Teilnahme der DDR-Archivare auf ihren Veranstaltungen tolerierten. Die DDR-Kollegen wurden für den Archivtag in Nürnberg 1952 eingeplant und auch Otto Korfes gab sein Einverständnis für eine Delegation von vier bis sechs Archivaren, wie Wahl weiter ausführt.¹¹⁰⁹ Wie jedoch häufig in der Historie der DDR, wurde den Archivaren die Ausreise in die Bundesrepublik kurzfristig verweigert. Von Seiten der DDR konnten somit keine Archivare, jedoch der Jenaer Historiker Karl Griewank und der Dresdner Genealoge Kurt Wensch an dieser Veranstaltung teilnehmen. Die finanzielle Beihilfe in Höhe von 3000 DM, die Vollmer für die Unterbringung und Verpflegung der auswärtigen Gäste beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen beantragt hatte, wurde, im Sinne der weiteren Kontakthaltung, für die Archive in Potsdam, Bautzen, Gotha, Magdeburg und Schwerin genutzt. Von der Beihilfe erhielten jene Archive den „Archivar“ und die AZ der Jahre 1950 bis 1952.¹¹¹⁰

Wie bereits bei den Historikertagen erwähnt, waren auf den bundesdeutschen Archivtagen ab 1953 die Lockerungen der Reisepolitik der DDR zu bemerken, wodurch sich ein Besucheransturm aus der DDR verzeichnen lässt. Auf dem Archivtag in Bremen waren 1953 23 Archivare und 37 Historiker angereist, darunter Helmut Lötze, Willy Flach, Heinrich Otto Meisner, Helmut Kretschmar, Karlheinz

¹¹⁰⁶ Vgl. Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, vom 27.05.1952. In: BAArch, DY 30, IV 2/2, 213.

¹¹⁰⁷ Vgl. Wahl, Volker: Kongress. S. 129.

¹¹⁰⁸ Vgl. Bericht von Schlesinger an das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen zum Weimarer Kongress, vom 27.06.1952. In: BAArch Koblenz, B137/7803. Veröffentlicht im Anhang bei Ebd. S. 136.

¹¹⁰⁹ Vgl. Wahl, Volker: Kongress. S. 132.

¹¹¹⁰ Vgl. Winkler an Sante, vom 21.08.1952. In: Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, RW 29/19 Bl. 114f.

Blaschke, Friedrich Beck, Horst Schlechte oder die Historiker Alfred Meusel und Hans Haussherr.¹¹¹¹

Somit waren auf diesem Archivtag alle fünf ausgewählten Archivare dieser Studie vertreten. Ähnlich hohe Besucherzahlen erhielten die Archivtage in Goslar 1954 und Augsburg 1955, auf denen jeweils 40 Gäste aus der DDR angereist waren, darunter in Goslar eine offizielle Delegation aus 18 Archivaren und 22 Historikern. Zu den Teilnehmern zählten auch hier Helmut Lötze und Heinrich Otto Meisner sowie Walter Nissen (Staatsarchiv Merseburg), Karl Steinmüller (Stadtarchiv Zwickau) oder Friedrich Beck. Zudem waren Karlheinz Blaschke, Gerhard Enders, Willy Flach und Hellmut Kretzschmar anwesend.¹¹¹² Wie bereits bei den Historikertagen festgestellt, bestanden die angereisten Gäste aus der DDR, die an den Archivtagen von 1949 bis 1960 teilnahmen, aus Angehörigen der ersten und zweiten Archivargeneration, mit vereinzelt auftretenden Vertretern der dritten Altersgruppe.

Der Archivtag in Augsburg 1955 wurde dazu genutzt, die Fortschritte der verstärkten Zusammenarbeit zwischen den Archivaren der DDR und der Bundesrepublik weiter voranzutreiben. Helmut Lötze begrüßte in seiner Eröffnungsrede u. a. die schon traditionell gewordene Beteiligung der Archivare der DDR an den bundesdeutschen Archivtagen, den Austausch von Publikationsschriften und die wechselseitigen Besuche in den Archiven. Ein schriftlicher Nachweis der Kooperation beider deutscher Archivwesen fand in dem Verzeichnis aller deutschen und österreichischen Archivare und in der Arbeit des gemeinsamen Ausschusses für die archivarische Berufssprache seinen Ausdruck.¹¹¹³ Friedrich Beck beschrieb die Teilnahme der DDR-Archivare in Augsburg als „gewinnbringend“, da auf beiden deutschen Seiten die persönlichen Kontakte intensiviert werden konnten, was er der „süddeutschen Geselligkeit“ zusprach.¹¹¹⁴ Die nachträgliche Berichterstattung über den Archivtag an die StAV und in den AM empfand er hingegen als „zweifelhafte Ehre“ und als „heikles Problem“.¹¹¹⁵

Im Gegenzug zu dieser scheinbar politisch entspannten Lage wurden in der DDR parallel dazu erste Abschottungsmaßnahmen umgesetzt, um die Kontakte zur

¹¹¹¹ Vgl. Teilnehmerliste des gemeinsamen Historiker- und Archivtags in Bremen 1953. In: BArch, DY 30, IV 2/904, 151 Bl. 60–68.

¹¹¹² Vgl. Teilnehmerliste für den 33. Archivtag in Goslar 1954. In: Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden. In: Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, 10707 Hauptstaatsarchiv Dresden, Nr. 3669. Und Lötze, Helmut: 33. Deutscher Archivtag in Goslar (14.–16. September 1954). In: AM, Jg. 4 (1954) H. 4. S. 73.

¹¹¹³ Vgl. Beck, Friedrich: 34. Deutscher Archivtag in Augsburg (19.–23. September 1955). In: AM, Jg. 5 (1955) H. 4. S. 27.

¹¹¹⁴ Friedrich Beck an Gerhard Schmidt. In: Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, 12815 Nachlass Gerhard Schmidt, Nr. 295.

¹¹¹⁵ Ebd.

Bundesrepublik und dem westlichen Ausland einzuschränken. Dazu zählt die Überwachung des Schriftverkehrs der Archivare, wie der Kritik von Willy Flach in einer Direktorendienstbesprechung vom 13. Dezember 1955 entnommen werden konnte. Darin kritisiert er, dass die Westpost noch immer über die StAV geleitet würde.¹¹¹⁶ Des Weiteren bestand eine Anordnung des Innenministers, die Mitarbeitern des Staatsapparates sowie denen der Betriebe der volkseigenen Wirtschaft das Betreten und Durchfahren der Westsektoren Berlins verbot bzw. nur in genehmigten Ausnahmefällen gestattete.¹¹¹⁷

In einer Dienstbesprechung von 1957 gab Karl Höhnel den Archividirektoren überdies die Weisung, dass Privatreisen in die Bundesrepublik Deutschland nur in Ausnahmefällen und nicht für Urlaubszwecke gestattet würden.¹¹¹⁸ Derartige Ermahnungen waren begründet, vor allem als der StAV bekannt wurde, dass Dienstreisen wie auch Urlaubsreisen der Archivare in die Bundesrepublik Deutschland erfolgt waren.¹¹¹⁹ Als verwerflich wurden die 1957 erfolgten privaten Reisen der Archivare Berent Schwineköper und Karlheinz Blaschke angeführt. Beide waren 1957 „bereits zweimal in der Bundesrepublik“.¹¹²⁰ An diesen Ausführungen zeigt sich, warum selbst in dem wenig politisch relevanten Bereich des Archivwesens IM des MfS eingesetzt werden mussten. Der Wunsch der Parteispitze nach allseitiger Kontrolle über die herrschenden Verhältnisse in der DDR war zu stark, um mögliche deutsch-deutsche Kontaktaufnahmen zu tolerieren. Dementsprechend wurden sämtliche Gelegenheiten zur wechselseitigen Kommunikation mittels der Beschränkung der Reisemöglichkeit blockiert.

Diese und andere Widrigkeiten im archivischen Arbeitsalltag erklären die Abwanderungswelle der 1950er Jahre, die auch renommierte Archivare einschloss. Zu den Republikflüchtigen zählten, neben dem bereits angeführten Jürgen Sydow, die Archivare Manfred Hamann (1958 Flucht nach Hannover), Walter Nissen (1959 Flucht nach Göttingen), Berent Schwineköper (1959 Flucht nach Freiburg) oder Willy Flach (1958 Flucht nach Bonn).¹¹²¹ Auch hier waren es dieselben Beweggründe, wie die Ablehnung von Ideologie und Spitzelaufträgen, die Verweigerung der Reisegenehmigung, die Arbeitsaufnahme in der Bundesrepublik oder der Wunsch

¹¹¹⁶ Vgl. Protokoll zur Direktorenkonferenz, vom 13.12.1955. In: BArch, DO 1, Nr. 30226.

¹¹¹⁷ Vgl. Anordnung des Innenministers Karl Maron, vom 21.12.1956. In: Ebd., Nr. 1041 und Nr. 1087.

¹¹¹⁸ Vgl. Protokoll der Dienstbesprechung, 1957. In: Ebd., Nr. 18, S. 3.

¹¹¹⁹ Vgl. Bericht der Abteilung Kontrolle des Mdl zum „Informationseinsatz“ in der StAV und in den Bezirken Halle und Potsdam. In: BArch, DO 1, 31.0, 10316, S. 12.

¹¹²⁰ Ebd. S. 13.

¹¹²¹ Eine weiterreichende Auflistung von republikflüchtigen Archivaren findet sich bei Schreyer, Hermann: Archivwesen. S. 92.

nach einem besseren Einkommen, die für eine Flucht aus der DDR sinnstiftend waren.¹¹²²

Nach den Archivtagen der Jahre 1953 bis 1955 hatte sich die Situation zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland gerade entspannt, als es im Juni 1957 zum Erlass der Anweisung „über die weitere Entwicklung des staatlichen Archivwesens in der Deutschen Demokratischen Republik“ kam.¹¹²³ Jene Anordnung sollte die stärkere politische Lenkung der Staatsarchive und ihrer Mitarbeiter durch die StAV garantieren und die sozialistische Archivwissenschaft als einzige archivische Disziplin einführen. Zur Umsetzung dieses Vorhabens versuchte die StAV die politischen Unsicherheiten bei den Direktoren und Mitarbeitern der Staatsarchive zu beheben sowie den Standpunkt durchzusetzen, dass es ein gesamtdeutsches Archivwesen nicht gäbe und notwendige deutsch-deutsche Verbindungen im Archivbereich von der StAV kontrolliert werden müssten.¹¹²⁴

Jene Anweisung sorgte dafür, dass alle aufgebrachten Anstrengungen und Ziele seitens der DDR-Archivare revidiert und jeglicher länderübergreifender Zusammenhalt zerstört wurde. Nach der Verabschiedung dieses Beschlusses konnten an den Archivtagen in Koblenz (1957), Konstanz (1958), Osnabrück (1959) und Essen (1960) lediglich kleine offizielle Delegationen aus ideologiekonformen StAV-Mitgliedern teilnehmen, deren personelle Zusammensetzungen nicht mehr rekonstruierbar sind.¹¹²⁵ Aus diesem Grund wurden tabellarisch nur die Vertreter erfasst, die tatsächlich als Gäste der Veranstaltungen nachweisbar sind.

Mit dem Bau der Berliner Mauer 1961 war die Abgrenzungspolitik der DDR vollkommen. Nach erneuter Ausreiseverweigerung für DDR-Archivare war die Zusammenarbeit mit den Kollegen aus der Bundesrepublik auf den Archivtagen beendet und blieb bis zur Unterzeichnung des deutsch-deutschen Kulturabkommens 1986 bestehen. Von nun an mussten sich die Archivare der DDR mit den Arbeitstagen der StAV oder den regionalen Historikerkonferenzen begnügen, die sich im Ablauf an dem bundesdeutschen Pendant orientierten, aber eher der ideologischen Schulung ihrer Teilnehmer dienen sollten. Eine Gelegenheit zum überregionalen Austausch lieferten diese Zusammenkünfte dennoch. Wie sehr

¹¹²² Vgl. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.): Die Flucht aus der Sowjetzone und die Sperrmaßnahmen des kommunistischen Regimes vom 13. August 1961 in Berlin. Bonn: Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen 1961. S. 21f.

¹¹²³ Vgl. Beschlussvorlage für das Kollegium des Ministeriums des Innern über die weitere Entwicklung des staatlichen Archivwesens in der Deutschen Demokratischen Republik. In: BArch, DO 1, 30012.

¹¹²⁴ Vgl. ebd.

¹¹²⁵ Vgl. die Berichte über jene Archivtage, die in den AM und ab 1960 im „Archivar“ veröffentlicht sind: Osnabrück (AM, Jg. 9 [1959] H. 6. S. 210f.); Konstanz (AM, Jg. 8 [1958] H. 4. S. 124f.); Koblenz (AM, Jg. 7 [1957] H. 4. S. 151.); Essen (DA, Jg. 13 [1960] H. 4. Sp. 409–460).

die erzwungene Trennung die beiden deutschen archivischen Zünfte belastete, zeigt der Schriftwechsel von Heinrich Otto Meisner mit Kollegen aus der Bundesrepublik Deutschland.

Bereits im November 1961 schrieb Meisner an den Direktor des Frankfurter Stadtarchivs, Hermann Meinert, „so bitter schmerzlich ist doch das Gefühl des Ausgeschlossenenseins. [...]. Wie lange werden wir nun auf eine Gelegenheit [des Wiedersehens, Anm. d. V.] warten müssen; ich fürchte, für mich wird sie nicht mehr kommen.“¹¹²⁶ Auch Meinert beklagt sich bei seinem Kollegen über die eingeschränkten Reisemöglichkeiten, die ihm seine früheren sonntägigen Ausflüge in die Havellandschaft und nach Potsdam verwehrten.¹¹²⁷ Für Meisner war diese schriftliche Kommunikation „das einzige, was in dieser traurigen Zeit der Zerrissenheit noch verbindet. Es wäre schön, wenn wir uns wenigstens im Ausland begegnen könnten [...]. Nur gut, daß man damals nicht ahnte, was uns bevorstand.“¹¹²⁸ Jene deutsch-deutsche Korrespondenz war in den Jahren der Abschottung die einzige Möglichkeit, die Verbindungen zu den Kollegen aus der Bundesrepublik aufrechterhalten zu können. Es ist daher umso verständlicher, wenn Meisner seinem Stuttgarter Kollegen Kurt Leipner 1962 mitteilt, „Ihre Zeilen haben mir als Zeichen menschlicher Verbundenheit über die Mauer hinweg besonders wohlgetan.“¹¹²⁹

Auch wenn die Abwesenheit der Wissenschaftler aus der DDR auf den bundesdeutschen Archivtagen in den 1960er Jahren von den Archivaren aus der Bundesrepublik bedauert wurde, kann nicht darüber hinweggesehen werden, dass eine Entfremdung beider Zünfte erfolgte. Schickte die StAV der DDR Anfang der 1960er Jahre noch Grußtelegramme an den VdA und die Archivtage, wurde jene Geste im Laufe der Zeit eingestellt. Auch der VdA erwähnte die DDR-Archivare nicht mehr in den Eröffnungsreden der bundesdeutschen Archivtage. Selbst im „Verzeichnis der Archivare“ konnten die DDR-Vertreter nicht mehr geführt werden, da viele Informationen, wie die berufliche Wirkungsstätte, von den Kollegen aus der Bundesrepublik Deutschland nicht aktualisiert werden konnten. Ebenso verhielt es

¹¹²⁶ Heinrich Otto Meisner an Hermann Meinert, vom 02.11.1961. In: ABBAW, Nachlass Heinrich Otto Meisner, Nr. 7.

¹¹²⁷ Vgl. Hermann Meinert an Heinrich Otto Meisner, vom 04.06.1964. In: Ebd.

¹¹²⁸ Heinrich Otto Meisner an Hermann Meinert, vom 02.08.1964. In: Ebd.

¹¹²⁹ Heinrich Otto Meisner an Kurt Leipner, 1962. In: Ebd, Nr. 104.

sich mit den Archivadressen der DDR, die nur noch unter einem Vermerk „wichtige Archiv-Anschriften in der DDR“ gelistet werden konnten.¹¹³⁰

Das Ende dieser von Meinert erwähnten „Zerrissenheit“ sollte erst mit der Unterzeichnung des Kulturabkommens im Mai 1986 erfolgen und eine Annäherung bewirken. Darin verpflichteten sich beide deutsche Republiken, den Zugang zu offenen Archivmaterialien zu fördern, den Austausch von Archivgutreproduktionen und Fachliteratur zu ermöglichen und Auskünfte über Archivmaterialien zu gewährleisten. Überdies sollte die Teilnahme an Fachtagungen auf beiden deutschen Seiten wieder zugelassen werden.¹¹³¹ Das Kulturabkommen ermöglichte eine deutsch-deutsche Annäherung, wodurch auf dem Archivtag in Lübeck vom September 1989, nach 29 Jahren Trennung, wieder Gäste aus der DDR begrüßt werden konnten. Gewürdigt wurde diese Zusammenkunft durch Gesprächsrunden, in denen die ausländischen Gäste die aktuellen archivischen Probleme ihrer Institutionen diskutieren konnten.¹¹³²

Während der Friedlichen Revolution 1989 wurde dennoch eine Initiative zur Gründung eines eigenen Berufsverbandes der Archivare in der DDR unternommen, da es trotz aller Umstrukturierungsmaßnahmen zunächst noch so erschien, als ob die DDR als eigenständiger Staat weiter existieren könnte.¹¹³³ Im Februar 1990 wurde der „Verband der Archivare der DDR“ gegründet, unter dem Vorsitz von Gerhard Schmid vom Goethe-Schiller-Archiv in Weimar. Als Stellvertreter wurden die Archivräte Hermann Schreyer, vom Zentralen Staatsarchiv Potsdam, und Karlheinz Kuba, vom Zentralen Archiv des FDGB, gewählt.¹¹³⁴ Doch bereits auf der zweiten und letzten Mitgliederversammlung im Dezember 1990 in Leipzig sprachen sich die Mitglieder des neugegründeten Verbandes dafür aus, sich dem VdA anzuschließen. Dadurch wurde der Verband der Archivare der DDR am 31. Dezember 1990 aufgelöst.¹¹³⁵ Die Archivare der ehemaligen DDR, etwa 200 Personen, traten bis 1991 dem VdA bei. Fünf Archivare der neuen Bundesländer wurden in den Vorstand des VdA gewählt,

¹¹³⁰ Vgl. Reimann, Norbert: 50 Jahre Verein deutscher Archivare. In: Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv (Hrsg.): 50 Jahre Verein deutscher Archivare. Bilanz und Perspektiven des Archivwesens in Deutschland. Referate des 67. Deutschen Archivtags 1996 in Darmstadt (= Der Archivar, Beiband 2). Siegburg: Schmitt 1997. S. 9.

¹¹³¹ Vgl. Durchführung von Projekten, Archivtagungen in Verwirklichung des Kulturabkommens und Informationen zur Umsetzung des Kulturabkommens. In: BArch, DO 1, 30787.

¹¹³² Vgl. Taddey, Gerhard: Der 60. Deutsche Archivtag 1989 in Lübeck. In: DA, Jg. 43 (1990) H. 1. Sp. 7 und Sp. 25.

¹¹³³ Vgl. Blöß, Wolfgang; Elstner, Volkmar; Hebig, Dieter: Aufruf an die Archivare der DDR und Hebig, Dieter, Unger Manfred Initiative zur Gründung eines Berufsverbandes der Archivare der DDR. In: AM, Jg. 40 (1990) H. 1. S. 22f.

¹¹³⁴ Vgl. Statut des Verbandes der Archivare der DDR (e. V.) und Hebig, Dieter: Gründung des Verbandes. In: AM, Jg. 40. (1990) H. 3. S. 106.

¹¹³⁵ Vgl. Schmid, Gerhard: Außerordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes der Archivare der DDR in Leipzig. In: DA, Jg. 44 (1991) H. 2. Sp. 352.

darunter Ingelore Buchholz (Stadtarchiv Magdeburg), Reiner Groß (Staatsarchiv Dresden), Hermann Schreyer (Bundesarchiv, Abt. Potsdam) Joachim Wächter (Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommern) und Gerhard Schmid (Goethe- und Schillerarchiv Weimar).¹¹³⁶

Auf dem Archivtag in Karlsruhe 1990 konnte schließlich die Wiedervereinigung der deutschen Archivare gefeiert werden. Aus der ehemaligen DDR waren 160 Gäste angereist.¹¹³⁷ Die Pressemitteilung zur Eröffnung des Archivtages hielt der VdA-Vorsitzende Hermann Rumschöttel zusammen mit dem Ortsausschussvorsitzenden Gerhard Schmid.¹¹³⁸ Nach der Friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung Deutschlands konnte der Archivtag somit wieder seine Funktion als gesamtdeutscher Fachkongress wahrnehmen, der auch international an Bedeutung gewann. Diese wiedererworbene Freiheit sollte endgültig sein, was, so Gerhard Schmidt, „niemand mehr zu träumen geschweige denn zu hoffen gewagt“ hätte.¹¹³⁹

Fazit

Die deutschen Historiker- und Archivtage waren seit ihrer Gründung als Organisationen für den persönlichen Austausch sowie als Diskussions- und Weiterbildungsorte für fachspezifische Problemstellungen konzipiert und konnten auch den Kriegswirren der Weltkriege standhalten. Obwohl beide Veranstaltungstypen als gesamtdeutsche Einrichtungen entworfen wurden, kam es nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer Aufspaltung in die Historiker und Archivare der DDR und ihre bundesdeutschen Pendanten, was sich auf die Historiker- und Archivtage auswirkte.

Die politischen Unstimmigkeiten zwischen den beiden deutschen Staaten führten dazu, dass die zuvor gesamtdeutsch durchgeführten Fachtagungen nunmehr als bundesdeutsche Kongresse abgehalten werden mussten, an denen neben internationalen Gästen auch Kollegen aus der DDR teilnehmen konnten. Jedoch wurden die Nachkriegsveranstaltungen beider Berufsgruppen, durch den Alleinvertretungsanspruch des VHD und VdA, zunächst bewusst von der DDR-Regierung ignoriert. Trotz allem konnten auf diesen ersten Zusammenkünften bereits Kontakte zwischen Historikern und Archivaren der DDR untereinander sowie zu ihren

¹¹³⁶ Vgl. Schmid, Gerhard: Außerordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes der Archivare der DDR in Leipzig. In: DA, Jg. 44 (1991) H. 2. Sp. 352.

¹¹³⁷ Vgl. Degreif, Diether: Tagungsbericht zum 61. Deutschen Archivtag in Karlsruhe 1990. In: DA, Jg. 44 (1991) H. 1. Sp. 5.

¹¹³⁸ Vgl. ebd. Sp. 6.

¹¹³⁹ Vgl. ebd. Sp. 8.

bundesdeutschen Kollegen nachgewiesen werden – auch wenn eine Vielzahl der renommierten Wissenschaftler der DDR noch keine Reisegenehmigung erhielt.

Ab dem Jahr 1953 schien sich die politische Lage zu entspannen, was an den hohen Teilnehmerzahlen der DDR-Gäste auf den Historiker- und Archivtagen dieses und der folgenden Jahre abzulesen ist. Auf dem Archivtag in Bremen 1953 kamen von den 252 Teilnehmern immerhin fast 24 Prozent aus der DDR. Auch für den zwei Tage später stattfindenden Historikertag konnten 63 Gelehrte aus der DDR anreisen, bei einer Gesamtzahl von 375 Teilnehmern. Dennoch war es während des Bestehens der DDR für beide Berufsgruppen nicht möglich, gesamtdeutsche Veranstaltungen zu organisieren. Grund dafür war das prinzipielle Misstrauen der SED-Regierung gegenüber allen vereinsmäßigen Zusammenschlüssen, wodurch es erst 1989, für wenige Monate, zu einem eigenständigen Berufsverband der DDR-Archivare kam, im Gegensatz zur 1958 gegründeten Historikergesellschaft der DDR. Von einem funktionierenden archivischen Fachverband der DDR kann somit nicht gesprochen werden.

Dennoch war es dem sozialistischen Archivwesen möglich, eigene Kongresse und Tagungen zu veranstalten. Auch wenn es während des ersten Archivkongresses der DDR in Weimar 1952 zum Eklat kam, war ein fachlicher und kollegialer Austausch gegeben.¹¹⁴⁰ Von den 580 Teilnehmern dieser Zusammenkunft kamen 10 Gäste aus der Bundesrepublik, bei über 77 versendeten Einladungen. Im Gegensatz dazu befanden sich auf der ersten Tagung der Deutschen Historiker-Gesellschaft, unter den etwa 200 Teilnehmern, keine bundesdeutschen Kollegen. Dennoch verlief die Konferenz nicht konfliktfrei, sondern führte zu einer ideologischen Kontroverse zwischen parteiloyalen und nonkonformen Historikern der DDR. Von dieser Auseinandersetzung abgesehen erlangte jene erste Historikertagung, ähnlich wie der erste Archivkongress der DDR, keine wissenschaftlich relevante Bedeutung. Vielmehr dienten beide Veranstaltungen der ideologischen Schulung und der Weiterentwicklung des marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes.

Den Höhepunkt der Abgrenzungspolitik der DDR bildete der Mauerbau 1961. Bereits Ende der 1950er Jahre wurden beide Zusammenkünfte des Historiker- und Archivtags als Austragungsorte für politische Diskussionen und Diffamierungen genutzt. Als Ergebnis dieser Verfahrensweise wurde einigen Wissenschaftlern der DDR von 1961 bis 1988 die Teilnahme an den bundesdeutschen Kongressen verweigert. Erst nach der politischen Wende 1989 konnten die Veranstaltungen

¹¹⁴⁰ Vgl. Reimann, Norbert: 50 Jahre Verein deutscher Archivare. S. 8.

wieder zu dem werden, wozu sie konzipiert worden waren, zu gesamtdeutschen Historiker- und Archivtagen.

Eine enge berufliche Verbundenheit zwischen Historikern und Archivaren konnte in diesem Unterkapitel an den Historiker- und Archivtagen nachgewiesen werden. Die Zusammenkünfte wurden, aufgrund der ähnlichen fachlichen Themengestaltungen, von beiden Berufsgruppen besucht und teilweise auch zeitlich aufeinander abgestimmt (z. B. 1951 in Marburg oder 1953 in Bremen).

Sofern den Historikern und Archivaren der DDR die Dienstreisen genehmigt wurden, konnte ein fachlicher und privater Austausch stattfinden. Von einem freien Zugang zu den bundesdeutschen Historiker- und Archivtagen kann jedoch durch die rigiden Reisebeschränkungen nicht gesprochen werden. Die Genehmigungen zur Teilnahme an den Fachtagungen wurden, je nach politischem Kurs, von den Wissenschaftsfunktionären der SED vorgegeben und konnten kurzfristig widerrufen werden. Bis 1952 wurden beide Veranstaltungen von nonkonformen Fachvertretern auf eigene Kosten besucht. Erst 1953 kam es aufgrund der im selben Jahr erlassenen interzonalen Reiseerleichterungen zur vermehrten Aufmerksamkeit der Historiker- und Archivtage, wodurch auch marxistisch-leninistische Wissenschaftler die Möglichkeit zur Teilnahme erhielten. Somit bestand seit den ersten Nachkriegstagungen bis zur Friedlichen Revolution lediglich eine theoretische Zugangsmöglichkeit, die zudem mittels der Mitgliedersatzungen des VHD bzw. VDA geregelt wurde.

Diese Beschränkungen der Reisemöglichkeiten fanden auch in den Flüchtlingstendenzen der nichtmarxistischen Wissenschaftler während der 1950er Jahre ihren Niederschlag. Als Hintergründe der Abwanderungen sind in den meisten Fällen tiefe innere Konflikte dieser Gelehrten anzuführen, da sie durch die Abschottungsmaßnahmen in der DDR weder eine ernstzunehmende wissenschaftliche Forschung betreiben noch die persönlichen Verbindungen mit Kollegen aus der Bundesrepublik aufrechterhalten konnten. Zu den bekanntesten Republikflüchtlern zählten die Historiker Walter Schlesinger, Martin Lintzel, Hans Haussherr oder Albrecht Timm sowie die Archivare Jürgen Sydow, Walter Nissen, Berent Schwineköper und Willy Flach.

Da die Historiker und Archivare der DDR auf ihren Zusammenkünften als geschlossene auswärtige Delegation auftraten, ist davon auszugehen, dass sich die entsandten Wissenschaftler nicht nur mit ihrem bundesdeutschen Kollegenkreis, sondern auch untereinander im Austausch befanden. Es kann folglich neben der „deutsch-deutschen“ auch eine überregionale Vernetzung der DDR-Gelehrten kon-

statiert werden. Zumeist waren diese Bekanntschaften bereits vor den Kolloquien in der Bundesrepublik entstanden, durch vorherige Schriftwechsel oder frühere gemeinsame Arbeitsbereiche. Besonders häufig waren die Historiker Alfred Meusel, Leo Stern, Ernst Engelberg, Gerhard Schilfert, Max Steinmetz, Friedrich Schneider und Heinrich Sproemberg an den Diskussionsrunden der Fachtagungen beteiligt. Auf archivischer Seite sind Hellmut Kretzschmar, Helmut Lötze, Willy Flach, Heinrich Otto Meisner, Friedrich Beck und Hanns Gringmuth-Dallmer in dieser Funktion zu nennen. Zudem ist wahrscheinlich, dass sich die DDR-Vertreter, nach den Diskussionsrunden, während der Mittagspausen oder auf den angegliederten Ausflügen, im Kontakt befanden. Aufgrund der Informationen zu den Gästelisten der jeweiligen Archiv- bzw. Historikertagungen lässt sich rekonstruieren, dass zwei der drei Generationen dieser Arbeit allein durch diese Treffen miteinander bekannt waren.

Angesichts der Teilnehmer aus der DDR fällt auf, dass vor allem Vertreter der ersten und zweiten Generation zu nennen sind. Angehörige der dritten Altersgruppe konnten nur vereinzelt angeführt werden, was an der mangelnden Berufserfahrung dieser Personen lag. Repräsentiert wurde die DDR von Wissenschaftlern zwischen 45 bis 59 Jahren, die nach Kriegsende aktiv am Aufbau ihrer Fachbereiche, nach marxistisch-leninistischem Vorbild, beteiligt waren, den wissenschaftlichen Nachwuchs ausbildeten und eine Vielzahl von Leitungsfunktionen übernehmen konnten. Auf Seiten der Historiker waren das ideologiekonforme Vertreter wie Alfred Meusel, Ernst Engelberg, Heinz Kamnitzer, Karl Obermann oder Leo Stern. Auf archivischer Seite standen dagegen nichtmarxistische, jedoch der Parteilinie angepasste Vertreter wie Heinrich Otto Meisner, Hellmut Kretzschmar, Willy Flach, Horst Schlechte, Botho Brachmann, Friedrich Beck, Hanns Gringmuth-Dallmer und Helmut Lötze. In abschließender Betrachtung aller Ergebnisse dieses Unterkapitels konnte nachgewiesen werden, dass die Historiker- wie Archivtage der Jahre 1949 bis 1989 Informations- und Diskussionsplattformen und auch Orte der Kommunikation und freundschaftlichen Begegnung darstellten, die für die Historiker und Archivare beider deutschen Staaten gleichermaßen dienlich waren. In diesem Sinne haben sich beide Organisationstypen trotz aller politischen Widrigkeiten bis heute bewährt.

V. Resümee

Im Zentrum der Studie stand das Ziel, einen Vergleich von der bereits gut erforschten Lebenssituation der Historiker mit der Berufsgruppe der Archivare in der DDR darbieten zu können. Zur Umsetzung dieses Vorhabens waren zwei Fragestellungen sinnstiftend: Wie waren beide Berufsgruppen institutionell im Wissenschaftssystem der DDR verankert (Kapitel 4.2.) und inwieweit bestanden Beziehungsverflechtungen innerhalb und zwischen beiden Berufsgruppen (Kapitel 4.3.)? Ob sich durch das Herrschaftssystem der DDR für beide Berufsgruppen Konflikte ergaben – hinsichtlich der marxistisch-leninistischen Ideologie oder des Umgangs mit den politischen Kursänderungen und Systemanpassungen – wurde als untergeordneter Themenaspekt im gesamten vierten Kapitel dieser Arbeit behandelt.

In der ersten Forschungsfrage konnte geprüft werden, in welchem Umfang die fachliche Organisation für die Berufsgruppen der Archivare und Historiker im politischen System der DDR erfolgte und Ergebnisse erlangt werden, die das Ansehen des jeweiligen Berufsstandes und berufsgruppenspezifische Unterschiede in der DDR aufzeigten.

Die meisten Berührungspunkte zwischen der Geschichtswissenschaft und dem Archivwesen fanden sich während der Nachkriegsjahre und lagen im Wiederaufbau der wissenschaftlichen Institutionen und Neugründungen, die für beide Fachbereiche in organisatorischer und personeller Kontinuität verliefen. Die traditionellen Strukturen der Vorkriegszeit blieben im Personalbereich zunächst bestehen und konnten durch erste Zentralisierungsversuche, die bis Mitte der 1950er Jahre fortgeführt wurden, in beiden Bereichen ergänzt werden. Allerdings ließen sich für diese Nachkriegsjahre auch Gegensätzlichkeiten in der Personalpolitik erkennen. Innerhalb der Geschichtswissenschaft wurden bereits vor Kriegsende Kaderpolitierungsmaßnahmen vorbereitet, wodurch in den 1950er Jahren alle wesentlichen Umwandlungsmaßnahmen im Sinne der marxistisch-leninistischen Ideologie abgeschlossen waren. Auch die Kaderentwicklung wurde in diesem Fachbereich beschleunigt, womit der Elitenwandel in den 1960er Jahren als vollzogen galt. Für das Archivwesen ließen sich derartige Vorkehrungen nicht aufzeigen, weswegen die politische Überwachung des Fachbereichs gering blieb und eine größere wissenschaftliche Autonomie der Archive und ihres Fachpersonals möglich wurde.

Der Generationenwandel konnte in der Archivwissenschaft erst 20 Jahre später abgeschlossen werden.

Vergleichend bleibt festzuhalten, dass sich lediglich die Geschichtswissenschaft mitsamt ihrer Zunft zum Steuerungsinstrument der Partei entwickelte, obwohl beide Fachdisziplinen während der Nachkriegsjahre mittels der Personalpolitik und den Zentralisierungsversuchen politisch beeinflusst wurden. Bis zur Friedlichen Revolution 1989 mussten die Historiker die Vormachtstellung der SED und die Daseinsberechtigung der DDR immer neu erörtern und legitimieren. Der Berufsstand der Historiker war, hinsichtlich der Entwicklung ihrer wissenschaftspolitischen Apparate oder der Kaderprogramme, Ende der 1950er Jahre an einem Punkt angekommen, der von den Archivaren erst deutlich später erreicht wurde. Wird unter diesen Aspekten auf das staatliche Archivwesen der DDR geblickt, zeigt sich an vielen Stellen die mangelnde politische Beachtung dieses Bereiches bzw. die Fokussierung auf die Geschichtswissenschaft.

Dementsprechend kann den Archivaren der DDR nur eine unterstützende Funktion der Geschichtswissenschaft und eine nachgeordnete Rolle im Bereich der Gesellschaftswissenschaften der DDR zugestanden werden. Prägend waren die Archivare allerdings in der Beratung der wissenschaftlichen Archivbenutzer, wozu vor allem Historiker zählten, in der Erhaltung und Erschließung des Archivguts, innerhalb der Historischen Hilfswissenschaften und der regionalgeschichtlichen Forschung. Diese Bereiche wurden mittels personalpolitischer Richtlinien und Geheimhaltungsverfügungen stärker vom SED-Regime wahrgenommen und beeinflusst.

Die zweite Forschungsfrage sollte die beruflichen Beziehungsverflechtungen beider Berufsgruppen für den Zeitraum von Mitte der 1950er Jahre bis zur Friedlichen Revolution 1989 miteinander vergleichen. Um die Arten des Informationsaustauschs voneinander unterscheiden zu können, wurden zu diesem Zweck drei Kategorien aufgestellt: die des Universitäts- und Hochschulbereichs (4.3.1.), die der Redaktionskollegien wissenschaftlicher Fachblätter (4.3.2.) und die Kategorie Kongresse und Tagungen (4.3.3.). In allen drei Bereichen konnten die Bemühungen der Parteileitung um die Etablierung einer sozialistischen Wissenschaft mitsamt ihrer parteiloyalen Mitarbeiter nachgewiesen werden.

Im Universitätsbereich erfolgte diese ideologische Durchdringung mittels der neuen, „sozialistischen Intelligenz“, wodurch die nichtmarxistischen Gelehrten und ihre Wissenschaftsauffassungen aus dem Hochschulsektor vertrieben werden sollten. Den wichtigsten Meilenstein bildete die sozialistische Intelligenzrekrutierung. Der

Wunsch der SED, bis 1958 eine lenkbare und parteitreue Wissenschaftselite herauszubilden, blieb dennoch unerfüllt, obwohl die erfolgreiche Umsetzung dieses Vorhabens propagiert wurde. Möglich wurde diese Agitation durch das zurückhaltende und abwartende Verhalten der Wissenschaftler während der Krisenjahre der DDR, was sich an der dargestellten Verhaltensweise der zehn ausgewählten Gelehrten dieser Arbeit zeigt.

Die Mehrheit der Historiker und Archivare der DDR stand während der Ausschreitungen im Sommer 1953 sowie nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 oder dem Mauerbau 1961 regimenah zur Politik des Politbüros. Jedoch hielten sich beide Zünfte mit öffentlichen Bekundungen und einem aktiven Eingreifen in das Geschehen zurück. Vor allem die fünf Historiker unterstützten die Handlungsweisen der Parteispitze und waren darin einig, dass sie der Parteiführung loyal gegenüberstanden und regimekritische Forderungen abzulehnen hatten. Ein widerständiges Auflehnen gegen die Parteipolitik jener Krisenjahre erfolgte weder von den nonkonformen Historikern noch durch die nichtmarxistischen Archivare. Ein Verstoß gegen die parteipolitische Linie hätte die berufliche Existenz gefährden können, den Verlust von einflussreichen Ämtern und Zugeständnissen bedeutet, oder eine Parteistrafe nach sich gezogen.

Die Anpassung an die politische Situation schien unter diesen Verhältnissen der leichtere Weg, um die beruflichen Ziele in der DDR verwirklichen zu können. Auffällig war, wie konträr die repressiven Verfahrensweisen der SED je nach Wissenschaftler ausfielen. Jürgen Kuczynski konnte nach seiner Revisionismuskampagne weitere akademische Tätigkeiten und Ehrenämter ausüben, und auch Fritz Klein, der seine Stelle als Chefredakteur der ZfG aufgeben musste, fand eine neue Anstellung an der AdW. Karlheinz Blaschke, der sich keiner Selbstkritik zu unterziehen vermochte, erhielt keine Möglichkeit, sich in der Universitätslandschaft der DDR zu etablieren, und musste sein akademisches Wirken im Schutz der Kirche verwirklichen. Gemäß der orwellschen Darstellung bedeutet eine Ideologie anzunehmen somit immer, ihr Erbe an ungelösten Widersprüchen zu übernehmen.¹¹⁴¹ Diese Einstellung trug zusammen mit weiteren politischen Indikatoren zur allgemeinen gesellschaftlichen Krise und Generationsblockade bei. Trotz des Unmutes der Belegschaften der Historiker und Archivare kam es in beiden Zünften nicht zu einer Revolution von innen. Bei den marxistisch-leninistischen Gelehrten, wie den fünf ausgewählten Historikern, ist eine Befürwortung der Politik der Einheitspartei obligatorisch, obwohl es auch unter ihnen

¹¹⁴¹ Vgl. Orwell, Georg: Denken mit Georg Orwell. Ein Wegweiser in die Zukunft. Zürich: Diogenes 2012. S. 37.

kritischere Zeitgenossen gab, wie Kuczynski oder Klein. Beide Historiker waren bemüht, international geltende wissenschaftliche Standards zu halten und gerieten häufiger in Konflikte mit den Wissenschaftsfunktionären der SED. Ihre allgemeine politische Gesinnung war jedoch fest mit den Idealen des Marxismus-Leninismus verbunden. Im Gegensatz dazu waren die Archivare dieser Arbeit (ausgenommen Beck) keine SED-Mitglieder. Bis auf Blaschke haben sich die ausgewählten Archivare den herrschenden Verhältnissen in der DDR angepasst. Dementsprechend verhielten sich die Repräsentanten der Studie trotz ihrer Unterschiede in der politischen Einstellung in gleicher Weise zurückhaltend. Zwar bezogen einige von ihnen in ihren Tagebüchern oder später verfassten Erinnerungen eine positive oder negative Position zur Parteipolitik jener Krisenjahre von 1953, 1956 oder 1961, aktiv wurden sie jedoch weder in der Unterstützung von Demonstranten oder Streikleitungen, noch engagierten sie sich innerhalb sozialistischer Propagandaveranstaltungen oder als Streikbrecher.

Vor allem die sozialistischen Historiker und Archivare hielten, trotz des Wissens um die Fehler im politischen System der DDR, am Glauben an die marxistisch-leninistischen Ideale und die Überlegenheit des Sozialismus fest, zweifelten aber an der Unfehlbarkeit, mit der sich das Politbüro der SED betrachtete. Viele dieser Parteisoldaten nahmen die politischen Krisen und Maßnahmen als Missstände hin, da sie nach wie vor vom Gesellschaftsmodell der DDR überzeugt waren. Im Gegensatz dazu waren die nichtmarxistischen Gelehrten, die in der DDR blieben, bemüht, das an Reglementierung und Zwängen krankende System, in dem sie lebten, zu untergraben. Dafür diente ihnen ein offiziell angepasstes, aber in ihrem alltäglichen Wirken nonkonformes Verhalten oder der Rückzug ins Private. Wie Stephan Krawczyk zu dieser Problematik ausführt, schwankte ein großer Teil der DDR-Bürger zwischen „Wohlverhalten, Fehlverhalten, Kritik und Selbstkritik“.¹¹⁴² Eine weitere Gemeinsamkeit bestand darin, so erneut Krawczyk, dass sie die Parteipropaganda, „man sei auf dem richtigen Weg“, ohne Zweifel annahmen, die parteipolitischen Rituale absolvierten und sich mit dem Sozialismus arrangierten, so gut es ging.¹¹⁴³ Auch die Beispiele der Repressionsmöglichkeiten dieser Studie lieferten einen Eindruck, warum sich nicht mehr Historiker und Archivare gegen das politische Gebilde der DDR auflehnten, sondern sich den Gegebenheiten anpassten, obwohl sie mit der marxistisch-leninistischen Propaganda nicht übereinstimmten. Die Anpas-

¹¹⁴² Krawczyk, Stephan: Kindergarten, Schießbefehl, Bier für 50 Pfennig. In: Die Welt, vom 08.10.2008. S. 9.

¹¹⁴³ Ebd.

sung an die Lebensbedingungen in der DDR erfolgte als unbewusster Sozialisationsprozess.

Wie sich an den personellen Beispielen und Ausführungen dieser Arbeit gezeigt hat, handelten fast alle zehn Historiker und Archivare nach dem blaschkeschen Vorsatz „Bleiben und verändern, durch den Geist und durch das Wort“ – allerdings jeder nach seinen moralischen und politischen Wertvorstellungen.¹¹⁴⁴ Verbunden waren sie durch den Wunsch, die Herausbildung und Erziehung der Nachwuchskader zu ermöglichen. Dabei bestand die Sozialformation der Wissenschaftler der DDR aus unterschiedlichen Charakteren, wie den kritischen Marxisten-Leninisten, zu denen Jürgen Kuczynski oder Fritz Klein zählten, oder den unkritischen Marxisten-Leninisten, wie Horst Bartel, Leo Stern oder Alfred Meusel. Selbst unangepasste Nichtmarxisten wie Karlheinz Blaschke oder parteiloyale Nichtmarxisten wie Hellmut Kretzschmar, Heinrich Otto Meisner, Friedrich Beck und Willy Flach fanden im Archivwesen der DDR ihre berufliche Nische, um wissenschaftlich wirken zu können. Neben dem Rückzug ins Private standen somit verschiedene Varianten der Loyalität gegenüber dem Parteiapparat zur Wahl, um sich mit dem politischen System der DDR zu arrangieren.

Dieses Verhalten zeigte sich auch in den ausgewählten Redaktionskollegien der drei Fachblätter. Aus der Summe der Mitarbeiter dieser Redaktionskollektive wird deutlich, dass eine berufliche Vernetzung in diesem Bereich vor allem die Historikerzunft der DDR betraf. Die redaktionelle Mitwirkung der Archivare beschränkte sich ausschließlich auf die AM. Auch waren die Redaktionskollegien der geschichtswissenschaftlichen Fachblätter durch eine politische Einflussnahme in ihrem Arbeitsalltag und ihrer internen Struktur organisiert, wohingegen das archivische Journal nur wenige ideologische Eingriffe erfuhr und nur die nötigsten redaktionellen Organisationsstrukturen aufwies. Von einem üblichen Arbeitsalltag innerhalb der Herausgabe einer Fachzeitschrift kann somit nicht gesprochen werden.¹¹⁴⁵ Schwierigkeiten in der personellen Struktur der Redaktionskollegien bestanden, aufgrund der Vielzahl der Mitarbeiter und ihrer politischen Bedeutung, vornehmlich bei der ZfG und waren durch Konkurrenzdruck oder unvereinbare fachliche Ansichten geprägt. Da die Redaktionskollegien der BzG und der AM deutlich kleiner ausfielen als die der ZfG, entstanden hier geringere persönliche Unstimmigkeiten.

¹¹⁴⁴ Blaschke, Karlheinz: Ein bürgerlicher Historiker. S. 92.

¹¹⁴⁵ Vgl. Freundliche Mitteilung von Peter Langhof, vom 22.12.2014.

Häufig bestanden Probleme in der Zusammenarbeit zwischen traditionellen wissenschaftlichen Gelehrten und jenen, die als reine Propagandisten angesehen wurden. Allerdings waren diese personellen Schwierigkeiten nur bedingt systembegründet und existierten, als Teil des normalen Berufsalltages, öfter durch fachliche Konkurrenz statt durch das politische Eingreifen der Parteispitze in die Fachaufgaben. Die hierfür erwähnten Beispiele von Jürgen Kuczynski und Fritz Klein verdeutlichten, inwieweit der Parteiapparat, in Fällen der Übertretung der Diskursgrenzen, bereit war zu gehen, um die politische Ordnung wiederherzustellen. Sie bedienten sich der Isolation und Diffamierung der Störfaktoren aus ihrer fachlichen und privaten Gemeinschaft und der Androhung mit dem Ausschluss aus der Partei.

Diese rigide Parteipolitik des Politbüros übertrug sich auch auf die deutsch-deutschen Beziehungen der Historiker und Archivare auf ihren Fachtagungen. Die politischen Unstimmigkeiten zwischen den zwei deutschen Staaten führten dazu, dass die, vor den beiden Weltkriegen, gesamtdeutsch durchgeführten Historiker- und Archivtage nunmehr als bundesdeutsche Kongresse abgehalten werden mussten, an denen die Vertreter aus der DDR teilnehmen durften. Somit konnten auf diesen Zusammenkünften, ab 1953 und bis zum Bau der innerdeutschen Grenze 1961, Kontakte zwischen Historikern und Archivaren der DDR untereinander sowie zu ihren bundesdeutschen Kollegen nachgewiesen werden. Sofern den Historikern und Archivaren der DDR die Dienstreisen gestattet wurden, war ein fachlicher und privater Austausch möglich. Von einem freien Zugang zu den bundesdeutschen Historiker- und Archivtagen kann jedoch, durch die Abgrenzungspolitik der Parteileitung der SED, nicht gesprochen werden.

Das grundsätzliche Misstrauen der SED-Regierung gegenüber allen vereinsmäßigen Zusammenschlüssen verhinderte die Organisation von gesamtdeutschen Veranstaltungen. Vielmehr wurden beide Zusammenkünfte bereits Ende der 1950er Jahre als politische Tribüne genutzt, was dazu führte, dass einigen DDR-Wissenschaftlern von 1961 bis 1988 die Teilnahme an den bundesdeutschen Kongressen verweigert wurde. Eine erneute Annäherung war erst nach der politischen Wende 1989 möglich, wodurch die beiden Veranstaltungen nunmehr als gesamtdeutsche Historiker- und Archivtage stattfinden konnten.

Da die Geschichte des VHD bisher nicht systematisch untersucht worden ist, liegt hier ein Ansatz für künftige Forschungsvorhaben. Seit April 2013 fördert die Fritz Thyssen Stiftung für Wissenschaftsförderung bereits das Pilotprojekt „Institutionalisierte Geschichte. Der Verband Deutscher Historiker und seine Historikertage 1890

bis 1950“ zur Darstellung der Verbandsgeschichte. Wie dem zeitlichen Rahmen zu entnehmen ist, wird die DDR hierbei nur eine geringe Rolle spielen. Allerdings umfasst das Projekt neue Forschungsansätze, in denen die DDR-Historikergesellschaft und der Unabhängige Historikerverband Beachtung finden werden.¹¹⁴⁶ Eine Publikation der Forschungsergebnisse ist bisher nicht erschienen.¹¹⁴⁷

Nach Abschluss des Projektes müssen jene neuen Erkenntnisse mit den bereits bekannten Informationen abgeglichen und durch neu erschlossenes oder noch nicht veröffentlichtes Archivmaterial einer wiederholten Bewertung unterzogen werden. Gleiches trifft auf den Vergleich der beruflichen Situation der Historiker- und Archivarszunft der DDR mit ihren Kollegen der Bundesrepublik Deutschland zu. Zudem bestehen bisher keine umfassenden Abhandlungen über das staatliche Archivwesen der Bundesrepublik Deutschland und seine Fachvertreter. Jener Schwerpunkt wäre für künftige Forschungsvorhaben von Relevanz.

Im Hinblick auf die Summe aller Ergebnisse bleibt festzustellen, dass berufliche Verbindungen zwischen Historikern und Archivaren der DDR auf vielfältigen Kommunikationsebenen bestanden, die allerdings nicht bewusst von dem Fachpersonal herbeigeführt wurden, sondern situationsbedingt durch gemeinsame Forschungsprojekte oder den persönlichen Austausch auf Fachveranstaltungen erfolgten. Eine soziale Vernetzung beider Berufsgruppen war somit gegeben und basierte auf mehreren Strukturen. Sie beinhaltete die Komponente des Kollektivdenkens, wodurch die Historiker und Archivare dem Gesellschaftssystem der DDR und ihrer Ideologie positiv gegenüberstanden oder sich, als Notgemeinschaft, gegen die politischen Ideale der DDR wandten. Beide Formen der Kumpanei funktionierten nur, wenn sich die Akteure aufeinander einlassen konnten.¹¹⁴⁸ Die positiven Folgen dieser Kollektive waren ein starker Zusammenhalt, ein hoher Grad an Kommunikation und Informationsaustausch sowie die Reduktion von Angst und Druck, die mittels der sicherheitspolitischen Maßnahmen des MfS erzeugt wurden. Die Nachteile dieses Modells lagen in der sozialen Kontrolle, die zumeist in „Konfliktharmonisierung“, Unterordnung und Konformität gegenüber den politischen

¹¹⁴⁶ Vgl. Freundliche Mitteilung von Matthias Berg (wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsprojektes), vom 14.10.2015.

¹¹⁴⁷ Allerdings sind aus der Bearbeitung zwei Themenhefte hervorgegangen: Zur Geschichte des Historikerverbands. In: GWU, Jg. 64 (2013) H. 3/4 und Der deutsche Historikerverband im interdisziplinären Vergleich. In: Comparativ, Jg. 25 (2015) H. 1.

¹¹⁴⁸ Vgl. Diewald, Martin: „Kollektiv“, „Vitamin B“ oder „Nische“? Persönliche Netzwerke in der DDR. In: Huinink, Johannes; Mayer, Karl Ulrich (Hrsg.): Kollektiv und Eigensinn. Lebensverläufe in der DDR und danach. Berlin: Akademie Verlag 1995. S. 224.

Gegebenheiten mündeten.¹¹⁴⁹ Eine weitere Komponente der sozialen Vernetzung lag im sogenannten „Vitamin B“, das der Beschaffung von Fachliteratur und wissenschaftlichen Gerätschaften, neuer Arbeitsperspektiven oder zur Verwirklichung eigener Forschungsprojekte benötigt wurde.¹¹⁵⁰ Der letzte Bereich umfasste die Metapher der „Nische“, die in diesem Kontext mit dem Rückzug ins Private gleichzusetzen ist, fernab der ritualisierten Teilnahme an Parteiprogrammen. Im Gegensatz zu den beiden anderen Komponenten umfasste die Nische nur eine kleine, ausgewählte Anzahl an persönlichen Beziehungen, die vor der obrigkeitstaatlichen Kontrolle geschützt werden sollte.¹¹⁵¹ Ebenjene Geflechte der sozialen Beziehungsstrukturen konnten an einigen Beispielen dieser Arbeit nachgewiesen werden.

Die Grenzen dieser Studie liegen in den Aussagen zur Qualität dieser Beziehungsverflechtungen. Generell ließ sich über diesen Parameter der Sozialbeziehungen aus den personenbezogenen Unterlagen der Nachlässe, den Autobiografien oder der Sekundärliteratur kein abschließendes Urteil ziehen. Nachgewiesen werden konnte, abgesehen vom dem Umstand, dass überhaupt persönliche Verbindungen bestanden, dass von einigen der zehn ausgewählten Repräsentanten dieser Arbeit die personellen Verbindungen zu Kollegen als freundschaftlich oder als zerstritten beschrieben wurden. Inwieweit diese Aussagen zum Grad der Verbindungen zutreffend sind, konnte nicht abschließend geklärt werden.

Was von ihnen als Repräsentanten der Historiker- und Archivarszunft der DDR bleibt, sind ihre veröffentlichten Erinnerungen, ihre Wertvorstellungen, ihre Stasi-Vergangenheit und ihre individuellen Erfahrungen mit dem Recht und Unrecht eines Staates, der jegliche persönliche Freiheiten und berufliche Selbstverwirklichungen beschränkte. Die freie und klassenlose Republik, die von der Parteileitung der SED propagiert wurde, konnte ebenso wenig verwirklicht werden, wie die von so vielen DDR-Bürgern ersehnte Demokratisierung. Stattdessen existierte mit der DDR eine Gesellschaft, deren Alltag auf Kontrolle, Unterdrückung und Zwang basierte. Alle gesellschaftlichen Bereiche waren ideologisch durchsetzt, ohne dass eine unabhängige Instanz gegenüber dem Herrschaftsanspruch der SED existierte. Das Unrecht der DDR, das in dieser Arbeit auf beruflicher Ebene der Historiker und Archivare dargestellt werden konnte, war somit strukturell und politisch bedingt,

¹¹⁴⁹ Vgl. Diewald, Martin: „Kollektiv“, „Vitamin B“ oder „Nische“? S. 224.

¹¹⁵⁰ Vgl. ebd. S. 225.

¹¹⁵¹ Vgl. ebd.

wobei ihr Recht stets willkürlich blieb. Jenes Herrschaftssystem konnte nur eines garantieren: dass die DDR scheitern musste, und zwar im Wesentlichen an sich selbst.

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

Periodika sind kursiv gesetzt

ABBAW	Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften
ABF	Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten
AdW	Akademie der Wissenschaften zu Berlin
AfG	Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED
AM	<i>Archivmitteilungen</i>
AZ	<i>Archivalische Zeitschrift</i>
BArch	Bundesarchiv
BStU	Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
BzG	<i>Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung</i>
DiaMat	Dialektischer Materialismus
DVV	Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung
DZA	Deutsches Zentralarchiv
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
Gewifa	Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit
GStA	Geheimes Staatsarchiv
HistoMat	Historischer Materialismus
HU Berlin	Humboldt-Universität zu Berlin
HZ	<i>Historische Zeitschrift</i>
IfA	Institut für Archivwissenschaft
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IML	Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
LDP(D)	Liberal-Demokratische Partei (Deutschlands)
Mdl	Ministerium des Innern
MEL(S)-Institut	Marx-Engels-Lenin-(Stalin)-Institut
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NVA	Nationale Volksarmee
PHS	Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs

StAFO	Staatlicher Archivfonds
StAV	Staatliche Archivverwaltung
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VHD	Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands
ZfG	<i>Zeitschrift für Geschichtswissenschaft</i>
ZK	Zentralkomitee

Verzeichnis ungedruckter Quellen

Archivgut

Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (ABBAW)

Personennachlass Alfred Meusel: Nr. 1; 3; 46; 636

Personennachlass Eduard Winter: Nr. 2853

Personennachlass Heinrich Otto Meisner: Nr. 6; 7; 9; 26; 104

Personennachlass Horst Bartel: Nr. 2; 3

Personennachlass Jürgen Kuczynski: Nr. 175 (Teil 1–3)

Personennachlass Leo Stern: Nr. 1

Bundesarchiv (BArch)

DO 1, 22.0. Staatliche Archivverwaltung der DDR: Nr. 30012; 30194; 30195; 30208; 30209; 30210; 30226; 30787; 32841

DO 1, 31.0. Ministerium des Innern der DDR: Nr. 21060; 10316

DO 7, Fachschule für Archivwesen „Franz Mehring“: Nr. 247

DY 30, Bestand SED:

(IV 2/ 1), Protokolle des Parteivorstandes / Zentralkomitees: Nr. 255

(IV 2/ 2), Protokolle des Politbüros des ZK der SED: Nr. 167; 179; 213; 310; 314; 331; 341; 428; 576; 593; 651; 1374; 1569; 1862; 2171

(IV 2/ 3), Protokolle des Sekretariats des ZK der SED: Nr. 620

(IV 2/ 5), Zentralkomitee, Abteilung Parteiorgane: Nr. 542

(IV 2/ 902), Zentralkomitee, Abteilung Agitation: Nr. 6

(IV 2/ 904), Zentralkomitee, Abteilung Wissenschaft und Hochschulen: Nr. 52; 90; 101; 114; 135; 143; 147; 148; 151; 199; 398; 533; 583

(IV 2/ 907), Zentralkomitee, Institut für Marxismus-Leninismus: Nr. 37

(IV 2/ 2024) Büro Kurt Hager: Nr. 47

NY 4182, Nachlass Walter Ulbricht: Nr. 1364

NY 4198, Nachlass Albert Schreiner: Nr. 89

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU)

BStU, MfS, AGMS 10269/ 84

BStU, MfS, AIM 16234/ 91 Bd. 1–2

BStU, MfS, AIM 16234/ 91 Beifügung Bd. 1

BStU, MfS, AOP 338/ 55

BStU, MfS, AS 1717/ 67 Bd. 1

BStU, MfS, BV Dresden, AIM 4765/ 90 Bd. 1

BStU, MfS, BV Dresden, AGMS 4661/ 90 Bd. 1

BStU, MfS, BV Halle, AP 1989/ 67 Bd. 1–3

BStU, MfS, Bv Pdm, Abt. VII 719

BStU, MfS, HA IX, 24277

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Archiv des Liberalismus

LDPD, Zentrale Parteischule: Nr. 5784/1

Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland, Duisburg

RW 29, Unterlagen des Vorsitzenden des Vereins deutscher Archivare und Archivarinnen e.V.: Nr. 19; 21; 22; 23

Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden

12815 Personennachlass Gerhard Schmidt: Nr. 295

12718 Personennachlass Hellmut Kretzschmar: Nr. 5; 106; 112; 119; 167; 173; 220

12772 Personennachlass Horst Schlechte: Nr. 103

10707 Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden: Nr. 56; 1341; 3669; 6074

Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar

Personennachlass Willy Flach: Nr. 281; 36127

Universitätsarchiv der Humboldt-Universität Berlin

Philosophische Fakultät nach 1945: Nr. 85

Universitätsarchiv der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Personennachlass Fritz Kern: NL Kern-14

Internetquellen

Findbucheinleitung des Bestandes „Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED“ des Bundesarchivs. Bearbeitet von Ute Räuber 2006. URL: Online-Findbuch „Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED“ des Bundesarchivs, www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30iml/index.htm. (Stand: 18.01.2016).

Hebig, Dieter: Archivmitteilungen heute. URL: Homepage der Zeitschrift Archivmitteilungen: www.archivmitteilungen.de/AMheute.htm. (Stand: 18.01.2016).

Hinweise des Bundesarchivs zur Benutzung des SED-Archivguts. In: Homepage des Bundesarchivs. URL: www.bundesarchiv.de/sed-fdgb-netzwerk/benutzung.html#u3. (Stand: 18.01.2016).

Informationen zur Herausgeberschaft der ZfG. In: Homepage der ZfG: www.metropol-verlag.de/pp/zfg/pp/herausgeber.htm. (Stand: 18.01.2016).

Mitgliederverzeichnis der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. URL: Homepage der Historischen Kommission bei der bayerischen Akademie der Wissenschaften München: www.historischekommission-muenchen.de/organisation/aktuelle-mitglieder.html#undefined (Stand: 18.01.2016).

Mitgliederverzeichnis der Sächsischen Akademie der Wissenschaften. URL: Homepage der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig: www.saw-leipzig.de/de/mitglieder/blaschkek. (Stand: 18.01.2016).

Radtke, Julia: Der Historikertag: Ein akademisches Ritual. In: *zeitgeschichte online*. URL: www.zeitgeschichte-online.de/kommentar/der-historikertag-ein-akademisches-ritual. (Stand 18.01.2016).

Thematisches Gesamtinhaltsverzeichnis der AM. URL: Homepage der Zeitschrift Archivmitteilungen: www.archivmitteilungen.de/Register.htm. (Stand: 18.01.2016).

Freundliche Mitteilungen

von Prof. Dr. Adolf Laube, vom 12.01.2015

von Prof. Dr. Karlheinz Blaschke, vom 24.06.2015

von Prof. Dr. Mario Keßler, Unveröffentlichtes Manuskript: Fritz Klein und Alfred Meusel - linke Bildungsbürger zwischen Parteitreu und Wissenschaft. Vortrag zur Veranstaltung „In memoriam Fritz Klein“ des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, vom 17.11.2011. Das Manuskript wurde der Autorin vom Verfasser freundlicherweise zur Verfügung gestellt.

von Dr. Matthias Berg, vom 14.10.2015

von Dr. Peter Langhof, vom 22.12.2014

Verzeichnis der zitierten Literatur

Artikel in Periodika und Zeitungen ohne Verfasser = o.V.

- Alliierten Sekretariat Berlin (Hrsg.): Kontrollratsproklamation Nr. 2., vom 20.09.1945. Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland. Nr. 1, 1945. S. 8–19.
- Alliierten Sekretariat Berlin (Hrsg.): Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin (Potsdamer Abkommen) vom 02.08.1945. Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1, 1946. S. 13–20.
- Anweiler, Oskar (Hrsg.): Bildungspolitik in Deutschland 1945–1990. Ein historisch-vergleichender Quellenband. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung 1992.
- Ash, Mitchell: Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander. In: v. Bruch, Rüdiger (Hrsg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts. Stuttgart: Steiner 2002. S. 32–51.
- Assmann, Aleida: Verkörperte Geschichte. Zur Dynamik der Generation. In: Assmann, Aleida: Geschichte im Gedächtnis. Von der individuellen Erfahrung zur öffentlichen Inszenierung. München: Beck 2014. S. 31–69.
- Aurig, Rainer, Herzog, Steffen, Lässig, Simone: Der aufrechte Gang. Lebensmaxime und wissenschaftlicher Anspruch. Karlheinz Blaschke zum 70. Geburtstag. In: Aurig, Rainer (Hrsg.): Landesgeschichte in Sachsen. Tradition und Innovation (= Studien zur Regionalgeschichte. Bd. 10). Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte 1997. S. 9–13.
- Barck, Simone; Langermann, Martina; Lokatis, Siegfried: Abenteuer im Zeitschriften-Leseland DDR. In: Barck, Simone (Hrsg.): Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR. Berlin: Links 1999. S. 13–21.
- Barth, Bernd-Rainer; Müller-Engberts, Helmut: Kurt Hager. In: Hoffmann, Dieter; Müller-Engberts, Helmut; Wielgohs, Jan (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Berlin: Links 2010. Bd. 1. S. 472–473.
- Bartmuß, Hans-Joachim; Hans Hübner [u. a.] (Hrsg.): Die Volksmassen. Gestalter der Geschichte. Festgabe für Leo Stern zu seinem 60. Geburtstag. Berlin: Rütten & Löning 1962.
- Baske, Siegfried; Engelbert, Martha (Hrsg.): Dokumente zur Bildungspolitik in der Sowjetischen Besatzungszone. Hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Berlin: Hildebrandt & Stephan 1966.
- Beck, Friedrich: 34. Deutscher Archivtag in Augsburg (19.–23. September 1955). In: AM, Jg. 5 (1955) H. 4. S. 26–27.
- Bericht über die 21. Versammlung deutscher Historiker in Marburg/Lahn (13.–16. September 1951). Erstattet von den Schriftführern der Versammlung. (= GWU, Beiheft 1951).
- Bericht über die 22. Versammlung deutscher Historiker in Bremen (17.–19. September 1953). Erstattet von den Schriftführern der Versammlung. (= GWU, Beiheft 1954).
- Bericht über die 23. Versammlung deutscher Historiker in Ulm (13.–16. September 1956). Erstattet von den Schriftführern der Versammlung. (= GWU, Beiheft 1956).
- Bericht über die 24. Versammlung deutscher Historiker in Trier (25.–27. September 1958). Erstattet von den Schriftführern der Versammlung. (= GWU, Beiheft 1958).
- Berthold, Werner: Bemerkungen zu den von J. Kuczynski und anderen Historikern aufgeworfenen Problemen des „Geschichtemachens“. In: ZfG, Jg. 6 (1958) S. 304–312.
- Blaschke, Karlheinz: Als bürgerlicher Historiker am Rande der DDR. Erlebnisse, Beobachtungen und Überlegungen eines Nonkonformisten. Sonderdruck mit zusätzlichem Dokumentenanhang. (Aus: Pohl, Karl Heinrich (Hrsg.): Historiker in der DDR. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1997.) Hrsg. vom Lehrstuhl für Sächsische Geschichte an der TU Dresden (= Reden und Aufsätze zur sächsischen Geschichte H. 2).
- Blaschke, Karlheinz: Die Stellung des Archivwesens im Herrschaftssystem der DDR. In: Vodosek, Peter (Hrsg.): Bibliotheken, Bücher und andere Medien in der Zeit des Kalten Krieges. Referate der 12. Jahrestagung „Bibliotheken, Bücher und andere Medien in der Zeit des Kalten Krieges, die vom 6. bis 8. Mai 2002 in der Herzog-August-Bibliothek stattgefunden hat. Wiesbaden: Harrassowitz 2005. S. 197–212.
- Blaschke, Karlheinz: Hellmut Kretschmar zum Gedächtnis. In: Groß, Rainer; Kobuch, Manfred (Hrsg.): Hellmut Kretschmar. Vom Anteil Sachsens an der neueren deutschen Geschichte. Stuttgart: Steiner 1999. S. 14–25.
- Blöß, Wolfgang; Elstner, Volkmar; Hebig, Dieter: Aufruf an die Archivare der DDR. In: AM, Jg. 40 (1990) H. 1. S. 22.
- Blum, Ralf: Wie die Stasi ins Archiv kam – der Einfluss des MfS auf das Deutsche Zentralarchiv zu Beginn der 1960er Jahre. In: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Historische Erinnerung im Wandel. Neuere Forschungen zur

- deutschen Zeitgeschichte unter besonderer Berücksichtigung der DDR-Forschung. Berlin: Lit 2007. S. 281–302.
- Brachmann, Botho: Die Ausbildung wissenschaftlicher Archivare in Potsdam und Berlin 1950–1995/1996. In: Archiv für Diplomatik, Jg. 39 (1993) S. 387–492.
- Brachmann, Botho; Klauss, Klaus: „De me ipso!“ Heinrich Otto Meisner und die Ausbildung archivischen Nachwuchses in Potsdam und Berlin. In: Beck, Friedrich (Hrsg.): *Archivistica docet*. Beiträge zur Archivwissenschaft und ihres interdisziplinären Umfelds. Potsdam: vbb 1999. S. 601–636.
- Borowsky, Peter: Die DDR in den sechziger Jahren. In: Informationen zur politischen Bildung, H. 258 (1988) S. 22–31.
- Broszat, Martin; Weber, Hermann (Hrsg.): *SBZ-Handbuch*. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. München: Oldenbourg 1993.
- Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.): Die Flucht aus der Sowjetzone und die Sperrmaßnahmen des kommunistischen Regimes vom 13. August 1961 in Berlin. Bonn: Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen 1961.
- Büro des Ministerrates der DDR (Hrsg.): Anordnung über die Regelung des Interzonenreiseverkehrs vom 21. 11.1953. Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 123. Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik 1953. S. 1157–1158.
- Büro des Ministerrates der DDR (Hrsg.): Beschluss des Ministerrats über Maßnahmen zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der DDR vom 21.07.1955. Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 63. Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik 1955. S. 521–532.
- Büro des Ministerrates der DDR (Hrsg.): Beschluss des Staatsrats über die Weiterführung der 03. Hochschulreform und die Entwicklung des Hochschulwesens bis 1975 vom 03.04.1969. In: Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 3. Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik 1969. S. 5–20.
- Büro des Ministerrates der DDR (Hrsg.): Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über zentrale Arbeitskreise für Forschung und Technik vom 24.06.1954. Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 58. Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik 1954. S. 578–579.
- Büro des Ministerrates der DDR (Hrsg.): Gesetz über die Bildung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, vom 12.09.1960. Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 53. Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik 1960. S. 505–506.
- Büro des Ministerrates der DDR (Hrsg.): Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem vom 25. 02.1965. Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 6. Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik 1965. S.83–106.
- Büro des Ministerrates der DDR (Hrsg.): Ordnung über die Verleihung des „Vaterländischen Verdienstordens“. Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 17. Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik 1959. S. 185–186.
- Büro des Ministerrates der DDR (Hrsg.): Statut des Ministeriums für Wissenschaft und Technik im Beschluss des Ministerrats vom 30.10.1975. Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 44. Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik 1975. S. 725–728.
- Büro des Ministerrates der DDR (Hrsg.): Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 07.10.1949. Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 1. Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik 1949. S. 5–16.
- Büro des Ministerrates der DDR (Hrsg.): Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 06.04.1968 (in der Fassung vom 07. Oktober 1974). Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 47. Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik 1974. S. 432–457.
- Büro des Ministerrates der DDR (Hrsg.): Verordnung über das Archivwesen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 13.07.1950. Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 78. Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik 1950. S. 661.
- Büro des Ministerrates der DDR (Hrsg.): Verordnung über das staatliche Archivwesen vom 11.03.1976. Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 10. Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik 1976. S. 165–168.
- Büro des Ministerrates der DDR (Hrsg.): Verordnung über die Neuorganisation des Hochschulwesens vom 22.02.1951. Gesetzblatt der DDR, Teil 1, Nr. 23. Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik 1951. S. 123–125.
- Büro des Ministerrates der DDR (Hrsg.): Verordnung über die weitere sozialistische Umgestaltung des Hochschul- und Fachschulwesens in der DDR vom 13.02.1958. Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 15. Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik 1958. S. 175–181.

- Büro des Ministerrates der DDR (Hrsg.): Verordnung über zentrale Arbeitskreise für Forschung und Technik vom 24.06.1954. Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 58. Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik 1954. S. 577–578.
- Büro des Ministerrates der DDR (Hrsg.): Zweite Durchführungsbestimmung zur Verordnung über zentrale Arbeitskreise für Forschung und Technik vom 05.12.1957. Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 81. Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik 1957. S. 677–678.
- Chruščëv, Nikita: Die Geheimrede Chruschtschows. Über den Personenkult und seine Folgen. Rede des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU N. S. Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU, 25.02.1956. Berlin: Dietz 1990.
- Degreif, Diether: Tagungsbericht zum 61. Deutschen Archivtag in Karlsruhe 1990. In: DA, Jg. 44 (1991) H. 1. Sp. 5–36.
- Dietrich, Gerd: Politik und Kultur in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) 1945–1949. Mit einem Dokumentenanhang. Bern: Lang 1993.
- Diewald, Martin: „Kollektiv“, „Vitamin B“ oder „Nische“? Persönliche Netzwerke in der DDR. In: Huinink, Johannes; Mayer, Karl Ulrich (Hrsg.): Kollektiv und Eigensinn. Lebensverläufe in der DDR und danach. Berlin: Akademie Verlag 1995. S. 223–260.
- Dlubek, Rolf: Kritische Bemerkungen zu J. Kuczynskis Ausführungen über die Rolle der ökonomischen Tätigkeit des Menschen und über die „Funktion des Menschen als Produktivkraft“ in der geschichtlichen Entwicklung. In: ZfG, Jg. 5 (1957) H. 6. S. 1217–1229.
- Doering, Klaus: Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film. In: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Bürger und Staat. Eine vergleichende Untersuchung zu Praxis und Recht der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik 1990. S. 122–128.
- Donnert, Erich: Vorwort. In: Donnert, Erich (Hrsg.): Europa in der Frühen Neuzeit. Festschrift für Günter Mühlpfordt. Köln: Böhlau 1997. Bd. 1. S. 9–14.
- Düring, Marten; v. Keyserlingk, Linda: Netzwerkanalyse in den Geschichtswissenschaften. Historische Netzwerkanalyse als Methode für die Erforschung von historischen Prozessen. In: Jordan, Stefan; Schützeichel, Rainer (Hrsg.): Prozesse, Formen, Dynamiken, Erklärungen. Wiesbaden: Springer 2015. S. 337–350.
- Echterhoff, Gerald; Hussy, Walter; Schreier, Margrit (Hrsg.): Forschungsmethoden in Psychologie und Sozialwissenschaften für Bachelor. Berlin: Springer 2013.
- Eckert, Astrit: Archivar. In: Kwaschik, Anne; Wimmer, Mario (Hrsg.): Von der Arbeit des Historikers. Ein Wörterbuch zu Theorie und Praxis der Geschichtswissenschaft. Bielefeld: transcript 2010. S. 21–26.
- Eckert, Rainer: Die Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit an den Hochschulen der DDR an den Beispielen der Humboldt-Universität zu Berlin und der Universität Rostock. In: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Baden-Baden: Nomos 1999. Bd. IV/2. S. 1013–1070.
- Engelberg, Ernst: Trier – und wie weiter? Materialien, Betrachtungen und Schlussfolgerungen über die Ereignisse auf dem Trierer Historikertag am 25.9.1958. Hrsg. im Auftrag des Präsidiums der Deutschen Historiker-Gesellschaft unter Mitwirkung von Werner Berthold und Rolf Rudolph. Berlin: Rütten & Loening 1959.
- Fischer, Alexander; Heydemann, Günther (Hrsg.): Geschichtswissenschaft in der DDR. Historische Entwicklung, Theoriediskussion und Geschichtsdidaktik. Berlin: Duncker & Humblot 1988. Bd. 1.
- Flach, Willy: Die Aufgaben der Landesarchivverwaltung. In: Archivarbeit und Geschichtsforschung. Vorträge und Referate, gehalten auf dem Kongress der Archivare der DDR in Weimar 1952. Berlin: Rütten & Loening 1952. S. 72–90.
- Florath, Bernd: Verpaßte Möglichkeiten? DDR-Historiker in den sechziger Jahren. In: Utopie kreativ, (1996) H. 73/74. S. 51–64.
- Fogt, Helmut: Politische Generation. Empirische Bedeutung und theoretische Modell. Zugleich Dissertation an der Universität München. Opladen: Westdeutscher Verlag 1982.
- Förtisch, Eckart: Wissenschafts- und Technologiepolitik in der DDR. In: Hoffmann, Dieter; Macrakis, Kristie (Hrsg.): Naturwissenschaft und Technik in der DDR. Berlin: Oldenbourg Akademie Verlag 1998. S. 17–33.
- Franz, Günther: Rezension zu Meusel, Alfred: Thomas Müntzer und seine Zeit. In: HZ, Jg. 177 (1954) S. 543–545.
- Fuchs, Gerhard: Assistent bei Leo Stern. In: Meier, Helmut (Hrsg.): Leo Stern. Antifaschist, Historiker, Hochschullehrer und Wissenschaftspolitiker. Berlin: trafo verlag 2002. S. 79–86.
- Gaus, Günter: Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung. Hamburg: Hoffmann & Campe 1983.

- Gericke, Günter: Klarheit durch Auseinandersetzung. Vom erfolgreichen Kampf gegen unmarxistische Anschauungen an der Berliner Universität. In: ND, vom 27.02.1958. S. 4.
- Glaeßner, Gert-Joachim: Herrschaft durch Kader. Leitung der Gesellschaft und Kaderpolitik in der DDR am Beispiel des Staatsapparates. Opladen: Westdeutscher Verlag 1977.
- Gockel, Michael: Friedrich Walter Schlesinger. In: NDB, Berlin: Duncker & Humblot 2007. Bd. 23. S. 65–66.
- Gransow, Volker: Kulturpolitik in der DDR. Berlin: Spiess 1975.
- Grieß, Rainer: Generation und Konsumgesellschaft. In: Haupt, Heinz-Gerhard; Torp, Claudius (Hrsg.): Die Konsumgesellschaft in Deutschland 1890–1990. Ein Handbuch. Frankfurt a. M.: Campus 2009. S. 190–204.
- Groß, Reiner: Hellmut Kretzschmar. In: Heitzer, Heinz; Noack, Karl-Heinz; Schmidt, Walter (Hrsg.): Wegbereiter der Geschichtswissenschaft. Berlin: Dietz 1989. S. 125–135.
- Groß, Reiner: Nachruf Horst Schlechte. In: AM, Jg. 36 (1986) H. 6. S. 219–227.
- Groß, Rainer: Rechtliche Probleme des Archivwesens in den Ländern der ehemaligen DDR. In: Polley, Rainer (Hrsg.): Archivgesetzgebung in Deutschland. Beiträge eines Symposiums. Veröffentlichungen der Archivschule Marburg 1991. Nr. 18. S. 48–60.
- Hager, Kurt: Beiträge zur Kulturpolitik. Reden und Aufsätze 1972 bis 1981. Berlin: Dietz 1981.
- Handel, Gottfried; Köhler, Roland (Hrsg.): Dokumente der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland zum Hoch- und Fachschulwesen 1945–1949. Berlin: Institut für Hochschulbildung 1975.
- Haun, Horst: Der Geschichtsbeschuß der SED 1955. Programmdokument für die „volle Durchsetzung des Marxismus-Leninismus“ in der DDR-Geschichtswissenschaft. Hrsg. vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden 1996 (= Berichte und Studien, Nr. 7).
- Haun, Horst: Zur Geschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR. Teil 1: Der Gründungsprozess (1952–1958). In: Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft der DDR, Nr. 3 (1985). S. 9–44.
- Hauschild, Christoph: Die örtliche Verwaltung im Staats- und Verwaltungssystem der DDR. Auf dem Wege in den gesamtdeutschen Bundesstaat: Eine vergleichende Untersuchung. Baden-Baden: Nomos 1991.
- Hebig, Dieter: Die Archivmitteilungen nach der Wende. In: AM, Jg. 40 (1990) H. 1. S. 1–4.
- Hebig, Dieter: Gründung des Verbandes der Archivare der DDR (e. V.). In: AM, Jg. 40. (1990) H. 3. S. 106–107.
- Hebig, Dieter, Unger Manfred: Initiative zur Gründung eines Berufsverbandes der Archivare der DDR. In: AM, Jg. 40 (1990) H. 1. S. 22–23.
- Heimpel, Hermann: Marburger Historikertag. In: HZ, Jg. 173 (1952) S. 215–218.
- Hein, Christoph: Die fünfte Grundrechenart. In: Hein, Christoph: Als Kind habe ich Stalin gesehen. Essays und Reden. Berlin: Aufbau 1990. S. 145–156.
- Heinz, Helmut: Die erste zentrale Tagung der Historiker der DDR 1952. In: ZfG, Jg. 26 (1978) S. 387–399.
- Herbert, Ulrich: Drei politische Generationen im 20. Jahrhundert. In: Reulecke, Jürgen: Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert. München: Oldenbourg 2003. S. 95–114.
- Herbst, Andreas; Ranke, Winfried; Winkler, Jürgen (Hrsg.): So funktionierte die DDR. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt 1994. Bd. 2.
- Herbst, Andreas; Weber, Hermann: Deutsche Kommunisten. Biografisches Handbuch 1918 bis 1945. Berlin: Dietz 2008.
- Herzberg, Guntolf: Aus der Diskussion des Artikels von Justus Cobet „West meets East“. In: Stark, Isolde (Hrsg.): Elisabeth Charlotte Welskopf und die Alte Geschichte in der DDR. Beiträge der Konferenz vom 21. bis 23. November 2002 in Halle/Saale. Wiesbaden: Steiner 2005. S. 302–306. (Titel anpassen)
- Heydemann, Günther: Die Innenpolitik der DDR. München: Oldenbourg 2003.
- Heydemann, Günther: Entwicklung der DDR bis Ende der achtziger Jahre. In: Informationen zur politischen Bildung, H. 270 (2001) S. 19–33.
- Heydemann, Günther: Geschichtswissenschaft im geteilten Deutschland. Entwicklungsgeschichte, Organisationsstruktur, Funktionen, Theorie- und Methodenprobleme in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR. Frankfurt a. M.: Lang 1980.
- Heydemann, Günther: Zwischen Diskussion und Konfrontation. Der Neubeginn deutscher Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945–1950. In: Cobet, Christoph (Hrsg.): Handbuch der Geistesgeschichte in Deutschland nach Hitler 1945–1950. Frankfurt a. M.: Cobet 1986. Reihe Geschichte. Beiheft 1. S. 12–29.
- Höhnel, Karl: Der Wissenschaftliche Beirat bei der Staatlichen Archivverwaltung. In: AM, Jg. 6 (1956) H. 1. S. 9–11.

- Höppner, Joachim: Zur Kritik der Geschichtsauffassung von Jürgen Kuczynski in den Fragen des Klassenkampfes und der Parteilichkeit. In: ZfG, Jg. 6 (1958) S. 562–577.
- Hübner, Hans: Leo Stern als Rektor der Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg. In: Meier, Helmut: Leo Stern. Antifaschist, Historiker, Hochschullehrer und Wissenschaftspolitiker. Berlin: trafo verlag 2002. S. 67–77.
- Iggers, Georg: Grußadresse zum 50. Jahrestag der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. In: ZfG, Jg. 50 (2002) H. 11. S. 966–967.
- Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.): Vierzig Jahre Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED 1949–1989. Berlin: Dietz 1989.
- Jarausch, Konrad: Die Zukunft der ostdeutschen Vergangenheit – Was wird aus der DDR-Geschichte? In: Hüttmann, Jens; Mähler, Ulrich; Pasternack, Peer (Hrsg.): DDR-Geschichte vermitteln. Ansätze und Erfahrungen im Unterricht, Hochschullehre und politischer Bildung. Berlin: Metropol 2004. S. 81–99.
- Jarausch, Konrad; Middell, Matthias; Sabrow, Martin: Störfall DDR-Geschichtswissenschaft. Problemfelder einer kritischen Historisierung. In: Iggers, Georg; Jarausch, Konrad; Middell, Matthias; Sabrow, Martin (Hrsg.): Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem. (= Historische Zeitschrift, Beiheft. N. F., Bd. 27). München: Oldenbourg 1998 S. 1–50.
- Jänicke, Martin: Der dritte Weg. Die antistalinistische Opposition gegen Ulbricht seit 1953. Köln: Neuer Deutscher Verlag 1964.
- Jessen, Ralph: Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschulherrschaft in der Ulbricht-Ära. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1999.
- Kahlenberg, Friedrich: Deutsche Archive in West und Ost. Zur Entwicklung des Staatlichen Archivwesens seit 1945. Düsseldorf: Droste 1972.
- Kaiser, Tobias: Karl Griewank (1900–1953) – ein deutscher Historiker im „Zeitalter der Extreme“. Stuttgart: Steiner 2007.
- Kaiser, Tobias: Mittler zwischen Ost und West. Eine facettenreiche Figur – Der Jenaer Historiker Karl Griewank. In: Alma Mater Jenensis. Sonderheft Senatskommission, 2004. S. 22–23.
- Keßler, Mario: Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR. Köln: Böhlau 2001.
- Keßler, Mario: Vom Gefechtsstand in den Hörsaal. Leo Sterns Lebensweg bis zu seiner Berufung nach Halle. In: Meier, Helmut: Leo Stern (1901–1982). Antifaschist, Historiker, Hochschullehrer und Wissenschaftspolitiker. Berlin: trafo 2002. S. 53–63.
- Keßler, Mario; Siegfried, Detlef: Alfred Meusel im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. In: JBzG, Jg. 9 (2010) H. 3. S. 65–80.
- Klein, Fritz: Drinnen und Draußen. Ein Historiker in der DDR. Frankfurt a. M: Fischer 2000.
- Klein, Fritz: Dokumente aus den Anfangsjahren der ZfG (1953–1957). In: ZfG, Jg. 42 (1994) H. 1. S. 39–55.
- Kleinschmidt, Harald: Grußadresse zum 50. Jahrestag der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. In: ZfG, Jg. 50 (2002) H. 11. S. 968–969.
- Köbler, Fritz: Das werktätige Volk, der wahre Schöpfer der Geschichte. Entgegnung auf J. Kuczynski, „Der Mensch, der Geschichte macht“. In: ZfG, Jg. 5 (1957) S. 456–469.
- Kobuch, Manfred: Bibliografie Hellmut Kretzschmar. Überarbeitete und ergänzte Fassung. In: Groß, Rainer; Kretzschmar, Hellmut (Hrsg.): Vom Anteil Sachsens an der neueren deutschen Geschichte. Stuttgart: Steiner 1999. S. 531–574.
- Kocka, Jürgen: Der Blick über den Tellerrand fehlt. DDR-Forschung – weitgehend isoliert und zumeist um sich selbst kreisend. In: Frankfurter Rundschau, vom 22.08.2003. S. 7.
- Kocka, Jürgen: Wissenschaft und Politik in der DDR. In: Kocka, Jürgen; Mayntz, Renate (Hrsg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch. Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Wissenschaften und Wiedervereinigung. Berlin: Akademie Verlag 1998. S. 435–459.
- Kocka, Jürgen; Sabrow, Martin (Hrsg.): Die DDR als Geschichte. Fragen-Hypothesen-Perspektiven. Berlin: Akademie Verlag 1994.
- Korfes, Otto: Unsere Aufgaben. In: AM, Jg. 1 (1951) H. 1. S. 1–2.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. Berlin: Links 2003.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha: Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Berlin: Links 1997.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha: Leo Stern. In: Hoffmann, Dieter; Müller-Enbergs, Helmut; Wielgoths, Jan (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Berlin: Links 2010. Bd. 2. S. 1275–1276.

- Kowalczyk, Ilko-Sascha: „Volkserhebung“ ohne Geistesarbeiter. In: Kowalczyk, Ilko-Sascha; Mitter, Armin; Wolle, Stefan (Hrsg.): Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54. Berlin: Links 1996. S. 129–169.
- Köhler, Helga: Bibliografie der Veröffentlichungen des Instituts 1950–1988. In: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.): Vierzig Jahre Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. 1949–1989. Berlin: IML 1989. S. 142–192.
- Krawczyk, Stephan: Kindergarten, Schießbefehl, Bier für 50 Pfennig. In: Die Welt, vom 08.10.2008. S. 9.
- Kuczynski, Jürgen: Der Mensch, der Geschichte macht. Zum 100. Geburtstag von G. W. Plechanow am 11. Dezember 1956. In: ZfG, Jg. 5 (1957) S. 1–17.
- Kuczynski, Jürgen: Dialog mit meinem Urenkel. Neunzehn Briefe und ein Tagebuch. Berlin: Aufbau 1983.
- Kuczynski, Jürgen: Ein Leben in der Wissenschaft der DDR. Münster: Westfäl. Dampfboot 1994.
- Kuczynski, Jürgen: Ein linientreuer Dissident. Berlin: Aufbau 1994.
- Kuczynski, Jürgen: Frost nach dem Tauwetter. Mein Historikerstreit. Berlin: Elefanten Press 1993.
- Kuczynski, Jürgen: Fortgesetzter Dialog mit meinem Urenkel. Fünfzig Fragen an einen unverbesserlichen Urgroßvater. Berlin: Schwarzkopf & Schwarzkopf 1996.
- Kuczynski, Jürgen: Memoiren. Die Erziehung des J. K. zum Kommunisten und Wissenschaftler. Berlin: Aufbau 1973.
- Kuczynski, Jürgen: Parteilichkeit und Objektivität in Geschichte und Geschichtsschreibung. In: ZfG, Jg. 4 (1956) H. 5. S. 873–888.
- Kuczynski, Jürgen: Probleme der Autobiografie. Berlin: Aufbau 1983.
- Kuczynski, Jürgen: Wanderer zwischen zwei Welten. In: ND, vom 20.08.1961. S. 5.
- Laufner, Richard: 24. Deutscher Historikertag in Trier. In: DA, Jg. 11 (1958) H. 4. Sp. 345–347.
- Leesch, Wolfgang: Das Institut für Archiwissenschaft und geschichtswissenschaftliche Fortbildung (IFA) in Berlin-Dahlem (1930–1945). In: Heinrich, Gerd; Schultze, Johannes: Brandenburgische Jahrhunderte. Festgabe für Johannes Schultze zum 90. Geburtstag. Berlin: Duncker & Humblot 1971. S. 219–254.
- Leesch, Wolfgang: Heinrich Otto Meisner. In: DA, Jg. 30 (1977) H. 4. Sp. 469–474.
- Leesch, Wolfgang: Zur Entwicklung des mitteldeutschen Archivwesens. In: DA, Jg. 18 (1965) Sp. 345–372.
- Leipold, Roland: 40 Jahre DDR – 40 Jahre Archivwesen im Dienste des Volkes. In: AM, Jg. 39 (1989) H. 4. S. 97–101.
- Lenin, Vladimir: Werke. Dezember 1920 – August 1921. Berlin: Dietz 1967. Bd. 32.
- Lenin, Vladimir: Werke. Berlin: Dietz 1973. Bd. 2.
- Lötzke, Helmut: Zehn Jahre Deutsches Zentralarchiv. In: AM, Jg. 6 (1956) H. 2. S. 33–41.
- Lötzke, Helmut: Zum 65. Geburtstag von Heinrich Otto Meisner. In: ZfG, Jg. 3 (1955) H. 2. S. 303–304.
- Lötzke, Helmut: 33. Deutscher Archivtag in Goslar (14.–16. September 1954). In: AM, Jg. 4 (1954) H. 4. S. 73–74.
- Ludwig, Jörg: Zur Benutzung der sächsischen Staatsarchive seit 1990. In: Sächsisches Archivblatt, (2004) H. 2. S. 5–7.
- Ludz, Peter Christian: DDR-Handbuch. Köln: Wissenschaft und Politik 1979.
- Lüdtke, Alf: Helden der Arbeit – Mühen beim Arbeiten. In: Kälble, Hartmut; Kocka, Jürgen; Zwahr, Hartmut (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart: Klett-Cotta 1994. S. 188–213.
- Malycha, Andreas: Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR 1945–1961. In: Malycha, Andreas: Geplante Wissenschaft. Eine Quellenedition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte 1945–1961. Leipzig: Akadem. Verlagsanstalt 2003. S. 23–76.
- Malycha, Andreas: „Produktivkraft Wissenschaft“. Eine dokumentierte Geschichte des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR 1945–1990. In: Burrichter, Clemens; Diesener, Gerald (Hrsg.): Auf dem Weg zur „Produktivkraft Wissenschaft“. Beiträge zur DDR-Wissenschaftsgeschichte. Leipzig: Akademie-Verlag 2002. Bd. 1. S. 39–105.
- Malycha, Andreas: Wissenschaft und Politik in der DDR 1945 bis 1990. Ansätze zu einer Gesamtsicht. In: Deutschland Archiv, Jg. 38 (2005) H. 4. S. 650–659.
- Markov, Walter: Nachruf Hellmut Kretzschmar. In: Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. Jahrbuch 1963–1965. Berlin: Akademie-Verlag 1967. S. 349–350.

- Markov, Walter: Zur Krise der deutschen Geschichtsschreibung. In: Sinn und Form, Jg. 2 (1950) H. 2. S. 108–155.
- Mählert, Ulrich; Wilke, Manfred: Die DDR-Forschung – ein Auslaufmodell? Die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur seit 1989. In: Deutschland Archiv, Jg. 37 (2004) H. 3. S. 465–474.
- Meier, Otto: Die Aufgaben der Archive. In: AM, Jg. 3 (1953) H. 1. S. 1–2.
- Mertens, Lothar: Lexikon der DDR-Historiker. Biografien und Bibliografien zu den Geschichtswissenschaftlern aus der DDR. München: Saur 2006.
- Mertens, Lothar: Rote Denkfabrik? Die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Münster: Lit-Verlag 2004.
- Meusel, Alfred: Zum Vortrag von Gerhard Ritter. In: ZfG, Jg. 1 (1953) S. 923–939.
- Middell, Matthias: Die ersten Historikertage in Deutschland 1893–1913. In: Comperativ, Jg. 5/6 (1996) S. 21–43.
- Middell, Matthias: Historische Zeitschriften in Ostdeutschland. In: hochschule ost, Jg. 3/4 (1997) S. 118–136.
- Miethe, Ingrid: Bildung und soziale Ungleichheit. Habil. an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 2007.
- Miethe, Ingrid: Die Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten (ABF) als Forschungsgegenstand der Bildungs- und Hochschulgeschichte der DDR. In: die hochschule, Jg. 1 (2006) S. 170–183.
- Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der DDR (Hrsg.): Um ein antifaschistisch demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945–1949. Berlin: Staatsverlag der DDR 1968.
- Mittenzwei, Werner: Generationserlebnisse J. K. und der Aufbau-Verlag. In: Heubner, Thomas (Hrsg.): ZeitGenosse Jürgen Kuczynski. Berlin: Elefanten Press 1994. S. 57–66.
- Möller, Horst; Tschubarjan, Alexander (Hrsg.): SMAD-Handbuch: Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945–1949. München: Oldenbourg 2009.
- Müller, Walter: Verzeichnis der Schriften von Leo Stern. In: Meier, Helmut: Leo Stern (1901–1982). Antifaschist, Historiker, Hochschullehrer und Wissenschaftspolitiker. Berlin: trafo 2002. S. 165–187.
- Naasner, Walter: Das Zentrale Staatsarchiv – „Nationalarchiv“ der DDR. In: ZfG, Jg. 59 (2011) H. 2. S. 138–158.
- Naimark, Norman: Die Russen in Deutschland. Die Sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949. Berlin: Propyläen 1997.
- Neitmann, Klaus: Friedrich Becks wissenschaftliches Lebenswerk. Eine Einführung. In: Neitmann, Klaus (Hrsg.): Friedrich Beck. Ausgewählte Aufsätze aus den Jahren 1956–2000. Beiträge zur thüringischen und brandenburgischen Landesgeschichte und zu den historischen Hilfswissenschaften. Potsdam: vbb 2003. S. 9–25.
- Neuhäuser-Wespy, Ulrich: Die SED und die Historie. Die Etablierung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren. Bonn: Bouvier 1996.
- Nissen, Walter: Archivalische Forschung zur Geschichte der Arbeiterbewegung in den staatlichen Archiven der DDR. In: AM, Jg. 6 (1956) H. 3. S. 78–82.
- Obermann, Karl: Aus der Arbeit des Instituts für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften. In: ZfG, Jg. 4 (1956) S. 1044–1049.
- o.V.: Aufruf zur Gründung des VHD. In: HZ, Jg. 169 (1949) S. 226–227.
- o.V.: Aufruf zur Gründung des VHD. In: DA, Jg. 2 (1949) Sp. 80.
- o.V.: Archivare geben den Auftakt zum Historikertag. In: Weserkurier, vom 15.09.1953. S. 3.
- o.V.: Archivartagung in Bamberg am 10. und 11. April 1947. In: DA, Jg. 1 (1947/48) Sp. 9–14.
- o.V.: Aufruf zur Gründung der „Deutschen Historiker-Gesellschaft“ in der Deutschen Demokratischen Republik. In: AM, Jg. 8 (1958) H. 1. S. 1–2.
- o.V.: Erste Sitzung des VdA. In: DA, Jg. 1 (1947/48) Sp. 44–45.
- o.V.: Bericht über den Deutschen Archivtag am 31.05.1949 in Wiesbaden. In: DA, Jg. 2 (1949) Sp. 41–48.
- o.V.: Bibliografie Karlheinz Blaschke. In: John, Uwe; Matzerath, Josef (Hrsg.): Landesgeschichte als Herausforderung und Programm. Karlheinz Blaschke zum 70. Geburtstag. Leipzig: Verlag der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig 1997. S. 799–833.
- o.V.: Dank an Eberhard Schetelich. In: AM, Jg. 38 (1988) H. 4. S. 113–114.
- o.V.: Das Institut für Archivwissenschaft. Bericht über den ersten Lehrgang. In: AM, Jg. 1 (1951) H. 3. S. 39–41.
- o.V.: Anordnung über das Statut der Fachschule für Archivwesen, vom 09.04.1964. In: AM, Jg. 14 (1964) H. 4. S. 162–164.

- o.V.: Die zweigeteilte Geschichte. In: Die Zeit, vom 31.08.1990. S. 50.
- o.V.: Eduard Winter zum Gedenken. In: ZfG, Jg. 30 (1982) H. 7. S. 643–644.
- o.V.: Erste Satzung des VdA. In: DA, Jg. 20 (1967) Sp. 109–122.
- o.V.: Friedrich Beck 60 Jahre. In: ZfG, Jg. 35 (1987) H. 7. S. 631.
- o.V.: Gegenwartsaufgaben der Geschichtswissenschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. In: ZfG, Jg. 3. (1957) S. 449–455.
- o.V. Heinrich Otto Meisner. In: Vierhaus, Rudolf (Hrsg.): Deutsche Biografische Enzyklopädie. München: Saur 2006. Bd. 6. S. 863.
- o.V.: Heinrich Otto Meisner 85 Jahre. In: ZfG, Jg. 23 (1975) H. 5. S. 572.
- o.V.: Horst Bartel zum Gedenken. In: ZfG, Jg. 32 (1984) H. 10. S. 900–901.
- o.V.: Informationen an die Leser. In: AM, Jg. 42 (1993) H. 1. (Inhaltsverzeichnis).
- o.V.: Jürgen Kuczynski 85 Jahre. In: ZfG, Jg. 37 (1989) H. 9. S. 839.
- o.V. Leipold, Roland. Ernennung zum Leiter der Staatlichen Archivverwaltung. In: AM, Jg. 33 (1983) H. 1. S. 40.
- o.V.: Nur eine Lesart deutscher Geschichte. In: Weserkurier, vom 18.09.1953. S. 3.
- o.V.: Prinzipien zur weiteren Entwicklung von Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR. In: Physikalische Blätter, Jg. 22 (1966) H. 4. S. 178–184.
- o.V.: Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Anwärter des wissenschaftlichen Archivdienstes in der DDR. In: AM, Jg. 1 (1951) H. 1. S. 12–15.
- o.V.: Statut des Verbandes der Archivare der DDR (e. V.). In: AM, Jg. 40 (1990) H. 3. S. 104–106.
- o.V.: Vorwort der Redaktion. In: ZfG, Jg. 1 (1953) H. 1. S. 3–6.
- o.V.: Was erwarten wir von unseren Historikern? Zur Eröffnung des Museums für Deutsche Geschichte. In: ND, vom 05.07.1952. S. 1.
- o.V.: Zum Geleit. In: Staatliche Archivverwaltung im Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten (Hrsg.): Archivar und Historiker. Studien zur Archiv- und Geschichtswissenschaft. Zum 65. Geburtstag von Heinrich Otto Meisner. Berlin: Rütten & Löning 1956. S. 7–8.
- o.V.: 29. Deutscher Archivtag in Landshut am 19. und 20. September 1950. In: DA, Jg. 3 (1950) Sp. 181–190.
- Orwell, Georg: Denken mit Georg Orwell. Ein Wegweiser in die Zukunft. Zürich: Diogenes 2012.
- Pasternack, Peer: Wissenschaft und Politik in der DDR. Eine Kontrastbetrachtung im Vergleich zur Bundesrepublik. In: Deutschland Archiv, Jg. 3 (2008) S. 510–519.
- Pasternack, Peer: Wissenschaft und Politik in der DDR. Rekonstruktion und Literaturbericht. Hrsg. vom Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF), Wittenberg 2010 (= HoF-Arbeitsbericht 4/10).
- Pasternack, Peer: Von Organen zu Diskussionsangebotsunterbreitern. In: Pasternack, Peer: DDR-bezogene Hochschulforschung. Eine thematische Eröffnungsbilanz aus dem HoF Wittenberg. Weinheim/ Basel: Beltz 2001. S. 141–180.
- Patze, Hans: Willy Flach zum Gedächtnis. In: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Jg. 8 (1959) S. 349–363.
- Peters, Jan: Über Historiker-Verhalten. In: Berliner Debatte Initial, Jg. 2 (1991) H. 2. S. 185–186.
- Petzold, Joachim: Parteinahme wofür? DDR-Historiker im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft. Potsdam: vbb 2000.
- Pilger, Andreas: Die Archive und die historische Forschung – Eine Podiumsdiskussion zwischen Archivaren und Historikern. In: Archivar, Jg. 64 (2011) H. 4. S. 370–385.
- Polley, Rainer: „Oft büßt das Gute ein, wer Bessres sucht“ – Bestandsaufnahme und Gedanken zum aktuellen Stand der Archivgesetzgebung in Deutschland. In: Polley, Rainer: Archivgesetzgebung in Deutschland – Ungeklärte Rechtsfragen und neue Herausforderungen. Veröffentlichungen der Archivschule Marburg 2003. Nr. 38. S. 17–37.
- Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Eine über 300-jährige Geschichte. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften vormals Preußische Akademie der Wissenschaften. Berlin 2012.
- Protokoll über die Sitzungen der 20. Versammlung deutscher Historiker (12.–14. Sept. 1949) sowie des Verbandes deutscher Historiker Deutschlands (11.–14. Sept. 1949), der Konferenz der Landesgeschichtlichen Publikationsinstitute (15. Sept. 1949) und des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands (15. Sept. 1949) zu München. München 1949.

- Reichsministerium des Innern: Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, vom 07.04.1933. Reichsgesetzblatt, Teil I, Nr. 34. Berlin: Reichsverlagsamt 1933. S. 175–177.
- Reimann, Norbert: Archive und Herrschaft. Zur Wahl des Veranstaltungsortes und des Rahmenthemas für den 72. Deutschen Archivtag 2001 in Cottbus. In: Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv (Hrsg.): Archive und Herrschaft. Referate des 72. Deutschen Archivtags 2001 in Cottbus (= Der Archivar, Beiband 7). Siegburg: Schmitt 2002. S. 3–8.
- Reimann, Norbert: 50 Jahre Verein deutscher Archivare. In: Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv (Hrsg.): 50 Jahre Verein deutscher Archivare. Bilanz und Perspektiven des Archivwesens in Deutschland. Referate des 67. Deutschen Archivtags 1996 in Darmstadt (= Der Archivar, Beiband 2). Siegburg: Schmitt 1997. S. 1–12.
- Richert, Ernst: Aus der Praxis totalitärer Lenkung. Die politische Entwicklung im Kreis Schmalkalden 1945–1949. In: Institut für politische Bildung (Hrsg.): Faktoren der Machtbildung. Wissenschaftliche Studien zur Politik. Berlin: Duncker & Humblot 1952. Bd. 2. S. 162–187.
- Richert, Ernst: Sozialistische Universität. Die Hochschulpolitik der SED. Berlin: Colloquium 1967.
- Ritter, Gerhard: Die deutschen Historikertage. Zur 22. Versammlung deutscher Historiker in Bremen vom 17.–20.09.1953. In: GWU, Jg. 4 (1953) S. 513–521.
- Roggemann, Herwig: Die DDR-Verfassungen. Einführung in das Verfassungsrecht der DDR. Grundlagen und neuere Entwicklungen. (= Quellen zur Rechtsvergleichung aus dem Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin. Bd. 7.) Berlin: Berlin Verlag 1989.
- Rudolph, Rolf: Die Gründungskonferenz der Deutschen Historiker-Gesellschaft. In: ZfG, Jg. 6 (1958) S. 590–593.
- Sabrow, Martin: Der Kalte Krieg der deutsch-deutschen Geschichtswissenschaft 1949–1989. In: GWU, Jg. 64 (2013) H. 3/4. S. 174–186.
- Sabrow, Martin: Die Geschichtswissenschaft der DDR und ihr „objektiver Gegner“. In: Iggers, Georg; Jarausch, Konrad; Middell, Matthias; Sabrow, Martin (Hrsg.): Die Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem. (= Historische Zeitschrift, Beiheft. N. F., Bd. 27). München: Oldenbourg 1998. S. 53–92.
- Sabrow, Martin: Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949–1969. München: Oldenbourg 2001.
- Sante, Georg: Die Archive Großhessens. Bericht über die Tagungen zu Wiesbaden vom 25.10. und 10.12.1946. In: DA, Jg. 1 (1947/48) Sp. 5–9.
- Scheel, Heinrich: Vom Leiter der Berliner Schulfarm Scharfenberg zum Historiker des deutschen Jakobinismus (1946–1956). Autobiografische Aufzeichnungen. (= Sitzungsberichte der Leibnitz-Sozietät, Jg. 14 (1966) H. 6.)
- Schetelich, Eberhard: Gerhard Exner. In memoriam. In: AM, Jg. 39 (1989) H. 3. S. 65–66.
- Schetelich, Eberhard: Nachruf auf Helmut Sachsenröder. In: AM, Jg. 36 (1986) H. 6. S. 220.
- Schieckel, Harald: Nekrolog Hellmut Kretzschmar. In: HZ, Jg. 207 (1968) S. 262–263.
- Schieder, Theodor: Hans Haussherr. In: HZ, Jg. 193 (1961) S. 512–513.
- Schilfert, Gerhard: Einige Bemerkungen zu dem Artikel von J. Kuczynski „Der Mensch, der Geschichte Macht“. In: ZfG, Jg. 6 (1958) S. 558–561.
- Schilfert, Gerhard; Schleier, Hans: 1. Arbeitstagung der Sektion Methodologie der Deutschen Historiker-Gesellschaft. In: ZfG, Jg. 10 (1962) S. 418–432.
- Schirdewan, Karl: Ein Jahrhundert Leben. Erinnerungen und Visionen. Berlin: edition ost 1998.
- Schirmer, Uwe; Thieme, André (Hrsg.): Beiträge zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte Sachsens. Ausgewählte Aufsätze von Karlheinz Blaschke. Aus Anlass seines 75. Geburtstages. Leipzig: Universitätsverlag 2002.
- Schlechte, Horst: Hellmut Kretzschmar. In: AM, Jg. 16 (1966) H. 2. S. 71–74.
- Schlechte, Horst: Karl Marx und sein Wirkungskreis in Brüssel. Dokumente aus belgischen Archiven. In: BzG, (1966) H. 1. S. 101–116.
- Schlesinger, Walter: Willy Flach. In: HZ, Jg. 186 (1958) S. 486.
- Schmid, Gerhard: Außerordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes der Archivare der DDR in Leipzig. In: DA, Jg. 44 (1991) H. 2. Sp. 350–352.
- Schmidt, Walter: Horst Bartel. In: Heitzer, Heinz; Noack, Karl-Heinz; Schmidt, Walter (Hrsg.): Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft. Berlin: Dietz 1989. S. 7–26.
- Schochow, Werner: Ein Historiker in der Zeit. Versuch über Fritz Hartung (1883–1967). In: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Jg. 32 (1983) S. 219–250.

- Scholz, Michael F.: Die DDR 1949–1990. (= Gebhardt Handbuch der Deutschen Geschichte, Bd. 22) Stuttgart: Klett-Cotta 2009.
- Scholz, Michael F.: Östen Undén und die DDR. Schwedische Deutschlandpolitik in den 1950er Jahren. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 41 (1993) H. 3. S. 391–417.
- Schreckenbach, Hans-Joachim: Archivrecht in den fünf neuen Ländern. Eine historische und vergleichende Betrachtung. In: Beck, Friedrich; Neitmann, Klaus (Hrsg.): Brandenburgische Landesgeschichte und Archivwissenschaft. Festschrift für Lieselott Enders zum 70. Geburtstag. Weimar: Böhlau Nachfolger 1997. S. 303–326.
- Schreiner, Albert: Bemerkungen zum X. Internationalen Historikerkongreß für Geschichtswissenschaft in Rom. In: Einheit, Jg. 11 (1955) S. 1121.
- Schreyer, Hermann: Das staatliche Archivwesen der DDR. Ein Überblick. Düsseldorf: Droste 2008.
- Schreyer, Hermann: Das staatliche Archivwesen der DDR. Ein Überblick unter Berücksichtigung der politischen und fachlichen Besonderheiten. In: Becker, Christa Irmgard; Hirsch, Volker; Wenz-Haubfleisch, Annegret (Hrsg.): Neue Strukturen – bewährte Methoden? Was bleibt vom Archivwesen der DDR. Beiträge zum 15. Archivwissenschaftlichen Kolloquium der Archivschule Marburg 2011. S. 39–53.
- Schreyer, Hermann: Wortmeldungen. In: AM, Jg. 40 (1990) H. 2. S. 59.
- Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949–1990. München: Econ-Ullstein-List-Verlag 2000.
- Schröter, Eckhard: Verwaltungskultur in Ost und West. Werte, Einstellungen und Rollenverständnisse von Ost- und West-Berliner Verwaltungsführungskräften. Dissertation an der Freien Universität Berlin 1995.
- Schuhmann, Annette: Netzwerke lokaler Eliten in der DDR 1970–1989. In: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien, Jg. 36/37 (2006) S. 53–55.
- Schuler, Johannes: Laudatio Friedrich Beck. In: Jank, Dagmar (Hrsg.): Die Nachlasserschließung in Berlin und Brandenburg. Probleme und Perspektiven. Protokoll einer Tagung am 25.06.1997 zum 70. Geburtstag von Friedrich Beck. Potsdam: vbb 1997. S. 19–22.
- Schulze, Gerhard: Entwicklung der Verwaltungsstrukturen in der DDR. In: König, Klaus: Verwaltungsstrukturen der DDR. Baden-Baden: Nomos 1991. S. 45–70.
- Schulze, Hans: Karlheinz Blaschke zur Feier des 70. Geburtstages. In: John, Uwe; Matzerath, Josef (Hrsg.): Landesgeschichte als Herausforderung und Programm. Karlheinz Blaschke zum 70. Geburtstag. Leipzig: Verlag der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig 1997. S. 1–6.
- Schumann, Peter: Gerhard Ritter und die deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Mentalitäten und Lebensverhältnisse. Beispiele aus der Sozialgeschichte der Neuzeit. Rudolf Vierhaus zum 60. Geburtstag. Herausgegeben von Mitarbeitern und Schülern. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1982. S. 399–415.
- Schupp, Waldemar: Die Anfänge und das Ende der Fachschule für Archivwesen in Potsdam (1955/1993). In: Beck, Friedrich (Hrsg.): Archive und Gedächtnis. Festschrift für Botho Brachmann. Potsdam: vbb 2005. S. 177–200.
- Schüssler, Wilhelm: Rezension zu Kretschmar, Hellmut: Die Zeit König Johanns von Sachsen 1854–1873. In: HZ, Jg. 193 (1961) S. 765.
- Schützler, Horst: Der XX. Parteitag der KPdSU und die Konfliktsituation im Lande. In: Prokop, Siegfried (Hrsg.): Zwischen Aufbruch und Abbruch. Die DDR im Jahre 1956. Berlin: Kai Homilius 2006. S. 115–156.
- Schwabe, Klaus: Alfred Meusel 1896–1960. In: Habetha, Klaus (Hrsg.): Wissenschaft zwischen technischer und gesellschaftlicher Herausforderung. Die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen 1970 bis 1995. Aachen: Eindhoven-Verlag 1995. S. 231–237.
- Schwabe, Paul: Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Besprechung von Band 1. In: AM, Jg. 4 (1954) H. 3. S. 58–59.
- Schwarzenbach, Rudolf: Die Kaderpolitik der SED in der Staatsverwaltung. Ein Beitrag zur Entwicklung des Verhältnisses von Partei und Staat in der DDR (1945–1975). Köln: Wissenschaft und Politik 1976.
- Seher, Florian: Bibliografie Friedrich Beck. In: Neitmann, Klaus: Friedrich Beck. Ausgewählte Aufsätze aus den Jahren 1956–2000. Potsdam: vbb 2003. S. 313–318.
- Sozialistische Einheitspartei Deutschlands: Die Bedeutung der Arbeiten des Genossen Stalin über den Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft für die Entwicklung der Wissenschaften. Protokoll der theoretischen Konferenz der Abteilung Propaganda beim ZK der SED vom 23. bis 24.06.1951 im Hause der Presse zu Berlin. Berlin: Dietz 1952.
- Sozialistische Einheitspartei Deutschlands: Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 20.–24.07.1950. 1. bis 3. Verhandlungstag. Berlin 1951. Bd. 3/1.

- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955. Jg. 1. Berlin: Deutscher Zentralverlag 1956.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik für 1958, Jg. 4. Berlin: Deutscher Zentralverlag 1959.
- Staatssekretariat für Hochschulwesen (Hrsg.): Hochschulbestimmungen. Konvolut von 50 Ausgaben. Berlin: Deutscher Zentralverlag 1950.
- Steger, Astrid: Alfred Meusel. In: NDB, Berlin: Duncker & Humblot 1994. Bd. 17. S. 272–274.
- Steinhoff, Karl: Die demokratischen Verfassungsgesetze nebst Wahlordnungen. Berlin: Heymann 1947.
- Stern, Fritz: Fünf Deutschland und ein Leben. Erinnerungen. München: Beck 2007.
- Supp, Barbara: Feigheit? Nein! Viel schlimmer! In: Der Spiegel, Jg. 16 (1997) S. 56.
- Sydow, Jürgen: Das Archivwesen in der Deutschen Demokratischen Republik (SBZ). In: DA, Jg. 4 (1951) Sp. 55–64.
- Taddey, Gerhard: Der 60. Deutsche Archivtag 1989 in Lübeck. In: DA, Jg. 43 (1990) H. 1. Sp. 5–28.
- Tandler, Agnes Charlotte: Geplante Zukunft. Wissenschaftler und Wissenschaftspolitik in der DDR 1955–1971. (= Freiburger Forschungshefte. Reihe D: Geschichte. Nr. 209.) Freiburg: Universitätsverlag 2000.
- Tauber, Joachim; Weger, Tobias (Hrsg.): Archivführer zur Geschichte des Memelgebiets und der deutsch-litauischen Beziehungen. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag 2006.
- Timm, Albrecht: Das Fach Geschichte in Forschung und Lehre in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands seit 1945. Bonn: Bundesverlag 1965.
- Ullrich, Volker: Eine grandiose Täuschung. In: Die Zeit, vom 09.03.2000. S. 53–54.
- Ullrich, Volker: Zum Tode von Walter Markov. Kommunist ohne Partei. In: Die Zeit, vom 16.07.1993. S. 41.
- Wahl, Volker: „Auf jeden Fall soll die Qualität des Archivarstandes gewahrt werden.“ Eine Denkschrift von 1948 zur künftigen Ausbildung des wissenschaftlichen Archivarnachwuchses in der Sowjetischen Besatzungszone. In: Beck, Friedrich (Hrsg.): Archivistica docet. Beiträge zur Archivwissenschaft und ihres interdisziplinären Umfelds. Potsdam: vbb 1999. S. 583–600.
- Wahl, Volker: Das archivische Berufsbild in der DDR und die Auswirkungen der Wende. In: Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv (Hrsg.): 50 Jahre Verein deutscher Archivare. Bilanz und Perspektiven des Archivwesens in Deutschland. Referate des 67. Deutschen Archivtags 1996 in Darmstadt (= Der Archivar, Beiband 2). Siegburg: Franz Schmitt 1997. S. 73–82.
- Wahl, Volker: Der Kongress der Archivare der DDR 1952 in Weimar. In: Oldenborge, Klaus (Hrsg.): Archiv und Geschichte. Festschrift für Friedrich Kahlenberg. Düsseldorf: Droste 2000. S. 115–141.
- Wahl, Volker: Die Archivkonferenzen im Wettinischen Dreieck 1946–1950. Ein Beitrag zur Archivgeschichte. In: Archive in Thüringen, Jg. 11 (1996). S. 4–6.
- Wahl, Volker: Willy Flach (1903–1958). In: Thüringer Archivarverband (Hrsg.): Lebensbilder Thüringer Archivare. Rudolstadt 2001. S. 72–87.
- Walther, Peter: Bildung und Wissenschaft. In: Judt, Matthias (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse. Berlin: Links 1998. S. 225–291.
- Walther, Simone: Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit beim personellen Neubeginn im zentralen Archivwesen der SBZ/DDR 1945–1952. Versuch einer Bestandsaufnahme. In: Beck, Friedrich (Hrsg.): Archive und Gedächtnis. Festschrift für Botho Brachmann. Potsdam: vbb 2005. S. 217–236.
- Weber, Hermann: Die DDR 1945–1990. München: Oldenbourg 2012.
- Weber, Hermann: Eine neue Zeitschrift in Ostberlin. In: SBZ-Archiv, Jg. 11 (1960) H. 13. S. 194–198.
- Wein, Margarete: 1958 – Ein dramatisches Jahr an der Martin-Luther-Universität. Gespräch mit Günter Mühlpfordt. In: Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte, Jg. 5 (1999) S. 72–102.
- Wentker, Hermann: Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989. München: Oldenbourg 2007.
- Wentker, Hermann: Bedroht von Ost und West. Die Entstalinisierungskrise von 1956 als Herausforderung für die DDR. In: Engelmann, Roger; Großböling, Thomas; Wentker, Hermann (Hrsg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2008. S. 149–167.
- Wentker, Hermann: Doppelter UN-Beitritt. Deutsch-deutsche Konkurrenz auf der internationalen Bühne. In: Wengst, Udo; Wentker, Hermann (Hrsg.): Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz. Berlin: Links 2008. S. 235–258.

- Wentker, Hermann: Forschungsperspektiven und -desiderate der DDR Geschichte. In: Hechler, Daniel; Hüttmann, Jens; Mähler, Ulrich; Pasternack, Peer (Hrsg.): Promovieren zur deutsch-deutschen Zeitgeschichte. Handbuch. Berlin: Metropol 2009. S. 25–39.
- Wissenschaftsrat (Hrsg.): Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems. Köln: Wissenschaftsrat 2013.
- Wolle, Stefan: Das System der Reisekader als Instrument der DDR-Wissenschaftspolitik. In: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Baden-Baden: Nomos 1999. Bd. IV/2. S. 1597–1688.
- Wolle, Stefan: Das Versagen der Historiker. In: Berliner Debatte Initial, Jg. 2 (1991) H. 2. S. 195–197.
- Wolle, Stefan: Wir sind das Ärgernis. Warum der Unabhängige Historikerverband nach der Wende auch im Westen nichts werden konnte. In: Die Welt, vom 27.9.2000. S. 34.
- Worschech, Franz: Der Weg der deutschen Geschichtswissenschaft in die institutionelle Spaltung (1945–1965). Dissertation an der Universität Erlangen 1990.
- Wustmann, Markus: Die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät in Leipzig 1947–1951. In: v. Hehl, Ulrich (Hrsg.): Sachsens Landesuniversität in Monarchie, Republik und Diktatur. Beiträge zur Geschichte der Universität Leipzig vom Kaiserreich bis zur Auflösung des Landes Sachsen 1952. Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt 2005. S. 289–308.
- Zentraler Forschungsplan der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR bis 1975. In: Einheit, Jg. 27 (1972) H. 2. S. 169–184.
- Zentraler Forschungsplan der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR von 1976–1980. In: Einheit, Jg. 30 (1975) H. 9. S. 1042–1062.
- Zentraler Forschungsplan der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR von 1981–1985. In: Einheit, Jg. 35 (1980) H. 12. S. 1209–1237.
- Zentraler Forschungsplan der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR von 1986–1990. In: Einheit, Jg. 41 (1986) H. 8. S. 681–692.
- Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.): Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats. Berlin: Dietz 1956. Bd. 5.
- Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Hrsg.): Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewki). Kurzer Lehrgang. Berlin: Verlag der Sowjetischen Militärverwaltung 1946.
- Zimmermann, Hartmut: DDR-Handbuch. Hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Köln: Wissenschaft und Politik 1985. Bd. 1.
- Zimmermann, Hartmut: DDR-Handbuch. Hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Köln: Wissenschaft und Politik 1985. Bd. 2.
- Zimmermann, Fritz: 40 Jahre BzG. In: BzG, Jg. 40 (1998) H. 4. S. 3–17.

Erklärung zur selbstständigen Anfertigung der Dissertation

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende Arbeit ohne unzulässige Hilfe Dritter und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus anderen Quellen und der Literatur direkt oder indirekt übernommenen Daten, Konzepte und Texte sind unter Angabe der Quelle gekennzeichnet.

Weitere Personen waren an der inhaltlich-materiellen Erstellung der vorliegenden Arbeit nicht beteiligt. Insbesondere habe ich nicht die entgeltliche Hilfe von Vermittlungs- bzw. Beratungsdiensten (Promotionsberater oder andere Personen) in Anspruch genommen. Niemand hat von mir unmittelbar oder mittelbar geldwerte Leistungen für nicht angegebene Arbeiten erhalten, die im Zusammenhang mit dem Inhalt der vorgelegten Dissertation stehen.

Die Arbeit wurde bisher weder im In- noch im Ausland in gleicher oder ähnlicher Form einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Ich habe bisher an keiner anderen deutschen oder ausländischen Hochschule den philosophischen Doktorgrad erworben oder den Erwerb dieses Grades endgültig nicht bestanden.

Ich versichere, dass ich nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt und nichts verschwiegen habe.

Ort, Datum

Unterschrift

Persönliche Daten

Name: Bianca Gleiniger geb. Grabisch
Geburtsdatum: 09.09.1987
Geburtsort: Rochlitz

Hochschulstudium & Allgemeine Hochschulreife

November 2012 – Juni 2016 Promotionsstudium an der TU Dresden
Abschluss: Dr. phil.
Thema der Dissertation: Zwischen Politik und
Fachlichkeit. Historiker und Archivare im
Wissenschaftssystem der DDR

Oktober 2010 – September 2012 Geschichtswissenschaft an der TU Dresden
Abschluss: Master of Arts
Thema der Masterarbeit: Das staatliche
Archivwesen der DDR im Konflikt zwischen
Datenschutz und Forschungsfreiheit

Oktober 2007 – September 2010 Geschichtswissenschaft und Germanistik an
der TU Dresden
Abschluss: Bachelor of Arts
Thema der Bachelorarbeit: Die Umstände
des Amtsantritts Philipps des Guten in der
burgundischen Historiographie des
Spätmittelalters

2007 Abitur am Johann-Mathesius-Gymnasium in
Rochlitz